ANTIIMPERIALISTISCHER UND ANTIKAPITALISTISCHER WIDERSTAND IN WESTEUROPA

DOKUMENTATION ZUM KONGRESS

INHALTSVERZEICHNIS

in diesem ersten teil der doku sind im wesentlichen zusammenfassungen der veranstaltungen und beiträge, die auf dem kongress gehalten wurden.

wir haben das soweit zusammengefasst, um die auseinandersetzung

- über die erfahrung in den kämpfen und wie sie zusammenwirken
- und für die diskussion zur strategiebildung, die entwicklung der kämpfe hier und in westeuropa in der front

weiter führen können.

in der doku fehlen jetzt noch die berichte aus den arbeitsgruppen und der zusammenlegungsbeitrag von ehemaligen gefangenen aus dem widerstand.
daraus wollen wir den 2. teil der doku machen, also die auseinandersetzung machen, die wir aus den bestimmungen der arbeitsgruppen voranbringen, wie wir als widerstand, als revo- eine der revolutionären kräfte in westeuropa, die konfrontation jetzt bestimmen können, in der einheit mit der guerilla und den gefangenen.
und wie wir uns weiter mit den widersprüchen und brüchen, die sich am kongress und danach für uns immer schärfer gezeigt haben, auseinandersetzen.

WIDERSTAND in WESTEUROPA

CHRONOLOGIE UND ABLAUF
DER EREIGNISSE UM DIE BESETZUNG DER FACHHOCHSCHULE/
- DIE KONFRONTATION AM FREITAG

Frankfurt
31.1.-4.2
1986

★

19.12.85 - wir machen den mietvertrag mit der FACHHOCHSCHULE

2o.o1.86 - die FH-leitung kündigt uns den mietvertrag unter dem vorwand, daß der "rechtlich zulässige rahmen" überschritten werden könnte. grundlage sind zwei aufrufe zum kongreß, die der FH über KELM (CDU) zugeschickt wurden.
das hessische WISSENSCHAFTMINISTERIUM und LKA fordern auch, daß uns die räume gekündigt werden.

wir überlegen, was zu tun ist und kommen zu folgendem ergebnis:
1. die mobilisierung verstärken
2. juristisch gegen die kündigung vorgehen
3. räumliche alternativen abchecken
und wurde klar, daß wir den zeitpunkt von möglichen reaktionen falsch eingeschätzt hatten: wir hatten gedacht, daß sie es mit einer kündigung bestenfalls ein paar tage vorher versuchen, um uns möglichst wenig zeit für gegenmaßnahmen zu lassen. der fehler in unseren überlegungen lag darin, nicht getickt zu haben, daß sie - ausgehend von ihrem interesse, den kongreß zu verhindern/zu zerschlagen, auch zeit brauchen, um ihre maßnahmen durchzusetzen und weitere propagandistisch vorzubereiten.

zur gleichen zeit haben wir mitbekommen, daß das BKA bereits bei verschiedenen stellen interveniert hat: WALLMANN, ORDNUNGSAMT, bei der FH, beim LKA, um den kongreß zu verhindern. dazu haben sie ein 36-seiten starkes dossier herausgegeben, das einzig und allein ihre politische schwäche ausdrückt. sie haben nichts außer ein paar aufrufe und ihr konstrukt: "inszeniert von der illegalen kommandoebene der RAF und ausgeführt vom legalen umfeld".

21.o1. - mit einem artikel in der BONNER RUNDSCHAU beginnt eine medienkampagne gegen den kongreß:
"treffen der europäischen terrorszene" und
"mit gewaltaktionen sollen die kongreßteilnehmer in stimmung versetzt werden".
diese artikel sind größtenteils von H.ZIMMERMANN, über den bekannt ist, daß er bei allen wichtigen BKA-sitzungen ist.

23.o1. - unser anwalt stellt einen antrag auf erlaß einer einstweiligen anordnung mit dem ziel, daß die kündigung aufgehoben und die FH angewiesen wird, dem kongreß die räume zu überlassen.

25.o1.- eine flugblatt-information zum kongreß wird in die städte geschickt - ziel: eine verstärkte mobilisierung zu entwickeln und bewußtsein über die bedingungen zu schaffen und darüber, daß wir den kongreß nur i n und d u r c h eine konfrontation durchsetzen können.
es drückt unsere überlegungen bis dahin aus, wie es gehen kann, die unsicherheit zu beenden und die situation wieder für uns zu bestimmen.

28.o1. - aufmacher in der ABENDPOST/NACHTAUSGABE: "BKA informiert hessische sicherheitsbehörden" und in der FRANKFURTER RUNDSCHAU: "bombendrohung gegen den frankfurter flughafen".
rund um frankfurt finden verstärkte kontrollen statt.

28.1. -abends - in frankfurt informationsveranstaltung zum kongreß: die mobilisierung soll weiter verstärkt werden.
es wird diskutiert, daß die counterlinie - "terroristen", "RAF-umfeld" - politisch aufgegriffen werden muß, um zu verhindern, daß der staatsschutzapparat ein klima schaffen kann, in dem sie räumen bzw. mit anderen maßnahmen den kongreß zerschlagen können.
der weg: mobilisierung für unsere und die ziele des kongresses.

29.o1. - kongreß-pressekonferenz, um weiter öffentlichkeit herzustellen. die angriffe gegen uns werden denunziert.
unser hauptziel ist, authentisch über den kongreß zu informieren.

vom 2o. bis 28./29.1. haben wir uns nochmal nach räumlichen alternativen umgesehen - auch in anderen städten der brd.
aber am 29. wurde uns endgültig klar, daß wir jetzt schnell zu einer entscheidung kommen müssen, um uns von der unsicheren situation zu befreien.
das ging nur, indem wir selbst nen punkt setzen
- unabhängig von allen "alternativen", die es vielleicht noch gegeben hätte, unabhängig auch von den gerichtsurteilen, die immer noch offen sind -
uns an unserem ziel - kongreß - wieder selbst zu bestimmen und weiter die initiative in der hand zu behalten.
in dieser situation war das die entscheidung für die konfrontation - die zu wollen und als unsere möglichkeit zu begreifen.
auf der basis haben wir uns nochmal neu für frankfurt entschieden, weil wir die besseren voraussetzungen für die entwicklung unserer initiativen, aufgrund der entwicklung der kämpfe dort hatten - bessere als in anderen städten.

von diesem zeitpunkt an ging es darum, die eskalation der auseinandersetzung vorzubereiten.
wichtig war, daß in anderen städten bereits ähnliche überlegungen bestanden, was der politische, praktische und subjektive boden war, auf dem wir die mobilisierung und vorbereitung gezielter als bisher weiterentwickeln konnten.
aus diesen diskussionen entstand das letzte flugblatt für die vorbereitungstreffen in den städten am donnerstag.

wir sind auf der basis, daß wir für den kongreß kämpfen wollen, davon ausgegangen, daß es im ss-apparat ein starkes interesse gab, den kongreß zu verhindern,
auf der anderen seite gab es auch viele anzeichen für ihre schwäche, unsicherheiten, widersprüche im apparat, die an diesem punkt sichtbar geworden sind:
- mit der tour, uns zuerst über die FH-leitung, später aber den gerichtlichen weg die räume wegzunehmen, sind sie bis jetzt nicht durchgekommen. die beiden gerichtsentscheidungen in frankfurt (und später in kassel) besagen, daß uns die FH-leitung die räume zur verfügung stellen muß.
(das BKA hatte bis zuletzt versucht druck auf die entscheidung der verwaltungsgerichte auszuüben, mit der 36-seiten dokumentation und den ermittlungsverfahren gegen die veranstalter". die kriminalistische decke, war ihnen jedoch als basis für eine entscheidung, zu dünn. der politische charakter dieser entscheidung und die lückenlose einbeziehung aller ebenen des apparats in die ss-strategie, und ihre funktionalisierung dafür, wäre offensichtlich geworden.
letztendlich wäre es ein grundsatzurteil gegen jede form politischer diskussion und auseinandersetzung im widerstand gewesen, das über den kongreß hinaus bedeutung gehabt hätte. das war ihnen dann zu heiß, w e i l wir nicht nur auf juristischer ebene sondern politisch dagegen vorgegangen sind. diese tour, zuerst über die kündigung der räume und dann über die juristische schiene, den kongreß zu verhindern, war genau darauf aus, die auseinandersetzung zu entpolitisieren und formale und kriminalistische konstruktionen vorzuschieben.
nach dem kongreß mußte ZIMMERMANN in einem bericht des innenministeriums rechtfertigen, daß die entscheidung der verwaltungsgerichte nicht auf ein informationsdefizit der bundessicherheitsbehörden (BKA, BAW, ..) zurückzuführen ist. diese hätten alles versucht. und in einem kommentar hieß es, daß verwaltungsgerichte mit solchen brisanten entscheidungen überfordert sind.)

- sie konnten ihre propaganda gegen den kongreß nicht lückenlos durchsetzen. durch die mobilisierung und die pressekonferenz hatte ihre counterlinie -"terroristen", "gewalttäter" ...- einen knacks bekommen.
- die hessische regierung und WALLMANN waren ein halbes jahr nach der ermordung von GÜNTHER SARE immer noch geschwächt und mußten die reaktion verdauen, die ihnen damals auf den straßen entgegengeknallt ist.
oder anders ausgedrückt, haben die aktionen des widerstands der letzten zeit - seit dem winter 84/85 - den boden geschaffen, auf dem wir ein projekt von uns - kongreß - durchsetzen konnten. auf jeden fall mußten sie erneut damit rechnen, daß eine räumung zur politischen eskalation und zu militanten auseinandersetzungen führt.

damit waren sie in einer zwickmühle:
bedeutet eine räumung das ende des kongresses, bedeutet es aber auf jeden fall, daß sie damit neue auseinandersetzungen am hals haben werden, und bei einer räumung die politik weiter in den mittelpunkt der auseinandersetzung rückt.
daß also genau das, was sie weg haben wollen, dann verstärkt ins zentrum rückt und der kongreß zu einem politikum wird, d.h. in die breite und in die tiefe politische wirkung bekommt.
in einer solchen situation kann es unsere sache nur sein, den politischen preis für sie so hoch zu treiben, daß wir entweder ohne kongreß, aber unter veränderten bedingungen weiterarbeiten können, oder ihnen die offene auseinandersetzung an diesem punkt zu viel wird und wir den kongreß machen können.
die erfahrung aus den letzten wochen und tagen war, daß wir das schaffen können, wenn wir alle ebenen - politisch, praktisch, juristisch...- miteinander verbinden und in unsere überlegungen miteinbeziehen.
und wenn wir lernen, in dieser im kern l a b i l e n situation flexibel zu handeln,
um einerseits die eskalation der auseinandersetzung zu entwickeln, die einzelnen schritte dabei,
und uns gleichzeitig so lange wie möglich die situation offen zu halten, d.h. in jeder situation neu zu überlegen.

3o.01. - treffen und veranstaltung in vielen städten.
ein flugblatt wird über das kongreßbüro durchgegeben an viele städte. es orientiert darauf, daß wir auf jeden fall versuchen werden, den kongreß in frankfurt durchzusetzen und daß alle kommen und die mobilisierung für die durchsetzung verstärken sollen.
klar war, daß wir uns durch gerichte, urteile... nicht mehr aufhalten lassen.

am donnerstag abend sind bereits einige städte in ffm angekommen, pausenlose diskussionen - wie wollen wirs machen.

31.o1. -morgens wird bekannt, daß die FH-leitung lehrkräfte und studenten vorzeitig beurlaubt hat, damit sie die schule um 14 uhr dichtmachen können.

etwa gegen 11 uhr wird das kongreßbüro vom ASTA der FH informiert, daß sie sich von der schulleitung nicht dazu benutzen lassen, das verbot zu legitimieren.
der ASTA will eine von ihnen einberufene sitzung zeitlich unbegrenzt in der aula fortsetzen, um die schule offen zu halten.
gleichzeitig geben sie eine presseerklärung heraus und mobilisieren die PRESSE an die FH.
etwas später entwickelt sich zwischen leuten aus dem kongreßbüro und dem ASTA eine diskussion. wir verteilen ein flugblatt:
"lassen wir uns nicht spalten".
danach stellt uns der ASTA einen teil seiner büroräume nebst telefonanschlüssen zur verfügung.

gegen 14 uhr kommt das KASSELER URTEIL:
die FH muß uns die räume zur verfügung stellen.
unsere vorbereitungen verbessern sich,
wir kommen ungehindert in die FH.
gleichzeitig mit dem urteil tauchen gerüchte auf: WALLMANN soll mit GEMMER (frankfurter bullenpräsident) und ner BKA-figur zusammensitzen und die grundlagen für ein VERSAMMLUNGSVERBOT abchecken.

nachdem sie uns die räume nicht einfach klauen konnten, bleibt ihnen jetzt nur noch, über den politischen ausnahmezustand "versammlungsverbot" die militärische intervention vorzubereiten, um den kongreß so zu zerschlagen.
für sie ist abzusehen, daß wir mit unseren juristischen möglichkeiten noch nicht am ende sind und deshalb bleibt ihnen nur der polizeiputsch, um tatsachen zu schaffen, bevor wir die möglichkeit haben, das "versammlungsverbot" erneut juristisch anzugreifen.

die FAZ vom 3.2. meint, daß das versammlungsverbot von der BAW angeschoben wurde.

gegen 15 uhr sind wir schon einige hundert genossen in der FH.

in der diskussion wird die frage, WIE WIR UNS ZUSAMMEN BEI EINER RÄUMUNG VERHALTEN zentral.
es bilden sich zwei linien heraus:
- rausgehen und den kongreß verschieben

oder - drinbleiben, um den kongreß hier und jetzt durchzusetzen.
für die, die raus wollten, ist ein wichtiger grund, daß sie hier diskutieren wollen und sich keine militärische konfrontation aufzwingen lassen wollten.
die anderen gehen davon aus, daß sich projekte von uns nur in einer politischen auseinandersetzung durchsetzen lassen.
daß sich durch die kämpfe der letzten monate ein kräfteverhältnis entwickelt hat, durch das es uns jetzt möglich ist, den kongreß durchzusetzen, wenn wir die initiative behalten.
in dieser widersprüchlichen diskussion, die während des ganzen abends, in der nacht und am nächsten morgen vertieft wird, gelingt es uns, eine gemeinsame handlungsbasis zu schaffen. gegen abend wird klar: wir bleiben drin und versuchen, die bullen so lange wie möglich am reinstürmen zu hindern.

seit 17 uhr versuchen immer neue PRESSETYPEN (bild, hessischer rundfunk, FR, taz..) infos über die lage zu bekommen. sie sind meist besser informiert als wir und schieben und aktuelle informationen über den stand bei WALLMANN rüber. die einen weil sie die konfrontation wittern, die anderen weil sie checken daß sich das kräfteverhältnis für uns verändert hat.

einige genossen machen um 18 uhr eine pressekonferenz in der FH. wir greifen das versammlungsverbot an und geben bekannt, daß wir um 2o uhr mit einem veränderten programm beginnen werden.
später in den nachrichten:
"in frankfurt hat ein kongreß über antikapitalistischen und antiimperialistischen widerstand begonnen".

um 2o uhr erfahren wir von einem pressetypen, daß WALLMANN jetzt das versammlungsverbot bekannt gegeben hat und daß die bullen nur noch auf die begründung warten, bis sie mit der räumung anfangen wollen.
gleichzeitig beobachtet der schutz den anmarsch von polizeieinheiten, straßenkontrollen werden aufgebaut und das ganze gebiet nach und nach abgeriegelt.

gegen 2o.15 uhr machen wir in der aula der FH den eröffnungsbeitrag.

<u>21 uhr</u> jede menge wannen, bullis und wasserwerfer rücken näher.
immer mehr presse, radio, fernsehen kommt auf den NIBELUNGENPLATZ.

<u>um 21 uhr</u> wollen wir mit der portugal-veranstaltung beginnen. ein paar minuten später gibt der schutz bekannt, daß sich der innere bullenring zu schließen beginnt.
einige westeuropäische genossen werden gerade noch rechtzeitig evakuiert. andere verlassen das gebäude ebenfalls.

<u>um 21.4o uhr</u> hat der schutz alle eingänge dichtgemacht und verbarrikadiert, fenster gesichert u.s.w.

<u>fünf minuten später</u> schließt sich der innere bullenring um die FH. polizeikräfte aus drei bundesländern - rheinland pfalz, bayern, hessen - werden zusammengezogen. sieben wasserwerfer werden vor der FH in anschlag gebracht. auf dem oederweg, der eckenheimer landstraße, der friedberger landstraße stehen noch mehr wasserwerfer, wannen und bullis - bis in die stadtmitte.
die bullen geben für das gebiet smog-alarm, um uns von der öffentlichkeit zu isolieren. (der nibelungenplatz ist eine der hauptverkehrsknotenpunkte in der stadt.)
alles deutet in dieser situation daraufhin, daß die bullen bereits den befehl haben, zu stürmen, sie sind aber erstmal aufgelaufen, weil wir schneller, als sie wohl dachten, verbarrikadiert hatten. das hat uns den raum geschaffen, drinnen weiter zu diskutieren und die vermittlung und mobilisierung nach draußen zu organisieren.
es war klar : jede minute in der FH wirkt für uns.

wir kämpfen ab jetzt von den verschiedenen punkten aus:
plenum in der FH und schutz an den barrikaden, im ASTA-büro, genossen stehen zwischen der schule und den bullen, genossen zwischen den bullenringen. (sie hatten insgesamt drei ringe um die FH gezogen), genossen, die über eine telefonkette in ffm und anderen städten mobilisiert werden.
später haben wir erfahren, daß die bullen gleichzeitig in anderen städten vor scene-wohnungen und wohngemeinschaften, jugendhäusern etc. aufgefahren sind.

nachdem die türen dicht sind, beginnt im plenum erneut eine diskussion über die situation, ausgangsbasis ist der konsens vom spätnachmittag: wir bleiben drin.
die möglichkeit, den kongreß durchzusetzen, besteht immer noch.
wir können und müssen mit der situation politisch arbeiten und so wirkt jede minute für uns.
aus dieser diskussion entsteht die spontane initiative aufs dach zu gehen, um den menschen draußen unsere forderungen und ziele zu vermitteln. transparente werden dort oben aufgehängt und parolen gerufen. auch in der aula werden parolen gerufen.
draußen sind inzwischen einige hundert leute versammelt - leute vom kongreß, startbahngegner, anwälte, autonome, anwohner und passanten.

im plenum wird eine diskussion über die arbeitsgruppen versucht, wie wir sie am nächsten tag machen wollen.
allerdings werden wir immer wieder durch lagemeldungen unterbrochen.

<u>um 22.37 uhr</u> verkündet BERNHARD, der einsatzleiter, das versammlungsverbot gegen den kongreß und alle ersatzveranstaltungen, das sofort vollzogen werden soll. mehrmals liest er die begründung.
BERNHARD hat am mord an GÜNTHER SARE wesentliche verantwortung.

einige in- und ausländische anwälte, andere leute und ein pfaffe bilden in dieser situation eine "erste barrikade" auf der treppe vor dem haupteingang. ein anwalt versucht an BERNHARD ranzukommen, um ihm klarzumachen, daß die anwälte juristisch mit einem "stopp-antrag" bereits gegen das versammlungsverbot vorgehen. sie versuchen damit, den politischen handlungsspielraum für uns zu vergrößern und die räumung weiter zu verzögern.

die FH-leitung verkündet gegenüber der presse und den bullen permanent, daß sie sich gegen eine räumung stellt, daß die bullen für den einsatz weder juristische noch politische legitimation haben, und daß sie sich vor die schule legen werden, wenn es trot z-dem zum einsatz kommt.
immer mehr presse kommt auf den platz:
im SÜDWESTFUNK beginnt eine live-übertragung in "point", später gibt es auch im BAYRISCHEN FERNSEHEN eine live-übertragung. sie machen interviews mit genossen vor ort, anwälten und der FH-leitung. auch der redebeitrag und die parolen, die auf dem dach gerufen werden, kommen rüber, im fernsehen die zusammenlegungs-transparente.

vertreter von organisationen und einzelpersonen kommen auf den nibelungenplatz, wo sie gegen die bullen partei ergreifen:
es wird zu einer kundgebung.
der ASTA, mitglieder der GRÜNEN, des DGB-JUGENDRINGS, RECHTSANWÄLTE, ein vertreter von GREENPREACE, einzelpersonen schließen sich an. von draußen werden ständig parolen gerufen, die auf dem dach antworten:
"FRONT ENTSTEHT ALS KÄMPFENDE BEWEGUNG - EINHEIT IM KAMPF UM ZUSAMMENLEGUNG", "HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT" und "NO PASERAN".

genossen, die aus frankfurt gekommen sind, gehen in die um die FH liegenden kneipen und beginnen dort, über den kongreß zu informieren und zu diskutieren.

gegen o.oo uhr spitzt sich die situation weiter zu:
einige bulleneinheiten tragen schußsichere westen. feuerwehr- und krankenwagen werden in der nähe zusammengezogen.
in einer seitenstraße wurden mehrere mercedes-limousinen mit bonner kennzeichen gesehen, die gepanzert sind - wie sie auch von der GSG-9 benutzt werden. dahinter mehrere kleinbusse mit zivilbullen.

um o.15 uhr erfahren die anwälte, daß die FH-leitung (GUSSMANN, KESSLER, SCHNEIDER) versucht, mit GEMMER zu verhandeln.

in der FH haben wir inzwischen verteidigungslinien und stellungen formiert und uns auf den angriff "in den nächsten minuten" vorbereitet. es entwickelt sich von neuem eine diskussion über die art und weise unseres vorgehens. begriffe wie "verteidigung", "militante verteidigung", "widerstand" und auch "verweigerung" werden benutzt, ohne daß die begriffe für jeden das gleiche bedeuten. klar wird, daß die diskussion bisher noch zu ungenau gewesen ist. was das für jeden heißt: "drinbleiben, verteidigen" ist noch nicht ausgefüllt.
es wirkt sich auch aus, daß nur ein teil der genossen vorher über diese fragen diskutiert hat.
nach dieser diskussion ist uns klar, daß "verteidigung mit allen mitteln" für uns keine möglichkeit ist,

weil es dafür keine gemeinsame basis gibt,
und daß sich die frage der mittel nie losgelöst vom politischen ziel diskutieren läßt, was zum einen heißt,
das geschlossenheit/einheit basis ist, die wir brauchen und von der wir ausgehen können und daß es zum anderen nicht um die "schlacht" geht, die wir militärisch nicht gewinnen können, sondern daß wir versuchen müssen, sie so lange wie möglich am reinkommen zu hindern, weil immer noch die zeit für uns wirkt.
wir zwingen sie dadurch, daß wir drinbleiben, sich offen zu zeigen als antagonist, der jeden widerspruch plattwalzen will, der sich in dieser situation nur noch durch eine militärisch/polizeiliche operation, durch einen bullenputsch gegen andere teile des apparats durchsetzen kann.
das ist für uns eine möglichkeit, den kongreß durchzusetzen, weil hoher politischer preis auch heißt, daß charakter und schärfe der auseinandersetzung STAAT - WIDERSTAND/FRONT klarer werden und der kongreß dadurch breitere politische wirkung bekommen kann.
deshalb räumen sie nicht automatisch.

das ist alles sehr verkürzt; am ende der diskussion war klar, daß wir uns verteidigen - barrikaden, ketten bilden... - und daß jeder selbst wissen muß, was das für ihn heißt.
um ca. o.3o uhr gibt es die erste kontaktaufnahme zwischen einem anwalt und der FH-leitung, die in der zwischenzeit mit GEMMER telefonisch in verbindung gekommen ist. anwalt und FH-leitung überlegen gemeinsam, wie ein möglicher kompromiß aussehen könnte.
sie versuchen kurz darauf das gespräch mit unseren beiden genossinnen, die vor dem haupteingang stehen.
ihr erster vorschlag ist, wir verlassen das gebäude , die bullen machen keine kontrollen und keine ed-behandlungen und danach zieht die gegenseite ab.
die antwort ist ein klares nein.
als dieses angebot dem schutz mitgeteilt wird und er es ins plenum vermittelt, ist auch dort sofort klar, daß wir unseren trumpf nicht hergeben und wenn hier jemand abzieht, dann die bullen.

der nächste vorschlag von der FH-leitung und anwälten:
"die bullen ziehen ab und der kongreß läuft weiter wie geplant"
die genossen überlegen sich, daß es falsch ist, immer nur nein zusagen, weil verhandlungen eine möglichkeit sein können, den kongreß durchzusetzen.
auf der anderen seite wissen sie, daß die FH-leitung und die anwälte mit diesem vorschlag die räumung des gebäudes implizieren und das genau bei den bullen ankommen wird - "wie geplant" - gleich rausgehen, gleich schlafen gehen. (laut mietvertrag waren die kongreßveranstaltungen bis 1.oo uhr zu beenden).

> von uns allen wäre an diesem punkt eine analyse der veränderten situation notwendig gewesen, denn es gab immer noch das versammlungsverbot und wir mußten unsere schritte im ausnahmezustand bestimmen - "normaler ablauf" wäre ohnehin nicht mehr möglich gewesen.

dieses verhandlungsangebot - die bullen ziehen ab und wir machen weiter wie geplant - wird GEMMER durch die FH-leitung und einen anwalt telefonisch übermittelt. GEMMER geht darauf ein und akzeptiert, daß das angebot erst von den kongreßteilnehmern diskutiert werden muß.
er setzt ein 3o-minuten-ultimatum (bis 1.3o uhr).
anwalt und FH-leitung haben keinen widerspruch.

der vorschlag wird über das ASTA-telefon ins plenum vermittelt.
im plenum kommen wir zu dem ergebnis, daß die bullen abziehen müs-
sen und wir drinbleiben - was anderes kommt gar nicht in frage.
aus taktischen gründen schlagen wir vor, das ultimatum verstrei-
chen zu lassen, um dann zu sagen:
abzug der bullen. und sonst nichts. was wir machen, geht sie nichts
an. der schutz kam zu dem ergebnis, daß die bullen abziehen müssen
und wir machen weiter wie geplant, was unausgesprochen bedeutet:
wir bleiben drin.
kurz vor 1.3o uhr kriegt der kongreßanwalt o.k. für den "kompro-
miß" von draußen und durch das ASTA-telefon kommt aus dem plenum:
die bullen müssen abziehen und wir sagen nicht, was wir machen -
was bei ihm nochmal als bestätigung ankommt.
daraufhin telefoniert GUSSMANN erneut mit GEMMER und auch der
ANWALT spricht mit ihm. beide vermitteln folgende bedingungen, die
sie aus ihrer diskussion für notwendig halten:

- die bullen ziehen innerhalb von zehn bis fünfzehn minuten ab,
- zugesagt wird, daß es keine festnahmen, keine ed-behandlungen, keine folgen, freies geleit gibt,
- danach wird die "veranstaltung" für heute beendet und die kongreßteilnehmer gehen "nach hause".

GEMMER willigt in alle forderungen ein, will aber durchse tzen,
dass wir innerhalb von 10 minuten gehen und bedingt sich zudem
einen zivilen beobachtungsposten in der FH aus.
ANWALT und FH-leitung lehnen ersteres ab, weil sie gar nicht
wissen, wie viele genossen sich in der FH befinden.
GEMMER quatscht den ANWALT jetzt gezielt an, um ihm eine einschätung
über die zahlenmässige stärke von uns abzuringen - er kriegt keine
antwort.

GEMMER gibt über funk den rückzugsbefehl und um
1.40 uhr ziehen sie sich tatsächlich zurück.

aus unseren beobachtungen kann man vorsichtig schliessen, daß der
grösste teil bullen aus dem gebiet abgezogen ist und nur noch ein
paar einheiten ca. 1 km entfernt postiert sind - u.a. an zwei stel-
len in der wittelsbacher allee.

kurz darauf kommen ANWALT und FH-leitung in die aula und teilen uns
das kompromissergebnis mit.
wir fallen erstmal alle vom hocker, denn rausgehen war und ist
für uns nicht sache.
fragen wie: "wer hat überhaupt o.k. für verhandlungen gegeben",
"wie kommt das" tauchen auf. schnell schwirren begriffe wie "deal",
"mißverständnis", "verarscht" durch den raum.
klar ist aber auch, dass wir jetzt diskutieren wollen und uns
dieses ultimatum herzlich wenig interessiert.
wir führen die diskussion ohne FH- leitung und ANWALT weiter, weil
es für uns kein juristisches, sondern ein politisches problem gibt,
das wir unter uns klären müssen. bevor sie gehen bietet ein FH-typ
uns die mensa als pennmöglichkeit an.
GUSSMANN verlängert in der zwischenzeit ein ultimatum nach dem anderen
bei GEMMER:
wir kapieren, daß verhandlungen begriff und realität sind, an der
wir seit einer weile beteiligt sind: seit dem moment, als wir uns
auf das erste ultimatum eingelassen haben, es verstreichen liessen
und dann unsere forderung gestellt haben.
uns hätte auch klar sein müssen, dass es zu verhandlungen kommen
wird, wenn unsere einschätzung des kräfteverhältnisses richtig ge-

wesen ist. - was sonst heisst "durchsetzen" und wie sonst hätte sich die situation, in der das existierende versammlungsverbot ein moment ist, praktisch verändern lassen.
jetzt war die frage, wie die zusage "wir gehen raus" zustande gekommen ist. es wird von einem missverständnis geredet, das über unklare vermittlung zustande gekommen sein soll.

wir können es in der situation nicht klären und stellen fest, dass wir uns jetzt mit der veränderten situation auseinandersetzen müssen und überlegen, ob rausgehen jetzt eine möglichkeit für uns - die durchsetzung unserer ziele ist oder nicht.
ein ergebnis dieser hitzigen und total aufgewühlten diskussion ist:

- dass erstmal nicht davon auszugehen ist, dass es sich bei ihrem rückzug um eine finte handelt, da er in der situation ihrer militärischen stärke gelaufen ist
  -oder anders: dass sie politisch so angegriffen sind, dass sie ihre militärische stärke nicht mehr zum anschlag bringen können. und wir dagegen politisch gestärkt aus der auseinandersetzung hervorgegangen sind. ausserdem sind unsere praktischen möglichkeiten immer noch die selben.
- dass wir berücksichtigen müssen, dass sich die situation wieder verändern kann und wir deshalb unsere materiellen möglichkeiten, mit denen wir den kongress weiter durchsetzen können, sichern müssen. und dass es von da aus richtig ist, in der FH zu bleiben.
- dass es aber genauso richtig ist, einen taktischen schritt zu machen, der ihnen ermöglicht, das "gesicht zu wahren". genau das, was sie brauchen, um sich wirklich zurückzuziehen.
- dass sich aber unsere ausgangsbedingungen eher verbessern, wenn wir jetzt die mensa dazubekommen. mensa und aula liegen dicht zusammen und deshalb werden wir nicht "zersplittert", sondern erschweren den bullen einen angriff, weil sie gleichzeitig in beide gebäude rein müssten. wir aber gemeinsam handeln können.
- darüberhinaus waren keine greiftrupps auf den strassen, sodass wir uns dort auch bewegen können.

- und schließlich handelte es sich nicht mehr um ein "lokales problem": genossen in anderen städten sind alarmiert. die öffentlichkeit informiert und das macht die gesamtlage für sie noch unkalkulierbarer.

die diskussion lief unter dem druck, dass das letzte ultimatum um 3.00 uhr abläuft - GEMMER dann nicht mehr für GUSSMANN erreichbar sein wird.
es ist jetzt kurz vor 3.00 uhr.

in dieser situation entschliessen sich 40 oder 50 genossen, "tatsachen zu schaffen" und verlassen die FH.
damit ist der versuch, nochmal eine gemeinsame diskussion hinzukriegen und zu einer entscheidung zu kommen, endgültig gesprengt.
spannungen schlagen um in entmutigung, misstr/auen, momente von panik
wir sind nicht mehr in der lage, das für uns zu drehen.
die meisten gehen irgendwo pennen - in einzelne räume der FH. in die mensa - die zudem schlecht gesichert werden.
erst am nächsten morgen gibt es die ersten ansätze, die scheisse, die unter uns gelaufen ist, zu klären.

wir denken heute, wir hätten die forderung "die bullen ziehen ab und wir machen weiter wie geplant" benutzen können, nur hätte dann von anfang an klar sein müssen, dass das nur heissen kann, bessere ausgangsbedingungen für den nächsten tag zu schaffen das wäre gewesen: gussmann über den anwalt zu sagen, er kann diese formulierung benutzen, a b e r 500 von uns bleiben in der FH, der rest geht in die mensa, wenn die bedingungen für uns dort o.k. sind.

so wäre auch die forderung richtig gewesen:
wenn sie die veränderte situation -ausnahmezustand- berücksichtigt hätte und die weiteren vorstellungen entsprechend unserer situation und unseren anforderungen konkretisiert gewesen wäre. dass das in der nacht nicht gelaufen ist, lag daran, daß wir gehandelt haben, ohne zu ende diskutiert zu haben.

auch politisch war die situation für uns weiterhin offen.
ihr versuch, uns von der öfentlichkeit zu isolieren und uns damit den schutz zu nehmen, den öffentlichkeit in einer solchen situation bedeutet, war gescheitert:
wir waren in der lage durch transparente, parolen und interviews nach aussen die ziele des kongresses zu vermitteln.
sie hatten es nicht geschafft, den kongress als "treffen des internationalen terrorismus" zu verkaufen.
-i h r aufmarsch erinnerte an die ss- und gestapoaufmärsche während des nazi-faschismus.

"abzug gegen abzug" wäre zu keinem zeitpunkt ein möglicher kompromiss gewesen -dadurch hätten wir uns politisch und praktisch ins aus gestellt, und dann tatsächlich: ins aus gedealt.

"normaler ablauf" war für die bullen das ticket, um abzuziehen.
so konnten sie am nächsten morgen ihren abzug rechtfertigen,
um nicht nackt, lächerlich, entwaffnet dazustehen.
wallmann/gemmer ging es letztlich darum, ein argument in der
hand zu haben, um nicht offen eingestehen zu müssen, dass wir
uns in dieser konfrontation als politischer faktor/front
durchgesetzt haben. (in einer zeitung stand dann auch der
quatsch: wir wären abgezogen und dann erst sie)

ihre deeskalation war letztendlich eine politische entscheidung.
nicht nur, weil die situation und die widersprüche, die bei einer
räumung aufgebrochen wären, für sie unkalkulierbar gewesen sind.
sondern auch, weil sich die hessische regierung fragen musste,
ob sie ein zweites mal so eine situation wie nach der er-
mordung von günter sare durchsteht oder ob dadurch das "rot"-
grüne bündnis in hessen endgültig zerbrochen wäre.

der kampf um die durchsetzung des kongresses war in jedem
moment auch die entwicklung der einheit des revolutionären kampfes
hier und in westeuropa trotz fehlern, schwächen, einbrüchen.
im kampf gegen die äusseren bedingungen ging es darum, den
inneren prozess zu entwickeln und offen zu halten.
unsere grenzen wurden am freitag sichtbar, wo wir uns vom äusseren
druck der möglichen räumung und dem "ultimatum" selbst unter
druck haben setzen lassen und nicht mehr in der lage waren, einen
entscheidungsprozess zu erkämpfen.
es hat damit angefangen, dass die diskussion oft chaotisch und
gegeneinander geführt wurde.
diese brüche hatten ihre wirkung nicht nur in der nacht, sondern
auch in den nächsten tagen.

eine ursache dafür lag in der oft unzureichenden vorbereitung
auf den kongress. nur einzelne städte und gruppen hatten ver-
sucht, sich eine vorstellung von der konkreten auseinandersetzung
zu machen, die die durchsetzung des kongresses bedeuten konnte
und welche organisatorischen voraussetzungen wir uns dafür
schaffen müssen.
das machte es am freitag schwierig, einen konsens unter uns zu
schaffen, der eine w i r k l i c h e handlungsbasis gewesen wäre,
weil unter diesen voraussetzungen nicht nur verschiedene vor-
stellungen aufeinander geknallt sind, sondern auch die meisten
spontan entscheiden mussten.
die vorbereitungen waren insgesamt von stadt zu stadt, von
gruppe zu gruppe sehr unterschiedlich: z.b. gab es in vielen
städten noch nicht einmal die information, dass uns die räume
gekündigt worden waren, während in anderen städten bereits
diskussionen um eine besetzung der FH oder anderer räume in ffm
angefangen hatte.
auch die inhaltlichen auseinandersetzungen über ziele und be-
stimmung des kongresses waren überall unterschiedlich intensiv
oder schwach entwickelt.
was auch in den plenumsdiskussionen am freitag nicht aufgehoben
werden konnte.

eine andere sache ist, dass es für uns eine der ersten erfahrungen
war, in so grossen zusammenhängen zu diskutieren und entschei-
dungen zu treffen, die im gemeinsamen prozess entwickelt und
von allen getragen werden.
das ist sicher immer schwierig, aber ne sache, die wir auch in
zukunft noch lernen müssen.

der kongress war keine mobilisierung gegen ein schweineprojekt, sondern ein projekt, das sich aus den vorstellungen und zielen des widerstands entwickelt hat. wir haben die konfrontation mit dem ziel bestimmt, den kongress machen zu können und uns dadurch einen teil der bedingungen für die internationale diskussion zu schaffen.
es war für jeden konkret die frage, ob wir den kongress brauchen oder nicht, ob wir in diesem rahmen und auf diesem terrain die diskussion direkt führen können oder ob wir sie anders organisieren.

es war von anfang an ein offensives moment, die internationale diskussion offen und breit anzugehen, und sie auf diesem terrain durchsetzen.
dadurch konnten wir voraussetzungen schaffen, sie politisch im widerstand zu verankern und haben jetzt bessere bedingungen, sie weiterzuentwickeln.

ziel der internationalen diskussion ist, den praktischen prozess der kàmpfe in westeuropa zu vermitteln
und gleichzeitig eine auseinandersetzung über die politisch-strategische linie zu entwickeln, d.h. wichtige ansätze und einzelne momente revolutionärer strategie greifbar zu machen, die politischen widersprüche und unterschiede in den bewegungen zu diskutieren, mit dem ziel, die westeuropäische dimension des kampfes im widerstand als begriff und grundlage zu verankern.

vor allem ging es aber auch darum, mit den genossen aus westeuropa an einem gemeinsamen projekt zu arbeiten: einander mitzukriegen, erfahrungen auszutauschen, die politischen auseinandersetzungen zu vertiefen, mit ihrem kampf zusammenzukommen - wie sie am kongress auch mit unserem kampf zusammengekommen sind - voneinander zu lernen und vertrauen zu entwickeln als ein stück von dem boden für die entwicklung der front in westeuropa.

klar, es gab auf dem kongress zwischen uns auch ne menge unterschiede, z.b. verschiedene vorstellungen und ziele, was der kongress bedeutet und bringen soll:
menschen, die es einfach stark fanden, so viele ausländische genossen mitzukriegen, von ihrem kampf impulse für die entwicklung lung des eigenen kampfes aufzunehmen;
genossen aus bewegungen, denen es darum ging, gemeinsam grenzen an die sie gestossen sind, herauszukriegen und zu überlegen, wie sie diese durchbrechen können;
für viele waren die arbeitsgruppen wichtig, um dort an der bestimmung und vermittlung revolutionärer politik und strategie zu arbeiten;
und es gab natürlich auch ein paar arschlöcher, die gekommen sind, um zu konsumieren und um abstrakte debatten zu führen etc.

viele dieser unterschiede spielten auch am freitag eine rolle (und auch in den folgenden tagen, aber das ist hier nicht sache) in dem, wie jeder selbst die konfrontation begreift.
solange es aber den sichtbaren trennungsstrich zwischen uns und den bullen gegeben hat, waren die meisten dieser unterschiede nicht das wesentliche. da war es wichtig, dass wir an dem gemeinsamen ziel: den kongress zu unseren bedingungen durchzusetzen, zusammengekommen sind und dass wir uns bewusst in die konfrontation gestellt haben, die das bedeutet.

die subjektive und politische basis dafür waren die kollektiven strukturen, zusammenhänge und gruppen, wie sie sich beim schutz und in einzelnen städten bereits vor dem kongress entwickelt hatten. auch wenn das am freitag alles noch schwach war, war es in der konkreten situation die basis, um nach innen immer wieder geschlossenheit zu entwickeln und nach aussen handlungsfähig zu werden.
zu dem politisch/praktischen faktor zu werden, der die mobilisierung und die widersprüche in bewegung gebracht und die bullen an einer schnellen räumung gehindert hatte.

dass wir uns hier durchsetzen konnten, ist ausdruck der politischen und praktischen prozesse seit dem winter 84/85: die initiativen im zusammenhang mit der westeuropäischen front und darin das offensive verhältnis, das wir uns -widerstand- erkämpft haben. da, wo wir von unseren erfahrungen und der eigenen stärke nicht losgelassen haben.

es war von neuem die erfahrung, dass wir so auch in der lage sind und dass immer diese möglichkeit besteht, dem einsatz des staatlichen gewaltpotentials die politisch/praktische grenze zu setzen: dass ihre scheinbare unbesiegbarkeit bricht, wenn ihre gewalt nicht mehr abschreckt und uns in die defensive zurückwirft; dass auch "harte haltung" nichts konstantes, festes ist, gegen das es kein durchkommen gibt, sondern immer auch die möglichkeit besteht, sie zu brechen.

dass wir das geschafft haben, in dieser situation, trotz aller schwächen, die es bei uns gegeben hat, ist ausdruck dieser erfahrung und prozesse.
die entscheidung für die konfrontation war dabei eine bedingung. um dieses projekt -internationale diskussion- durchzusetzen, gegen einen feind, der nichts unversucht gelassen hat, den kongress zu verhindern.
das zweite bein, das das politische verhältnis auf unserer seite bestimmt hat, war der internationale charakter der auseinandersetzung und die anwesenheit von genossen aus westeuropa und von anderen kontinenten.
damit war die ganze auseinandersetzung und entscheidungsebene über die bekämpfung des kongresses auf der internationalen ebene angekommen, was in der reaktion der schweine am freitag sichtbar geworden ist:
die bundesbehörden haben bei wallmann das versammlungsverbot gefordert und durchgesetzt, für eine eventuelle räumung waren spezialeinheiten und wahrscheinlich die sicherungsgruppe bonn (gsg9) an der FH, die präsenz von nato-geheimdiensten. sicher ist, dass englische und italienische nachrichtendienste in ffm waren, observation von us-geheimdiensten und kontrollen durch die us-army in den tagen während des kongresses. -

sie haben den kongress von anfang an mit der entwicklung der westeuropäischen front identifiziert und deswegen bis zur letzten minute versucht, ihn zu verhindern.
der baw ging es darum, die internationale diskussion zu zerschlagen, noch bevor sie sich entwickeln und im widerstand verankern konnte, und sie damit unter der us-linie "kampf dem internationalen terrorismus" zu kriminalisieren.
rebmann fordert das seit dem winter 84 und craxi ein paar tage zuvor, in einer parlamentsdebatte über libyen: die kommunikationsstrukturen des internationalen terrorismus müssten frühzeitig erkannt und zerschlagen werden.

für die brd ging es deswegen auch um die glaubwürdigkeit
gegenüber den anderen sicherheitsapparaten in westeuropa und
gegenüber den amerikanern.
schreckenberger (koordinator der geheimdienste in bonn) drei
wochen später über den kongress: "das lässt der kanzler nicht
vom tisch gehen!"

heute ist klar, dass es bereits vor dem kongress widersprüche
innerhalb der sicherheitsapparate über die haltung und das
vorgehen gegen den kongress gegeben hat.
auf der einen seite ihre doktrin der "harten haltung";
verhinderung des kongresses um jeden preis; keinen milimeter
für uns, keine minute für die diskussion.
auf der anderen seite das interesse, dass der kongress statt-
findet und die internationalen geheimdienste gleich mit dabei
sind, mit dem ziel den stand der internationalen diskussion zu
erfassen, infos über personen und strukturen dieser diskussion
zu sammeln. sicher ist, dass daran v.a. französische und englische
geheimdienste interesse hatten.

spätestens zu dem zeitpunkt jedoch, als die baw bei wallmann
das versammlungsverbot durchsetzt, hatte sich die arte haltung"
auch bei den sicherheitsapparaten durchgesetzt - gegen alle
widersprüche, die es zu diesem zeitpunkt nach innen und aussen
gegeben hat.
sie wollten in dieser situation -als der kongress schon begonnen
hatte- die schnelle entscheidung, um durch eine militärische
blitzaktion den kongress aus den angeln zu heben und uns keine
zeit und möglichkeit mehr lassen, den kongress politisch
weiter durchzusetzen.
sie brauchten in dieser situation polizeitaktisch unsere
isolation vor ort, und auch politisch unsere isolation,
was bedeutet hat, die öffentlichkeit abzuschirmen, um den
charakter der auseinandersetzung verschweigen zu können.
als dann die räumkommandos nicht sofort reingekommen sind,
und die bullen vor der verbarrikadierten FH erstmal aufgelaufen
sind -womit sie offensichtlich nicht gerechnet hatten- war das
der raum, in dem die plattgewalzten widersprüche neu und jetzt
verstärkt aufgebrochen sind.
in dieser situation hat sich die FH-leitung, eine handvoll
liberaler bürger und mitglieder von organisationen wie der
grünen mit uns solidarisiert, und sich offen in widerspruch
zu wallmann und den bullen gestellt.
durch das vorgehen der bullen war ihnen ihre basis, die sie
mit dem staat verbindet -rechtsstatlichkeit, unabhängigkeit
der gerichte usw.- entzogen. es war für jeden offensichtlich
dass sich die bullen über alle vorherigen gerichtsurteile
hinweggesetzt hatten. und das mit dem zeitpunkt der räumung
für uns auch keine möglichkeit mehr bestehen sollte, gegen
das versammlungsverbot gerichtlich vorzugehen. gleichzeitig
sollte eine räumung hinterher, die zerschlagung des kongresses
legitimieren und ihre propaganda "gewalttäter, terroristen...".
weil klar war, dass wir nicht einfach rausgehen und also auch
eine räumung nicht "friedlich" sein wird.

auch innerhalb des apparats sind von neuem die widersprüche aufgebrochen: wir wissen heute, daß es am freitag spätestens ab 22.30 uhr einen ständigen kontakt zwischen gemmer und von schoeler aus dem hessischen innenministerium gegeben hat. schoeler, der aus seiner bonner zeit über gute kontakte zu den geheimdiensten verfügt und auch drähte der hessischen regierung nach bonn in der hand hält.
seine position soll gewesen sein, dass er die stadt/wallmann für zuständig erklärt hat. -er und das innenministerium wollten sich offiziell raushalten. d.h. für wallmann/gemmer gab es zu diesem zeitpunkt keine politische rückendeckung mehr von der hessischen regierung.
den ganzen abend liefen über diesen draht genaue anweisungen von schoeler an gemmer über den polizeieinsatz an der FH.
im verlauf der auseinandersetzungen hat das innenministerium interveniert und sogenannte deeskaltationsversuche unternommen: wallmann und gemmer sollten jetzt einen weg suchen, die eskalation zu entschärfen -und eine räumung hätte auf jeden fall eine eskalation bedeutet.
sie mussten ja auch damit rechnen, dass es bei einer räumung nicht nur in frankfurt, sondern auch in anderen städten zu aktionen oder militanten auseinandersetzungen kommt.

das war auch der einschnitt: die situation wurde für die schweine nur noch schwer kalkulierbar und hat sie dazu gezwungen, neu zu überlegen.
in diesem moment war die harte haltung eingeknickt, gemmer war bereit, mit den anwälten und der FH-leitung zu verhandeln. von schoeler, der am nächsten tag von "unterschiedlichen einschätzungen" gesprochen hat, die es im sicherheitsapparat in bezug auf den kongress gegeben haben soll, war bei den schweinen die zentrale figur:
er hat die deeskalation eingeleitet und gleichzeitig die nachrichtendienstliche linie im apparat nach vorne geschoben.
das waren dann die observationen, kontrollen, videoaufnahmen und infiltrationsversuche der bullen an den tagen danach.

wichtig ist, dass diese widersprüchlichen linien im apparat in ihrem z i e l i d e n t i s c h sind: den widerstand zu liquidieren, dass es lediglich zu taktischen unterschieden kommen kann, in bezug auf zeitpunkt und methode einzelner massnahmen und bezüglich der linie, wie sie sich vorstellen, den widerstand am besten bekämpfen zu können.
letztendlich ist es die stärke des widerstands und die politische situation, die sie zwingt, zu taktieren.

GRUSSBOTSCHAFTEN

AN DEN KONGRESS

aus

USA

und

PORTUGAL

Puerto Rico Day Parad
Chicago, 1985

PUERTO RICANISCHE KRIEGSGEFANGENE

revolutionäre grüße von den 3 puerto ricanischen kriegsgefangenen, die im zentralen konzentrationslager in lewisburg, pennsylvania, usa eingekerkert sind. es ist ein grosses privileg und ehre, diese selbstbewußte und mutige versammlung von revolutionären und progressiven kräften, zu grüßen, die wahre tatsache, daß diese konferenz im anti-demokratischen deutschland stattfindet, bezeugt den charakter von allen von euch, daß ihr mit diesem historischen unternehmen verbunden seid.

wir wünschen euch, anderen politischen gefangenen und kriegsgefangenen und ihren familien unsere moralische und politische unterstützung auszudrücken. genauso wünschen wir, ein mächtiges "es lebe der bewaffnete kampf" denjenigen zuzurufen, die entschlossen den kampf weiterführen aus der tiefe der illegalität.

die faschistischen/repressiven staaten von nordamerika und westeuropa führen eine repressionskampagne nach dem vorbild der strategie von counterinsurgency, wie sie sie für viele jahre in der kolonisierten welt eingesetzt haben. gegenwärtig ist das hauptziel dieser counterinsurgency, die nationalen befreiungskämpfe und bewaffnete illegale formationen, die innerhalb des imperialistischen lagers aktiv sind, und die progressiven, antimilitaristischen und demokratischen kämpfe, die sich kontinuierlich vorwärtsbewegen zum totalen krieg gegen die kriegsmacher. ein bestandteil dieses aufstandsbekämpfungsprogramms ist es, die politische, psychologische und physische integrität des teils zu zerstören und zu isolieren, der für die radikalere politik innerhalb des gesamten kampfes steht. politische gefangene und kriegsgefangene personifizieren diese kämpfe und deswegen werden sie zum direkten und unmittelbarsten ziel der counterinsurgency.

der radikale teil, der sich um die eingesperrten bewaffneten kämpfer organisiert, ist innerhalb der linken in den entwickelten ländern derjenige, der die widersprüche verschärft und den imperialismus herausfordert. heute zeigen diese kräfte - mit ihrer verpflich-

tung gegenüber revolutionären prinzipien der nichtkollaboration, widerstand, opferbereitschaft, und der nichtanerkennung der bürgerlichen scheinlegalität - der linken die richtigen schritte zur befreiung.

dies sind die wirklichen leute, die vom imperialismus als "terroristen" bezeichnet werden. aber wer sind diese "terroristen"? sie sind eure besten söhne und töchter, ehemänner und frauen, brüder und schwestern oder liebsten freunde. sie sind diejenigen, die als "terroristen" verdammt werden. aber wir wissen, wer die wirklichen terroristen sind. sie bedrohen zentralamerika mit intervention, bombardieren palästinensische flüchtlingslager, setzen atomwaffen und militärisches personal in eure länder, unterstützen die rassistischen regime in südafrika und bedrohen die welt mit nuklearer vernichtung. dies sind die wirklichen terroristen und alle von uns müssen wirkliche anti-terroristen werden.

auf dieser versammlung werden viele erfahrungen ausgetauscht werden, politische positionen geklärt und aufgaben definiert. es ist dieser prozeß, in den alle von uns, die wegen unserer tiefen und grundsätzlichen widerstandshaltung gefangen gehalten werden, unsere zuversicht setzen, daß ein gemeinsames programm von widerstand entwickelt wird.

don juan anonio dorretjer, der höchste kommandeur der "puerto rican armed clandestine movement", sagte, das "leben ist immer kampf" (life is all struggle). die politischen gefangenen und kriegsgefangenen leben diese tatsache jeden einzelnen tag. während vieles vergeben werden kann, diejenigen zu vergessen, die wegen ihrer liebe zur menschlichkeit und freiheit eingesperrt sind, ist eine schande, die niemals verziehen werden kann.

PATRIA O MURIR

edwin cortes
alberto rodriguez
ricardo jiminez

Edwin Cortes, Alejandrina Torres,
Alberto Rodriguez

BOTSCHAFT VON LUIS ROSA, PUERTO RICANISCHE KRIEGSGEFANGENE

1985 gabs in der brd eine veranstaltung/symposium um über die haftbedingungen von gefangenen kämpfern der nationalen befreiungskämpfe in der ganzen welt zu diskutieren. der kongress brachte vertreter, anwälte und angehörige von politischen gefangenen und kriegsgefangenen - von ländern wie spanien, griechenland, brd, usa und puerto rico, um nur einige zu nennen - zusammen.

genossen,

im namen aller puerto ricanischen kriegsgefangenen und politischen gefangenen eingekerkert in den usa, übersende ich unsere wärmsten revolutionären umarmungen im gedanken der internationalen solidarität, liebe und respekt. wir wollen insbesondere unsere anerkennung an die kämpfer, die den kampf innerhalb des knastes fortführen und an die im untergrund, senden.
wir grüssen auch die mütter und väter, familien dieser tapferen soldaten, denn auch sie müssen die bürde der freiheit tragen.

es ist nicht leicht in gefangenschaft oder im untergrund zu leben oder unter jedem angriff und jeder schikane gegen unsere liebsten zu leiden. aber wir lernen es zu ertragen - denn wir müssen es ertragen. es ist der preis für den sieg. wir ertragen es, weil wir entschlossen sind zu siegen und weil wir uns entschlossen haben unser bewußtsein und unsere liebe für ein menschlicheres leben, natürlichkeit und freiheit zu erheben.

es ist diese verpflichtung, genossen, die uns heute hierher bringt um die globalstrategie des us-imperialismus und seine lakaien zu entlarven. es ist eine strategie, die, wenn sie sich materialisiert, masseninternierung von politischen aktivisten, politische hinrichtungen, terrorisieren von communities, abhören, physischer und psychologischer kriegsführung und so weiter repräsentiert.

es ist eine strategie der counterinsurgency, die sich alle facetten der staatskontrollierten stellen zu nutze macht: justiz, gefängnisse, polizei und insbesondere die medien, um den legitimen kampf für nationale befreiung zu kriminalisieren und diskreditieren. die darstellung und bezeichnung als "terroristen" ist eine weitverbreitete praxis, die dadrauf abzielt die zunehmende unterstützung zu verhindern und die bewegung ganz allgemein einzuschüchtern.

im gefängnis sind politische gefangene und kriegsgefangene in hochsicherheitstrakten, in sinnes-beraubende zellen, wie im toten trakt in stammheim oder in den davis halls des alderson gefängnisses in west virginia.

die gefangenen stehen ausgesuchten und systematischen repressionen gegenüber, angefangen beim ständigen willkürlichen wechseln der knäste bis hin zu elektro-schocks, unzureichende medizinische versorgung, physischen und psychologischen erniedrigungen, wie in fällen von manuela happe aus der brd und alejandrina torres, puerto ricanische kriegsgefangene in den usa - beiden frauen wurde erniedrigende gewalt von polizei- und knastbeamten angetan.

diese misshandlungen zielen darauf, den willen und die überzeugung

der gefangenen zu brechen - ihn oder sie zum verräter oder zu einem gewöhnlichen kriminellen umzudrehen. dieses ist ein prozess der demoralisierung in der die westlichen demokratien führend sind.

in einem dokument, entstanden bei einer geheimen counterinsurgency konferenz 1978 in puerto rico, war die rolle der medien ein schwerpunkt in der diskussion. es wurde erklärt:"...den medien, die die macht besitzen die terroristen sowohl zu unterstützen wie auch sie zu hindern, sollte niemals erlaubt werden, terroristen als gewöhnliche menschen hinzustellen."

in dieser konferenz, an der vertreter der faschistischen länder aus aller welt teilnahmen, und die von der cia geleitet wurde, wurde auch über die rolle anderer regierungsstellen in der strategie der counterinsurgency diskutiert.

unter den behörden, die am meisten gegen die puerto ricanische unabhängigkeitsbewegung eingesetzt werden, ist die "federal grand jury". seit den 3o'er jahren benutzt die usa die federal grand jury für untersuchungen und inhaftierungen der aktivisten der bewegung. hunderte von puerto ricaner wurden vorgeladen und inhaftiert.

als ein politisches instrument für repression, sind grand juries ein "entwurf" für die vernichtung der revolutionären unabhängigkeitsbewegung. die ,die vorgeladen werden, werden entweder zum kollaborateur oder zum nicht-kollaborateur.

kollaboration ermutigt ihren einsatz (der grand jury, d.ü.) und nicht-kollaboration liquidiert sie als effektives instrument der repression.
das prinzip der nicht-kollaboration unterstreicht nochmal unsere politische legitimation und ermutigt das vertrauen der massen in ihre führung und ihre organisation.

während die usa nach globaler hegemonie strebt und die siegreichen nationalen befreiungskämpfe die versorgung der strategischen stützpunkte bedrohen, spielt die politische repression eine wesentliche rolle bei der verwirklichung der innen- und aussenpolitik. die umsetzung des plans 2o2o sieht vor, puerto rico in 11 industrielle/militärische komplexe zu verwandeln und dass das zentrum der insel abgebaut werden soll. die evakuierung von städten und konfiszierung des landes erzwang die umsiedlung von 2/3 der puerto ricanischen nation in die vereinigten staaten, wo sie in slums leben und mit rassendiskriminierung konfrontiert sind. genau wie die politik der repression eskaliert, verstärkt sich auch der widerstand. widerstand ist für unsere bewegung existenziell geworden. so wie sich die gefängniszellen füllen, hilft ihr beispiel, andere zu motivieren an dem kampf teilzunehmen.

heutzutage sind in den usa über 1oo menschen wegen ihrer politischen verurteilung in haft. dies sind beispiele des fortschreitenden nationalen befreiungskampfes von dem diese stammen. 39 gefangene sind aus der puerto ricanischen unabhängigkeitsbewegung.
die informationen über diese politischen gefangenen und kriegsgefangenen sind auf die zeitungen der unterstützerkomitees beschränkt.

genossen, in unserer politischen entwicklung ist es wesentlich, dass wir aus der geschichte und aus den erfahrungen der kämpfe unse-

rer bewegungen lernen und sie hoch schätzen. wir müssen fortfahren unser internationales bewußtsein und solidarität weiter zu entwickeln. kommunikation und erfahrungsaustausch muss als wesentlicher gesichtspunkt überdacht werden.

unsere kämpfe finden an vielen fronten statt, jedoch haben wir viele gemeinsamkeiten. wir teilen den wunsch in einer freien nation zu leben und unsere gesellschaften vom krebsgeschwür des kolonialismus, kapitalismus und faschismus zu befreien.

zum abschluss grüsse ich nochmals die genossen der raf, der roten brigaden, action directe, ccc, ira, faln, epb/macheteros (ejercito popular boricua), commandos revolutionarios der pueblo (crp), fuercas armadas de resistenzia popular (frap), organizacion de voluntarios de la revolucion puerto-riquena (orvp) und all die anderen befreiungskämpfer, die helfen die worte unseres geliebten angel rodriguez cristobal (p.r. unabhängigkeitskämpfer, der von der us-regierung in tellahassee, florida im staatsgefängnis 1979 hinterrücks ermordet wurde) zu verstehen. "wenn du für eine gerechte sache kämpfst, brauchst du nichts zu fürchten."

revolutionäre grüsse an alle.

puerto ricanische kriegsgefangene
luis rosa /christobal caballvo

Puerto Rican Prisoners of War continue the struggle after their capture by local US police.

S O L I D A R I T Ä T S B R I E F
januar 1986

liebe genossen,

wir nehmen diese seltene gelegenheit wahr, um euch unsere tiefsten gefühle proletarischer internationaler solidarität zu übersenden. wir senden unsere revolutionäre liebe und unsere andauernde verpflichtung, den us-imperialismus zu besiegen.

die entwicklung des revolutionären bewaffneten kampfes, die anti-imperialistische solidarität mit den befreiungskämpfen und der kampf, die internationale herrschende klasse zu besiegen, hat die gesicherten basen der imperialisten in den west-europäischen zentren zerrüttet. es hat die us und seine nato-verbündeten als die kriegstreiber, die sie sind, entlarvt. was der feind die verschwörung internationaler terroristen nennt, sind real die befreiungskämpfe, und ein anti-imperialistischer proletarischer widerstand, der durch die praxis illegaler guerilla-organisationen - von deutschland bis spanien, von frankreich bis belfast entsteht.

Kuwesi Balagoon

Sekou Odinga

Chui Ferguson

Jamal s/n Eddie Josephs

Abdul Majid

Kathy Boudin

David Gilbert

Judy Clark

die bei der
brinks - aktion 1981
verhafteten genosinnen und
genossen aus
der revolutionary armed task force
/black liberation army

wir haben eine menge von den erfahrungen und dem kampf in west-europa gelerntwir haben viel über die west-deutsche revolutionäre bewegung gelesen und studiert, wie auch über die der anderen länder. wir freuen uns über die unfähigkeit der europäischen "counter-inscurgency" den revolutionären widerstand - bewaffnet und in der breite - zu vernichten. wir haben gelernt und wurden inspiriert durch euren kontinuierlichen kampf als politische gefangene, gegen die vernichtung eurer revolutionären identität. die entschlossenheit, die ihr in eurem andauernden widerstand gegen die am meisten fortgeschrittenen methoden der imperialistischen brutalität und unmenschlichkeit gezeigt habt, ist führung und impuls an anderen fronten des anti-imperialistischen kampfes. ihr [illegible] ein führendes beispiel für unsere eigene bewegung hier innerhalb des us-reiches, insbesondere für die anwachsenden bewaffneten untergrund-bewegung in der unterdrücker-nation.

wir sind vereint durch unsere verpflichtung, für die befreiung der frauen und das ende der klassenausbeutung zu kämpfen.
die entstehung von bewaffneten untergrund-organisationen zeigt auf eine entwicklung innerhalb der anti-imperialistischen bewegung. wir haben bewusst mit der bourgeoisen demokratie und den privilegien des reiches gebrochen. wir haben dafür gekämpft , eine revolutionäre widerstandsorganisation aufzubauen, die den reformisus und das hoffen der progressiven sozialen bewegung in diesem lande auf wahlen ablehnt.

der staat hat darauf reagiert, indem er sein counterinscurgency programm intensiviert hat. der staat hat 84/85 seine angriffe gegen die schwarze befreiungsbewegung, der puerto-ricanischen unabhängigkeitsbewegung und die nord-amerikanischen bewaffneten untergrundorganisationen fortgesetzt. nach massiven überwachungen und weit verbreiteten menschenjagden wurden mehrere von uns vom fbi und den "joint terrorist task forces", die durch eliteeinheiten des fbi,* zusammengesetzt ist, gefangen genommen.*(staat-und bundespolizei-einheiten)
andere wurden schon verhaftet und für einige jahre in den knast gesteckt wegen ihrer praktischen solidarität mit der "new african independence movement" und der "black liberation army" und wegen ihrem willen, den bewaffneten kampf aufzubauen. dies war eine zeit mit ernsthaften rückschlägen. wir sind dabei, unsere fehler zu analisieren als teil des kampfes um den aufbau der revolutionären anti-imperialistischen bewegung an allen fronten.
in der augenblicklichen reihe von prozessen kämpfen wir gegen den versuch die revolution und seine revolutionäre zu kriminalisieren.
wir lassen uns nicht die gerechtigkeit unserer aktionen und politik nehmen.
unsere stimme für nationale befreiung(national liberation), sozialismus und menschenrechte ist nicht erstickt worden durch die gefangenschaft oder intensive politische repressionen.

seit den letzten 10 jahren entwickelt sich der bewaffnete kampf in der weißen unterdrückernation. unsere organisationen sind vereint durch ihre verpflichtung, den krieg im herzen des us-imperialismus zu führen - im bündnis mit den nationalen befreiungskämpfen - um unseren gemeinsamen feind zu besiegen. unsere langfristige perspektive ist die gleichheit aller nationen und die sozialistische revolution in der unterdrücker nation.wir sind verpflichtet , das recht auf selbstbestimmung aufrechtzuhalten für alle unterdrückten nationen.
wir glauben , daß die strategie des weltweiten befreiungskrieges die strategie ist, die den us-imperialismus besiegen wird. schlüssel zu der revolution in diesem lande ist der kampf um unabhängigkeit von den puerto-ricanern, der new african/black, mexicano/chicano, und "native american"nation. sie haben die strategie des widerstands bestimmt und angeführt. wir haben uns verpflichtet, die weiße vorherrschaft zu beenden, die die imperialistische herrschaft weltweit verstärkt hat.
wir haben angefangen mit einem programm der bewaffneten propaganda, deren ziele die us-amerikanischen institutionen und firmen sind, die die usa an seine imperialistischen allierten bindet, der zionistische "staat" israel und südafrika. es gab einige aktionen in solidarität mit dem azanien/südafrika kampf um befreiung und dem ende der apartheit; und mit dem palästinensischen volk im kampf um ihr heimatland zu befreien. wir haben die us-regierung und seine militärmaschine angegriffen,um ihm seine sichere heimatbasis zu nehmen, von wo aus er seinen krieg gegen die menschen in mittelamerika und die karibik startet. wir haben mörderbullen angegriffen, die die in der dritten welt kolonialisierten länder besetzen.

wir hoffen auf ein zusammenkommen mit anderen anti-imperialistischen gefangenen um zu einer gemeinsamen front hinter den mauern zu werden, die die politik des revolutionären, anti-imperialistischen kampfes vorrantreibt.

wir unterstützen und kämpfen für die forderung der befreiungsbewegungen, die anerkennung ihrer gefangenen als politische gefangene unter anwendung der genfer konvention.

in jedem revolutionären kampf, weltweit, sind viele in der anfangsphase des bewaffneten kampfes gegen imperialismus und kolonialismus gestorben oder im knast gelandet. da wo der us-imperialismus und seine allierten immer häufiger angegriffen werden, ändern sich die bedingungen, sogar innerhalb des reiches. unser ziel ist der aufbau einer internationalen front, die zusammenkommen wird in dem endgültigen sieg über den feind. wir kommen zusammen mit euch und anderen genossen weltweit im kampf für eine revolutionäre sozialistische zukunft.
SIEG DEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN WELTWEIT
LANG LEBE DIE INTERNATIONALE GUERILLA-FRONT GEGEN DEN IMPERIALISMUS
BAUT EINE REVOLUTIONÄRE WIDERSTANDSBEWEGUNG AUF
BEFREIT ALLE KRIEGSGEFANGENEN UND POLITISCHEN GEFANGENEN
BESIEGT DEN US-IMPERIALISMUS

von einer gruppe nordameriakanischer politischer gefangenen -
anti-imperialistische revolutionäre

januar 86

UNITY – STRUGGLE
BLA
COORDINATING COMMITTEE

BUILD A REVOLUTIONARY RESISTANCE MOVEMENT!

UNITED FREEDOM FRONT

ARMED RESISTANCE UNIT

RED GUERRILLA RESISTANCE

Die politischen Häftlinge des sogenannten Falls FUP/FP 25

Liebe Genossen! Liebe Freunde!

Mit großer Emotion und solidarischem Geist haben wir Häftlinge vom sogenannten "Fall FUP / FP 25" von Eurer so wichtigen Initiative der internationalen Solidarität erfahren, sowie von der Einladung, die eine Vertretung unserer Familienangehörigen erhalten hat.
Wir begrüßen alle Anwesenden auf diesem Kongreß und möchten Euch und den Kampf der politischen Häftlinge, insbesonders derjenigen, die Ihr vertretet, unsere entschlossene Unterstützung und Solidarität ausdrücken.
Seit über eineinhalb Jahren sind wir unter illegalen Bedingungen im Gefängnis und werden verglichen mit anderen Untersuchungshäftlingen unterschiedlich behandelt. Wir sind Opfer von unmenschlichen Behandlungen (erniedrigende Haftbedingungen, Isolation, usw.)
Zuerst haben die Herrschenden die Willkür, die gegen uns Häftlinge ausgeübt wurde, toleriert. Durch die aktive Kollaboration der Verfassungsorgane, die es fertigbebracht haben verfassungswidrige Gesetze zu erlassen, um die gegen uns vorgenommenen Einschränkungsmaßnahmen zu befürworten, hat sich dieser Zustand verschlechtert.
All diese gegen uns unternommene Gewaltakte und Illegelitäten, sowie die verschiedenen von uns geführten Kämpfe, werden wir in einem gesonderten Bericht bekanntgeben.
Wir sind ca. 50 Genossen (Männer und Frauen) und waren einer der aktivsten Militanten im revolutionären Prozeß, den Portugal erlebt hat. Einige haben schon vor dem 25.April 1974 gekämpft, andere waren nach dem Militärputsch, der die fast 50 Jahre lange faschistische Diktatur gestürzt hat, in verschiedenen Kampffronten tätig.
Von uns möchten wir Genosse Otelo hervorheben, der im Sturz des Faschismuses eine historisch wichtige Rolle spielte. Es ist eine bittere Ironie der "portugiesischen Demokratie", daß sie den Mann in Ketten gelegt hat, der am meisten zu ihrer Errichtung beitrug.
Wir alle haben bis zu unserer Haft einen konzequenten antikapitalistischen und antiiimperialistischen Kampf geführt. Dies war auch der Grund, warum wir die erste Repressionswelle erlitten hatten, deren Ziel es ist, die imperialistische Strategie in Portugal zu verwirklichen.
Es ist wohl überflüssig an dieser Stelle die immer schlechtere wirtschaftliche und soziale Situation der portugiesischen Arbeiter zu schildern. Es wäre zu umfangreich. Außerdem habt Ihr ja sicherlich einen aktuellen Einblick von den Problemen, die sich heute den Arbeitern der kapitalistischen Entwicklungsländer stellen, sowie von den Scheinstrategien eines angeblichen Fortschritts in Ländern, wie unserem
Wir möchten aber auf die Rolle des Imperialismuses in der heutigen internationalen Arbeitsteilung hinweisen, die von den Multis geführt wird. Daher ist es von größter Wichtigkeit und immer stärker werdender Notwendigkeit Lösungen für die Arbeiterklasse zu finden, die jeweils nur einen engen Rahmen in den einzelnen isolierten Ländern durchläuft, so daß es möglich wird eine Strategie auszuarbeiten, die sich erfolgreich der imperialistischen Strategie widersetzen kann. Die imperialistische Strategie internationalisiert nicht nur die Wirtschaft, sondern treibt auch die Zivilgemeinschaften durch immer stärker werdende militärische Maßnahmen, in einen Unterdrückungs- und Polizeistaaten.

Die hochentwickelten technischen Hilfsmittel werden dazu benutzt, um alle Bürger, besonders die Revolutionäre und ihre Organisationen, zu kontrollieren. Die Repression wird international koordeniert und institutionalisiert. Daher sind wir der Meinnng, daß dieser Kongreß, außer seiner politischen Bedeutung, dazu beitragen kann, neue Gelegenheiten zum Dialog und zur Analyse wahrzunehmen, die uns dabei helfen werden jene Ziele fortzusetzen.
Mit diesem Geist wenden wir uns an alle Kobgreßteilnehmer, auf daß die Arbeiten erfolgreich sein werden, und senden einen sehr lebendigen solidarischen und militanten Gruß.

Pela Revolucao Socialista (Für die sozialistische Revolution)
A Luta continua (Der Kampf geht weiter)

kommission der familienangehörigen und freunde der politischen gefangenen in portugal

mit freude fühlen wir die solidarität mit unseren familienangehörigen, die sich in der einladung zu unserer teilnahme hier ausdrückt.
aber es bleibt uns auch die traurigkeit darüber, das diese solidarität notwendig ist.
12 jahre nachdem der faschismus in portugal gestürzt ist, ist der "25. april" gefangen.
im namen der "demokratie" oder des "rechtsstaates" erlauben sich die herren der macht unsere angehörigen wie geiseln zu behandeln um die bildung eines repressiven apparates zu rechtfertigen , den der kapitalismus braucht, um sein eigenes überleben zu sichern.

das portugiesische gesetz über untersuchungshaft definiert sich folgendermassen:
"sich soweit wie möglich den bedingungen des freien lebens annähernd, und soweit wie möglich alle schädlichen folgen des freiheitsentzugs vermeidend."

untersuchungsgefangene , die auf das urteil warten, 2 stunden täglich in den zellen eingeschlossen,komplett in einem extraflügel für politische gefangene isoliert, was viele von uns zwingt bis zu 800 km zu fahren für nur eine stunde besuch in der woche, sind unter vielen anderen, die willkürlichkeiten, gegen die wir uns mit den verschiedenen institutionellen instanzen schlagen - verschwiegen wird unser kampf von den verschiedenen medien und besonders dem portugiesischen fernsehen.

lang sind schon diese fast 2 jahre trennung von unseren familienangehörigen.
verschwiegen
viele male zurückgedrängt

überzeugt, das unsere anwesenheit hier heute die sicherheit ist, das unser kampf auch eurer ist, in der verteidigung der menschenwürde und menschenrechte, sagen wir mit euch zusammen:

A L U T A C O N T I N U A

lissabon, 25. januar 86

weibliche gefangene des sog."FUP/FP-25 prozesses"

DEAR FRIENDS AND COMPANIONS

AS POLITICAL PRISONERS,WOMEN,OF THE SO CALLED PROCESS "FP - 25",AS SOON AS WE GOT KNOWLEDGE OF YOUR MOVEMENT,OF YOUR SOLIDARITY AND INITIATIVE,WE:; COULD NOT ALLOW OURSELVES TO IGNORE IT BUT WERE IMEDIATILY MOVED TO BE PRESENT VERY INTENSELY:
THIS IS SO BECAUSE SOLIDARITY IS SUCH A GREAT VALUE,ALWAYS SO NEW AND SO s UNIQUE THAT,WHEREEVER IT EXISTES AND KEEPS IN MOTION,HOPE CAN NEVER DIE!
AND WE DO BELIEVE IN IT.
THAT IS WHY WE JOIN FORCES WITH YOU IN THE VERY SAME SEARCH FOR BETTER DAYS,FOR DEEPER JUSTICE,FOR A MORE HUMAN FUTURE FOR OUR WORLD THAT IT MAY BE WORTH LIVING IN.
BECAUSE OF THIS FUTURE THAT WE ALL ARE LOOKING FOR SO VERY ARDENTLY,IN SUCH A WAY THAT SOME OF US ARE SUFFERING FOR IT IN PRISON WE ARE WITH YOU,NOW AND ALWAYS!

PRISON ETABLISHMENT OF LISBOA, 31/1/86
POLITICAL PRISONERS WOMEN OF THE SO CALLED PROCESS "FP-25"

liebe freunde und genossen
wir,die weiblichen gefangenen aus dem sogenannten ' fp-25 ' prozess,konnten, sowie wir kenntnis von eurer bewegung,eurer solidaritat und initiative hatten,uns selbst nicht erlauben das zu ignorieren,sondern wir waren sofort bewegt,sehr intensiv anwesend zu sein.
das ist so,weil solidarität ein so grosser wert,immer so neu und so einzigartig,ist, da wo auch immer sie existiert und in bewegung gehalten wird,die hoffnung niemals sterben kann!
und wir vertrauen auf sie.
darum verbinden wir unsere kräfte mit euren in der selben suche nach besseren tagen,nach tieferer gerechtigkeit,nach einer menschlicheren zukunft für unsere welt,so daß es wert sein wird auf dieser erde zu leben.
wegen dieser zukunft,die wir alle so heiss suchen,leiden einige von uns für sie im gefängnis.
wir sind mit euch,jetzt und immer.

lissaboner gefängnis, 31.1.86

ZUSAMMENFASSUNG der SPANIEN-VERANSTALTUNG

amnistia

AFAPP

Anwesend: zwei Mütter von GRAPO - Gefangenen, beide in AFAPP organisiert, eine von beiden hatte schon im spanischen Bürgerkrieg gekämpft, einer ihrer Söhne wurde von der spanischen Polizei erschossen; zwei junge Genossen aus der AFAPP, einer von ihnen aus einem Arbeiterviertel Madrids; sowie der Rechtsanwalt Juan - Manuel Olarieta und eine Anwältin.

Sie begannen mit vorbereiteten Redebeiträgen zur Geschichte der AFAPP und zu ihren Erfahrungen mit der Repression des spanischen Staates:
" Spanien, nach Franco eine Demokratie - wir können sagen, daß dies nichts heißt. Die Kämpfer/innen sind der Repression ausgesetzt, aber das Volk ist mit ihnen solidarisch, solidarisch zu den Gefangenen und zu denen, die im Exil sind. Die AFAPP ist seit ihrem Entstehen der Repression ausgesetzt, es wird mit allen Mitteln versucht, sie mundtot zu machen."
Beispiel für ihre Arbeit: sie verteilen Flugblätter in Fabriken und Stadtvierteln und schaffen so Öffentlichkeit zur Situation der Gefangenen, sie unterstützen die Kämpfe der Gefangenen auch mit anderen Aktionen, z.B. haben sie 1978, als die ersten Genossen in den neuen Hochsicherheitstrakt Herrera de la Mancha verlegt wurden eine mehrere Tage andauernde Kirchenbesetzung gemacht.
"Die Arbeit die wir machen ist sehr wichtig. Wir sind uns über ihre Bedeutung oft selbst nicht bewußt. Wir sind mit den Gerichten, der Polizei und brutalen Behandlungen konfrontiert.
Unser Weiterbestehen war nur möglich, weil die Gefangenen Wider = stand geleistet haben und uns so Beispiel waren. Die Verteidigung der politischen Gefangenen ist unsere Existenzgrundlage.
Wenn der Hungerstreik 1981 zu einer Niederlage geworden wäre, die Zusammenlegung nicht durchgesetzt worden wäre, wenn sich das Volk den Reformen unterworfen hätte, dann wären wir nicht so

stark, und säßen wahrscheinlich nicht hier. Die Revolutionäre haben standgehalten und waren so Beispiel Revolutionärer Moral. Und wir tragen Verantwortung derer wir uns bewußt sein müssen."
Nicht mal unter Franco gab es soviel politische Gefangene wie jetzt, und zur blutigen Folter kommt noch die weiße Folter.
Die NATO unterstützt die Oligarchie, und unter dem Namen des Sozialismus und mit Hilfe von Reformen versuchen sie durchzusetzen, was Franco nie gewagt hätte.
Auch das Militär erfüllt immer noch direkte Repressionsfunktion, bzw. es macht Anti-Guerilla-Übungen. Als Beispiel dafür erzählen sie von den "Scheinerschiessungen von Abenas", die 1984 durch = geführt wurden.
Im Rahmen einer militärischen Übung wurden sämtliche Dorfbewohner festgenommen und einige von ihnen (darunter der Bürgermeister) wegen "Kolaboration mit der Guerilla" auf dem Marktplatz schein = exekutiert. Anfänglich gab's dazu keine Öffentlichkeit, weil die Dorfbewohner Angst hatten. Nachdem eine kleine private Rundfunk = station in einem Nachbardorf berichtet hatte, wurde sie nachts überfallen und vollständig zerstört.

(gegen den schmutzigen krieg)

Die Situation der PSOE - Regierung ist geprägt durch:
Industrielle Umstrukturierung, EG - Beitritt, Folter, Plan ZEN, GAL, polizeiliche Zusammenarbeit mit Frankreich, und zuletzt die Folterung eines nach Ecuador deportierten Basken in Zusammen = arbeit mit den ecuadorianischen Bullen.

" Der Wechsel der Regierung 1981 war die Reaktion auf die Kämpfe, die Antwort auf die Entwicklung der sozialen Widersprüche. Sie können ihre Projekte nur mit Hilfe der Repression durchsetzen, weil die kämpfe gegen die Oligarchie im Volk verankert sind (kontinuierlicher Widerstand seit dem spanischen Bürgerkrieg). Der organisierte Widerstand hält sich aufrecht und ermutigt das Volk, auf die Straße zu gehen."

An dieser Stelle entschieden die Genossen, von den vorbereiteten Redebeiträgen abzulassen und wollten lieber auf Fragen antworten.

Frage zur Anti-NATO-Bewegung, Aufbau, Zusammensetzung und das Verhältnis von AFAPP zur Anti-NATO-Bewegung.

Die Anti-NATO-Bewegung konstituiert sich auf Massenbasis, d.h. die wichtigsten Teile sind die Basisgruppen in den Stadtvierteln und Fabriken. Dort gibt es auch den stärksten politischen Begriff von NATO. Im Lauf der Entwicklung wurden koordinierte Strukturen notwendig und so wuchsen Zusammenschlüsse von unten nach oben (z.B. Anti-NATO-Komission Madrid, später dann nationales Gremium). Zwar ist diese Struktur quasi "natürlich" gewachsen, aus der Notwendigkeit der Organisierung , sie bedeutete aber in gewissem Maße eine Entpolitisierung, da vermehrte Zusammenschlüsse immer stärkeren Minimalkonsens bedeuten, so daß aus Teilen der Anti-NATO-Bewegung, die ursprünglich nen stärkeren politischen Begriff hatten, pazifistische Gruppen wurden.
Insgesamt ist es so, daß die Anti-NATO-Bewegung ne wahre Massen = bewegung ist, d.h. es gibt zwar auch Revolutionäre in ihr, aber man kann in ihrer Gesamtheit nicht von einer revolutionären Bewegung sprechen.
AFAPP arbeitet mit den Anti-NATO-Komission en an der Basis, d.h. sie sind z.T. Mitglied in den Stadtteilgruppen, da sind z.T. auch Schritte mit den Anti-NATO-Gruppen möglich (z.B. rief die Anti-NATO-Komission Madrid während des HS im letzten Winter auch zur Kundgebung vor der deutschen Botschaft auf, das ist aber schon eine Ausnahme).

Frage zum Referendum, Bedeutung und wie die verschiedenen Gruppen dazu stehen.

Das Referendum war ein Wahlversprechen von Gonzalez. Das zweite Wahlversprechen war die Schaffung von 800.000 Arbeitsplätzen gewesen. Das hat er nicht eingehalten, so daß es ihn in eine schwierige Lage brächte, wenn er jetzt das andere Versprechen auch nicht hält. Mit diesen beiden Wahlversprechen hat er sich die überwältigende Mehrheit bei den letzten Wahlen gesichert und sogar viele grundsätzliche Nichtwähler hatten sich damals an der Wahl beteiligt.
Die Ablehnung der NATO zieht sich durch die ganze Bevölkerung, die zweite prinzipielle Forderung der Menschen ist "keine US-Basen". Damit sich insgesamt nichts weiterentwickeln kann, wird am 12. März das Referendum abgehalten, wobei die Fragestellung nicht ganz eindeutig ist, und Gonzales ständige Propagandamanöver macht, z.B. daß es doch nicht bindend ist, um die Abstinenz beim Referen = dum möglichst hochzutreiben. In diesem Fall ist die Nichtbeteiligung jedoch die Position der Rechten, die der Regierung durch Verlieren des Referendums eine entscheidende Niederlage beibringen wollen.

Bei der Bevölkerung kann man augenblicklich drei Gruppen einteilen:
1. Die Katalanen, die zwar gegen die NATO sind, aber mehrheitlich dazu aufrufen, nicht am Referendum teilzunehmen, weil es vom spa= nischen Staat kommt (das kommt aus ihrer nationalistischen Denk- und Sichtweise, Anm.).
2. Die Basken, wo ebenfalls die Mehrheit gegen die NATO ist, aber noch keine klare Position bezüglich des Abstimmverhaltens existiert. Das sind die Diskussionen noch am Laufen. Während der Volksmobilisierungen im Januar hat HB (Herri Batasuna)

noch keine Stellungnahme abgegeben, man kann aber davon ausgehen, daß das gemacht werden wird, wozu HB aufruft, weil sie nen tatsächlichen Repräsentationscharakter haben.

3. Die spanische Anti-NATO-Bewegung ruft zur Teilnahme am Referendum auf, man soll mit einem deutlichen NEIN die Ablehnung der NATO von Seiten der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck bringen.
   Die Gefangenen rufen ebenfalls zur Abstimmung mit NEIN auf. Es ist das erste Mal, daß sie sagen, man solle sich an einer Wahl oder Abstimmung beteiligen, bisher waren sie immer für den Boykott gewesen. Sie sagen aber, Spanien wird so oder so in der Nato bleiben. Wenn das NEIN beim Referendum klar ist können so oder so nochmal viele Leute den Volksbetrug der PSOE - Regierung ticken und die Basis für einen Boykott der nächsten Wahlen könnte sich erheblich verstärken.

Frage zum Verhältnis zu ETA bzw. zum baskischen Befreiungskampf, von Seiten der GRAPO und der PCE(r):

Das Verhältnis wird als "friedliche Koexistenz" bezeichnet. D.h. man akzeptiert sich, aber es gibt keine gemeinsamen Verhaltensweisen o. ä.
Die PCE(r) kritisiet die nationalistische Rangehensweise von ETA. Es hatte mal einen Annäherungsversuch von der PCE(r) an Herri Batasuna gegeben, da man der Meinung war, daß das Fünf-Punkte-Minimalprogramm der Partei der Alternative KAS der Basken sehr ähnlich sei. Herri Batasuna hat aber keinen Schritt auf die PCE(r) zugemacht, bzw. auf das Diskussionsangebot nicht reagiert.

Bei den Gefangenen verhält sich das nochmal anders. Solange sie in gleichen Knästen sind oder waren kommt man in Diskussionen oder verhält sich auch schon mal zusammen (jüngstes Beispiel: der Hungerstreik in Carabanchel). Es gab da einen Höhepunkt, als es eine Kommune der GRAPO/PCE(r) in Carabanchel gab, wo auch eine ETA-Kommune war. Da gab es zwischen einzelnen dann starke Beziehungen, die aber nach der Wegverlegung der GRAPO/PCE(r)-Gefangenen nach und nach wieder abgerissen sind. Ausdruck dieser Situation in Carabanchel waren die Fußballspiele im Hof: ETA gegen GRAPO.

Frage zur Situation der Gefangenen:

Die Gefangenen sind nach einer langen Reihe von Kämpfen jetzt unter ausgesprochen guten Bedingungen zusammen in großen Gruppen: alle männlichen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Soria, die Frauen in Carabanchel, wo zuletzt einige Angriffe auf ihre Bedingungen gelaufen sind.

(Die Entwicklung jetzt nur in groben Zügen, da es ein Papier von den Gefangenen selbst gibt - "Ein permanenter Kampf" - indem sie die Durchsetzung der Zusammenlegung genau und unter Berücksichtigung des politischen Kräfteverhältnisses analysieren).

Zuerst waren die politischen Gefangenen mit den sozialen Gefangenen zusammen. Die politischen Gefangenen waren aber ne wichtige Orientierung für die sozialen Gefangenen und so wuchs ne starke politische Bewegung der sozialen Gefangenen, die sich in der sogenannten "COPEL" organisierten. Das gipfelte 1978 in schweren Knastunruhen quer durch ganz Spanien. Die Führer der COPEL und 14 Gefangene aus PCE(r) und GRAPO wurden in den neu errichteten Trakt von Herrera de la Mancha gebracht und total isoliert. Es begann eine Zeit der Hungerstreiks und Auseinandersetzung für die Zusammenlegung. 1979 war schon ein Teil der Gefangenen in Zamora zusammen, wurde aber

im Dezember des gleichen Jahres nach der Flucht von 5 Partei- und Guerilla-Führern wieder auseinandergerissen.
Die Hungerstreiks gipfelten im großen HS 1981, den sie "offenes Grab" nennen, weil er - vergleichbar mit dem irischen HS im gleichen Jahr - in gestaffelter Form konsequent so lange geführt wird, bis die gesetzten Ziele erreicht sind. Die Forderungen des Streiks waren: -Zusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE (r), - menschenwürdige Verhältnisse, - Verlegung aus dem Hochsicherheits knast Herrera de la Mancha.
Bei diesem Streik starb Juan José Crespo Galende, er war auch zwangsernährt worden, allerdings erst, als er schon bewußtlos war. Nach diesem Streik wurden die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) aus Herrera de la Mancha wegverlegt. Man begann, in diesen Knast hauptsächlich ETA-Gefangene zu bringen. Sie versuchen jetzt, ihr Isolationsprogramm gegen die baskischen Gefangenen durchzusetzen. Auch laufen von Seiten der spanischen Regierung verstärkte Kampagnen zur "sozialen Wiedereingliederung" der baskischen Gefangenen, um das Abschwören zu fördern. Das sieht dann so aus, daß Abschwörer zuerst in nen Knast im Baskenland kommen, was schon ne wesentliche Verbesserung gegenüber Herrera de la Mancha bedeutet, das sehr abgelegen ist. Später dann werden viele von ihnen stillschweigend freigelassen.

Frage, warum das gerade gegen die ETA-Gefangenen verstärkt läuft.

Sie meinen, daß ETA zwar quantitativ viel stärker ist als die GRAPO, aber daß die GRAPO- und PCE(r)-Gefangenen ideologisch stärker sind, weswegen dieses Programm und auch die repressiven Maßnahmen nicht so nen starken Erfolg haben.
Es wird dann präzisiert, was damit gemeint ist: die Basken in ETA haben, da ihr Kampf ein nationaler Befreiungskampf ist, unterschiedliche ideologische Grundauffassungen: es gibt Anarchisten, Kommunisten, bis hin zu Sozialdemokraten innerhalb der ETA. Das bedeute ne ideologische Schwächung.

Frage, was sie denken, warum die spanischen Gefangenen 81 die Zusammenlegung durchsetzen, während bei den Hungerstreiks in Irland und der BRD im gleichen Jahr eine Erfüllung der Forderungen nicht erreicht wurde.
Sie sagen, daß das aus der Krise der spanischen Regierung resultiert, und ganz besonders in diesem Jahr. Nach dem Putschversuch am 23. Februar mußte auf Biegen und Brechen ein sozialdemokratisches Regime durchgesetzt werden, das ein Reformprogramm gegen den Widerstand durchsetzen sollte. Aus dieser Situation heraus kamen auch die zwei Wahlversprechen von Gonzales (s.o.). Die BRD dagegen ist der führende imperialistische Staat Europas, was hier passiert hat zentrale Bedeutung für die Durchsetzung der Counterinsurgency in ganz Europa, so werden ja auch die Trakte von hier aus in alle Länder exportiert.

Frage, ob in Spanien die Vorstellung "Front" bekannt ist, diskutiert wird, und was sie darüber denken. Und dann, was sie zur Bedeutung des Hungerstreiks im letzten Winter sagen können.
Sie sagen, daß der Streik wichtig war, eben aus dem raus, was zuvor erklärt worden ist: daß natürlich alle Revolutionäre in Westeuropa auf den Kampf hier schauen, und ihn so unterstützen, weil die die Stärke des BRD -Staates kennen, und weil die die Kraft der Gefangenen hier auch mobilisiert.

Es wird nochmal gebeten, die Frage zur "Front" zu beantworten.

Sie sagen, daß sie dazu ne persönliche Meinung haben; daß es aber schwierig ist, dazu hier Stellung zu nehmen. Man müsse auch sehen, daß sie von AFAPP sind, wo primär die Unterstützung für die politischen Gefangenen organisiert wird - das ist natürlich ein politischer Kampf, aber zu solchen Fragen gibt es von ihnen keine repräsentative oder gemeinsame Einstellung/Haltung.
Allgemein könne man dazu sagen, daß es klar ist, daß es ne Tendenz zur Vereinheitlichung von den westeuropäischen Staaten, also zumindest im Bereich der Repression gibt (ist ja auch schon erläutert worden: Trakt-Export, europäischer Rechtsraum, weiße Folter, Polizeikollaboration,etc.). Und daß man sich dagegen verhalten muß. Außerdem sind die spanischen Revolutionäre Internationalisten, d.h. sie haben schon im Bürgerkrieg sehr starke Erfahrungen mit den internationalen Brigaden gemacht, und so ist in den letzten 5o Jahren "proletarischer Internationalismus" immer wichtig gewesen.
Sie betonen nochmal, daß sie nur als Einzelpersonen ne Meinung zu "Front" haben, und dazu nichts sagen können.

An dieser Stelle steht ein deutscher Genosse auf und richtet die Aufforderung an alle Anwesenden, sich die Fragen genau zu überlegen. Man müsse auch sehen, wer da auf der Bühne sitzt und bei der Fragestellung sensibel sein. Er findet es falsch, wenn Fragen zu "Front" gestellt werden, oder auf diesem Thema beharrt wird.

Es kommt ne Frage, was in Spanien zur Unterstützung des Hungerstreiks im letzten Winter lief.

Sie beginnen nochmal mit ihrem Verhältnis zum Kampf und den Gefangenen hier: objektiv: Stärke des BRD-Staates, zentrale Bedeutung für den Widerstand in WE wenn hier Forderungen durchgesetzt werden; und subjektiv: seit dem spanischen Bürgerkrieg stehen sie tief in der Schuld aller internationalistischen Revolutionäre, gleichzeitig haben die gemeinsamen Kampferfahrungen damals zu ner tiefen Verbundenheit mit den Kämpfen anderswo geführt.
Aus diesem Verhältnis raus haben sie zu Beginn des Hungerstreiks erstmal Öffentlichkeit geschaffen, d.h. in allen ihnen zugänglichen

Blas Alvarez

Un grupo de personas se manifestaron ayer ante la embajada de la República Federal Alemana, en Madrid, en solidaridad con la huelga de hambre de los presos políticos alemanes.

Medien über die Haftsituation in der BRD und über die Geschichte der Kämpfe der Gefangenen berichtet, dann die Hungerstreikerklärung veröffentlicht und den Bericht zur Zwangsernährung von Karl-Heinz Dellwo vom Streik 81. In allen zugänglichen Medien heißt vor allem einige Zeitungen wie Liberación und EGIN (baskische Tageszeitung mit ca. 1oo ooo Auflage und 4oo ooo Lesern) und freie Radios. Die gefangenen Frauen haben ein Radioprogramm gemacht, das in einem Madrider Sender ausgestrahlt wurde. Dann haben sie mehrere Veranstaltungen gemacht (unter anderem mit dem Video von der Spiegelbesetzung 81).
Sie haben Flugblätter in Fabriken und einige Stadtviertel verteilt.
Die Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO haben Kommuniques geschrieben und Grüße geschickt.
Ende Januar haben sie in Madrid ne Kundgebung vor der deutschen Botschaft gemacht, wobei sie erreichten, daß der Aufruhr dazu auch von der Anti-Nato-Komission Madrid und einigen Parteien wie dem MC und der kommunistischen LIGA unterstützt wurde.
Schließlich waren die Anwälte auf der internationalen Podiumsdiskussion in Stuttgart und haben in Genf beim Internationalen Roten Kreuz interveniert, gemeinsam mit Anwälten aus anderen europäischen Ländern.
Die Grapo haben ne Aktion gegen Mercedes in Barcelona gemacht.

Die Veranstaltung mußte abgebrochen werden, weil es schon spät war und die Italien-Veranstaltung noch laufen sollte. Die Diskussion sollte in einer AG fortgesetzt werden.

Daß der Abend von allen als stark empfunden wurde drückte sich im gemeinsamen Rufen der Parole "Hoch die internationale Solidarität"aus. Die beiden Mütter standen auf und riefen mit erhobenen Fäusten "Amnistia, Libertad" (Amnestie und Freiheit) und "No somos todos, faltan los presos" (Wir sind nicht alle,es fehlen die Gefangenen). Wir standen auch auf und stimmten mit geballten Fäusten in die spanischen Parolen ein.

Wir sind nicht alle hier-

Es fehlen die Gefangenen!

Anmerkungen:

AFAPP = Asociación de familiares y amigos de presos politicos (Vereinigung von Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen)

HB = Herri Batasuna; Wahlkampfbündnis der linken baskischen Parteien, Konsens ist die Alternative KAS)

MC = Movimento Comunista (kommunistische Bewegung)

ZUR SPANIEN-ARBEITSGRUPPE

das gute in der ag war, es war nicht ein fragenstellen und fragenbeantworten, sondern es entwickelten sich an den fragen von uns an die verwandten, anwälte und genossen öfter gemeinsame diskussionen. am stärksten als es um die gefangenen ging.

anwesend waren zwei mütter, ein anwalt und eine anwältin und zwei genossen aus der AFAPP.

es wurden fragen gestellt zu:
- entwicklung, zusammensetzung und bedeutung der anti-nato-bewegung;
- verhältnis zwischen ETA und GRAPO;
- situation der "sozialen" gefangenen in spanien;
- hungerstreik der gefangenen genossinnen aus PCE(R), GRAPO und ETA;

zur anti-natobewegung:

die anti-nato-bewegung besteht aus basisorganisationen, die sich jetzt zu einem nationalen koordinationsbündnis zusammengeschlossen haben und das von unten nach oben funktioniert.
die voraussetzung für die entwicklung war im wesentlichen, daß nach dem tode von Franco in relativ kurzer zeit unter dem deckmantel der demokratisierung die umstrukturierung und industrialisierung durchgepowert werden mußte um den anschluss an die EG-länder nicht zu verpassen.

die akzeptanz für diese projekte war nicht vorhanden, d.h. sie konnten vieles nur gewaltsam durchsetzen. die widersprüche traten deutlich hervor, weil es für das volk um existentielle bedingungen ging (wohnraumraum, essen, kleidung, arbeit).
das war der anfang sich zu organisieren in stadtteilgruppen (zerstörung von wohnraum), in anti-akw-gruppen, als feministinnen, in gewerkschaften.
1982 kam die sozialdemokratische partei (PSOE) unter Gonzales mit ihrer wahlversprechung "raus aus der nato" und "schaffung von 800 000 arbeitsplätzen" an die regierung (10 millionen stimmen).
mittlerweile hat sie 800 000 arbeitsplätze vernichtet und Gonzales gibt einen gesinnungswandel bezüglich des verbleibs in der NATO vor. er sagt, dass er das versprechen von damals aufgrund von anderen voraussetzungen machte, als sie jetzt gegeben sind und hofft so sein gesicht wahren zu können.

innerhalb seiner partei gibt es an der basis widersprüche zur regierungslinie.
die rechte unter Fraga ist unwidersprochen für die NATO, aber aus opposition zur PSOE propagiert sie stimmenthaltung beim referendum.

diese entwicklung und situation bestimmte auch das entstehen bzw. die vertiefung von organisationsstrukturen innerhalb der anti-nato-bewegung. in ihr treffen verschiedene politische strömungen zusammen.

durch die notwendigkeit von organisationsstrukturen litt die politik und es wurde eine konsensfrage, d.h. der kleinste gemeinsame nenner ist "raus aus der NATO, keine US-basen".
innerhalb des bündnisses gibt es schwierigkeiten, inwieweit man die revolutionären inhalte weglassen kann, nur damit das ganze bündnis so überhaupt funktionieren kann und ob es richtig sein kann, sich auf einen kleinsten gemeinsamen nenner einzulassen. oder ob es nicht besser wäre, keine abstriche an revolutionären inhalten zu machen, auch wenn das dann heißen würde, daß sich einzelne gruppierungen vielleicht dadurch nicht mehr widerfänden.
welche widersprüche die Kommunistische Partei genau zu dem ganzen zuzusammenschluss hat, ist nicht ganz klar. ihre position ist ebenfalls: für den austritt aus der NATO und für die abhaltung des referendums. das nationale organisationskomitee setzt sich im wesentlichen zusammen aus stadtteilgruppen, gewerkschaftsgruppen UGT und feministinnen. die Kommunistische Partei ist aus dem bündnis ausgetreten und ist stattdessen selbst in der "mesas para el referendum" mit der forderung "austritt aus der NATO, keine US-basen" angetreten, um möglichst viele leute aus der bewegung in die partei zu integrieren.

das verhältnis der AFAPP zur anti-nato-bewegung:

die AFAPP arbeitet in einigen stadtteilgruppen bzw. komitees. einmal geht es ihnen darum, bewusstsein zu den gefangenen zu schaffen. zum anderen den aufstandsbekämpfungscharakter der NATO zu zeigen.
so wollten sie während des hungerstreiks der gefangenen aus RAF und

widerstand in der BRD 84/85 über die BRD als führenden repressions-staat bewußtsein schaffen und darüber, was der kampf der gefangenen darin für eine bedeutung hat. es gab zb. eine kundgebung vor der deutschen botschaft, unterstützt von der anti-nato-kommission in Madrid.

auf die frage, wie die PCE(R) ihren platz in der anti-nato-bewegung bestimmt, war die antwort: arbeit an der basis, in den verschiedenen stadtteil-, gewerkschafts- etc. gruppen.
die PCE(R), die GRAPO und die politischen gefangenen sind für das abhalten des referendums. es ist das erstemal, dass die gefangenen aus PCE(R) und GRAPO für das abhalten des referendums sind, sonst sind sie gegen jede beteiligung an wahlen.
sie gehen davon aus, dass spanien so oder so in der NATO bleiben wird und dass sich die spanische regierung nicht an den ausgang des referendums halten wird: dadurch denken sie, wird die bevölkerung die erfahrung machen, dass sich der staat nicht an seine eigenen gesetze hält, was dann zu einer stärkeren radikalisierung innerhalb der bewegung führen kann.

zum verhältnis zwischen GRAPO und ETA:

das verhältnis der beiden gruppen zueinander wurde umschrieben mit den worten "friedliche koexistenz". das heißt, sie tolerieren sich. ein unterschied ist der, dass die ETA ihren kampf rein nationalistisch begreift und führt, während GRAPO und PCE(R) ein internationalistisches bewusstsein haben.
anders ist das verhältnis der gefangenen aus GRAPO, PCE(R) und ETA. sie diskutieren, da wo sie zusammen sind. die frauen aus GRAPO, PCE(R) und ETA sind im koll ektiven hungerstreik (januar - februar 1986) für die wiederherstellung der kollektiven lebens- und arbeitsbedingungen. und sie, die AFAPP, hoffen, dass sie in auseinandersetzungen mit den GESTORAS PRO AMNESTIAS (angehörige und freunde der baskischen gefangenen) kommen und dass gemeinsame praktische schritte möglich werden. dies wurde vorher von den Gestoras immer abgelehnt.

nach 77 hatten die gefangenen aus PCE(R) und GRAPO schlechtere bedingungen als die gefangenen aus der ETA, weil GRAPO/PCE(R) sehr viel schwächer war.
nach der flucht von 5 genossen aus der GRAPO und PCE(R) aus Zamora 79 verschlechterten sich die bedingungen nochmals. sie wurden daraufhin in die verschiedensten knäste, u.a. einige nach Herrera de la Mancha (spezialknast a la Stammheim) verlegt; 1981 traten die gefangenen wieder in einen hungerstreik für die zusammenlegung. bei diesem streik kam Crespo Galende zu tode. von 79 bis zuletzt 81 haben die gefangenen mehrere hungerstreiks gemacht. diesen langen und zähen kampf nennen die gefangenen "500 tage widerstand", in denen sie für die durchsetzung ihrer forderung kämpften.
(in der veranstaltung hatten die genossen gesagt, dass die durchsetzung der zusammenle gung möglich war, weil es eine starke bewegung zu den gefangenen gab, insbesondere auch von arbeitern;
weil sich der staat in einer krise befand;
weil sie dieNATO-mitgliedschaft in der bevölkerung durchsetzen wollten.)

nach dem streik wurden die gefangenen aus GRAPO und PCE(R) nach Soria verlegt (die männer); eine ihrer forderungen war gewesen nicht in Herrera de la Mancha zu bleiben.
die gefangenen aus der ETA, die zuvor in Soria waren, kamen nach Herrera de la Mancha und somit verschlechterten sich ihre bedingungen.

der spanische staat will erreichen, dass die gefangenen aufhören zu kämpfen und setzt da gerade bei den gefangenen aus der ETA an. diese sind neben Herrera de la Mancha in den verschiedensten knästen über Spanien verstreut, vor allem im süden Spaniens, was eine verschlechterung bedeutet, zb. im hinblick auf besuche.
die gefangenen aus ETA(PM) gehen auf das abschwören ein, um bessere haftbedingungen zu erreichen. sie werden ins baskenland verlegt.

die sozialen gefangenen, die anfang dieses jahres im hungerstreik waren, fordern die gleichstellung mit den "politischen" gefangenen (dh. mit den abschwörern). sie fordern die integrierung in die gesellschaft, also integration in den kapitalismus.

zur geschichte der kämpfe der sozialen gefangenen

nach franco und 77, nach der amnestie der politischen gefangenen, gab es offiziell keine politischen gefangenen mehr, das heißt, dass die politischen gefangenen, die verhaftet wurden, wurden kriminalisiert. der staat sagte, es sind kriminelle und so wurden sie zusammengebracht mit den "sozialen" gefangenen, jedoch schlechter behandelt als diese.
in den diskusionen lernten sie voneinander und sie fingen an, sich zu organisieren und sich gemeinsam gegen die bedingungen zu wehren. die sozialen gefangenen erkannten, dass die ursache ihrer bedingungen nicht ihr verstoss gegen das gesetz (eigentumsrecht im kapitalismus), sondern der kapitalismus selbst der fehler ist.
sie stellten ihre rolle als soziale gefangene in frage und erkannten, dass es die gesellschaftlichen zustände sind, die sie kriminalisieren und in die knäste bringen. sie begriffen, dass es kein verbrechen ist, aus armut eine bank zu überfallen.
auf die revolte 78 gegen die haftbedingungen reagierte der staat mit repression. er verlegte die führer der COPPEL (comitee der kämpfenden gefangenen) und einige gefangene aus GRAPO und PCE(R) nach Herrera de la Mancha und folterten diese. dabei starb ein führer der COPPEL und mit dem tod und den folterungen brach die COPPEL als organisation zusammen. das war damals der höhepunkt der sozialen gefangenenkämpfe. diejenigen sozialen gefangenen, die sich weiterhin als politische gefangene in den knästen sahen, kämpften mit den gefangenen aus GRAPO und PCE(R), so zb. "Juanini", der 1979 nach seiner entlassung sich der GRAPO anschloss und von der Guardia Civil im september 1984 in einer wohnung hinterrücks erschossen wurde.

eine mutter erzählte noch ein beispiel über die gefangenen frauen, und dafür, daß sie die politischen gefangenen von den sozialen weghaben wollen.
eine soziale gefangene in Yeserias war schwanger und bekam nachts das baby. sie läutete sturm, aber der knast unternahm nichts. da hat sie das kind mit hilfe einer anderen gefangenen zur welt gebracht. am

nächsten morgen erfuhren andere und die politischen gefangenen davon und sie machten dann zusammen totalen wirbel; und überhaupt haben sich die frauen gegenseitig unterstützt und viel in gang gesetzt. und das hat die schweine natürlich genervt. wegen dieser gegenseitigen unterstützung wollten sie sie trennen; deshalb zb. auch die verlegung der gefangenen frauen nach Carabanchel, um die politischen von den sozialen gefangenen zu trennen.

zum streik der gefangenen genossinnen aus PCE(R), GRAPO und ETA:

> vom 26.1. bis 17.2.1986 waren die gefangenen genossinnen aus GRAPO, PCE(R) und ETA in Carabanchel im kollektiven unbefristeten hungerstreik, für die wiederherstellung der bedingungen, die sie vor ihrer verlegung im november 1975 in Yeserias hatten. soweit es bisher bekannt ist, konnten sie mit ihrem hungerstreik bis auf den völligen zellenaufschluss ihre forderungen durchsetzen.

die spanischen mütter erzählten nochmal genau die entwicklung der eskalation und woheraus die frauen den hungerstreik bestimmt hatten.

der kern der verschärfung war, dass die frauen vor ihrer verlegung ihren tagesablauf in der gruppe -bis auf festgelegte essenszeiten-selbstbestimmt organisieren konnten, d.h. konkret, dass sie ungehinderten umschluss hatten und räume, um alle zusammen oder in kleineren gruppen politische diskussionen zu führen und sich sachen zusammen zu erarbeiten; sie konnten die notwendigen praktischen aufgaben für den tagesablauf selbst organisieren; sie hatten die möglichkeit, handarbeiten herzustellen, die von den angehörigen draussen verkauft werden und ein wichtiges hilfsmittel für die materielle unterstützung der politischen gefangenen sind.

nach der verlegung sah es so aus:
streichung des auf- und umschlusses, und keine geeigneten räume für die gemeinsame diskussion - also keine materiellen bedingungen für einen kollektiven lern- und arbeitsprozess.

für die handarbeiten der gefangenen gibt es weder geeignete arbeitsräume noch material.
verschärfte zensur.
doppelbelegung der zellen, d.h. stockbetten durch die die fenster nicht mehr aufgemcht werden können.
"soziale gefangene" sind in den trakt verlegt worden und machen dort arbeiten wie putzen usw.; - sie sind spitzel.
es gibt keine besuchskabinen mehr; die besuche sind in einem grossen raum, der geteilt ist durch eine trennscheibe, - auf der einen seite die gefangenen, auf der anderen die besucher. trennscheibe auch bei verwandtenbesuchen.
der knast ist mit umfassenden überwachungsmöglichkeiten ausgerüstet und ermöglicht auch die vollständige isolierung der gefangenen voneinander und auch von den sozialen gefangenen, was in anderen knästen schon aufgrund der überbelegung praktisch nicht möglich ist.

da sich die gefangenen frauen gegen diesen einschnitt und die versuche, die erkämpfte zusammenlegung schrittweise auszuhöhlen und zurückzunehmen gewehrt haben, zb. indem sie auf dem flur sitzen blieben usw., waren sie mit physischen angriffen konfrontiert.
gleichzeitig wurde gegen die genossinnen ein psychologisch konzipiertes programm eingesetzt (die kanstleiterin ist auch psychologin): beschwerden der genossinnen werden zb. einfach nicht beantwortet, oder die knastleiterin antwortet ihnen auf ihre forderungen, sie sollten erst einmal "fraulicher" werden.

gefangene frauen aus GRAPO und PCE(r) während einer diskussion im gefängnis von yeserias (vor der verlegung nach carabanchel)

wir sagten, daß wir aus den erfahrungen der gefangenen hier wissen, dass diese zwei linien -ständige schikanen im zusammenhang mit körperlichen angriffen- zusammengehören und das die wissenschaftlich konzipierte folter ist.
diese massnahmen zielen konkret darauf, eine ständige streßsituation zu erzeugen und es ist ein konkreter teil des kampfs im knast, sich gegen diese alltäglichen schikanen durchzusetzen, sich darin nicht zu verzetteln und aufzureiben, also sich darin weiter selbstbestimmen zu können und sich den raum zu erkämpfen, um sich an dem, was für die politische diskussion und weiterentwicklung wichtig ist, auseinandersetzen zu können.
wir hatten das mit der situation der gefangenen aus RAF und widerstand hier verglichen, auf welcher ebene auch hier solche alltäglichen schikanen laufen (zb. verweigerung von notwendigen arbeitsmaterialien, anträge, die penetrant nie bearbeitet werden usw.). massnahmen, die im einzelnen vielleicht nicht so wichtig sind, in der summe aber ein teil des terrorisierungsprogramms sind und so auch ein direkter angriff auf die politische identität.
die mütter stimmten dem zu, vor allem im zusammenhang damit, dass die knastleiterin psychologin ist.

wir sagten, dass wir in dem angriff auf die gefangenen die umsetzung der NATO-richtlinien gegen die revolutionären gefangenen in westeuropa sehen; politisch, zeitlich und in den strukturen durchsetzt mit dem EG-beitritt.
und wir sehen darin den politischen und materiellen angriff auf den kriegsgefangenenstatus, den die gefangenen aus PCE(R) und GRAPO 1981 mit ihrem hungerstreik f a k t i s c h erkämpft hatten -und dass die schweine dort jetzt mit der kriminalisierungsstrategie durchkommen wollen. da ist dann kurz als beispiel nord-irland erwähnt worden, wo den gefangenen der politische status nach NATO-richtlinien ebenfalls aberkannt wurde.

die angehörigen und die anwälte hatten unterschiedliche meinungen dazu und diskutierten auch untereinander -und so lebhaft, dass nicht alles übersetzt werden konnte.

der anwalt sah in der zuspitzung "eine auseinandersetzung zwischen knastleitung und strafvollzugsbehörden". mit der verlegung in einen anderen knast gehe immer eine verschlechterung der bedingungen einher und dass die gefangenen sich das immer zurückerkämpfen müssten. Yeserias , der vorherige knast, sei einfach zu klein und deshalb seien die frauen verlegt worden.
und gegen unser verständnis von durchsetzung der NATO-richtlinien/ vereinheitlichung imperialistischer bestimmung und zusammenhang mit EG-beitritt: dass sie den knast ja schon vorher gebaut hätten und nicht umsonst geld ausgegeben hätten. es sei falsch, von einer vereinheitlichten imperialistischen reaktion/gesamtsystem auszugehen; er betonte die "jeweiligen nationalen besonderheiten": BRD starker imperialistischer staat, Spanien schwacher, und dass die auseinandersetzung immer bestimmt sei vom innerstaatlichen kräfteverhältnis.
er konnte sich auch nicht vorstellen, dass in Spanien die isolationsfolter so eingesetzt wird oder werden kann wie in der BRD. einmal, weil aus der historischen entwicklung Spaniens die blutige folter praktiziert wird und ein wesentliches mittel in der vernichtungsstrategie dort ist, und zum anderen, weil die durchsetzung von isolation der gefangenen in solchem ausmass politisch nicht möglich wäre: dass sich aus der identität des spanischen volkes -dass kollektive strukturen und bewusstsein noch nicht so systematisch zerstört worden sind wie im aufbau der BRD- daran ein starker widerstand entwickeln würde.

dazu wurde gesagt, dass es kein widerspruch ist, dass sich gegen ihre projekte und pläne ein kräfteverhältnis entwickelt, das ihnen politisch und praktisch die grenze setzt.

die mütter sahen eher den unmittelbaren zusammenhang der direkten zusammenarbeit; sie erwähnten den Horchem-aufenthalt, daß die isolationsknäste nach BRD-modell gebaut worden seien, dass Gonzales überall herumreist, um die widerstansbekämpfung abzustimmen und er druck kriegt von den starken imperialistischen staaten, das gesamtimperialistische interesse gegen die gefangenen durchzusetzen, und dass die verlegung und die bedingungen jetzt in Carabanchel ein schritt in diese richtung sind. eine mutter erzählte, wie Carabanchel konzipiert ist, daß die auseinandersetzung der gefangenen untereinander und bei den besuchen erschwert und verhindert werden soll. und sie sehen, dass die isolation in der BRD am weitesten entwickelt ist.

wir wollten an dieser diskussion auch ne weile dranbleiben, weil uns das schon wichtig ist für einen begriff der konfrontation, in der die gefangenen revolutionäre in westeuropa kämpfen.
es springt einfach ins auge, dass der konterrevolutionäre angriff auf die genossinnen in spanien jetzt
- viele parallelen hat in den angriffen auf die gefangenen in anderen westeuropäischen ländern, und in dem, was die schweine dort jeweils schon durchgesetzt haben;
- dass sie gegen die genossinnen in spanien jetzt mit der kriminalisierungsstrategie durchkommen wollen, den politischen status kippen wollen.

und uns ist klar, dass gegen die genosinnen die Nato-linie durchgesetzt werden soll, und dass sie in ihrem kampf mit dem imperialistischen gesamtsystem konfrontiert sind, weil wir wissen,

wie gerade US- und BRD-imperialismus auf allen ebenen in spanien intervenieren, druck ausüben;
wie wichtig in der konfrontation zwischen uns und ihnen der kampf der gefangenen und die auseinandersetzung um die gefangenen ist;
und wir das kräfteverhältnis hier in westeuropa sehen: die möglichkeit und entwicklung der front, gerade seit dem winter 1984/85.
und dieser begriff ist uns wichtig für die bestimmung unserer politik.

die gefangenen genossinnen in spanien begreifen die konfrontation auch ähnlich wie wir - s. ihre erklärung kurz nach der verlegung nach Carabanchel und ihre hungerstreikerklärung.
ganz deutlich wird das auch darin, dass die gefangenen/der widerstand in spanien jetzt schon wissen, dass Carabanchel nur die erste etappe ist. geplant ist e i n knast, in dem alle gefangenen - männer und frauen- aus ETA, GRAPO und PCE(R) konzentriert werden sollen.

> (diese linie wird als e i n e -seit 77- in NATO-gremien diskutiert: in ihrem schmutzigen krieg wollen sie, gegen die forderung nach kriegsgefangenenstatus bzw. zusammenlegung gemäss den mindestgarantien der genfer konvention, die konzentration aller gefangenen revolutionäre in einem KZ, wo dann alles möglich sein soll.
> und zuletzt hat das Price (im stab des Weissen Hauses unter Nixon)ende 1985 schon in internationaler dimension thematisiert: dass die gefangenen guerillas international in e i n e m knast zusammengefasst werden müssten als geiseln, um sie bei revolutionären aktionen zu exekutieren. als antwort auf die entwicklung des internationalen kräfteverhältnisses für uns.
>
> - iht 9.11.1985: raymond price "eine angelegenheit für neue regeln": ...davon ausgehend sollten die nationen der welt ihre verurteilten terroristen zusammentreiben und sie unter internationaler überwachung gefangenhalten und wissen lassen, dass terroristische aktionen, um ihre freilassung zu erreichen, ihre sofortige exekution zur folge haben. machen wir die terroristen selbst zu geiseln gegen den terrorismus..."
>
> das ist sicher reaktionärer wunschtraum, denn es negiert jede dialektik des kampfs, aber es zeigt ne linie, an der sie dran sind: die militärische lösung des problems der gefangenen - Horchem's "festsetzen oder töten".)

der anwalt sagte dazu, dass strategen eben dafür bezahlt würden, um sich projekte auszudenken... dazu sagte eine mutter direkt: ...und um sie dann umzusetzen.

wir konnten das in der diskussion und in der kurzen zeit nicht auflösen und zu einem gemeinsamen begriff kommen.
in der konkreten situation wollten die spanischen genossen dann auch die auseinandersetzung mit den Startbahn-leuten mitkriegen; sie wollten sie begreifen und darin ihr verhältnis zum kongress vermitteln/ entgegnsetzen. und weil das dann mit den Startbahn-leuten und ATIF eskalierten, brachen wir die ag ab und die spanischen genossen gingen raus.

dass es diese fragen/unterschiedlichen begriff gibt, macht ja deutlich, dass zusammenkommen, vereinheitlichung von begriff und praxis e i n p r o z e s s ist, wohin wir auch durch "überzeugen" nicht kommen. es ist die praxis -von ihnen, von uns, die die vereinheitlichung vorantreiben wird. durch die dialektik, die der kampf entwickelt - ganz direkt der hungerstreik der genossinnen und die imperialistische reaktion auf ihn. wo sich begriff und sprünge in/durch die konfrontation entwickeln (können), auch wenn kämpfe nicht im gleichen

bewusstsein bestimmt sind, was u.a. auch für uns wichtig ist:
d a s - und nicht nur die seite/projekte der schweine zu sehen.
und dass das u.a. auch an uns liegt, wie wir kämpfen und welche internationale wirkung wir mit unserem kampf entwickeln. also daß wir vereinheitlichung/front als konkreten praktischen kampfprozess begreifen, wo das bestimmende nicht die differenzen sondern der boden ist, was zusammen d a ist.

in der diskussion kam der anwalt, als er klarmachen wollte, was er mit "nationalen besonderheiten" meint, noch einmal auf die geschichte der kämpfe der politischen gefangenen in spanien zurück (das jetzt nicht genauer; s. dazu text der Kommune Karl Marx). er wollte uns damit vermitteln
dass die schweine sich nicht einfach gegen die gefangenen durchsetzen können,
es in spanien für sie total schwer ist, isolation durchzukriegen,
und dass die situation noch offen ist.
und so ist es für uns natürlich auch wichtig: also die subjektive seite des kampfs (und nicht "nationale besonderheiten"), wo die schweine in Spanien einfach mit einer kontinuität vom kämpfen seit dem Bürgerkrieg konfrontiert sind und das volk, weil sie dort die strukturen noch nicht so kaputtgekriegt haben wie hier, wacher ist.
wo wir dagegen hier a l l e s erst neu im kampf schaffen.

damals und heute für
die sozialistische
revolution

GRUSSBOTSCHAFT AN DIE 3 IN FRANKREICH VERHAFTETEN PCE(R)-GENOSSEN

Liebe genossen,

wir haben von eurer festnahme, von der totalen isolation, der der französische staat euch unterwirft, und von der drohenden auslieferung auf dem kongress "antikapitalistischer und antiimperialistischer widerstand in westeuropa" erfahren.

ziel des kongresses war es -
aus der politischen und praktischen nähe des revolutionären kampfes in westeuropa,
aus der direktheit, in der sich die kämpfe aufeinander beziehen,
die diskussion mit den genossinnen und genossen aus den verschiedenen ländern zu führen,
die erfahrungen im kampf gegen die imperialistische politik in den jeweiligen bedingungen auszutauschen.

unsere verbundenheit mit dem kampf der politischen gefangenen - hier wie dort -
die solidarität der gefangenen aus ETA, CNT-AIT, Terra Lliure und aus der PLO mit dem (jetzt beendeten) hungerstreik der gefangenen Frauen aus GRAPO, PCE(r) und ETA, unser gemeinsamer kampf für die zusammenlegung der gefangenen aus RAF und widerstand, für die freilassung günter sonnenbergs, der - als kriegsgefangener - haftunfähig ist (wegen seiner schussverletzung),
ist ausdruck unserer politik:

die revolutionäre, antiimperialistische front in westeuropa
auf dem boden des proletarischen internationalismus aufzubauen,
als teil des weltweiten kampfes um befreiung.

" unser kampfgeist und unser kampf bleiben fest und wir werden keinen schritt zurückweichen in unserem bestreben, die ziele zu erreichen, die wir uns vorgenommen haben. "

(aus einer grussadresse der weiblichen politischen gefangenen aus PCE(r) und GRAPO an die gefangenen aus RAF und widerstand, im januar 1985.)

die sehnsucht nach einem anderen leben, der wille, die herrschaft des menschen über den menschen ein für allemal zu brechen, schafft die solidarität, die ihr gebäude der macht entgültig zum einsturz bringen wird.

mit vielen umarmungen
einige genossinnen und genossen

GRUSSBOTSCHAFT AN DIE GEFANGENEN SPANISCHEN FRAUEN
AUS GRAPO, PCE(r) UND ETA,
DIE SEIT DEM 27. 1. 86 IM HUNGERSTREIK SIND

---

wir, die teilnehmer des kongresses "antiimperialistischer und anti-kapitalistischer widerstand" aus mehreren westeuropäischen ländern, grüßen die gefangenen kämpferinnen aus grapo, pce(r) und eta, die sich seit montag, dem 27.1. im hungerstreik befinden.
der kongreß ist entstanden aus den gemeinsamen erfahrungen der kämpfe in westeuropa.
ein wichtiger impuls war für uns die westeuropaweite mobilisierung während des hungerstreiks der gefangenen aus raf und widerstand für ihre zusammenlegung im winter 84/85.
wir wollen hier den direkten informationsausstausch und die diskussio sion zwischen uns als eine ganz wichtige grundlage für die entwicklung des revolutionären prozesses in westeuropa.

eure grußbotschaft im letzten winter, libe genossinnen aus grapo und pce(r), die aktion der grapo gegen mercedes und die kundgebung der affap vor der deutschen botschaft in madrid haben uns gezeigt, daß solidarität und gegenseitige unterstützung in vielfältiger form möglich ist und unseren gemeinsamen kamopf stärkt.
wir wissen von der situation in carabanchel und davon, daß die genossinnen aus der eta einen hungerstreik begonnen haben, dem ihr euch , die gefangenen frauen aus grapo und pce(r) angeschlossen habt.

euch allen, genossinnen aus den kommunen der weiblichen politischen gefangenen in carabanchel senden wir revolutionäre grüße und unsere unterstützung für euren kampf.

EUER KAMPF IST UNSER KAMPF

mit diesem ziel führen wir hier die diskussion auf dem kongreß weiter!

DIE GEGENWART GEHÖRT DEM KAMPF
DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS

teilnehmer des kongresses "antiimperialistischer und antikapitalistischer widerstand",
montag, den 3. februar 1986

EINE KOORDINIERTE OFFENSIVE DER SPANISCHEN UND FRANZÖSISCHEN POLIZEI ZUR VERNICHTUNG DER FÜHRUNG DER PCE(R)

die verhaftung zweier militanter der PCE(r) und einer militanten der GRAPO am 10. januar in paris stellt einen entscheidenen schritt in der zusammenarbeit zwischen französischer und spanischer polizei dar, die unter dem kürzel GAL schon 11 baskische flüchtlinge in frankreich das leben gekostet hat.
diese verhaftung wurden von einer vergiftungskampagne in den massenmedien begleitet, die darauf abzielte, die ermordung dieser drei militanten sowie des generalsekretärs der PCE(r), manuel pérez, zu rechtfertigen, den beide polizeien in frankreich suchen. in der tat haben die massenmedien meldungen über angebliche attentate gestreut, die diese militanten zusammen mit dem generalsekretär der PCE(r) durchführen wollten, sowie eine gegen diesen gerichtete welle von verleumdungen.
daher kann man nicht ausschließen, dass es in frankreich zu einer neuen verbrecherischen offensive gegen die PCE(r) kommt, ähnlich der, die 1979 francisco javier martin eizaguirre und aurelio fernández cario das leben gekostet hat, die beide damals in paris ermordet wurden.
der aktionsradius des sogenannten "schmutzigen krieges" der spanischen polizei im süden frankreichs gegen die baskischen flüchtlinge weitet sich mehr und mehr auch auf andere länder aus; so wurden zwei baskische militante durch spanische polizisten in ekuador gefoltert, um an informationen über die organisation ETA zu gelangen. wir dürfen auch nicht vergessen, dass ein ebenfalls in paris festgenommener italienischer flüchtling von polizisten seines heimatlandes im gefängnis vernommen wurde, was ein gutes beispiel für die umfangreiche unterstützung ist, die sich die verschiedenen europäischen polizeiorganisationen zwecks vernichtung der revolutionären militanten gegenseitig gewähren.
wenn wir all dem noch hinzufügen, dass diese drei gefangenen jetzt mit einer völligen kontaktsperre belegt worden sind, dass ihre französischen anwältin keine akteneinsicht erhielt und dass ihr spanischer anwalt (trotz des beitritts spaniens zur eg) sie nicht besuchen durfte, so wird deutlich, dass das schlimmste vorbereitet wird; so kann man weder die ermordung noch das verschwindenlassen, noch die heimliche überstellung an die spanische polizei ausschließen.
deshalb wollen wir alle diese tatsachen der öffentlichen meinung in europa und insbesondere den revolutionären militanten bekannt machen, damit diese das verschweigen und die abschottung dieser tatsachen durchbrechen und sich vorbeugend und dringlich für die verhinderung neuer morde an revolutionären in frankreich einsetzen.

2.februar 1986 anwälte von politischen gefangenen in der brd

post an die drei in paris gefangenen kommunisten ist an folgende, vom richter mitgeteilte adressen zu richten:

-enrique cuadra
754oo/ 3.div./ cel.363 maison d arret
1. av. de la divisiôn leclerc
94261 fresnes cedes

-milagros caballero 16676 B
maison d'arrêt des femmes
9.av. des peubliers
ste. geneviève des bois
917o5 fleury-merogis

-manuela ontanilla 16677 C
maison d'arrêt des femmes
9.av. des peubliers
ste. geneviève des bois
917o5 fleury- merogis

ZUR VERANSTALTUNG DER PORTUGIESISCHEN GENOSSEN

ZUSAMMENFASSUNG DER VERANSTALTUNG DER PORTUGIESISCHEN GENOSSEN

sie haben angefangen mit dem revolutionären prozeß '74/75. das faschistische regime, daß 48 jahre geherrscht hatte, war in den 60ziger jahren durch die unabhängigskeits/befreiungskämpfe in angola, mocambique, guinea bissao, cape verde etc. angegriffen. die entwicklung der befreiungskämpfe in den kolonien führte zu diskussionen innerhalb der kolonialistischen armee, junge offiziere in der armee diskutierten über die befreiungsbewegungen, die diskussionen und bewegungen weiteten sich aus und riefen letztlich die MFA - Movimento das Forcas Armadas - ins leben und waren der auslöser für den 25. april '74 in portugal. unter führung von otelo wurden der premierminister und der präsident des staates verhaftet, linke militärs erlangten die kontrolle über alle staatlichen organe mit ausnahme der PIDE (faschistische geheimpolizei). durch diese beiden entwicklungen (befreiungskämpfe in den kolonien und putsch der linken militärs) griff der prozeß auf das portugiesische volk über, hat das volk selber einen revolutionären prozeß angefangen. in diesem prozeß hatten auch die politischen organisationen, die aus der illegalität kamen, eine bedeutung. die arbeiter begannen, sich autonom zu organisieren, es gab besetzungen von ländereien, fabriken, häusern. diese bewegung der volksmassen wurde von einer gruppe der linken militärs unterstützt, der COPCON, der militärischen struktur in der MFA, deren 'chef' otelo war. der revolutionäre prozeß entwickelte sich von tag zu tag.
in dieser zeit sind auch tausende von waffen geklaut und an das volk ausgegeben worden, die arbeiter wurden auch an den waffen ausgebildet. am 28.9.74 wurde das erste mal ein reaktionärer putsch versucht, der aber zu einer verstärkung des revolutionären prozesses führte. die ganze situation war in dieser zeit kurz vor einem volksaufstand. am 11.3.75 kam es zu einem zweiten putschversuch, der für die reaktionären kräfte wieder mit einer niederlage endete. durch den stärker werdenden revolutionären prozeß war die regierung, die aus sozialdemokraten und kommunisten bestand, gezwungen, mit der verstaatlichung von besitz anzufangen: banken, wichtige industriezweige wie petrochemie, zement etc. wurden verstaatlicht. gleichzeitig gab es große arbeiterdemonstrationen, bei denen u.a. der regierungspalast umstellt wurde und die regierung so gezwungen wurde,

21. August 1975: 30 000 Demonstranten fordern die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung.

bestimmte gesetze, die gefordert wurden, zu verabschieden. dieser abschnitt war gekennzeichnet durch den fortschreitenden revolutionären prozeß: arbeiter- bewohner-, bauernkommitees wurden gegründet. der begriff für diesen prozeß war PODER POPULAR, das war der ganze prozeß der autonomen organisierung der arbeiter und bauern, in dem auch linke parteien kaum eine rolle gespielt haben. so haben z.b. bei demonstrationen nicht politische parteien die marschroute und die parolen bestimmt, sondern w.,aren in einer situation, in der sie sich den demonstrationen nur anschliessen konnten.
vor allem durch die figur von mario soares haben die imperialistischen kräfte - voran die brd und die usa - versucht, den prozeß zu stoppen. gerade die sozialdemokratie, auch innerhalb der MFA, war die voraussetzung für den rechtsputsch vom 25.11.75: es wurden viele revolutionäre verhaftet, alle autonomen organisationen der arbeiter und bauern wurden verboten, die räte-organisationen wurden durch repression zerschlagen, es war eine zeit von niederlagen und rückentwicklung. u.a. wurde auch otelo verhaftet.
'76 gab es eine wahlkampagne für otelo als präsident der republik, die aus einer vereinheitlichung aller linken, links der pcp, zu diesem zweck hervorgegangen war. diese kandidatur von otelo sollte zusammengehen mit der bildung einer front aller revolutionäre, so nannte sich auch die wahlkampagne. in dieser wahl erhielt otelo 16% der stimmen. trotz des vereinheitlichungsversuchs gab es einen prozeß der rückentwicklung der linken kräfte.
wer in portugal regiert ist der imperialismus und die weltbank. hunger der massen und armut verstärken sich. alle autonomen organisationen der arbeiter und bauern sind zerstört. z.b. wurde ein gesetz gegen die agrar-reform verabschiedet, das besagt, daß alle ländereien, die ohne kontrolle von politischen parteien, also autonom, besetzt wurden, an die alten großgrundbesitzer zurückgege ben werden müssen. die gleiche entwicklung gibt es mit den räten in den fabriken, so daß parteien wie die pcp, die sozialdemokraten und die gewerkschaften wieder an einfluß gewinnen konnten.

in portugal gibt es eine entwicklung, die wohl einzigartig in der eg ist: viele arbeiter arbeiten, ohne daß ihnen ihre löhne ausgezahlt werden (die fabriken drohenmit konkurs und schliessung, wenn die arbeiter auf die auszahlung ihrer löhne bestehen, so daß jetzt, vor allem auch in staatlichen betrieben, die arbeiter meist noch lohnforderungen für die letzten 3-4 monate offen haben - anm. d. übders.), es gibt massenarbeitslosigkeit und hunger.
der erste repressive schlag gegen die revolutionäre linke lief '78 gegen die PRP - PARTIDO REVOLUTIONARIO PROLETARIO -. das verfahren ist bis heute juristisch nicht abgeschlossen. '8o wurde die FUP, damals noch FRENTE UNIDADE POPULAR- gegründet, als erste möglichkeit der reorganisierung nach der verhaftung der führung der PRP. die FUP war als sammlungsbewegung der revolutionären linken, links der pcp, konzipiert, die '8o auch wieder die kandidatur von otelo unterstützt hat. die situation war damals, daß die gesamte führung der PRP verhaftet war. es gab damals eine auseinandersetzung darum, daß die führung der PRP im knast vom knast aus die politik draußen bestimmen wollte, was von den revolutionären draußen als unmöglich angesehen wurde. deswegen kam es zu einem bruch mit der führung der PRP im knast. draußen gab es eine neuorganisierung als FUP, die gefangenen bezeichneten sich weiter als PRP, obwohl die PRP praktisch aufgehört hatte zu existieren. kurz nach der gründung der FUP enstand die guerilla, die FORCAS POPULARES DO 25.ABRIL - FP-25. die erste aktion der FP-25war, in allen wichtigen städten und bezirken bomben zur explosion zu bringen, in denen flugblätter waren, in denen sie sich und ihre ziele bekannt gemacht haben. nach erscheinen der FP-25 kam es zu diskussionen innerhalb der FUP, in der sich alle außer der heutigen FUP von der guerilla distanziert haben. sie haben immer die position vertreten, daß die FP-25 eine revolutionäre organisation sind. diese diskussionen haben dazu geführt, daß alle außer ihnen die FUP verlassen haben. sie haben dann den namen verändert, nicht mehr FRENTE sondern FORCAS unidade popular, aus verwaltungsgründen, also weil die FUP als partei bereits zugelassen war, haben sie es dann offiziell so gelassen.

ihr ziel ist die machtübernahme der arbeiter. sie gehen davon aus, daß die arbeiter die revolution selber machen müssen, daß ihre funktion bei der machtübernahme der arbeiter endet. ihre praxis ist, sich mit dem system zu konfrontieren, d.h. z.b. sich in kämpfen in fabriken gegen entlassungen zu organisieren. parallel zu kämpfen in fabriken hat es aktionen der FP-25 gegeben, z.b. erschießungen und verletzungen von fabrifbesitzern, angriffe auf deren häuser und autos. '84 wurden aufgrund der entwicklung dieser kämpfe 5o genossen von ihnen verhaftet, viele von ihnen mußten in die illegalität gehen.
vor dieser bullenoffensive hat es in den medien eine kampagne gegen die FUP gegeben: von den bullen lanciert hat es in zeitungen und radios meldungen gegeben, die FUP und die FP-25 seien eine organisation, was nicht stimmt. sie, also die FUP sagen, daß die FP-25 eine revolutionäre organisation sind und die FUP lehnt revolutionäre gewalt nicht ab. für sie bedeutet die bullenoffensive, daß sie in einer situation sind, in der sie in der halblegalität arbeiten müssen: ihre büros wurden von den bullen geschlossen (obwohl die FUP offiziell nicht verboten ist), genossen mußten in die illegalität gehen.
nach der bullenoffensive befinden sie sich jetzt in einer situation, in der sie sich unter den neuen bedingungen restrukturieren müssen,in der sie auch öffentlichkeit herstellen, pressekonferenzen, um die propaganda gegen sie zu denunzieren.
die situation war auch davon bestimmt, daß die gefangenen genossen die ersten 23 tage vollständig isoliert waren, die situation der gefangenen war selbst von der bürgerlichen gesetzgebung her illegal. dagegen hat es einen hungerstreik der gefangenen gegeben, durch den die isolation dann nach 23 tagen aufgehoben wurde. erst danach war es überhaupt möglich, einen überblick über das ausmaß der bullenoffensive (also auch die ganzen hausdurchsuchungen, die gelaufen sind) zu kriegen. ein großer teil der gefangenen war angeblich 'auf frischer tat ertappt'worden, wenn sie morgens um 6 uhr aus ihren betten weg verhaftet worden sind.
im moment arbeiten sie an ihrer restrukturierung, außerdem versuchen sie, sich zu verbreitern, d.h. sich mit anderen linken gruppen zu vereinheitlichen. punkte, an denen so eine vereinheitlichung laufen kann sind: die armut in portugal. die solidarität mit den politischen gefangenen, gegen repression, arbeitslosigkeit und hunger. es geht ihnen darum, möglichkeiten zu schaffen, an siolchen punkten politisch zu intervenieren.
die situation in portugal ist, daß sich das kapital alles wieder angeeignet hat, was es am 25. april verloren hatte und gleichzeitig die arbeiter nichts mehr zu verlieren haben. z.b. ist der lebensstandard in portugal heute auf dem niveau von '69, also der zeit des faschismus.
für sie ist dieser kongreß ein wichtiger punkt für unseren kampf gegen kapitalismus und imperialismus. für die revolutionären kräfte in portugal ist z.zt. eine schwere situation, weil es wenig soziale kämpfe gibt, eher eine tendenz zum rückzug, sie aber nicht aufgeben wollen, sondern weiter kämpfen werden. gegen den imperialismus ist die einheit der revolutionären kräfte auf der welt notwendig.

zur diskussion auf der veranstaltung:

frage zur auseinandersetzung über den widerstand gegen die nato in portugal:
- in portugal gäbe es erstmal keine mobilisierung gegen die nato, vor den aktionen der FP-25 gegen beja und die nato-schiffe im hafen von lissabon gab es keine diskussion über die deutsche basis und die nato in portugal. die aktionen hatten erstmal nur eine wirkung, die reaktion auf polizeilicher ebene: es gab zwei verhaftungen aus der UDP (marxistische organisation mit der parole: "beja-stützpunkt soll geschlossen werden") und verhöre nach den aktionen. auf die frage nach den kommuniques zu den aktionen war den genossen dazu nichts bekannt, konnten sie dazu nichts sagen. zu den aktionen sagten sie noch, daß sie die brd als speerspitze des imperialismus in europa begreifen.
frage, ob es z.zt. soziale kämpfe, auf die sich die FUP bezieht, gibt:
- sie meinten, daß es z.zt. kaum kämpfe gibt, die arbeiterklasse sei ziemlich

geschlagen. es gibt gewerkschaftlich orientierte kämpfe (um löhne etc.), aber keine politischen. vor '83 gab es streiks, demonstrationen mit forderungen nach lohn, gegen arbeitslosigkeit, die aber ab ende '83 aufgehört haben. die kommenden zeiten werden wohl noch sehr schwierig werden, sagen sie.
die genossen sagen, daß der begriff des staates bei ihnen "democratia musculosa" sei, d.h. "wehrhafte demokratie", eine situation, die durch den ausbau der polizeilichen und militärischen sicherheitsdienste gekennzeichnet ist.
zu den wahlen: es ist ein kopf-an-kopf-rennen zwischen soares und noch reaktionärereren typen, die gesagt haben, wenn sie gewinnen und der "terrorismus" sich ausbreitet, werden sie noch größere schritte zu seiner bekämpfung unternehmen.
frage, wie sie in portugal die diskussion mit der stoßrichtung gegen die nato mitkriegen, soweit sie geführt werden:
- alle linken organisationen sagen, daß die brd die speerspitze des imperialismus in europa ist. der antiimperialistische kampf ist für sie wichtig und ist ein starker faktor für sie, weil er reflexe auf ihre situation hat. reflexe, d.h. die menschen bekommen den kampf mit, was immer eine stärkung des bewußtseins und des eigenen kampfs bedeutet.

(anschlag der FP-25 mit autobomben
auf bundeswehr-/nato-luftwaffenstützpunkt
beja im januar 1985)

die genossen sagen, daß ihnen diese überlegungen auch wichtig sind, weil in portugal die nato und der imperialismus immer mehr tragweite bekommen, wichtig für die perspektive. ebenso ist ihnen der kampf hier wichtig.
sie begreifen das auch so, daß es an verschiedenen abschnitten kämpfe gegen den imperialismus gibt, was sorum zu einer schwächung ihrer kräfte führt und beiträgt. es kamen noch fragen, was die genossen zu der entwicklung der westeuropäischen guerilla, raf/ad denken, worauf sie aber nicht näher antworten konnten. zu den ganzen angriffen gegen nato und kapital meinten die genossen, daß es insofern auswirkungen auf ihre unmittelbare situation hat, daß durch die kräftezersplitterung des imperialismus mehr raum für sie geschaffen würde.
zu ihrer situation und den bedingungen meinten sie, daß in ihrem land große arbeitslosigkeit und armut herrscht, große teile des volkes hungern, was für sie auch der erste ansatzpunkt ist zu überlegen, wie der kampf weitergehen kann, diese frage stellt sich also v o r der frage nach dem kampf gegen die nato.
die antiimperialistischen kämpfe in westeuropa sind für sie wichtig, weil sie für sie auch orientierung bedeuten.

es gab dann noch eine konkrete frage nach einer aktion der FP-25, der liquidierung eines bosses von siemens, ob das von den arbeitern auch als angriff im zusammenhang mit dem brd-imperialismus begriffen worden ist:
-die genossen sagten, daß die aktion wohl gut angekommen ist, aber wegen der unmittelbaren bedingungen in der siemens-fabrik: viele entlassungen, arbeitslosigkeit, keine lohnauszahlungen, schikanen (z.b. genehmigung, nur einmal am tag auf die toilette gehen zu dürfen etc.).
es gab noch eine reihe weiterer fragen an die genossen, für die aber aufgrund der fortgeschrittenen zeit überlegt wurde, darüber genauer in der geplanten arbeitsgruppe (die sollte eigentlich am dienstag stattfinden) zu diskutieren.

dokument der FUP (Forca de Unidade Popular),PORTUGAL für den antiimperialistischen und antikapitalistischen kongress

der vormarsch der reaktionären kräfte und der revolutionäre kampf gegen den imperialismus

die FUP will an diesem kongress teilnehmen und grüsst aufs wärmste alle die hier sind, denn sie hält es für unerlässlich, dass alle, die von alten dogmenfrei, aber fest in ihren ideologischen grundsätzen , revolutionäre in dem begriff der neuen realitäten und dem reichtum des kampfes der internationalen solidarität vorranschreiten, - obwohl sie,die FUP in diesem monat auf der anklagebank sitzt, in einem prozess,der an die zeit des faschismus erinnert, und nach einer repression, mit der sie seit fast zwei jahren geschlagen ist , und wo fast alle ihre kader gefangen,ihre büros geschlossen und ihre besitztümer beschlagnahmt sind.

wir haben uns entschieden an dieser debatte mit einem beitrag über das thema:" der vormarsch der reaktionären kräfte und der revolutionäre kampf gegen den imperialismus" teilzunehmen.wir haben das gemacht, weil das am besten unsere konkrete erfahrung des letzten jahrzehnts und auch unsere einschätzung über die schärfe der internationalen situation wiederspiegelt, die in dieser phase der rekonstruktion der weltökonomie zu entstehen beginnt.
wir haben eine verkürzte form unserer beteiligung gewählt,in der wir versuchen,in diesem minimum von sätzen, einige der fundamentalen thesen die wichtig sind, diskutiert und geklärt zu werden, darzustellen.

1-die ökonomische weltkrise
 -der vormarsch der reaktionären kräfte
 - die schwäche der revolutionären alternative

2-die situation der repression, armut und hunger in portugal
 -die immer stärkere abhängigkeit vom imperialismus
 -die notwendigkeit, den volkswiderstand zu organisieren

1.die aktuelle krise der weltökonomie, die ende der 60-er jahre anfing, als die grosse periode des wachstums, die dem 2. weltkrieg folgte, ihren höhepunkt erreichte, ist der auswuchs dieses systems der imperialistischen ausbeutung.
infolge ihrer dynamik, aufgrund des akkumulationsprozesses des kapitals, ist sie nicht konjunkturell, regional oder sektoral, sondern es ist eine tiefe krise, weltweiten und strukturellen carakters. es handelt sich tatsächlich um mehr, als um eine zyklische krise von längerer dauer - die sicherlich während einer längeren periode andauern wird - bis die strukturellen schwierigkeiten der krise überwunden sein werden , um den anfang zu bilden,für eine längere phase der kapitalistischen akkumulierung.
1.2. die krise erscheint als ein prozess der destrukturierung der kapitalistischen ökonomie, indem seine mechanismen aufhören, in ihrer regulären weise zu funktionieren.
es ist ein moment der umwälzungen im prozess der kapitalistischen reproduktion, aber auf der anderen seite zählen darin anzeichen für eine neue reorganisation der kapitalistischen ökonomie.
die krise, die die kapitalistische ökonomie durchzieht, ist eine krise der überproduktion, ist eine krise des exzesses des kapitals. und bevor es dazu kommt, bedeutsame technologische innovationen in funktion zu setzen, wird das kapital versuchen, erhöhungen der gewinnsätze zu erzwingen,und dafür sind grosse ökonomische,soziale und politische veränderungen auf weltweiter ebene notwendig.

1.3.die krise ist nur durch die dem kapital innewohnenden widersprüche zu erklären, deren hauptsächlicher der zwischen kapital und arbeit ist.
es ist unumgänglich, die ursachen der krise innerhalb der weltweiten klassenkämpfe zu sehen und zu verstehen, auf welcher basis die internationale teilung der arbeit und die internationalen allianzen der ausbeuter sich entwickeln. ihre basis ist in der realität das gesetz der akkumulation des imperialistischen systems, das in den letzten jahrzehnten mit konstanten mehrwertraten funktioniert hat - mit vollbeschäftigung,und dem paralellen wachstum der löhne und der produktivität in den imperialistischen zentren und in der peripherie mit dem ebenfalls steigenden reserveheer von arbeitskraft . diese überausbeutung in der peripherie erlaubte es, die ausbeutung der arbeitermassen in den imperialistischen zentren fortzuführen, indem konzessionen gemacht wurden an die forderungen der kämpfe, die mit diesem system noch zu vereinbaren waren.
1.4. die mechanismen der kapitalistischen akkumulation in den zeiten der krise führte nicht nur zu einer der arbeiterklasse ausgepressten erhöhung der relativen mehrwertrate durch die begrenzungen der lohnerhöhungen an die produktivität, sondern auch zu einer erhöhung der absoluten mehrwertrate, den arbeitern ausgepresst durch das fallen des lohnniveaus, sei es durch das absterben der kleineren und mittleren betriebe, sei es durch die kontrolle dieser betriebe durch das finanzsystem, sowie durch die rationalisierung der industrie in den kapitalistischen ländern des zentrums —
durch die investitionen in die technologie,in der die arbeitskraft gespart wird - wobei die hohen arbeitslosenzahlen benutzt werden, um die arbeitermassen zu disziplinieren - und durch die verschiebung der verschiedenen industrien des weltmarktes in die dritte welt, mit niedrigen lohnniveaus, starker repression und vermehrten freihandelszonen.
dieser prozess der restrukturierung der weltweiten kapitalistischen ökonomie ergibt sich aus einer verschärfung der innerimperialistischen widersprüche, durch die konkurrenz unter den grossen gruppen der multinationalen, die ihre nationalen basen haben, und durch die wiedervereinnahmung der selbsternannten sozialistischen ökonomien, in die durch den kapitalistischen markt beherrschte internationale arbeitsteilung. die widersprüche innerhalb des kapitalistischen lagers verschärfen sich innerhalb der krise, und führen zu differenziertenzierten,wenn nicht widersprüchlichen politischen positionen in der form, wie die revolutionären bewegungen bekämpft werden.

1.5. die krise öffnet so einen prozess der wieder-definition der positionen der verschiedenen gruppen der klassen, die die kapitalistische gesellschaft bilden. es ist eine restrukturierung, die die interessen der verschiedenen klassen betrifft, und die deswegen selbst eine verschärfung im prozess des massenkampfes produziert und eine neue wiedererlangung der taktik der bündnisse auf der ebene der grundklassen und ihrer schichten.

der mögliche ausweg für das imperialistische system ist die erhöhung der akkumulationsstufe auf globaler ebene,indem es neue gebiete sucht, neue bereiche, um das überschüssige kapital zu akkumulieren, mit neuen formen der kapital-reproduktion, sowohl auf der ebene der eigentlichen organisation des arbeitsprozesses, sowie auf der ebene der internationalen teilung der arbeit. aber diese neue restrukturierung der kapitalistischen ökonomie, die auf globaler ebene aus einem akkumulationsmodell, das immer mehr durch die internationalisierung, zentralisierung, und monopolisierung des kapitals bestimmt ist- wird unabänderlich immer neue, tiefere und schwerere krisenzyklen erzeugen, was zwingend ist , aus seinem bestimmenden charakter der ausbeutung der arbeiter und der unterjochung ganzer völker, durch die privataneignung des reichtums durch die herrschenden klassen.

1.6. die weltweit abgestufte ausbeutungsstruktur des imperialistischen systems funktionierte während der letzten jahrzehnte mit konzessionen an die arbeitermassen im kapitalistischen zentrum, was objektiv bedingungen für das auftreten eines beschleunigten prozesses der sozialdemokratisierung,mit einer starken arbeiteraristrokratie,bildete , während angesichts der überausbeutung der völker der peripherie sich eine grosse bewegung für die nationale befreiung entwickelte.
der anfang der jetzigen krise fiel zusammen mit einer starken arbeiterbewegung in den industrialisierten ländern des zentrums, in denen eine grosse fordernde bewegung ende der 60-er jahre und anfang der 70-ger jahre auch zu einer bestimmten vereinheitlichung des ökonomischen und politischen kampfes führte,der in den meisten industrialisierten ländern der gewerkschafts- und parteienkontrolle entfloh. die starke mobilisierung der arbeitermassen, die in diesem kampfprozess teil waren, und ihre politische perspektive führten zu dem auftreten von autonomen organisationsformen der arbeiterklasse, wie z.b. den "comittai

di fabrica " in italien, den streikkommitees in frankreich, den "shop stewards" in grossbritanien und den "comisiones obreras" in spanien, oder den arbeiterkommissionen in portugal.

das fehlen einer revolutionären alternative, mit einer starken verankerung bei den massen, der steigende einfluss der arbeiteraristrokratie, und die ganze städtische kleinbeourgeoisie, die sich bestechlich in der konsumgesellschaft suhlt, öffnete die tür für die sozialdemokratie und den reformismus,, der seine organische umgebung in dem grössten teil der gewerkschaften und den traditionellen linken parteien fand.

die krise wird von den reformisten nicht als moment der offensive der arbeiterklasse gesehen um das kapitalistische ausbeutungssystem niederzureissen, die reformistischen kräfte verbinden sich während der krise mit der beourgeoisie,damit diese zum neuen die kapitalistische ökonomie stabilisieren kann.

1.7. der kampf der befreiungsbewegungen, der in den letzten jahrzehntenin den ländern der peripherie gegen den imperialismus schlug und der in den meisten fällen die unabhängigkeit erreichte, brachte neue souveräne staaten hervor, und schloss quasi diesen ersten zyklus der dekolonisierung, erlaubte es aber bis heute nicht, bedingungen für eine authentische nationale unabhängigkeit, für eine autonome entwicklung und für eine verstärkung der weltweiten revolutionären kräfte zum bruch mit dem imperialismus und dem sovietischen expansionismus zu entwickeln.

mehr als einmal zeigen die fakten,dass der umsturz der kolonialen, kapitalistischen und faschistischen mächte durch den kampf der unterdrückten massen den weg öffnen kann für neuentstehende klassen,die sich ausserhalb der unterdrückten revoltierenden klassen stellen und mit hilfe externer kräfte die macht ergreifen und sich so in neue unterdrückende klassen entwickeln.

1.8. was in der realität existiert, sind zwei grosse blöcke, hegemoniert durch zwei supermächte, aber mit starken widersprüchen innerhalb dieser blöcke.
die revolutionären kräfte,die für den aufbau des sozialismus kämpfen, kommen aber aufgrund ihrer organisatorischen,politischen und militärischen schwäche - angesichts des kräfteverhältnisses auf globaler ebene - dazu, starke beziehungen der abhängigkeit,wenn nicht gar der unterwerfung zu der su zu entwickeln.

nach schweren befreiungskämpfen wendet sich die neue politische macht, weil sie der kapitalistischen ausbeutung auszuweichen versucht, an den anderen block, der sich als weltweite progressistische kraft bezeichnet, ohne das diese taktische position tatsächlich den übergang zum sozialismus verstärkt, in dem in diesen ländern einige fundamentale elemente der "sovietischen" gesellschaft instaliert werden.

die orientierung,die gegeben würde durch die überwindung dieses widerspruchs, indem sich ein grosser teil der erst kürzlich die unabhängigkeit erreichten länder befinden, wird entscheidend sein für die zukunft der revolutionären kräfte auf globaler ebene.

1.9. in der aktuellen situation der krise des imperialismus und der eigenen ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen systems, muss sich die taktik der revolutionäre im globalen klassenkampf auf das maximum der koordinierung und der solidarität zwischen den kämpfen der völker der peripherie und den kämpfen der arbeiterklasse in den industrialisierten ländern des zentrums[1] den kampf der arbeiter in den imperialistischen zentren von dem kampf der völker der peripherie zu trennen, hiesse, dem "obreirismo occidentalista" zu verfallen und die innere logik des imperialistischen systems nicht zu verstehen.

aber der klassenkampf hat weiterhin sein eigenes terrain, wo sich der fundamentale widerspruch zwischen kapital und arbeit entwickelt: es ist die nationale ebene, wo sich der entscheidende kampf zwischen arbeitern und beourgeoisie entwickelt, und es ist diese ebene,wo die revolutionäre bedingungen für eine autonome organisierung des proletariats entwickeln müssen, mit einer deutlichen und radikalen alternative zum kapitalismus.

die strategie des bruchs, die schwächsten glieder der imperialistischen kette rauszubrechen, ist richtig. es gibt keine möglichkeit einer autonomen entwicklung der produktivkräfte,die fähig ist, den bedürfnisses der arbeitermassen zu entsprechen,ohne einen bruch mit derimperialistischen kette - wo es objektiv mehr möglichkeiten gibt diesen zu machen , aufgrund der eigenen wirkung der aktuellen kapitalistischen ökonomie auf weltweiter ebene, sind die länder der peripherie dieses systems, die mehr entwickelten

1 ausrichten

der "unterentwickelten" ökonomien, sowie der wenig entwickelten der "entwickelten" ökonomien.

2

2.1. nach dem konterrevolutionären rechtsputsch vom 25. november 75, andem sich die reaktionären und revanchistischen kräfte der macht bemächtigten,über die zerstörung des öffentlichen sektors,wie der verstaatlichungen und der nach dem 25.april74 erreichten demokratischen errungenschaften. sie haben sich des staates für ihre intervention bedient und wurden, um die schon laufende kapitalistische genesung voranzubringen, vom grossen finanzkapital, von einer handvoll grosser kapitalisten und grossgrundbesitzer und einer schar korrupter parsiten aus den zirkeln des handels, den schmugglernetzen und spekulatoren der öffentlichen verwaltung unterstützt.

2.2 die ökonomische und soziale politik, die sie in den letzten jahren praktizierten, orientierte sich an dem versuch die öffentlichn und externen verschuldungen zu verringern, bestimmt durch eine vom IWF verordnete austeritätspolitik ,die sich hervortat durch das vollständige fehlen einer ökonomischen entwicklung, und vor allem durch eine verschlechterung und verschärfung der grössten probleme, mit denen sich die nationale ökonomie rumschlägt. die versprochene wiederherstellung der ökonomie, sozusagen als helles ende eines dunklen tunnels, nach der aufstellung des "schubladen-sozialismus",2) rächte sich so durch eine verschärfung der krise, die die volksmassen in eine tiefe armut führte und die ökonomie in einen kräfteverfall und die stagnation. die abkommen, die mit der weltbank unterzeichnet sind,und die als einzige alternative, um das land aus der krise zu führen, präsentiert wurden, und die bekannten politiken der austerität die daraus entstanden, führten die situation nicht nur in ein desaster, in der sich die nationale ökonomie befindet, sie blockierten auch jede entwicklungspolitik innerhalb der jetzt bestehenden politischen zusammenstellung - und das führte nur deswegen nicht zum sozialen bruch, weil die arbeiter schmerzlicherweise durch ihre unterwerfung die krise bezahlen müssen.

2.3. die ökonomische politik wird tatsächlich vom internationalen grossen finanzkapital bestimmt, durch sein instrument der imperialistischen politik, dem IWF, bei der die aufeinanderfolgenden regierungen die nationale souveränität hinterlegt haben.

diese feudalisierung, die aus dem imperialismus entsteht, hat seine paralelität auf militärischem gebiet, in der intensivierung der einmischung der usa, sowie der nato, durch die ausbreitung der militärischen infrastruktur in den ländern, wo sie nuklearwaffen stationieren und bewegen, wie in der reorganisierung der armeen.

angesichts dieser abhängigkeit vom imperialismus ist das politische manöver der integration portugals in die EG nur dazu da, diese notwendigkeiten der kapitalistischen rekonstrukturierung zu verdecken und wird zu nichts anderem führen, als zu einer beschleunigung des ruins von tausenden kleineren und mittleren industrien und betrieben sowie der der kleinbauern und der weiteren verschlechterung der lebensbedingungen der arbeiter.

2.4. heute leben weite schichten der bevölkerung, opfer der arbeitslosigkeit, der repression,des hungers und der armut, unter unmenschlichen bedingungen, was sozialökonomische situationen beinhaltet, die darauf hinauslaufen, ihnen objektiv das recht zu nehmen, was ihnen hilft sich zu organisieren, um gegen solche formen der ausbeutung zu kämpfen. es wird so auch versucht, den kampf der volksmassen zu brechen, die arbeiter zu beugen und ihre kollektive aktion zu desartikulieren durch die arbeitslosigkeit, die teilzeitverträge, die entlassungen und die repression, die sie dazu bringt, degradierende ausbeutungsbedingungen zu akzeptieren, um ihre arbeitsplätze zu behalten. wenn sie sie nicht selber abgeben aufgrund einer entschädigung oder vorweggenommener reformen.angesichts der steigenden offensive der reaktionären und revanchistischen kräfte breitet sich ein klima von gleichgültigkeit in unserer gesellschaft aus und ist auswuchs der frustration,der hoffnungslosigkeit und des individualismus, die die arbeitslosigkeit, die armut und der hunger,die sich schon seit geraumer zeit in vielen schichten ausbreiten, nach sich führen.

2.5. die diktatur des kapitals, das von der bürgerlichen demokratie verdeckt wird, hat seine maske schon fallenlassen auf der ebene der bürgerlichen freiheiten und bürgerrechte und der unterlaufung der arbeitsgesetze, dem schon berüchtigten gesetz zur inneren sicherheit, mit seiner folge von wohnungseinbrüchen, telefonabhörungen, politischen verfolgungen und willkürlichen verhaftungen, der restrukturierung der

neuen PIDE (geheimpolizei im faschismus), die reorganisierung der geheimdienste, die kontrolle der bürger durch zentralisierte karteien. aber diese diktatur ist immer noch besorgt,dass seine vergiftungskampagne nicht von der herrschenden ideologie überzeugt und verstärkt nicht nur die paramilitärischen kräfte durch die verschiedenen polizeien und privaten und öffentlichen sicherheitsdienste,die die terroristische gewalt gegen arbeiter und revolutionäre ausübt.
in dieser muskeldemokratie,die auf dem weg zum faschismus ist, gibt es schon genügend mechanismen für die wiederherstellung eines polizeistaates.

die aufeinanderfolgenden niederlagen der volksmassen,die sie seit längerem erlitten und verinnerlicht haben, ohne das die arbeiterklasse ihren kopf erhoben hat,die unzufriedenheit,die sich in den mittelschichten des volkes ausgebreitet hat,die in der letzten zeit auch von der krise betroffen sind und die unzufriedenheit die weite teile der kleinbeourgeoisie ergriffen hat und die sie dazu bringt, ihren horizont als klasse zu schliessen,führt zu einer verstärkten proletarisierung, genauso wie zu einem erstarken des konservatismus in grossen teilen der landbevölkerung, zu der sich eine politische klasse gesellt, die wegen ihres korrupten benehmens berüchtigt ist, sowie die unfähigkeit der institutionen, die krise zu bewältigen -die in permanenten krisen sind, mit andauernden wahlakten, mit aufeinanderfolgenden regierungen und einer zu einem unnützen haufen verwandelten nationalversammlung, in der sich die verschiedenen fraktionen beourgeoisie kloppen - und die militärs mit dem slogan ihrer entpolitisierung, der "rückkehr in die kasernen",als wenn ihre politisierung unvermeidlich wäre - gibts heute die gefahr, dass die erneut dazu gebracht werden,die kasernen zu verlassen, nach einer kur des konservatismus, aber diese mal gut gedrillt unter ihren stockreaktionären chefs.

2.6. der ausweg dieser schweren situation für die volksmassen ergibt sich nicht aus einer demokratisierung dieses systems der kapitalistischen ausbeutung sondern über seine zerstörung als das einzige mittel, die emanzipation der arbeiter zu erreichen.
der prozess des auswegs aus der krise muss das werk der arbeiter sein, durch ihre formen der organisierung, ihrer kreativität in der bildung einer anderen gesellschaft, weil diese ungerecht und repressiv ist, da sie von den ausbeutern gebildet ist.

wenn man den starken einfluss des reformismus auf die volksmassen in rechnung stellt und die desorganisierung der revolutionären linken, auf der suche nach orientierung und organisatorischen formen und einer eigenen politischen führung, sowie die nichtexistenz sozialer autonomer bewegungen werden die kommenden zeiten ohne zweifel schwierig für die revolutionäre unseres landes sein - trotz der ausdauer der tiefen ökonomischen und sozialen krisen, die weiterhin die volksmassen opfern werden.
es werden sicherlich zeiten der defensiven arbeit und der organisierung sein, um die isolation aufzubrechen, in die die revolutionäre alternative von den reformistischen kräften, sowie durch die unfähigkeit der revolutionäre, neue vereinheitlichende formen des kampfes zu finden,die einen neuen vorstoss der massenbewegung für konkrete sofortziele mit dem ziel der einheit der arbeiter und militanten revolutionäre in dem gegen die faschistische repression,dem kapitalismus und imperialismus ermöglichen, gestossen wurde.

offener brief der politischen gefangenen an die öffentlichkeit - november 84

1) POLITISCHER RAHMEN EINER REPRESSIVEN AKTION
ein hlbes hundert politischer gefangener des sogenannten prozesses FUP/FP-25, die aus unterschiedlichen bereichen politischer praxis kommen, von ex-aktivisten politischer organisationen der linken, syndikalisten, mitgliedern der arbeiterkommissionen ohne und mit parteizugehörigkeit, jugendlichen bis hin zu aktiven militanten einer revolutionären politischen organisation, der FUP, sind seit 5 jahren im knast aufgrund einer politischen entscheidung eines organs, das sich KRISENKABINETT nennt. diese entscheidung wurde ausgeführt durch den justizapparat, eine klare verletzung der fundamentalen regel des rechtsstaates, der unabhängigkeit der gerichte gegenüber einer politischen macht.
dies geschieht in einer konjunktur der krise, in der die ständige erhöhung der lebenskosten unerträglich wurde und in der das land gefahr läuft, einen ökonomischen ,finanziellen und sozialen kollaps zu erleiden. die selbstmorde wegen hunger und arbeitslosigkeit sind mittlerweile genauso routinenachrichten wie die polizeiliche offensive, entfesselt durch die regierung von PS/PSD.

die gleiche desakreditierte macht , die tenreiro, tomas und spinola rehabilitiert, überfällt eine legale politische organistion und nimmt den freiheitskämpfer otelo saraiva de carvalho gefangen.
es ist so, daß die aktuellen mächtigen im zusammenhang mit der krise des regimes, dem vertrauensschwund der institutionen und in einem akt der ungeduld angesichts der verantwortung,die ihnen für die gravierende situation dieses landes zukommt, diese repressive aktion mit zwei zielen auslösten:

a) die einführung legaler repressionsinstrumente vor der öffentlichkeit zu rechtfertigen und diese darauf vorzubereiten (LEI DE SEGURANCA INTERNA neben anderen).
b) die politische alternative gegenüber dem elenden parteilichen, institutionellen bereich, die machtübernahme der arbeiter, zum schweigen zu bringen und zu zerstören.

2) PAPIER ZUM STAAT UND SEINEN AGENTEN IN DIESEM PROZESS
die vier, in diesem prozess intervenierenden komponenten - PROCURADORIA GERAL DE REPUBLICA(generalstaatsanwaltschaft), POLICIA JUDICIARIA justizpolizei,DIRECAO GERAL DOS SERVICIOS PRISIONAIS generaldirektion der gefängnisverwaltung, und der JUIZ DE INSTRUCAO untersuchungsrichter haben über weite strecken eine drückende und irreguläre praxis gegenüber den angeklagten. sie übertreten und erweitern ihre aktionsräume so,daß es schwierig wird zu unterscheiden, wer in welcher phase der untersuchung gerade kompetent ist.

mit dem ziel, die gravierenden anormalitäten öffentlich zu machen, wollen wir einige der genannten komponentencharakterisieren.
a) PROCURADORIA GERAL DA REPUBLICA
per definition ist das öffentlichkeitsministerium das organ des staates, das beauftragt ist, die legalität des demokratischen staates zu verteidigen und die gesellschaftlichen interessen zu realisieren. die demokratie ist bestimmt durch das staatliche prinzip der demokratischen rechte, niedergelegt im artikel 2 der verfasung, und bis jetzt noch durch das konstituierende prinzip dieses rechtsstaates, der gleichheit vor dem gesetz und der respekt vor dem sozialen stand der bürger, sowie durch den respekt des staates, seiner organe und agenten vor den gesetzen, freiheiten und garantien.
wir klagen an:
- die abgesprochene passivität und unterstützung im verhalten der PROCURADORA DA REPUBLICA, DRA. CÂNDIDA DE ALMEIDA, angesichts der zahllosen rechtsbrüche und der willkür gegen die politischen gefangenen, die nur teilweise zurückgenommen wurden, nach einem hungerstreik von 38 tagen, der den justizminister zwang, öffentlich die einhaltung der gesetze zu garantieren.
- die hochtrabende und machiavellische anklageschrift, für die DRA. CÂNDIDA ALMEIDA verantwortlich ist,wobei am schwersten die falschen fakten und vermutungen wiegen, genauso wie die schlecht verdeckte tatsache, das manchen beschuldigungen jede konsistenz fehlt, wofür ein schreiendes beispiel die freilassung von victor guinote ist, einer der fünf angeklagten, denen im prozess am meisten angelastet wurde.
- als wichtigste folgerung dieses verwirrenden prozesses fordern die politischen gefangenen die grundlegende veränderung der formen, wie sie die "justiz" in portugal verwendet,vor allem in der phase der kriminalistischen untersuchung.

die nichtexistenz von kontrollmechanismen,die angesichts von richterlichen fehlentscheidungen, oder zweifelhaften institutionen aktiviert werden könnten,sind eine gravierende lücke, die man unverzüglich schliessen muss.

b) DIRECÇÃO-GERAL DOS SERVIÇOS PRISONAIS

die politischen gefangenen meinen, daß viele der rechtsbrüche, die gegen sie und die restlichen sozialen gefangenen begangen werden, in den verantwortungsbereich dieser direcção-geral fallen, vor allem diese:

- die generelle verschlechterung der haftbedingungen, im vergleich zu dem ,was im gesetz über untersuchungsgefangene gesagt wird (besuche, überführungen, erholung, zeitraum in dem die zelle geschlossen ist, korrespondenz,etc.)
- repressiver autoritarismus, der den angeklagten medizinische versorgung verweigert, um sie unter drúck zu setzen.

erinnern wir uns daran, wie auf entscheidung der dgsp hin eine woche nach ende des hungerstreiks, während die gefangenen noch bettlägrig waren und keinerlei medizinische hilfe erhalten hatten, 70 polizisten in die krankenabteilung eindrangen und uns zwangen mit ihnen in den knast nach lissabon zu fahren, wo wir uns bis heute befinden.
erst jetzt, 30 tage später, informierte man uns. dass man untersuchungen zur bewertung unseres klinischen zustands zu machen gedenkt.
wegen dieser gravierenden verletzung der verantwortung der direcção geral appelieren wir an die ärztevereinigung, dagegen energisch zu intervenieren.

- despotischer zentralismus dieses organismus über die eigentlichen knastleitungen, welcher in vielen fällen die direktoren dazu gebracht hat, das sie um die beschneidung ihrer kompetenzen gefleht haben, mit nachfolgenden verschlechterungen der haftbedingungen der angeklagten.

c) POLICIA JUDICIARIA

diese polizei, deren bild durch die verwicklungen ihrer agenten in korruptions- und drogenangelegenheiten getrübt wird, läßt sich durch ihr verhalten kaum mehr mit der berüchtigten polizei des alten regimes verwechseln - der PIDE/DGS.

in ihren kadern dominieren elemente der extremen rechten und im schulterschluss mit der faschistischen presse erlauben sie sich alle spielchen zu spielen, die von der informationszurückhaltung bis zur unverschämten konter-information gehen.

angehörige der politischen gefangenen in portugal

neben anderen rechtsbrüchen ist ihr anzulasten:
-physischer zwang gegen verschiedene angeklagte
- verschiedene anwerbungsversuche
- infiltration des prozesses mit provokateuren, die der wirklichen FUP unbekannt sind, und denen vorrausschauend die bezeichnung abschwörer gegeben wurde. einige von ihnen werden nicht einmal in der anklageschrift erwähnt.

d) JUIZ DE INSTRUIÇÃO
DR MARTINHO DE ALMEIDA, mittlerweile JUIZ INSTRUTOR, hat die grösste verantwortung für die führung dieses prozesses, der in einem rechtsstaat durch unabhängigkeit, strenge und unparteilichkeit ausgezeichnet sein sollte.
um das gegenteil zu beweisen,wollen wir einige beispiele hervorheben:
- er liess die angeklagten inhaftieren, ohne ihnen jemals die objektiven gründe ihrer haft zur kenntnis zu geben. und behielt sie stattdessen wie trümpfe im ärmel.
- verfügung der incommunibilidade über 20 tage, auch gegenüber den anwälten der angeklagten.
- eine zweite verfügung der incommunibilidade, geheimen charakters, während der die gefangenen aus ihrer umgebung in strafzellen überführt und total isoliert wurden.
- verbreitung und kommentierung von material, das dem justizgeheimnis unterliegt, über einen nächtlichen telefonischen kontakt (hinter dem rücken der angeklagten, erzählte er über ein schweizer bankkonto, das nicht in der anklageschrift auftaucht, das gleiche machte er im zusammenhang mit der reise jugendlicher nach lybien.)
- anwerbungsversuch bei verschiedenen gefangenen, vor allem bei otelo, den er nachts anrief, weil sein anwalt nicht erschienen war und darüber kontakt aufnahm, und dem er den vorschlag machte, doch mal alles zu "schildern".
- ermittlungen zusammen mit einem ex-mitglied des revolutionsrates, dem er einen falschen eindruck von der schwere der vorwürfe gegen otelo vermittelte, mit dem ergebnis, das er ein treffen mit dem präsidenten der republik hatte, wo er suggerierte, das er, je nach ausgang des verfahrens, in eine flucht otelos einwilligen würde.
dies sind einige der irrgulären und unnormalen verhaltensweisen des richters MARTINHO

DE ALMEIDA im verlauf des prozesses. aber, was man über sein profil sagen kann, den fall hat, trotz der grossen schwierigkeiten,einer übernommen, den wir für einen mittelmässigen angestellten im öffentlichen dienst halten; die aufgabe erfordert immerhin eine reihe von attributen, tauglichkeit und berufliche klassifikation, mit minimaler unterstützung durch eine vorhandene und ausbalancierte geistige struktur.

die von diesem magistrat eingenommenen positionen enthüllen durch die konfusion der prinzipien und praktiken(die man nur nicht einordnen kann) ein offensichtliches mißverhältnis zwischen dem profil des richters und seiner funktion, die uns dazu zwingt, einige fragen zu stellen:
- wie ist es möglich, daß ein individuum, das richter ist,in einem rechtsstaat, sich öffentlich hinstellen und bekanntgeben kann, daß er nichts vom allgemeinen wahlrecht hält?

- wie ist es möglich, daß ein "souveränes instrument des rechtsstaates" im verlauf eines prozesses, dem er als richter vorsitzt, sich selbst mit den worten beschreibt, er sei ein überflüssiger komödiant, der eine bürgerliche pflicht erfüllt?
- wie ist es möglich, dass ein richter zu einer institution, wie dem obersten rat des magistrats geht, und mit hilfe öffentlicher berichte dessen glaubwürdigkeit in frage stellt,wegen angeblicher bedrohungen, denen diese institution ausgesetzt ist.
- wie ist es schliesslich möglich, daß die portugiesische magistratur diesen ganzen skandal unterstützt,daß der bürger ALMEIDA weiterhin seine funktion als richter ausübt (abgesehen von seinem merkwürdigen verhalten) und das man unverändert, auf seine anordnung hin ca. 50 personen gefangenhält, denen man nichts anderes vorwirft, als das sie an den zielen des 25. april festhalten?

ABSCHLIESSEND:

- abgsehen von den unzähligen beweisen ihrer unschuld lehnen es die politischen gefangenen in ihrer mehrheit ab, ermittlungen gegen die PROCURADORIA DA REPUBLICA und diesem richter oder irgendwelche erklärungen von ihnen zu verlangen. wegen der objektiven gründe ,die das mißtrauen gegen die beiden hat, behalten sich die politischen gefangenen vor,diese entscheidung vom weiteren verlauf des prozesses abhängig zu machen.
- die politischen gefangenen erwarten von dieser position aus auch eine beschleunigung und eine verhinderung von engpässen und verlangsamungen durch die prozessführung der justiz.

wenn man die ganzen rechtsbrüche nimmt, kommen wir zu dem schluss, dass die portugiesische justiz wenig zu tun hat mit einem rechtsstaat und sich stattdessen in der praxis immer mehr mit einer gewöhnlichen bananenrepublik vergleichen lässt.

DER KAMPF GEHT WEITER

november 84

A

DOKUMENT FÜR DIE KOMMISSION DER RECHTE; GARANTIEN UND FREIHEITEN DES PORTUGIESISCHEN PARLAMENTS

sehr geehrte herren abgeordnete,

übereinstimmend und mit ihrem wissen sind die politischen gefangenen der sog. fälle FUP/FP-25, die in verschiedenen gefängnissen des landes, und zum grössten teil im lissaboner gefängnis sitzen, seit mehr als drei monaten den folgenden haftbedingungen unterworfen:
- 22 stunden am tag in individualzellen eingeschlossen, in einer bedenklichen wohn-und helligkeitssituation
- einschränkung der besuche von familien und anwälten
- verbot des telefonischen kontakts mit familien und anwälten
- keine möglichkeiten sport zu machen
- ohne die möglichkeit sich zu beschäftigen, ausser radio und literatur
- mit nur einer besuchstunde wöchentlich (sonntags) für die genossen aus dem norden, die sich hier befinden, im gegensatz zu den 2 stunden, die ihnen früher schon mal zugestanden waren und die andere gefängnisse zugestehen.
- gezwungen, die mahlzeiten in den zellen einzunehmen, obwohl es einen essenssaal gibt
- nachts werden wir durch lichteinschalten aprubt geweckt.
- besuche unserer familienangehörigen finden unter beklagenswerten und mittelalterlichen umständen statt, mit einem breiten und feuchten balkon, der uns trennt, im gegensatz zu den anderen gefängnissen und obwohl es hier einen besuchsraum gibt, mit tischen und stühlen, den wir nicht benutzen dürfen.

diese tatsachen haben wir schon den verschiedensten politischen und juristischen institutionen bekannt gemacht.
aus protest haben wir schon einen hungerstreik von dutzenden von tagen gemacht.
es ist ohnehin schon das zweite mal, das wir uns unter diesen umständen befinden.
das erste mal alarmierten wir alle und jeden, indem wir verschiedene kampfformen angewandt haben. (immer, gestern und heute, heuchlerisch entstellt und verleumdet durch den gefängnisdirektor, dem generaldirektor der gefängnisverwaltung).
was bis zum letzten mittel kulminierte: einem hungerstreik bis zur letzten konsequenz.
er wurde es dann nicht aufgrund der parlamentarischen kommission für verfassungsmässige anliegen der rechte , freiheiten und garantien, deren positive bemühungen und durchgeführten massnahmen uns geholfen haben und so wurde die wiederherstellung der legalität in den portugiesischen gefängnissen vom justizminister garantiert.
wie man sieht war der sonnenschein von kurzer dauer!
dieses mal unterbrechen wir die kampfformen, weil es nach verschiedenen kontakten und massnahmen die unsere familien unternommen haben, auf der ebene der verschiedenen institutionellen instanzen, beweise für das bemühen um eine lösung und schnelle änderung unserer situation gab. besonders wurde von einigen abgeordneten des parlaments eine parlamentarische anfrage durchgeführt über unsere situation; bis jetzt ohne antwort und praktische resultate.
die gefängnisverantwortlichen versuchen unsere aktuelle situation damit zu rechtfertigen, erstens mit "sicherheitsmassnahmen" und dann mit der publikation des gesetzes 4/4/85, vom 18.oktober.
wir stellen fest, das das eine wie das andere illegal ist und verfassungswidrig.
ohnehin ist das erscheinen einer verlautbarung durch den generalstaatsanwalt (diario de republica,26.11.85)auf die bitte des justizministers, angesichts der angewendeten und vorgeschlagenen massnahmen durch die generaldirektion der gefängnisse aufschlussreich genug.jetzt, nachdem wir die verlautbarung haben ,angesichts derer die kontinuität der anwendung der beantragten massnahmen illegal war, weil sie im gegensatz zu dem gesetz stehen, ändert der justizminister das gesetz!
und lässt das gesetz 4/4/85 veröffentlichen, das in einer kunstfertigen form die alten gesetze umgeht, die kontinuität der beantragten maßnahmen aufzwingt und sie auf

B
ewig gutheisst. so ist dieses gesetz der legale deckmantel,mit dem eine illegale situation verdeckt wird.
trotz des hungerstreiks, des protestes den wir durchgeführt haben, trotz der formalen garantien, die uns von verschiedenen institutionen gegeben wurden, der erklärungen der opposition gegen unsere haftbedingungen, die uns von verschiedenen verantwortlichen gesagt wurden, dem antrag, den gefängnisdirektor zu entlassen, schleppt sich diese situation weiter, ohne das eine änderung in sicht wäre.
im gegenteil. die haftbedingungen verschlechtern sich, die bar, die es in diesem flügel gab wurde geschlossen, und wir haben unseren "hofgang" in einem authentischen loch, einige meter unter bodenebene und praktisch ohne licht, winzig. und schon spricht man von der notwendigkeit, einen "sicherhritsraum zu installieren,mit gittern, für die besuche unserer familienangehörigen.
physische probleme aus dem psychiatrischen bereich gibt es schon und werden sich verschärfen, wie es ohnehin der gefängnispsychiater bestätigen kann , und die untersuchen, die schon über einige fälle gemacht wurden.
ausser, das es illegal ist, ist unsere gefängnissituation inhuman und entwürdigend.
es ist unsere menschliche würde, die angegriffen wird.

aber dieser brief ist schon sehr lang. aber lang ist auch die reihe der willkürlichkeiten, illegalitäten und machtmissbrauch, der wir schon lange unterworfen sind und die verantwortlichkeit aller agenten, die diese grimmige politische verfolgung und repression ausführen.
.....
wegen alle dem sind wir nicht bereit einfach eine situation zu ertragen, die unsere menschenwürde als politische gefangene angreift, die uns physisch und psychisch in fetzen verwandeln soll, umsomehr, wie diese situation zum ziel hat, auch unsere verteidigungs rechte zu erschweren in der laufenden gerichtsverhandlung. soll es in diesem portugal so sein,11 jahre nach der morgenröte der freiheit des aprils, das die rechte von häftlingen nur durch das opfer des eigenen menschenlebens angewandt werden ?

aus alledem, was wir dargelegt haben, zur gleichen zeit wiederholen wir ältere gesuche, damit die kommission der rechte freiheiten und garantien, in der ausübung ihrer funktion position über unseren fall bezieht und laden sie ein, sich in der kürzesten zeit in dieses gefängnis zu bewegen, mit uns in kontakt zu treten und direkte kenntnis der situation, in der wir uns befinden, zu kriegen.

die politischen gefangenen

lissabon, den 6. januar 86

<u>zusatzinformationen zum neuen haftbedingungsgesetz</u>

nach der flucht der 10 genossen aus dem lissaboner gefängnis am 21 september 85 wurden die anderen gefangenen in ihren zellen isoliert unter haftbedingungen , wie sie oben beschrieben sind.
diese sogenannten "sicherheitsmassnahmen" dürfen ,wenn überhaupt,nach portugiesischen gesetz nur 30 tage verhängt werden. am folgenden 7. oktober beschwerte sich der generaldirektor aller gefängnisse in einem öffentlichen brief (der in einer zeitung abgedruckt wurde), bei dem justizminister, das er diese massnahmen nur 30 tage verhängen dürfe. das er gezwungen sei, gegen das gesetz zu handeln.
am 18. oktober wurde dann ein neues gesetz verabschiedet, das beinhaltet, das die gefangenen , die besonders gefährlich sind , vom normalen gefängnisablauf der untersuchungshaft zu isolieren sind.
trotz eines langen hungerstreiks haben die gefangenen ihr ziel , die aufhebung dieser haftbedingungen,nicht erreichen können.

anfang februar haben die fp-25 den generaldirektor der portugiesischen gefängnisse erschossen !

Widerstand in Italien

die veranstaltung über den widerstand und die situation in italien hatten die italienischen genossen als vier beiträge vorbereitet:

1. geschichte und bestimmung des "coordinamento" (koordination der antirepressionskomitees)

2. entwicklungen in italien vom mai 84 bis september 85

3. über den proletarischen internationalismus

4. der kampf der arbeiter gegen den sozialpakt

die italienische regierung und die justiz führen seit einiger zeit eine massive kriminalisierungskampagne gegen die genoss-inn-en der "nationalen koordination der komitees gegen die represseion".
15 genoss-inn-en wurden verhaftet, gegen 50 läuft ein ermittlungsverfahren (subversive vereinigung mit terroristischen zielen).
aus diesen gründen werden wir unsere beiträge nicht selbst mündlich vortragen.

BEGRÜSSUNG

wir überbringen euch, den teilnehmern dieses kongresses, und den gefangenen genossen und genossinnen, kommunistische und revolutionäre grüsse vom "coordinamento nazionale dei comitati contro la repressione" der "nationalen koordination der komitees gegen die repression".
wir nehmen an diesem kongreß teil, weil wir die einschätzung der deutschen genossen über die wichtigkeit der internationalen kommunikation teilen,
also den austausch von erfahrungen und die politische debatte.
aus dem bewußtsein der notwendigkeit, eine antagonistische und revolutionäre linie zu entwickeln, die sich der konterrevolutionären repression der bourgeoisie entgegenstellt.
an dieser stelle noch ein paar worte, die die situation in italien kurz umschreiben und die folgenden beiträge verständlicher machen:
- in italien sind 4000 politische gefangene in den knästen;
- 100 000 proleatarier durchlaufen jährlich die knäste - mehrheitlich sind es junge proletarier zwischen 18 und 25 jahren;
- 30% der gefangenen sind fabrikarbeiter;
- es gibt 250 knäste und der bau von weiteren 50 ist geplant;

diese fakten machen klar, daß das von der regierung craxi so hochgejubelte "ende der notstandszeit" nicht das geringste mit der realität zu tun hat. die soziale befriedung ist notwendig, um die kapitalistische restrukturierung problemlos durchzuführen. um diese befriedung zu erreichen, hat der staat jedes mittel der repression gegen die kämpfenden proletarier eingesetzt. diese strategie der bourgeoisie konnte das proletariat jedoch nicht daran hindern, zu kämpfen. es ist den herrschenden nicht gelungen, den 15-jährigen kommunistischen kampf auszulöschen. das geht aus den folgenden beiträgen hervor.
mit kommunistischen grüßen, gute arbeit!

der "COORDINAMENTO",

eine bilanz der entwicklung die der "coordinamento" der antirepressionskomitees seit ihrer gründung bis heute genommen hat:

der "coordinamento" der antirepressionskomitees ist im november 1980 aus dem zusammenschluß von komitees einiger städte auf der grundlage eines papiers, das die politischen grundsätze und einige der hauptaufgaben aufzeigte, hervorgegangen. man betonte, daß der "coordinamento" eine art "dienstleistungsstruktur" sei, die dem einzelnen, ihm zugehörigen komitees erlaube, durch die gemeinsame struktur die wirkung ihrer aktivitäten zu potenzieren, gleichzeitig aber die völlige ideologische politische ud organisatorische autonomie beizubehalten.
die aktivitäten des "coordinamento" (c.) werden in regelmäßig stattfindenden versammlungen der delegierten der jeweiligen komitees diskutiert und beschlossen.

DIE GRUNDSÄTZE

1. gegen die unschuldsideologie

schon seit seinen anfängen hat der c. mit der praxis gebrochen, die bis dahin unausweichlich zur auflösung der eigenen strukturen führte. an den arbeitsstätten und in den "territorien" (d.h. in den stadtteilen arbeitsvierteln etc.) entstanden gruppen, die sich gegen die repressiven maßnahmen wandten, die eine immer wachsende anzahl von genossen aus der antagonistischen "bewegung" trafen. die beschränktheit dieser strukturen bestand darin, die verteidigung dieser genossen ausschließlich auf der beteuerung ihrer unschuld aufzubauen, ihre unbeteiligtheit an den ihnen gegenüber erhobenen anklagen zu behaupten und darauf, für sich in anspruch zu nehmen, "unter dem licht der sonne gekämpft zu haben" (also nichts zu verbergen zu haben).
damit stellten sie implizit die legalen kämpfe der massen den formen des clandestinen kampfes gegenüber, und machten sich auf diese art und weise die bürgerliche und revisionistische logik zu eigen, die legitimität der kämpfe ohne eine analyse des klassenkampfes, sondern davon abhängig, bestimmen zu können. die folge war immer das gleiche: das komitee hielt seinen eigenen widersprüchen nicht stand. das c. ist ein zusammenschluß der komitees und genossen, die diese defensive und auf unschuldsbeteuerung beruhende linie überschritten haben. in dem gründungspapier (bolletino nr. 1, januar 81) liest man folgendes: "kleinster gemeinsamer nenner der komitees im c. - auch auf der grundlage ihrer notwendigen ideologischen und politischen differenzen - ist die grundannahme, daß die kommunistischen, anarchistischen und antifaschistischen gefangenen, und noch genereller, die gefangenen proletarier, als unsere genossen verteidigt werden müssen, ohne irgendeine diskriminierung in bezug auf ihre politische identität. denn unserer überzeugung nach sind sie nicht, oder nicht nur, aufgrund irgendeines anklagevorwurfs, aufgrund irgendeines straftatsbestands im knast, sondern deswegen, weil sie sich im grundsätzlichen widerspruch zur kapitalistischen arbeitsorganisation und zur gesellschaft befinden. in unserem land, in dem die verantwortlichen und auftraggeber der morde am arbeitsplatz, der blutbäder und der staatsstreiche, der betrügereien und riesigen und beständigen diebstähle nicht nur unbestraft bleiben, sind die urteilssprüche der gerichte, egal ob aufgrund der strafgesetze von rocco oder cossigar, immer ausdruck dieses prinzips".

ganz offensichtlich wollte man mit diesen feststellungen nicht dem einzelnen angeklagten sein recht streitig machen, sich in bezug auf die jeweiligen anklagen zu verteidigen, vielmehr sollte damit unterstrichen werden, daß dies nicht die entscheidende bedingung für die unterstützung von außen war, und u.a. nicht dazu dienen sollte, grundlage der differenzierung/spaltung in bezug auf andere angeklagte zu werden.

2. gegen die differenzierung

der kampf gegen die differenzierung/spaltung ist ein grundziel, das mit überwältigender mehrheit auf dem ersten kongreß in mailand am 30./31. mai 1981 bestätigt wurde. damals war die situation die, daß über die differenzierung durch die knaststrukturen der spezialgefängnisse hinaus, eine hochraffinierte form der differenzierung in den knästen ausgeübt wurde, und zwar auf der grundlage der bereitschaft zur reue, die bereitschaft, die autorität und legitimität des staates anzuerkennen. angefangen von der perfektionierung und ausdehnung des art. 4 der "legge cossiga", über eine reihe von vorschlägen zur amnestie und zur straffreiheit als "belohnung" die vom damaligen justizminister sarti propagiert wurden, und von einer meinungsmache begleitet wurde, die sich der kompetenten ratschläge versierter und "demokratischer" juristen versicherte, entwarf man ein breites spektrum von normen, die alle möglichen formen der klassenentsolidarisierung produzieren sollen, von der lossagung bis zur dissoziation, von appellen zur kapitulation bis dahin, sich als kollaborateure und verbündete des staates anzubieten. keine gelegenheit wird ausgelassen, um den versuch zu unternehmen die spaltung zu proklamieren, im inneren der gefangenenbewegung zu spalten. der kommunistischen avantgarde, insbesondere der organisierten, wird die angebliche funktionalisierung der kämpfe vorgeworfen.
sie seien die verantwortlichen der revolten, sie würden die proletarischen gefangenen und "unschuldige" genossen zu einem kampf zwingen, der für sie eine verschlechterung der bedingungen im knast und der juristischen position der weniger stark belasteten angeklagten bedeuten. im gegensatz zu diesen spaltungsversuchen, die auch von der seite der ehemaligen außerparlamentarischen "linken" und sogar von "genossen" gestützt wird, die sich zum sprachrohr der zurückgebliebenen positionen in den knästen machen, geht auf dem kongreß die linie gestärkt hervor, die entscheidende tatsache der italienischen knäste ans licht bringt! - nicht ohne widersprüche - zwischen politischen gefangenen und gefangenen proletariern. es festigt sich der standpunkt, zur verstärkung der klassensolidarität und einheit in- und außerhalb der knäste beizutragen und das projekt der differenzierung zu verhindern.

3. die unlösbare verknüpfung zwischen repression und klassenkampf

daß die verhaftungen, die knäste, die folter nichts als ein aspekt sind - wenn auch auf der schärfste und offensichtlichste - der unterdrückung der arbeiterklasse durch die bourgeoisie, die juristische und polizeiliche praxis nichts ist, als eine der formen in denen sich die politische und ökonomische krise des kapitalistischen regimes und seiner herrschaft offenbart, genauso wie die entlassungen, die räumungen, die intensivierung des arbeitsrythmus, die verringerung der reallöhne, und die verschlechterung der lebensbedingungen der massen, ist eine der prämissen des coordinamento. es handelt sich aber um eine erkennt-

nis, die noch inhaltlich gefüllt werden mußte und auf die ebene der realität der klassenkämpfe gebracht werden mußte, bevor sie zu allgemeingut und in eine entsprechende politische linie übersetzt werden konnte. das geschieht schrittweise über die diskussion zwischen den komitees und mißt sich an deren praxis.
seit ende 1981 und anfang 1982 wird die folter in den italienischen carabinierikasernen und komissariaten massenhaft praktiziert.
so sehr, daß sogar die massenmedien des regimes gezwungen sind, das schweigen über die "geheimen maßnahmen der regierung spadolini" zu brechen.
diejenigen, die sich auf bürgerliche rechte berufen und die linke auf dem verfassungsmäßigen rahmen erklären ihr "befremden" und ihre "moralische empörung", erschöpfen sich in parlamentarischen anfragen.
der c. druckt und verbreitet die broschüre "folter in italien" und eine flugschrift mit dem titel "der staat der krise erzeugt den staat der folter". beide veröffentlichungen vertreten den klassenstandpunkt.
in der flugschrift heißt es: "um dem proletariat arbeitslosigkeit, entlassungen, sozialpläne, steigende lebenshaltungskosten, räumungen, inflation, spekulation, umweltverschmutzung, aufrüstung aufzuzwingen, muß der staat den widerstand der arbeiter brechen.
die verwaltung der öffentlichen ordnung nimmt jeden tag entsprechende züge an: „hunderte werden mit nichtigen vorwänden eingeknastet, razzien, rasterfahndungen, zur vernichtung vorgesehende gefängnisapparate, "ordnungskräfte", nicht nur in zivil, sondern verkleidet zur personenfestnahme eingesetzt, hysterische psychoterrorkampagnen in den massenmedien, systematische lüge die als information ausgegeben wird in den ministerialblättern, folter."
und weiter:
"die militarisierung des landes, die sonderpraktiken der verwaltung, der ordnung, die vernichtungspolitik in den knästen, die allgemeine anwendung der folter sind notwendige instrumente um den massen opfer und not aufzuzwingen."
der angriff, den der staat heute gegen einige tausende festgenommene und gefangene proletarier führt, gilt in wirklichkeit der gesamten arbeiterklasse. wenn der staat gesetze gegen den "terrorismus" verabschiedet, dann sind das in wirklichkeit begleitmaßnahmen zur einschüchterung und ausgrenzung der kämpferichsten teile aus den fabriken, zur einschränkung der freiheit sich zu organisieren, zur reglementierung der kampfformen."
entsprechend werden im text die daten und informationen über entlassungen, sozialpläne, inflation, erhöhte profite und über die kollaborationistischen "wenden" der gewerkschaften an die seite der anklage und anprangerung der folterungen, der prozesse und der anwendung des artikels 90 im knastapparat gestellt.

4. gegen die dissoziierung; vereinzelung und die sogenannten politischen lösungen

die annahme einer konsequenten haltung gegenüber jeder form der dissoziierung, die unterschwelligsten und verstecktesten formen mit eingeschlossen, hat verschiedene etappen durchlaufen und hat auch innerhalb des c. zu großen verschleißerscheinungen geführt, der sich relativ lange in der lage befand, "gegen den strom" steuern zu müssen, sich im gegensatz zu anderen antirepressionsstrukturen und zum großen teil der alten bewegungslinken - organisiert oder auch nicht - durchsetzen zu müssen.
die in bolletino nr. 12 veröffentlichte plattform vom 4. märz 1984

ist das ergebnis dieser bewegten phase, die zwar auf der einen seite stillstand in den aktivitäten und auf der anderen seite die auflösung verschiedener komitees zur folge hatte, aber gedankliche klarheit und damit die voraussetzung für den zusammenschluß neuer komitees und das politische und theoretische wachstum des c. in seiner gesamtheit geschaffen hat, wie man an dem kürzlich abgehaltenen kongreß "repression und ökonomische krise" in mailand am 23./24. märz letzten jahres feststellen konnte.
in diesen letzten zwei jahren haben die positionen gegen die dissoziierung, d.h. gegen das abschwören und die "politischen lösungen" an boden gewonnen und sich gefestigt und ein breites spektrum militanter hat sie sich zu eigen gemacht und auf dieser grundlage neue zusammenschlüsse gebildet.

5. solidarität mit den gefangenen proletariern

im unterschied zu anderen gruppen der bewegung, die sich das problem repression-knast stellen, indem sie sich nur auf die politischen gefangenen bezogen, sieht der c. das problem knast, der gefangenen - kommunisten und proletarier - , als ein klassenproblem und nicht als phänomen der "marginalisierung" oder der "(sozialen) abweichung".
das mailänder komitee der angehörigen schreibt:
konkret schlagen wir vor, daß jedes angehörigen-komitee folgendes propagiert und entwickelt:

Barbara Balzerani e Francesco Lo Bianco

- versammlungen und initiativen (des kampfes) die die größtmögliche anzahl familienangehöriger der proletarischen gefangenen zusammenbringt.
- initiativen, die geeignet sind, die einheit der klasse sowohl im knast wie auch in allen anderen bereichen des metropolitanen proletariats, vor allem der arbeiterklasse, zu umfassen mit der einschätzung, daß die repressive rolle des knastapparats gegen das gesamte metropolenproletariat gerichtet ist.
- die zusammenhänge zwischen drinnen und draußen in jeder möglichen form zu entwickeln und die spezifischen kämpfe der proletarier zu unterstützen."

diese konzepte sind im laufe der zeit in der theorie genauer gefaßt worden, aber ihre anwendung hat sich auf einzelne versuche beschränkt, ohne zur allgemeinen praxis werden zu können.
da findet die entwicklung der angehörigenkomitees ihre grenze. tatsächlich haben sie weiterhin als einzigen bezugspunkt ihrer aktivität die politischen gefangenen gesehen, und in der folge haben viele von ihnen massiv die desorientierung gespürt, die davon ausging, daß die dissoziierung weite teile der politischen gefangenen involviert hat.
proletarische solidarität ist die initiative, die sich in der zweiten hälfte des jahres 1984 auf anregung von angehörigen - und anderen komitees entwickelt hat, und die versucht, dem prinzip der unterstützung der gefangenen proletarier wirkung zu verschaffen und die breite solidarität der arbeiterklasse gegenüber ihren gefangenen voranzutreiben.

Barbara Balzerani

6. entwicklung in der zusammensetzung und in den interventionslinien des coordinamento

dem c., haben sich im laufe seiner aktivität neue komitees angeschlossen, die sich in städten und dörfern aus verschiedenen italienischen regionen gegründet hatten. in den jahren 82/83 beteiligten sich über-

wiegend und in immer größerer zahl angehörigenkomitees am c., die in ihren kampfaktivitäten an der seite der gefangenen, vor allem an der seite derer in den hochsicherheitstrakten, sehr aktiv waren.
die angehörigenkomitees haben sich kontinuierlich mit verschiedensten widerstandsformen, den restriktionen, den demütigungen, den behandlungen, denen die gefangenen ausgesetzt sind, entgegengesetzt: von der anprangerung der bestialischen repression, die der revolte von trani folgte, angefangen über die veranstaltungen gegen die anwendung des artikels 90 bis zur veranstaltung gegen den hochsicherheitstrakt in voghera, die die einheit in weiten bereichen der bewegung - über den c. hinaus - mit entwickelteren inhalten herstellten.
aber nicht nur das: sie haben auch versucht, die grenzen ihres politischen arbeitsbereiches/gegenstandes zu überschreiten, indem sie sich mit eigenen parolen und inhalten an den für den kampf der massen wichtigen ereignissen beteiligten (z.b. generalstreik am 25. juni 82 in rom).
die zielvorstellung, aus dem ghetto des knastkampfes auszubrechen, wurde vom C.F.P.D. aus milano so formuliert:
"die bedeutung des knasts und des kampfes dagegen klarzumachen, heißt, die verbindung aufzuzeigen, als aufgabe, die diesem kampf zu jedem zeitpunkt des proletarischen antagonismus zufällt.
konkreter bedeutet das, sich an den kämpfen, an den antagonistischen praktiken der verschiedenen proletarischen subjekte zu beteiligen.
nur so - mit ihren inhalten und in ihren kämpfen kann es gelingen, ihren horizont gegen den knast, die institutionen der sozialen segregation und die praktiken der sozialen kontrolle und vernichtung zu erweitern."
(aus: "wir eröffnen die diskussion")
die praktische anwendung eines der hauptprinzipien des c., nämlich den eigenen spezifischen bezugspunkt in bezug auf die proletarischen gefangenen zu erweitern, schien der einzige ausweg für eine wiederaufnahme der aktivitäten. einige gründe, warum es dazu nicht kam, sondern im gegenteil zur beinahe vollständigen auflösung der angehörigenkomitees haben wir bereits angedeutet. aber die zusammensetzung des c. hat sich - auch was die anderen anti-repressions-komitees betrifft - tiefgreifend gewandelt.
bei der gründung des c. repräsentierten sie einen teil der antagonistischen bewegung, die im klassenkampf wieder in die offensive gelangen wollte.
diese genossen fanden im c. einen fixpunkt und brachten die verschiedensten bedürfnisse, erwartungen und erfahrungen ein:
auf diese art gab es oft konfrontationen zwischen den verschiedenen flügeln aus dem c.. sie reichten von vorstellungen, daraus eine art partei zu machen, mit einer komplexen politischen vorstellung, einer politischen gesamteinschätzung, und auf der anderen seite überlegungen, die in richtung bewegung gingen; praktiken, die die verwurzelung bei den massen (im viertel, im dorf, an der arbeitsstätte) in den vordergrund stellten, mit praktiken die vorrangig die orientierung/die beispielhafte handlung anvisierten; schließlich stellte sich des öfteren das problem, daß von teilen darauf bestanden wurde, einprogramm für die verteidigung der gefangenen vorzuschlagen.
all diese widersprüche, zum teil fruchtbar, zum teil gründe für stagnation, gingen - trotz grundsätzlicher beteuerungen und voluntaristischen anstrengungen - in der praxis von der zentralen bedeutung des knasts für den klassenkampf aus.
kürzlich, vor ungefähr einem jahr, hat sich die konzentration auf den klassenkampf generell verlagert.

zu dieser veränderung in der politischen diskussion und praxis der komitees haben verschiedene sich ergänzende faktoren beigetragen: die veränderte situation in den knästen, die auflösung einiger komitees und die angliederung an den c. von neuen komitees mit proletarischer zusammensetzung und verwurzelung an den arbeitsstätten und dem stadtteil, die wiederaufnahme des kampfes der massen - gegen alle von der revisionistischen hegemonie gesetzten grenzen - gegen die abschaffung der scala mobile (gleitende lohnanpassung an die inflation) und gegen die craxi-verordnungen; die in der revolutionären bewegung zur zeit geführte diskussion, die die bilanz aus den kämpfen der letzten 15 jahren in italien und aus den erfahrungen des weltproletariats zieht.
die dringlichkeit einer richtigen analyse der realität: der ökonomischen krise und ihrer auswirkungen, die veränderung der sozialen beziehungen. dies alles hat zur konsequenz, einen wechsel im aufbau des presseorgans des c. "il bolletino" vorzunehmen, mit dem verstärkten schwerpunkt fabrik/territorio (stadtteil) und mit dem entschluß - über die üblichen theoretischen beiträge aus den knästen und den prozessen hinaus - diskussionsbeiträge von komitees, gruppen und einzelnen genossen zu veröffentlichen. der kongreß "repression und ökonomische krise" hat einen prozeß der vertiefung der kenntnis und analyse der realität und der kollektiven theoretischen reflexion angeregt, der sich auch auf gruppen außerhalb des c. erstreckt.
der bilanz des kongresses werden wir ein anderes papier widmen.

welches sind die perspektiven für den coordinamento?
aktuell ist eine diskussion über die grundsätzliche bestimmung und die perspektive dec c., auf die wir kurz eingehen werden.
die ökonomische - strukturelle krise, die die kapitalistischen länder durchzieht (ökonomische restrukturierung, die ständige kürzung der löhne und sozialleistungen, die schaffung von millionen von arbeitslosen und marginalisierten, von weiten teilen des proletariats am rande der legalität) stellt immer größere teile der klasse, die sich im antagonismus mit der bürgerlichen politik befinden, her, und damit auch von seiten der bullen eine wachsende notwendigkeit der kontrolle und repression.
man diskutiert also, ob der c. eine ihm eigene spezifische komponente im kampf gegen die repression beibehalten soll -
oder ob er die anstrengung unternehmen soll - unter beibehaltung der autonomie der standpunkte der komitees - kollektive analysen, diskussionen, theorien, zusammenschlüsse zu entwickeln, in die weite teile der genossen einbezogen werden, um so eine detaillierte kenntnis der realität und versuche der definition konkreter revolutionärer strategien zu ermöglichen. d.h. damit die themen und aufgaben mit denen sich der coordinamento befaßt, zu erweitern.

ENTWICKLUNG IN ITALIEN VOM MAI 84 BIS SEPTEMBER 85

vom dokument der 36 richter (mai 84) bis zum "finanz-besetz" (september 1985)

am 28 september 1985 hat craxis regierung das sogenannte "finanzgesetz" verabschiedet, das, abgesehen von euphemismen (beschönigungen), den gewalttätigsten angriff bedeutet, den die bürgerliche regierung gegen die lebensbedingungen des proletariats und der arbeiterklasse in unserem land seit 1945 geführt hat.

mit einem schlag annuliert dieses gesetz die reste der errungenschaften, die die arbeiterklasse und das proletariat in jahren harter ökonomischer und sozialer kämpfe zwischen 1968 und 1975 erreichte, und später, in der phase des klassenkampfes, und der das abkommen "über die kosten der arbeitskraft" vom 22. januar 83 folgte. damit wird der geist des "sozialstaates" eindeutig unter dem der "opferpolitik" begraben.
diese entscheidung der italienischen bourgeoisie für die repression repräsentiert die spitze einer phase, die mit dem anti-arbeiter-abkommen zwischen der industrie und den gewerkschaften vom januar 83 begonnen hat.
die repression, die zuerst die avantgardistischen arbeiter und die antagonistische bewegung traf, begann in den ersten monaten des jahres 84, und nahm dann einen mehr selektiven charakter an - unter berufung auf den "kampf gegen den terrorismus". den wendepunkt markierte ein briefdokument der 36 richter, das sie ende mai 84 an den obersten gerichtshof, an de polizeichef und an den chef der carabinieri ("arma dei carabinieri" - eine militärische polizeieinheit, die dem verteidigungsministerium unterstellt ist) und an den obersten des geheimdienstes richteten.

Empfang des Gewerkschaftssekretärs Benvenuto durch streikende Arbeiter, Mailand 1980

die ergebnisse, die dem brief der 36 richter vorausgingen

die aufregung über "terroristische gefahr" bereitete die atmosphäre vor, in der die "denunziation" der 36 richter geboren werden konnte. anfang februar 84 berichteten die nachrichten über ein treffen, einberufen vom justizminister martinazzolli, mit allen verantwortlichen der italienischen staatsanwaltschaft: sie versuchten löcher zu finden, mit denen die verabschiedung des neuen gesetzes zur präventiven einkerkerung verhindert werden kann, da es, so behaupten sie, 3oo "terroristen", die weder reuige noch abschwörer sind, die entlassung aus dem knast bringen würde.
gleichzeitig behauptete der polizeichef coronas in seinem bericht zur lage, während der amtseinführung des gerichtsbezirks in lombardia - die "aufmerksamkeit muß sich auf jene konzentrieren, die scheinbar legal sind - z.b. demonstrationen verschiedener gruppen, die immer auf 2 schienen operieren - politische aktivitäten und clandestine aktionen, sowohl legtal wie illegal arbeiten..."
"vor allem mehrere gruppen, die als ihren einzigen arbeitsbereich, oder zumindest ihren vorrangigen, die lösung des problems der proletarischen gefangenen angeben..."
kurze zeit später, am 12. februar 84, behauptete der innenminister scalfaro in einem interview mit der wochenzeitung "espresso": "da sind glaubhafte und sehr alarmierende signale. ohne zweifel hatten wir einen großen erfolg, aber ich wieder hole, der terrorismus ist nicht zu ende. die terroristen, die immer noch eine militärische kraft haben, haben anperfektion gewonnen, meiner meinung nach in zusammenarbeit mit verbrechern. sie sind gefährlich, auf einem sehr hohen niveau".

dies sind zwei eindeutige signale für den willen der regierung und der richter, eine situation hervorzurufen, die die "notstandsgesetzgebung" rechtfertigt und vorantreibt, um dann die gesetzgebung durchzusetzen, die von den "demokratischen" teilen der richter in den letzten monaten kritisiert worden war.

der brief der 36 richter

die so erzeugte stimmung bereitete den einsatz der 36 "experten des terrorismus" vor. in ihrem dokument wandten sich die 36 richter gegen die "vielverbreitete ansicht, daß der terrorismus demobilisiert sei". sie bekräftigten, daß "ein prozess der wiedervereinigung der bewaffneten organisationen - die noch aktiv im land sind - voranschreitet - mit der perspektive des wiederauflebens terroristischer aktivitäten."
um ihre argumentation, deren ziel die wiedereinfèhrung der "notstandsgesetzgebung" ist, zu untermauern, präsentieren die 36 konkrete "beispiele", in der man lesen kann, daß die "angehörigen der gefangenen, die zum sogenannten kommitee gegen die repression gehören, intensiv für die kontakte der gefangenen untereinander, wie auch zu mitgliedern draussen, den verschiedenen terroristischen organisationen (die noch immer in unserem land operieren zuständig sind). sie profitieren offensichtlich von den schwachen sicherheitsvorkehrungen, die noch bestehen."
dies ist der erste offene angriff der justiz gegen den "coordinamento", ein angriff, der - neun monate später - zur erstenphase von verhaftungen von mitgliedern des kommitees führt (8. februar 1985).
aber die "schlacht" der 36 zielt vor allem gegen das vorgeschlagene gesetz, das die anwendung der "präventiven verhaftung" einschränkt und gegen die "gefahr", die eine „verminderung der sicherheitsvorkehrungen und der vorhandenen kontrollen in den hochsicherheitstrakten" bedeuten würde.
in dieser "schlacht" wollen sie auch ein gesetz über die "belohnung" der reuigen und abschwörer durchsetzen.
ausgehend von diesem dokument der exekutive (staatsapparat) werden sich ihre strategischen schritte der nächsten monate entwickeln.

CRAXIS BERICHT ÜBER DIE AKTIVITÄTEN DER GEHEIMDIENSTE

in diesem gespannten klima der vorbereitung zur "wiedereinführung des notstands" macht craxi am 9. august 84 vor dem parlament seinen 13. bericht über die aktivitäten der geheimdienste. diese ausführung ist vor allem der "gefahr des wiederauflebens des terrorismus" gewidmet. er (der terrorismus) könnte von "der hochgradigen spannung zwischen den spezialen schichten, von der drogensucht und von der organisierten kriminalität profitieren, um innerhalb der politischen bewegung die militärische praxis durchzusetzen und um in den bereichen der uneinigkeit wieder raum zu erobern." weiterhin "ist die terroristische ebene in der phase des wiederauflebens. die reorganisation findet auf zwei ebenen statt: außer der clandestinen ebene, gibt es die, die offen oder halb offen ihre ziele verfolgt, das ziel - die verbindungskanäle zu extrem außerparlamentarischen positionen aufrechtzuerhalten." was die knäste betrifft stellt craxi fest, daß die "beziehung zwischen den nicht integrierbaren gefangenen und den terroristen draußen, eine eventuelle liberalisierung der haftbedingungen einer anzahl von ungebrochenen gefangenen unmöglich macht." an diesem punkt offenbart craxi seine "große entdeckung" in bezug auf die "theorie der infiltration": "die geheimdienste haben auch die pazifistische, die anti-atom- und die ökologische bewegung durchforstet. diese bewegungen sind durchsetzt mit provokateuren, die dafür arbeiten, eine anti-abendländische, antagonistische bewegung aufzubauen und diese sektoren einem zusammenhang subversiven verhaltens zu transformieren. der pazifismus und die ökologiebewegung riskieren ein leichtes, wenn auch unbewusstes vehikel, einer - wenn auch evtl. unblutigen - so doch genaus gefährlichen strategie zu werden, die zielgerichtet auf subversive absichten aus ist." er bekräftigt auch, daß "die bewaffneten gruppen in allen möglichen gebieten versuchen anhänger zu rekrutieren - überall dort, wo es auseinandersetzungen gibt - wo sie ihre eigenen motive des protests vermitteln,die ja objektiv präsent sind in der sozialen struktur dieses landes".

die repression auf die pazifistischen demonstrationen gegen die anwesenheit italienischer truppen im libanon - die 83 in veneto stattfanden - ,wird für craxi ein alibi sein,auf dem die regierung und die justiz in venedig einen teil ihrer konstruierten anklagen gegen den "coordinamento" aufbauen kann.
dies ist der politische boden, auf dem zwischen 83 und 84 die kriminalisierung der massenbewegungen gegen die aufstellung der us-raketen (comiso), für den rückzug der italiensichen truppen aus dem libanon, für frieden und gegen atomwaffen, gegen die arbeitslosigkeit und die fehlende anpassung der löhne an die inf lation und für das recht auf wohnungen, stattfand.
die veröffentlichung von craxis bericht vom 9. august 84, bereitet die verhärtung der strategie der regierung vor, konkret: repression gegen alle arten von opposition und gegen alle widersprüche zum staat, und, freie hand für die justiz und die bullen für die "terroristenjagd". von ihrer seite kam dann durch die staatsmedien (zuerst leo valiani) das hochkochen des "terrorismus" als "internationales komplott", um das vorgeschlagene konzept durchzubringen.
ungefähr ende november 84 lässt craxi nicht die gelegenheit aus, nochmal im parlament seinen bericht - mit einer dosis widersprüchlicher tatsachen - "festzuklopfen": "es gibt zwei extremistische organisationen, die sich festsetzen", und dann spätererklärt er offen, daß der brühmte streit der arbeiter von milanese mit dem vertreter der sozialistischen union (u.j.l.) benvenuto, eine konsequenz aus den aktivitäten der eingeschleusten terroristen sei. es ist deutlich, daß für craxi "italien ein terroristen-land" ist.

DIE VERLÄNGERUNG DER FRIST FÜR PRÄVENTIVE VERHAFTUNG

vor ende november verabschiedeten die minister des gemeinderates zwei gesetze, die die repressionspolitik der regierung vervollständigten

1. ein gesetz, das die frist der präventiven einknastung verlängert (ab 30. november)
2. ein zweites gesetz für die "belohnung" der abschwörer vom terrorismus", das die person des abschwörers folgendermaßen definiert: "der seine verantwortung / schuld justiziell gesteht, und öffentlich die gewalt als methode des politischen kampfes verurteilt und der ein verhalten hat, das diese distanz von den methoden und von der subversiven ideologie bestätigt".
   im rundschreiben des justizministers amato vom september 85, wird - in bezug auf die genehmigung von mehr besuchen und telefongesprächen - deutlich, was das heißt: in diesem rundbrief geht es um zwei zusätzliche besuche und telephongespräche, nicht jedoch für die gefangenen mit "guter führung", sondern ausschliesslich für diejenigen, die aktiv in dem wissenschaftlichen observationsprogramm zur persönlichkeitsforschung und in der reheabilitationsbehandlung kollaborieren.
   ende november folgt - vom selben ministerrat - eine dritte wichtige maßnahme:
   die aufstockung der bullen und carabinieri um 22 000.

CRAXIS KAMPAGNE GEGEN DEN "INTERNATIONALEN TERRORISMUS"

anfang febuar eröffnet craxi offiziel die kampagne gegen den "internationalen terrorismus". während eines treffens der ministerrunde erklärt er, daß "der internationale terrorismus mit einer serie von angriffen wieder eingedrungen ist, und das mittlerweile alle europäischen länder, die mitglied der atlantischen gemeinschft sind, alarmiert sind"!
craxi bekräftigt,daß "sich die informationen, die er vor längerer zeit bereits erhalten hat, über die eröffnung einer neuen terror- , istischen-militärischen offensive bewahrheitet haben. offensiven terroristischer gruppen stehen bevor, gruppen, die in verschiedenen länderm operieren und die sehr gefährlich miteinander verbunden sind".

die meinung craxis ist, daß "die bedürfnisse der verteidigung und prävention beim ersten anzeichen eines terroristischen come-backs verwircklicht werden müssen" und daß die "enge kooperation von prävention und informationsbeschaffung der bedrohten länder, ein unverzichtbarer teil des erfolgreichen kampfes gegen die wiedergeburt des terrorismus ist".
er sagt das ein paar tage vor dem treffen der innenminister frankreichs und der brd in bonn - zu dem der italienische innenminister ein paar tage später hinzustößt - und auf dem eine "operative gruppe für die koordination des kampfes gegen den terrorismus" gegründet wird.
die "terroristenjagd" findet also jetzt auf westeuropäischer ebene statt und die maßnahmen der italienischen regierung zielen deutlich auf den versuch, die these, westeuropa sei "zentrum des internationalen terrorismus" zu bekräftigen.

DIE ERSTE BULLENAKTION GEGEN DEN COORDINAMENTO

nach craxis rede im parlament, setzt der justizrat von venedig seine ausführungen in die praxis um:
5 mitglieder des coordinamento (guiseppe may - redakteur von "il bolletino", donatella bassi, domenico melia, paolo dorigo, anna paola zonca) zu denen später noch ein sechstes mitglied des coordinamento kommt - loriano crescencio - werden in milano, padova und mestre verhaftet.gleichzeitig schickt die justiz von venedig 15 vorladungen.

in der begründung für die haftbefehle sind absurde und konstruierte gründe aufgelistet:
- eine kampagne initiert zu haben, die früher aktiven und jetz gefangenen rotbrigardisten die nicht abgeschworen haben, material und moralische solidarität zukommen läßt,
- das coordinamento und seine zeitung "il bolletino" ins leben gerufen zu haben,
- briefe und schriften von gefangenen aus den roten brigaden, die nicht abgeschworen haben, zu veröffentlichen,
- ehemalige gefangene aus den roten brigaden, die nicht abgeschworen haben, und die nach ablauf der präventiven einknastung oder aus gesundheitlichen gründen freigelassen wurden, zu besuchen,
- angehörige von gefangenen aus den roten brigaden, die in hochsicherheitsknästen einsitzen und nicht abgeschworen haben, zu besuchen,
- feste kontakte aufrechtzuerhalten zu denen, die nach frankreich geflüchtet und noch immer aktiv sind (kommitee gegen die repression, in paris gegründet),
- folgenden aktivitäten kontinuierlich nachzugehen: teilnahme an anti-nato-demos, demos gegen die atom-rüstung, demos für den abzug der italienischen truppen aus anderen ländern. teilnahme an

fabrikversammlungen und hauskomitees, treffen, mit dem ziel, teil von massenbewegungen zu sein, entsprechend der instruktionen, die die roten brigaden im flugblatt nr. 19 von märz 84 für die militanten ausgeführt haben.

wie jeder sehen kann, verdeutlichen die begründungen der haftbefehle - wenn auch ohne konkrete basis - genau den inhalt der anti-terror-kampagne von crxis regierung.
alle tatsachen bestätigen, dass wir mit dem klaren versuch der bourgeoisie konfrontiert sind, die antagonistischen bewegungen zu kriminalisieren, sie zu illegalisieren - die gruppen, die kontinuierlich opposition gegen die unpopuläre politik der regierung craxi sind.
auf diese angriffe antwortete der coordinamento mit öffentlichen initiativen, um unterstützung für seinen kampf um die verteidigung der physischen integrität und politischen identität der kommunistischen und proletarischen gefangenen zu erreichen. die klarste reaktion des coordinamento sind die vorträge über "repression und ökonomische krise" die, trotz der verhaftungen, weiter regelmäßig im märz 85 in milano gehalten werden: die vortragsreihe ist ein wichtiges moment in der mobilisierung der bestehenden berreiche von klassenwiderspruch und wird der ort einer umfassenden politischen und theoretischen auseinandersetzung über die hauptfrage, die des klassenkampfes in unserem land, sein.

die medien pflastern den weg für die zweite blitzaktion der bullen gegen den coordinamento

mitte juni erscheint im europe ein artikel von professor ventura, "soziologe" von padova, der den coordinamento und das bolletino sehr agressiv angreift und denunziert, und auch gegen andere gedruckte antagonismen wie "correspondenzia internazionale","contrainformazione", "anarchismo" gerichtet ist.
dieser professor sagt:" aber die wichtigste und verbreiteste regelmäßige veröffentlichung des antagonistischen specktrums ist aktuell das bolletino des coordinamento des bolletino (das jetzt 5 jahre alt und bei der 2oigsten nummer ist).das organ eines bestehenden und sich gut vermittelnden organisierten netzes, das seine aktivität nicht nur in bezug auf die knäste konzentriert, sondern in wirklichkeit organ der härtesten und kompromißlosen position ist, um das herum sich gruppen verschiedener couleur zusammenfinden. die seiten des bolletino sind offen für die auseinandersetzungen des subversiven spektrums, mit einer berstimmung, die strikt die schriften der nicht abschwörer und die der bewaffneten organisationen bevorzugt, insbesondere die der roten brigaden."
das signal war ganz klar. im morgengrauen des 18.juni verhafteten die bullen folgende genossen: a.chiaia, p.lo muscio in milano; p.zabeo, a.miola, e.nasutiand, d.bonati in padova; b.miorinand und m.tosatto in venedig - während weitere 25 vorladungen verschickt werden.
die begründungen für die verhaftungen der genossen wiederholen die totale verfälschung der tatsachen, wie schon bei den verhaftungen am 8.februar.
der richter mastelloni, der die ermittlungen gegen den coordinamento aufnahm, bedient sich rückhaltlos der kriminalisierungsmethode - deren grundstein die konstruktion des zusammenklatschens von coordinamento, il bolletino, der bewaffneten organisationen ect. ist. der politische zweck ist klar.

die antwort des coordinamento

in dem flugblatt, das eine öffentliche veranstaltung im sozialzentrum in mailand für samstag, den 29.juni ankündigt, bekräftigt der coordinamentound die redaktion von il bolletino, dass "an diesem punkt jetzt - das hauptziel der operation unübersehbar ist: die kriminalisierung jeder initiative, die aktiv ist, gegen die allgemeine tendenz der macht die bedeutung der auseinandersetzung zur rolle der knäste und der justiz in der aktuellen phase verfälschen. sie (die operation) ist das produkt des aufgerufenen notstands , der von den reaktionären kräften der justiz und des staates gestützt wird. während die medien des staates über die behauptete tendenz der liberalisierung in bezug auf gefangene und über die öffnung der gefängnisse für die zivilisierte gesellschaft schwafeln, wird die realität vertuscht: die konkrte tatsache, dass das wirkliche gefängnis der 8oiger jahre der hochsicherheitsknast ist, und dass der prozess der wissenschaftlichen rekonstruktion des knast-systems mit den spezial-knästen und isolationslöchern ganz prinzipielle ziele verfolgt.
die proletarier, die in die spezialknäste gequetscht werden, müssen vor der öffentlichkeit versteckt werden, sie müssen ganz allmählich vernichtet werden bis zur totalen stille durch die perfektion der sog. zivilisierten gesellschaft. das grundsätzliche verbrechen der beschuldigten ist klar und deutlich, nämlich diese politische operation offen gemacht und verurteilt zu haben: das ist es, warum sie verhaftet wurden und warum sie als gefährlich angesehen werden und sie sind es umso mehr, da sie ihre politische aktivität als teil der umfangreichen aufgabe begreifen, den kampf gegen diesen sozialen frieden des systems zu führen."

craxis zweiter report über die aktivitäten der geheimdienste

mit den selben argumenten, der drohenden gefahr ect., wie im bericht von august 84 über die aktivitäten der geheimdienste, präsentiert craxi auch den zweiten report vor dem parlament im august 85. der kern davon ist fast ausschließlich der "kampf gegen den terrorismus", wobei die betonung wieder auf der "gefahr des internationalen terrorismus " liegt.
craxis behauptungen sind durchsichtig und provokativ: "es geht um organisationen, die immer noch im bestehenden ausmaß vom sogenannten sich verbreiternden und mobilisierenden terrorismus gebrauch macht aus diesem weiten umfeld der anhänger, die sympathisanten, die ein alarmierndes maß an ernte schaffen: rom, mit seinen immensen vorstädten, seinen verfallenen slums, milano mit seinen metropolitanen (großstädtischen) gürtel und auch einige gebiete in veneto - tauchen auf dieser landkarte auf wie ein haufen schwarzer punkte!"
die anderen themen des reports sind die alt-bekannten: das verhältnis der roten brigaden zum internationalen terrorismus , die gefahr des terrorismus des nahen ostens und die drohung der spionage aus ostblockländern .

der bullenblitz vom 2o.september

entsprechend der praxis, die sie bis jetzt verschärft haben und deren einzelne maßnahmen genau den deklarationen von craxi entsprechen, macht der richter mastelloni am 2o. september eine dritte bullenoperation gegen mitglieder des coordinamento in vicenza. fünf genossen werden zuhause verhaftet mit der anklage von "subversiver vereinigung".

das nationale koordinationskomitee
der komitees gegen die repression
november 1985

ÜBER DEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

es besteht kein zweifel, daß einer der gründe, der die taktische niederlage der metropolenguerilla in italien in den letzten jahren determiniert hat, in der fortschreitenden unklarheit über die internationalistische dimension und den antrieb auf der basis liegt, auf grundlage derer nur die revolutionären prozesse in den einzelnen imperialistischen ländern eine reale siegreiche perspektive haben.
tatsächlich hat sich der internationalismus auf ein rein rituelles engagement reduziert, so daß vergessen wurde, wie es die genossen aus der raf sagten, daß:
"angesichts der globalen strategie des imperialismus die perspektive nationaler kämpfe international sein m u ß ...", weil eine revolution undenkbar ist, die, obgleich sie die "nationalen besonderheiten" einberechnet, sich nicht ab sofort in einer internationalistischen optik bewegt. das unverständnis dieses bedürfnisses hat u.a. dazu geführt, daß auf teilbereiche und lokale problematiken zurückgegriffen wurde, in der illusion, es sei möglich, "das glied italien aus der imperialistischen kette herausbrechen zu können" und das unbeachtet des auf internationaler und europäischer ebene des bestehenden kräfteverhältnisses.

die notwendigkeit für die revolutionäre, den standpunkt der eigenen initiative entschieden auf dem boden des proletarischen internationalismus festzumachen, ist nicht nur die bekräftigung eines prinzips, das von allen kommunistischen bewegungen als historisch unverzichtbar wurde, sondern entspringt sowohl den eigenschaften des gegenwärtigen imperialismus wie den fristen, die dieser dem proletariat auferlegt.

im unterschied zu dem, was die subjektivisten denken, ist das programm der kommunisten nämlich materialistisch auf der wirtschaftsanalyse und zwar auf der kritik der wirtschaftspolitik begründet: d.h., das was den marxismus von den verschiedenen schulen und den verschiedenen utopistischen, religiösen und philosophischen systemen unterscheidet, ist eben genau die fähigkeit, die eigenen ziele auf die gesetze der kapitalistischen produktionsweise zu b e g r ü n d e n , insbesondere auf jene, die sich auf ihre krise und ihren notwendigen zusammenbruch beziehen. aus der sicht der materialistischen konzeption der geschichte ist es die ökonomie, die die komplexe soziale entwicklung bedingt: nicht das bewußtsein der menschen erzeugt die revolution, sondern die widersprüche des materiellen lebens, der konflikt zwischen den produktionskräften und den produktionsverhältnissen. daraus ergibt sich, was das hier behandelte argument betrifft, daß die internationalistische initiative, um glaubwürdig und korrekt zu sein, als grundlage zwangsläufig sowohl ein genaues verhältnis über die natur des imperialismus und die historische situation haben muß, wie auch eine klare analyse über die entwicklungsstufe, auf der die ökonomischen, politischen und sozialen widersprüche weltweit angelangt sind.

diese, wenn auch schematischen und ungefähren präzisierungen dienen vor allem um zu klären, daß sich in der epoche des imperialismus der krieg nicht vorrangig oder allein aus konflikten zwischen staaten auf weltebene ausdrückt, sondern vor allem als krieg des kapitals gegen das proletariat, d.h., gegen die überschüssige bevölkerung die bedürfnisse der kapitalistischen verwertung. "letzter grund und resultat einer jeden krise bleibt immer die armut und der armselige verbrauch seitens der massen."

sowohl die aggressive politik der bourgeoisie nach innen und die verschärfung des drucks auf die arbeiterklasse, um durch die senkung der reallöhne die ve rwertung zu erhöhen, als die aggressive politik nach außen, erklären sich schließlich auf grund des p a r a s i t ä r e n charakters des kapitalismus auf der fortgeschrittenen ebene der anhäufung: von dem moment an, an dem die verwertung des angehäuften kapitals in einem bestimmten land zurückgeht, erlangen die aus dem ausland kommenden "tribute" eine immer größere bedeutung und stellen eine methode zur lebensverlängerung einer nunmehr sterbenden produktionsweise dar.

weltmarkt und nationale märkte

der imperialismus und die internationalisierung der kapitalistischen produktionsweise ist ein weltsystem und indem sich die lohnarbeit und das kapital gegenüberstehen, erhebt es den widerspruch zwischen dem proletariat und der bourgeoisie zum fundamentalen widerspruch.

das bedeutet allerdings nicht, daß der imperialismus wie "ein system globaler beherrschung" auftritt, "in dem die 'verschiedenen nationalen kapitalismen' einfach seine organischen artikulierungen sind bis zu dem punkt, an dem das proletariat in jeder nationalen zone die rechnung nicht mit ihrer 'nationalen bourgeoisie', sondern mit der lokalen artikulierung der imperialistischen bourgeoisie machen muß". daß sich die kapitalistische produktionsweise in den verschiedenen ländern auf dem boden der spezifischen historischen, politischen, geographischen usw. bedingungen "artikuliert", ist eine nicht wegzuleugnende tatsache; so wie nicht verleugnet werden kann, daß die usa und italien, um nur ein beispiel zu nennen, historisch/konkrete "artikulierungen" e i n e r e i n z i g e n p r o d u k t i o n s w e i s e darstellen. aber die gleichung, mit der - von der erkenntnis ausgehend, daß der us-imperialismus der behrrschende imperialismus ist - aus jedem n a t i o n a l e n imperialismus nur eine einfache "artikulierung" des us-imperialismus gemacht wird, bringt nicht nur die abstrakte ebene mit der tatsächlichen wirklichkeit durcheinander, sondern führt zu gewaltigen politischen fehlern. z.b. das unverständnis über den w e s e n t l i c h e n unterschied der zwischen dem bekämpfen der "eigenen nationalen bourgeoisie" liegt, einzig und allein, weil sie ein "ausdruck" des amerikanischen imperialismus ist, oder vor allem, weil sie die tatsächlich dominierende klasse eines imperialistischen, wenn auch "eines kleineren" oder weniger mächtigen landes ist. im ersten fall ist (oder kann) das ziel eines kampfes gegen die bourgeoisie die "befreiung" des landes aus seiner lage der "abhängigkeit" sein, der jene fraktionen der bourgeoisie und schichten der arbeiteraristokratie miteinbezieht, die an einer veränderung/neuverteilung der internationalen gleichgewichte, natürlich zu ihren eigenen gunsten, interessiert sind.

auf der anderen seite ist die bündnispolitik mit den verschiedenen "nationalen bourgeoisien" die von den revisionisten aller zeiten unterstützt wird, im hinblick auf das ziel geformt, das gewicht und die macht des hegemonialen imperialismus (von mal zu mal das deutsche, amerikanische oder japanische) f a k t i s c h zu gunsten des "eigenen" oder zu gunsten des "europäischen imperialismus" zu mässigen oder einzuschränken.

in wirklichkeit ist die erste internationalistische verpflichtung der kommunisten jene, gegen die imperialistische bourgeoisie des eigenen landes zu kämpfen. der kampf für die eroberung der politischen macht und für die errichtung der diktatur des proletariats i m e i g e - n e n l a n d , obwohl dies die notwendige voraussetzung ist, um eine koherente internationalistische praxis zu entwickeln, ist jedoch nicht ausreichend, um die tätigkeit einer revolutionären partei an sich zu charakterisieren und sie als solche zu bezeichnen.
diese tätigkeit kann nicht alternativ gestellt werden und noch weniger darf sie die notwendigkeit in vergessenheit geraten lassen, auch die anderen imperialismen - und allen voran den us-imperialismus zu bekämpfen.

es stimmt, daß die usa heute unter dem wirtschaftlichen, politischen und militärischen aspekt eine vorherrschende position in der kapitalistischen welt innehaben. deshalb stellen sie auf einer fortgeschritteneren und reiferen ebene die synthese der charakteristischen elemente und widersprüche (vom parasitentum zur aggressivität, zum militarismus) dar, die die kapitalistischen verhältnisse in ihrem greisenalter kennzeichnen.

das ziel, den amerikanischen imperialismus zu besiegen oder jedenfalls zu schwächen, ist nicht nur funktionell für die vereinigung der revolutionären kräfte auf dem boden des kämpfenden internationalismus, sondern stellt auch die bedingung dar, damit die im innern eines jeden landes und eben auch in der europäischen mittelmeerzone die perspektive, die politische macht zu erobern und die diktatur des proletariats zu errichten, historisch und tatsächlich möglich wird.

es ist wichtig, die unvermeidbarkeit des imperialistischen krieges zu erkennen; es ist jedoch ein mechanischer fehler, den sieg der revolution d i r e k t mit dem kriegsausbruch zu verbinden.
in wirklichkeit hängt die möglichkeit, die politische macht zu erobern, von der schwere und tiefe der wirtschaftskrise und von den klassenantagonismen ab, von denen der krieg lediglich ein indiz und gleichzeitig eine auswirkung ist.

anders gesagt, vom standpunkt der imperialistischen dynamik gesehen, ist der krieg unvermeidlich, jedoch nicht von dem des proletariats.
es ist nämlich weder von zweitrangiger bedeutung noch unwichtig, daß die revolution am v o r a b e n d , w ä h r e n d o d e r a m e n d e des imperialistischen krieges in der lage ist zu siegen.

den zusammenhang zwischen der revolution und der krise anstatt direkt mit dem krieg herzustellen, ist nicht nur notwendig um erneut zu behaupten, daß die eroberung der politischen macht eine reale perspektive darstellt und auf der tagesordnung steht, ganz unabhängig davon, ob italien in imperialistische konflikte, die ausbrechen werden, aktiv verwickelt ist, sondern ist vor allem notwendig um das konzept der zentralität des proletariats und seiner kämpfe neu zu behaupten anstatt jenes der zentralität z.b. der "bewegung gegen den krieg".

was diese bewegung betrifft, sind die überlegungen der deutschen genossen der revolutionären zellen richtig: "... es ist widersinnig, eine in ihrer mehrheit bürgerlichen protestbewegung mit dem maßstab revolutionären widerstandes zu messen, um ihr dann ihre halbheiten vorzuhalten...".

DER KAMPF DER ARBEITER GEGEN DEN SOZIALPAKT

im juni 1982 kam die herrschende klasse italiens, das nationalisierte und private kapital zu einer eindeutigen erkenntnis. zuerst haben die industrie-liga (confindustria - verband privater industrieunternehmer), die immer die richtung angibt, und der "intersind" (staatlich subventionierter unternehmerverband) das abkommen über die 'gleitende lohnskala' (scala mobile) von 1975 widerrufen. das abkommen, das einseitig von den unternehmern widerrufen wurde, war im januar 1983 abgelaufen.

nachdem sie über jahre hinweg und mit zunehmendem druck eine beispiellose aufeinander abgestimmte propagandistische kampagne geführt hatten (über die lautsprecher der staatlichen radios und fernsehen und mit einer breiten verteilung über alle zeitungen des regimes), die darauf abzielte, die "perversen mechanismen der gleitenden lohnskala und der lohnkosten praktisch zu den einzig verantwortlichen für die inflation zu machen oder als hauptursache der krankheit der italienischen wirtschaft herauszustreichen, eine kampagne, die in erster linie ausging von der regierung der nationalen einheit und den "unabhängigen" gewerkschaften, den linken parteien und den intellektuellen aller kategorien und bildungsstufen, angeführt von den größten gurus der "linkspolitischen kultur" der frühen 70er jahre, dachte die herrschende klasse italiens, daß das feld jetzt frei für einen kurswechsel ist.
als erstes sollten die aktivsten vorkämpfer in direkter zusammenarbeit mit den gewerkschaften (diese waren jahrelang ausschließlich im "kampf gegen den terrorismus" aktiv) entlassen werden, die restliche mehrheit der arbeiter in den fabriken sollte dann mit entlassungen erpresst werden, unter zuhilfenahme des rohen und wahllosen "lay-off" (das ist kurzarbeit je nach bedarf des arbeitgebers. sie kann über monate gehen, und danach kommt evtl. die entlassung). letztlich schien das kräfteverhältnis umgekehrt zu sein und der zeitpunkt des endgültigen angriffs war gekommen.
nichtsdestotrotz ist ihr plan gescheitert und der protest der arbeiter verbreitete sich sofort schlagartig über das gesamte land. die arbeiter verließen die fabriken, organisierten spontane demos, straßenblockaden, besetzten flughäfen und eisenbahngleise. die parolen richteten sich sehr stark gegen die regierung, die herrschende klasse und auch die gewerkschaften, die hemmungslos die "politik der opfer" rigoros fortsetzten. die antwort der regierung ist die gut bekannte schmutzige methode: bullen und carabinieri griffen die arbeiterdemos an, wie sie es jahrelang nicht gemacht hatten.
im august 82 trat die "vereinigung des handels"(confcommercio) von den verträgen von 1975 zurück.
wie zur zeit der 35 tage bei fiat, versuchte die pci in die rolle des "hauptunterstützers" der arbeiterforderungen zu schlüpfen, und - während sie scharf die form eines effektiven kampfes kritisierte - versuchte sie die rolle der opposition durch die politik der "demokratischen alternative" zu bestimmen.
ende september 82 erreichte regierungschef spadolini, nachdem er einen alarmierenden bericht über den zustand der wirtschaft vorgelegt hatte, ein übereinkommen mit der regierung; sie begannen gleichzeitig mit den verhandlungen über arbeitsverträge und tarifreformen. natürlich war die herrschende klasse sehr zufrieden. die gewerkschaft begann mit befristeten streiks von 2 stunden, um die verhandlungen zu unterstützen und war am schluß - auf druck der basis - gezwungen, im januar 83 einen eintägigen generalstreik auszurufen. auf diese weise versuchte die gewerkschaft die unzufriedenheit, die aus den fabriken kam, unter

kontrolle zu halten. aber dafür mußten sie eine hohe strafe zahlen: kein gewerkschafter kann mehr in den vierteln reden und die anweisung bei ihren demonstrationen, ruhig zu bleiben, wird nicht beachtet, so daß sich diese demos in den großen industriezentren wie milano zu großen, lauten, kraftvollen demonstrationen entwickelten. in diesem zusammenhang, der an die frühen 70er jahre erinnerte, wurde zwischen regierung, arbeitgebern und gewerkschaften die sogenannten scotti-vereinbarung verabschiedet. diese vereinbarung geht auf kosten der arbeiter. sie sollte ein weiterer wendepunkt sein in der geschichte des kapitalverhältnisses, also des verhältnisses zwischen kapital und arbeit in unserem land. in wirklichkeit war der vertrag als erstes eine ziemliche beleidigung des kampfwillens der italienischen arbeiterklasse, ein dolchstoß in den rücken tausender von arbeitern, die durch rausschmiß und die politik der zugeständisse dezimiert waren, und die sich sowieso entschieden hatten, auf dieser minimalen aber unantastbaren verteidigungslinie zu beharren: die scala mobile sollte nicht angetastet werden!

in der bürgerlichen presse wurde das sparmanöver zur "verteidigung der wirtschaft der nation", wie es der vertrag zwischen regierung, industrie und den gewerkschaften vorsah, im januar 83 so dargestellt:

1. als eine übertragung des wohlstandes von den arbeitgebern direkt an die arbeiter oder vermittelt durch den staat (fiskalisierung/übernahme der sozialen belastungen durch den staat - "fiscalizzazione degli oneri sociali").
   außerdem wurden auch die wenigen zugeständnisse des staates an die arbeiter (progressive steuersenkung, kindergelt etc.) weitgehend durch die erhöhung der abgaben für alle öffentlichen dienste, eine höhere beteiligung an der medizinischen versorgung, indirekte steuern etc. zunichte gemacht.

2. als einschränkung der immer größer werdenden willkür der arbeitgeber bei den entlassungen und - allgemeiner - beim einsatz der arbeitskraft - fortschreitender abbau der öffentlichen funktion des arbeitsamtes und "des ausrufens nach nummern"; durch die einführung der einstellungsmöglichkeit durch die aufnahme von 100 % der jungen leute unter 25 jahren und von 50 % der ungelernten über 25 jahren und von arbeitern in den mobilitätslisten, (womit praktisch 90 % der arbeitskräfte erfaßt waren) - ausweitung der teilzeitarbeit und zeitlich beschränkter jobs, mobilität der arbeitskraft zwischen den firmen, die festlegung von obergrenzen für die zeit der bezahlten arbeitslosigkeit (cassaintegratione cig) und verlust dieser rechte für die, die sich weigern, diese mobilität zu akzeptieren, -einführung der "arbeitsagentur", die das arbeitsamt ersetzen und den neuen arbeitsmarkt regeln soll, der letztendlich frei ist, weil das ausrufen nach nummern praktiziert wird.

es ist offensichtlich, daß - um eine so anti-proletarische politik durchzusetzen - jede form von widerspruch als gegen das gesetz angesehen wurde, tatsächlich füllten sich auf "demokratische" weise die gefängnisse. (inzwischen sind 30 % der gefangenen arbeiter).
es war bekannt, daß die türen der gefängnisse für alle diejenigen offen stehen, die durch die distanzierung von jeder form des klassenwiderspruchs genügende garantien geben, daß sie diesen institutionen und dem gegenwärtigen status quo treu bleiben.
die pci und die gewerkschaften führen den kampf zur ausschaltung des proletarischen antagonismus und kooperieren bei der politik der massenverarmung zur "verteidigung der wirtschaft der nation", indem sie jeden politischen bewegungsraum denjenigen verschließen, die diesem niveau der anpassung nicht entsprechen, und das ganz offen, um die italienischen kapitalfraktionen im internationalen wirtschaftskrieg zu unterstützen.
der kampf der metallarbeiter für die erneuerung dr verträge im frühjahr 83, hat den weg für diesen neuen und (für die arbeiter) schwierigen bedingungen des klassenkampfes im privaten sektor geebnet.
in der selben zeit behauptete craxi selbst
- angesichts der heftigkeit des arbeitskampfes:
"nur eine linie der härte in der konfrontation mit jeder form von intoleranz kann die potenzielle wiederentstehung einer neuen art von subversiver tätigkeit verhüten."
parallel dazu wurde im gleichen zeitraum das gesetz für den öffentlichen handel erlassen (legge-quadro sul publico impiego). indem es mit wirtschaftlichen vergünstigungen half und auf vorsichtige weise die sogenannte "lohnschere" öffnete, (forbice salariale), zielte dieses gesetz darauf ab, diesen sektor, auf dem es ziemlich turbulent zugeht, wo es reichlich instabile kapitalverhältnisse gibt, zu "normalisieren" und zu verhindern, daß neue kampfbewegungen auf "gefährliche" weise zu denen dazu kommen, die es bereits gegen das scotti-abkommen gibt.
das betrifft in wirklichkeit eine spanne von mehren jahren, in denen es breite kampfbewegungen außerhalb der gewerkschaftten gab: eisenbahner, krankenhauspersonal, schulpersonal, örtliche und städtische verwaltungsangestellte waren jahrelang aktiv in harten und massenhaften kämpfen gegen die politik der zugeständnisse, des beschneidens öffentlicher mittel, falscher verträge.
die regierung hat darauf stets mit gut abgestimmter verleumdungs- und diskriminierungskampagnen der presse geantwortet,
während die gewerkschaften mit allen mitteln versucht haben, diese arbeiter zu isolieren, indem sie sie diesen kampf als einzelkämpfer führen ließen gegen den rest der klasse, im eindeutigen versuch, diese spontanen schlachten inden "sicheren" institutionellen raum zurückzuführen.

tatsächlich ist es so, daß dieses gesetz die inhalte und den geist der scotti-vereinbarungen zwischen der regierung, den arbeitgebern und den gewerkschaften wiederholt und darüber hinaus spezifiziert, und sogar formell den drei-jahresvertrag im öffentlichen sektor einführt. tatsächlich beraubt dieses gesetz diese arbeiter jeder möglichkeit, über ihre arbeitsbedingungen zu verhandeln, die von nun an genauestens durch gesetze geregelt sind. diese arbeiter werden sich einer weiteren verschlechterung ihrer bereits unsicheren lebensbedingungen gegenübersehen, während der staat unbestraft ihnen eine machtposition nehmen kann, die in den letzten zwölf jahren kampf schon geschwächt wurde.
in anbetracht dessen, daß die kämpfe um den vertrag nicht nur länger dauerten als sie sollten, sondern daß sie neue formen der organisierung des arbeitskampfes entwickelten - außerhalb des institutionalisierten kanals (wie bei der von den gewerkschaften und dem staat autonomen bewegungen - "movimento degli autoconvoccati"), bestand craxi offensichtlich darauf, daß der augenblick gekommen ist, der herrschenden klasse einen beweis seiner "regierungsfähigkeit" zu geben. er interveniert autorität in die spaltung innerhalb der klasse, die es im ganzen land gibt, mit einer gesetzesverfügung vom februar 1984. sie betrifft die völlige umwälzung in einem diktatorischen stil durch erhebliche lohnkürzungen. das ganze land ist in bewegung gegen den gesetzeerlaß. bei fiat gehen die arbeiter wieder in den streik (in dieser zeit verlangt annibaldi im namen der herrschenden klasse die regelung des streikrechts!). es gibt harte streiks der eisenbahner, straßenblockaden, schienenblockaden und andere kampfformen außerhalb der gewerkschaften, die über das ganze land fluteten. der staat schlug diese kämpfe mit extremer härte nieder, unterstützt durch die nachrichtensperre und

offene parteinahme der massenmedien: polizei und carabinieri organisieren blitzkriege, hausdurchsuchungen und massenverhaftungen in den sog. "risikoreichen" gebieten der großen metropolen. der polizei- und justizapparat erfüllt seine funktion vollständig: in taranto werden gerichtliche vorladungen an sechs betriebsräte der italsider geschickt, in denen sie beschuldigt werden, an straßenblockaden teilgenommen zu haben! die regierung macht auch keine witze: im namen von craxis regierung bedroht der transportminister, signorile, die eisenbahner, die warnstreiks machen.
die repression erfaßt auch die fabriken und jeden arbeitsplatz, mit einer steigerung des akkords und der arbeitsmenge, sowie der einführung von formen der kontrolle, die einen so schikanierenden und ins einzelne gehenden charakter haben, daß sie schon fast absurd erscheinen. trotz der repressiven maßnahmen und der lügenkampagne der presse und des fernsehens, schaffen es weder arbeitgeber noch die regierung, diese welle des kampfes zu stoppen. die mobilisierung geht weiter und sowohl die pci wie auch die gewerkschaften müssen folgendes begreifen: mit der üblichen demagogie, die sie so unverschämt bringen, bestimmen und integrieren sie die autonome bewegung der selbstgegründeten "movimento autonomo degli autovocati" (welche die wichtigste kampforganisation außerhalb der gewerkschaften war): sowohl in bezug auf die art der organisierung als auch auf die politische richtung. (eine riesige demo in rom im märz 84). die pci und die gewerkschaften höhlen die autonome bewegung aus und zerstören ihre potentiellen möglichkeiten, indem sie sie unwiderruflich in die instituionalisierte umgebung der klassenkollaboration lenken.

mit der gesetzesverfügung vom märz 84 wurden die "solidaritätsverträge" formell in den arbeitsmarkt eingeführt, die als eine reaktion auf die probleme der kurzarbeit gesehen wurde. diese verträge, und eine menge anderer instrumente, versuchen eine möglichst große flexibilität der arbeitskraft durch die reduzierung der arbeitszeit zusammen mit der kürzung von löhnen zu erzwingen. die politische wirkung auf die klasse ist haarsträubend: der verlust der garantien, die einmal gesichert waren als es kollektivverträge gab, die schwächung und zersplitterung der klasse, die nun noch mehr schwierigkeiten hat, die momente des gemeinsamen kampfes zu organisieren. nach einer langen periode des schweigens produzierte die IRI (institut zur staatl. subventionierung der industrie) und die konföderation der gewerkschaften ein protokoll der vereinbarung, daß auf die reduzierung der konflikte innerhalb der fabriken der IRI und auf die bildung stabiler strukturen gegenseitiger konsulationen zielte. diese vereinbarung ist ein historisches ereignis, auch wenn die presse sie totschweigt. mit der vereinbarung erhält die IRI brauchbare garantien, daß alle arbeiterkonflikte - ob individuell oder kollektiv - durch eine regelung in bezug auf das streikrecht eingefroren werden. all dies passiert, um auszuschließen, daß die arbeiter auch nur einen minimalen ausdruck haben, da das IRI ein bombastischer staatsbesitz ist.
die gewerkschaften sind also voll das zwischenmanagement für eine politik der industriellen beziehungen, in der alle arbeitskonflikte gewaltsam in kanäle gepreßt werden, wodurch spezielle vorgehensweise, zeit, ort und bedingungen skrupellos arrangiert werden, mit dem eindeutigen ziel, jeden antagonismus einzufrieren und jeden konflikt auszuradieren, bevor er überhaupt richtig entsteht.
diese vereinbarung, mit der schon experimentell in den bereichen der schiffswerften und elektronikindustrie gearbeitet wurde, sollte mit allen seinen schlimmen folgen praktisch auf alle fabriken ausgeweitet werden (ansaldo, breda, alfa romeo, innse, ital-sider - um nur einige zu nennen).

ein mögliches beispiel der endlich "friedlichen fabrik von morgen" (nach dem geschmack der arbeitgeber) ist das Innocenti-werk, wo de tomaso (manager) seine sorgen und nöte der gewerkschaft mitteilt, auf daß sie das nötige veranlasse. der "soziale frieden", den die arbeitgeber meinen, schließt die rücknahme von allen gewerkschaftsrechten ein. die arbeitgeber wollen feie hand sowohl für die repression wie auch für die entlassungen haben. und nicht nur das, man geht so weit, die unterstützung der gewerkschaften für den illegalen gebrauch der kurzarbeit zu verlangen, der vom gesetz genau bestimmt ist. nur in einem moment der schwäche, wo die klasse durch einen organisierten plan zersplittert und aufgerieben erscheint, ideologisch desorientiert ist (wo gewerkschaften und parteien der alten und neuen linken, der proletarischen moral von klassensolidarität entgegenstehen, um überall die bourgeoise moral der kollaboration reinzufixen), kann der terrorismus der arbeitgeber sich mit einer solch unverschämt- und frechheit ausdrücken.

nationales koordinationskomitee gegen die repression

DIE FOLGENDEN FRAGEN WURDEN AUF DER VERANSTALTUNG FORMULIERT

es war geplant - einfach weil es schon so spät war - die veranstaltung am folgenden tag fortzusetzen und so raum zur diskussion zu schaffen. auf grund der schwierigen auseinandersetzungen an anderen fragen, die vom ganzen kongreß/dem plenum entschieden und bestimmt werden mußten, war die weiterführung der veranstaltung und diskussion nicht mehr möglich. die italienischen genossen haben daher die fragen schriftlich beantwortet, soweit das in der kürze der zeit möglich war.
die z.t. sehr komplexen fragen werden zu einem späteren zeitpunkt beantwortet werden.

fragen, die an sie gestellt wurden:

1. die situation der politischen gefangenen - ob man ihnen schreiben kann
2. ob es bewegungen/kämpfe gegen die NATO gibt
3. ob es in der politischen bestimmung eine kontinuität im angriff auf den us-imperialismus gibt - einschätzung zu dozier und hunt
4. welche politischen folgen die kaperung der maschine mit abu abbas in italien hatte, in bezug auf die nah-ost-politik der regierung und in bezug auf die öffentliche diskussion der funktion italiens in der us-politik
5. ob und wie sie sich auf die kämpfe hier beziehen, einen blick dafür haben und was sie von den diskussionen über westeuropäische front denken
6. ob die im mai-papier 1982 formulierte vorstellung von antiimperialistischer front verstanden wird
7. welche rolle die kapitalistische umstrukturierung und ihre folgen in der diskussion spielt
8. wie die aktion gegen tarantelli bestimmt war und welche politische wirkung dieser angriff hatte
9. ob die guerilla politisch im proletariat verankert ist und in den sozialen kämpfen
10. welche überlegungen und welche praxis es gab für die rekonstruktion der revolutionären bewegung nach den niederlagen z.b. 78
11. welche sozialen und politischen kämpfe es aktuell gibt
12. was es mit differenzen innerhalb der br auf sich hat, zwei politische linien
13. welche positionen es gibt im moro-prozeß und dozier-prozeß (wieweit erklärungen von gefangenen gehalten wurden, die von den br-pcc ausgeschlossen worden wären)

diese fragen wurden unter dem aspekt gestellt, sowohl die positionen der italienischen genossen dazu zu erfahren, als auch wie weit an diesen fragen eine breitere diskussion geführt wird, und wenn ja, wo.

1. im beitrag war die rede von "sparpolitik". die ist ein bestandteil des gesamtimperialistischen umstrukturierungsprozesses, der in den jeweiligen ländern der imperialistischen staatenkette entsprechend den besonderen nationalen bedingungen eingesetzt wird. (thatcherism, reagonomics)
   inwieweit seht ihr entsprechungen bzw. unterschiede der italienischen variante?

2. in welchem verhältnis begreift ihr die umstrukturierung des produktionsprozesses zur imperialistischen (us-nato) militärstrategie?

3. welche wesentlichen momente bestimmen gegenwärtig den prozeß der neuzusammensetzung des kapitals (neuzusammensetzung: konzentration und diversifizierung)?
   wie sieht das konkret am beispiel von fiat-general motors aus (kooperationsverhandlungen auf dem gebiet der automatisierung, luft- und raumfahrt, nachrichtentechnik)?

4. der militärisch-industrielle komplex versucht über entwicklung und einsatz von hochtechnologie die herrschaftskrise (militärisch/ökonomisch/politisch) in einem schub zu lösen. beispielsweise werden die selben mikrochips sowohl in einem fertigungsroboter wie in einem cruise missile für deren zentrale funktionssteuerung eingesetzt (um den "faktor" mensch als "störgröße" auszuschalten).
   kennt ihr noch andere projekte (siehe oben), an denen dieser zusammenhang evident ist?

5. inwieweit ist die tatsache bekannt, daß dieselben truppen, die nach der dozier-entführung halb norditalien durchkämmt haben, zum italienischen kontingent der sogenannten friedenstruppe im libanon gehörten, wir meinen die "folgore", wird darin auch die rolle und funktion italiens innerhalb der nato-militärstrategie diskutiert?
   was wißt ihr von dem geplanten bau eines italienischen flugzeugträgers?

die fragen 8., 10. und 12. beantworten sich durch die dokumentation "internationale debatte".
die ganze auseinandersetzung seit 1982 bis zur bestimmung revolutionärer praxis jetzt (tarantelli) ist in dieser dokumentation enthalten. ebenso ist die debatte um die differenzen in der br - die zwei politische linien - vermittelt.

13. zu positionen im moro- und dozier-prozeß, wieweit erklärungen von gefangenen gehalten wurden, die aus den br ausgeschlossen wurden.
    es gibt bis heute keinerlei stellungnahmen von gefangenen, die zu der ausgeschlossenen position gehören.

aus der kürze der zeit werden die umfassenderen fragenkomplexe in der weiterentwicklung der diskussion beantwortet werden.

1. zur situation der politischen gefangenen

"wir beantworten diese frage aus dem bewußtsein heraus, in welchem zusammenhang die repression in den knästen zu stellen ist. in unserem beitrag von gestern über die funktion, rolle etc. der "coordinamento" (koordination der komitees gegen die repression") haben wir versucht, dies darzustellen.
die gefangenen genossen sind mit verschiedensten angriffen konfrontiert. angefangen vom artikel 90 - ein §, der als reaktion auf die kämpfe im knast eingeführt wurde und als disziplinierungsmittel angelegt ist, das die totale isolation der gefangenen zur folge hat. und dies für einen zeitraum von 3 monaten bis zu einem jahr: keine post, keine besuche, keine bücher, permanente verlegungen, tägliche zellenrazzien, körperliche durchsuchungen etc. etc. - bis hin zu den toten trakts, den spezialknästen.

ein weiterer angriff läuft mit dem projekt der abschwörung, der unterscheidung zwischen den abschwörern und kämpfern. die "belohnung" für die abschwörer sind sonderbehandlungen in homogenen bereichen im knast (d.h. zusammenlegung von gruppen von abschwörern unter speziell begünstigter situation, strafreduzierungen, hausarrest etc. (dieses spaltungsprojekt wurde u.a. vor allem von den gefangenen aus prima linea, autonomia etc. getragen).
in letzter zeit ist es dem staat gelungen, politische gefangene dazu zu bringen, im tausch um persönliche vorteile - sich als propagandisten für die "güte", "die menschlichkeit" von pfaffen und ministern, andererseits für die erklärung, der klassenkampf sei beendet und für die kollaboration mit den institutionen hinzugeben. doch all diese versuche haben viele kommunisten in den knästen nicht daran hindern können, ihren kampf für die sache voranzutreiben. für diese kämpfer hat sich im knast nichts verändert, für sie ist es der ort der vernichtung.

a) zur frage, ob man den gefangenen schreiben kann
   man kann. eine kopie mit namen von gefangenen und adressenliste der knäste liegt bei. auf der liste sind keine abschwörer.

2. ob es bewegungen gegen die nato gibt

diese bewegungen gegen die nato gingen in italien 1982 aus den massenbewegungen hervor. demokratisch pazifistische kräfte und vor allem teile der reformistischen linken führten sie an.
die bekanntesten kämpfe sind die besetzung der base von comiso 1983/84. bei dieser aktion gab es eine starke massenbeteiligung. auch die bevölkerung der umgebung nahm an den kämpfen teil.
heute gibt es eine starke opposition gegen die präsenz der natobasen in italien.
die revolutionäre bewegung bezieht sich in ihren theoretischen analysen auf die notwendigkeit einer einschneidenden praxis gegen die erweiterung und verstärkung der natobasen in italien. siehe dazu das dokument nr. 19 in der dokumentation "internationale debatte".
auch diese bewegungen werden kriminalisiert.

3. ob die im front-papier 82 formulierten vorstellungen von "antiimperialistischer front" verstanden wird

grundsätzlich inhaltlich geht der beitrag "proletarischer internatio-

nalismus" auf die politische position ein und beleuchtet den ansatz der italienischen genossen. eine breite diskussion mit verschiedenen schriftlichen auseinandersetzungen fand nicht statt.
auf die frage der "westeuropäischen front" gehen die genossen im dokument nr. 20 vertieft ein. auch diese dokumentation ist in der "internationalen debatte" vollständig abgedruckt.
die diskussion darüber in den knästen hat vor kurzer zeit erst begonnen. eine synthese davon wiederzugeben erscheint uns noch verfrüht, da es nur wenige und einzelne beiträge sind und die debatte erst begonnen hat.

4. zur kaperung des flugzeuges mit abu abbas

die kaperung des flugzeuges in sigonella hat zu widersprüchen innerhalb der regierung zwischen verteidigungsminister und dem ministerpräsidenten craxi geführt. der verteidigungsminister hat sich als reiner garant der amerikanischen interessen präsentiert, indem er sich voll einverstanden mit der verhaftung der sog. "palästinensischen terroristen" gezeigt hat.

die position des ministerpräsidenten war indessen die des beschwichtigers gegenüber den ländern des nahen ostens. die intervention der us-kräfte hat gezeigt, daß die öffentliche meinung, journalisten und parteien (außer dem bereich der "liberalen republikaner") sich offen gegen die selbstherrlichkeit/alleinentscheidung der usa gewandt hat und sich für eine aktivere beteiligung der italienischen regierung an internationalen entscheidungen ausgesprochen hat.

es ist die starke wirtschaftliche abhängigkeit italiens vom us-imperialismus deutlich geworden und die draus folgende unterwürfigkeit eines teils der politischen macht, die dennoch nicht die entwicklung eines anti-amerikanischen verhaltens von seiten eines anderen bürgerlich-"fortschrittlichen" imperialistischen teils italiens verhindert hat.
im fall sigonella ist die mobilisierung, sind die proteste nicht im ganzen nationalen gebiet spürbar gewesen, sondern begrenzt auf den basen-bereich außerhalb sigonellas, demonstrationen, kanalisiert durch die parteien.

7. welche rolle spielt die kapitalistische restrukturierung und ihre konsequenzen in der italienischen diskussion?

die starke restrukturierung der letzten jahre hat zu großen veränderungen innerhalb des sozialen gefüges der klasse (klassenzusammensetzung) geführt. drei millionen offizielle arbeitslose, tausende kurzarbeiter, die perspektivisch die schlangen in den arbeitsämtern verlängern werden. das sind die quantitativen auswirkungen der restrukturierung, die fortschreitende ausgrenzung der arbeiter(innen) aus den fabriken. die fabriken sind der bereich, der am meisten von der restrukturierung betroffen sind, weil dort die automatisierung am fortgeschrittensten ist. gleichzeitig bedeutet das die vergrößerung der reservearmee von arbeitslosen. das heißt eine größere erpressbarkeit der arbeiter/innen, konkurrenzdruck und hält die löhne niedrig. diese ausgrenzung der arbeiter/innen aus den fabriken, die vorher terrain von harten und starken kämpfen waren, bedeutet objektiv eine schwächung der arbeiterkämpfe/arbeitermacht.

auf der anderen seite sehen wir eine vergrösserung des terziärs (dienstleistungsapparat, krankenhäuser, öffentliche dienste). das hat zu einer stagnation der kämpfe im allgemeinen geführt, weil diese personen mehr an die staatlichen interessen gebunden sind, garantiert sind, nicht direkt von den auswirkungen der restrukturierung betroffen sind.
zum anderen sehen wir, daß die schwarzarbeit zunimmt, die in sich die möglichkeit des antagonismus birgt, die das system ein wenig beunruhigt.
diese veränderung der sozialen zusammensetzung hat einen bestimmten teil der linken, die sich als revolutionär bezeichnet, dazu veranlaßt, 'neue revolutionäre subjekte' zu suchen und hat damit die revolutionäre bewegung in einen zustand der immobilität gebracht.

in dem sinne hat die restrukturierung zu großen brüchen innerhalb der bewegung geführt.

(gefangene aus brigade rosse)

BEITRAG ZUM NAHEN OSTEN

(palästinenser protestieren gegen einen geplanten besuch des israelischen faschistenführers meir kahane auf den westbanks)

ZUSAMMENGEFASSTE WIEDERGABE DES VERANSTALTUNGSBEITRAGS ZUR SITUATION IM NAHEN OSTEN

wir befinden uns gegenwärtig in einer phase in der sich der imperialismus in einem weltweiten mehrfrontenkrieg befindet. meine anwesenheit bestätigt, daß der kampf gegen den imperialismus gemeinsam geführt wird und geführt werden muss, deshalb begrüssen wir die bestimmung dieses internationalen kongresses und wir wünschen allen revolutionären kräften, die hier zusammengekommen sind viel erfolg für die durchführung des kongresses und des revolutionären kampfes.
wir gehen davon aus, dass die hier versammelten die entwicklung im nahen osten und den kampf der palästinenser verfolgen, trotzdem werde ich jetzt etwas weiter ausholen um zu versuchen einen überblick über die entwicklung seit der zionistischen invasion 1982 zu geben, bzw. über die letzten 3 jahre. ich will damit vor allem wiedergeben, welche entwicklung für uns wichtig ist.

nachdem die militärische kraft der plo durch die invasion der zionisten 82 zerschlagen war, setzten die imperialisten, die arabischen reaktionäre und die zionisten die imperialistische liquidationsstrategie gegen die palästinenser fort. dies fand nach der invasion im abkommen von FEZ seinen ausdruck.
der rechte flügel der plo sollte durch den militärischen druck zur "politischen lösung" gezwungen werden. wir haben diese krise überlebt. der rechte flügel näherte sich immer mehr der imperialistischen lösung an. aufgrund ihrer defensiven strategie "zu retten, was zu retten ist" näherte sich dieser flügel immer mehr der imperialistischen liquidationsstrategie der imperialisten an. damit zog er sich klar vom nationalen programm der plo zurück.
dies führte innerhalb der plo zum bruch, der in tripoli eskalierte, indem sich die unterschiedlichen positionen mit waffen bekämpften.
der rechte flügel suchte daraufhin unter finanziellem und militärischem druck der reaktionären arabischen staaten die "politische lösung" gemeinsam mit jordanien unter könig hussein. alle diese ereignisse führten zum aman - abkommen mit jordanien im februar 1985 durch diesen teil der plo.
es gab und gibt immer schon zwei linien innerhalb der plo:
---annäherung an die imperialistische lösung
---kampf auf der grundlage des nationalen programms der plo.
die auseinandersetzungen darüber sind intensiv geführt worden und die einheit der revolutionäre war immer vorhanden.
durch das abkommen von aman setzen sich teile der plo klar über das nationale programm der plo hinweg, denn im nationalen programm der plo ist festgelegt, dass es wegen des massakers vom schwarzen september 197o niemals eine zusammenarbeit mit dem jordanischen regime geben kann.
wir wollen hier nochmal besonders betonen, dass sich mit dem abkommen hussein ein illegitimer nationalrat gebildet hat gegen den legitimen nationalrat.
durch diesen illegitimen nationalrat wird mit der parole "frieden gegen land", gemeinsam mit jordanien, das imperia-

listische ziel, die plo zu zerschlagen, organisiert. so hat hussein auf diesem illegitimen nationalrat die möglichkeit erhalten im namen der palästinenser zu sprechen.
zur frage, warum es zur abspaltung in der plo gekommen ist:
es war ein grosses problem auf die strategie des rechten flügels der plo richtig zu reagieren, und es ging damals darum, entweder eigene institutionen in der plo oder gleich eine neue plo zu gründen. beides aber wäre eine gefährliche entscheidung gewesen und hätte eine gefährliche entwicklung bedeutet.
einmal hätte es gefährliche auswirkungen auf den kampf der massen gehabt, indem dieser gespalten worden wäre und dies auch allgemein zur verunsicherung und desorientierung beigetragen hätte.
wir haben deshalb beschlossen, die palästinensische nationale rettungsfront PNSF zu gründen, auf den politischen grundlagen des nationalen konsenses der nationalcharta der plo von 1969.
ein weiteres problem war, dass einige arabische länder die PNSF als neugründung der plo sehen wollten, um sich diese neue plo in ihre tasche zu packen um so einen machtanspruch auf die PNSF ausüben zu können.
auf der anderen seite versuchten die reaktionären arabischen staaten die gründung der PNSF als DIE ursache der spaltung der plo darzustellen und die pnsf zu bekämpfen. durch diese strategie ist die spaltung ein weiteres mal vertieft worden.
wir aber hatten dieses schwert, das über uns hängt schon im vorfeld erkannt und beschlossen den weg der pnsf weiterzugehen, die pläne des imperialismus zu bekämpfen und die einheit der revolutionären front zu wahren. denn gegen diese probleme setzt die PNSF ihre vereinheitlichungsstrategie, die in erster linie die politische einheit betrifft. deshalb kann die pnsf auch nicht in die tasche von irgendjemand wandern, dazu noch eine bemerkung.
wir halten es trotz der schwierigkeiten im zusammenhang mit bestimmten arabischen staaten für möglich uns zusammenzuschließen, was die funktion hat unser volk zu schützen und den kampf für die sache der palästinenser zu führen.
voraussetzung für die vereinheitlichung ist:
---kein rückzug von strategischen zielen
---und die bereitschaft, die politischen grundlagen auszubauen um zu größerer einheit im kampf zu kommen.
die pnsf kämpft für die palästinensische revolution. die plo ist nicht sache eines führers - arafat oder habasch. die plo ist sache des volkes, der massen. auch wenn diese unter dem einfluss reaktionärer parolen stehen, ist es die sache der pnsf die vereinheitlichte front zu erkämpfen, denn die sache der palästinensischen revolution ist eine sache des kampfes.
unsere aufgabe ist es, alle kräfte gegen den hauptfeind imperialismus und seine pläne zu vereinigen. der unmittelbar nächste schritt für die linie der vereinheitlichung wird eine palästinensische volkskonferenz sein, auf der verschiedene kämpfe das verwirklichen wollen.
für die strategie der pnsf ist es notwendig, die bedeutung des aman-abkommens klar zu machen und zu erkennen. da das für uns im moment der zentrale punkt ist, will ich das jetzt erläutern:
die abweichung des rechten flügels der plo - mit der unterzeichnung des aman-abkommens - liegt in folgenden punkten:

---der rechte flügel der plo setzt sich über das massaker vom schwarzen september am palästinensischen volk hinweg, wenn er jetzt mit jordanien verhandelt.
---das regime husseins bekam die möglichkeit sich in die sache der palästinenser einzumischen.
---durch den illegitimen nationalrat der in aman einberufen wurde, hat hussein offiziell die möglichkeit bekommen im namen der palästinenser zu sprechen.

wir betonen nochmal, dass der nationalrat in aman, sowie das abkommen vollkommen illegitim ist, denn - was der wirkliche nationalrat ist, wird nicht geographisch, sondern politisch entschieden.

gleichzeitig zeigt hussein grosses interesse daran, auf die in den westbanks lebenden palästinenser kontrolle ausüben zu können. er hat dafür das jordanische parlament reaktiviert und sich dorthin vertreter des rechten flügels der plo geholt, um die tatsache zu legitimieren im namen aller palästinenser sprechen zu können und hussein so vorgeben kann, die interessen der in der westbank lebenden palästinenser wahrzunehmen.

zugleich sind diese illegitimen vertretungen, der nationalrat und das parlament in aman dabei die uno-resolution 242 anzuerkennen (existenzrecht israels). unter druck soll der rechte flügel der plo diese uno-resolution anerkennen und so auch auf dem gesetzlichen weg gezwungen werden die legitimation der plo und ihres kampfes zu unterminieren.
in diesem zusammenhang erleben wir gerade eine beispiellose theateraufführung des imperialismus mit seinen verschiedenen möglichkeiten: die usa lehnen es ab, eine plo-delegation zu empfangen, grossbritanien stimmt zunächst zu, um sie dann doch nicht zu empfangen usw... diese taktik des imperialismus soll diesen illegitimen teil der plo dazu bringen, dass sie sich immer mehr den plänen des imperialismus annähern.
nach der ablehnung der usa, mit diesem rechten flügel der plo zu verhandeln, sprach dieser plo-teil mit den west-europäischen regierungen und das eg-parlament stimmte dem plan "frieden gegen land" (jordanische lösung) zu, was dieser plo-teil als "sieg" feierte. dabei ist klar, dass jede we-regierung nur mit us-zustimmung entscheidungen trifft, da die we-staaten fest in die imperialistische staatenkette eingebunden sind. denn diese taktik soll die einheit und die ursprünglichen ziele der plo zermürben.

eine weitere theateraufführung hat sich mit dieser delegation des rechten flügels der plo, die nach london gefahren ist, abgespielt: intern wurde schon ein kommunikee ausgearbeitet, mit dem diese delegation des rechten flügels der plo faktisch die uno-resolution 242 an erkennt. nach absprache mit jordanien, verschiedener palästinensischer komitees unter der führung des rechten flügels der plo, wurde das kommunikee aber nicht veröffentlicht, um dem palästinensischen volk sagen zu können: seht, wir sehen wo die grenzen liegen.
zur selben zeit - wo das in london am laufen war, hat ein kommando eine aktion gegen zionisten gemacht und dies hat es der gb-regierung unmöglich gemacht, diese delegation des rechten flügels der plo zu empfangen.
klar wurde aber an dieser sache, dass dieser teil der plo schon über diese brücke gegangen ist(anerkennung von 242).
es gab aber zu diesem zeitpunkt schon palästinenser, die glaubten dass jetzt wieder eine einheit möglich wäre, nachdem dieser rechte teil der plo angeblich ihre grenze festgestellt hat. die pnsf aber sagt, dass einheit nur möglich ist wenn der rechte flügel der plo be-

reit ist:

---den illegitimen nationalrat in aman zu eliminieren
---das abkommen von aman zu eliminieren
---eine umfassende klärung der gemachten fehler anzustellen und die dafür verantwortlichen zur rechenschaft zu ziehen und die fehler zu eliminieren.
---verwirklichung der beschlüsse des 14. nationalrates

aber der rechte flügel der plo versucht weiterhin die revolutionären kräfte unter dem druck des imperialistischen theaters in die pläne des rechten flügels der plo und der jordanischen lösung zu integrieren. anstatt über die pnsf und über die voraussetzungen für die einheit zu reden fährt arafat nach kairo und trifft sich dort mit dem vertreter der us-linie mubarak und verurteilt dort gemeinsam mit ihm jede aktion, die ausserhalb der besetzten gebiete läuft als akt des "terrorismus" und zugleich verurteilt er den "internationalen terrorismus".
die pnsf aber lehnt es ab, dass wir uns nach geheimdienstdefinition zu richten haben. der kampf wird von uns dort geführt, wo wir - vertreter des volkes - es für richtig halten.

für die "terrorismus" verurteilung arafats hat sich der imperialismus ja inzwischen mit der bombardierung des hauptquartiers der plo in tunis bedankt.
das macht klar, dass sich einmal dem druck des imperialismus zu beugen nicht etwa heisst, daß der druck nachlässt, sondern er solange weitergeht bis man aufgibt. und das ist eine wichtige lehre für alle revolutionäre: der kämpfer, der prinzipielle zugeständnisse macht, erreicht nichts. denn der imperialismus hat das erklärte ziel, die revolution zu vernichten. davon muß ausgegangen werden.
nach tunis aber erleben wir eine weitere phase der "verlobung" des rechten flügels der plo mit dem jordanischen regime; das jordanische regime treibt die "politische lösung" voran, einmal mit der drohung auch ohne die plo mit israel über die palästinenser zu verhandeln, und teils mit schein-annäherungen an den rechten flügel der plo.
aber das ziel, die "politische lösung" haben sie bis heute nicht erreicht. alles ist noch nicht entschieden. der grund dafür sind die immer noch starken revolutionären kräfte, so dass der rechte flügel der plo es nicht wagt diesen schritt zu machen. der imperialismus braucht dafür mehr zeit, wir sehen das auch gegenwärtig an der zuspitzung um lybien und auch dort lösen die imperialisten die verhältnisse vorerst anders.
wichtig dabei zu erkennen ist, dass die imperialistische lösung nicht nur die palästinenser betrifft, sondern den ganzen nahen osten und dass die imperialistische strategie in vielseitigen angriffen besteht und darin, die vereinheitlichung der kämpfenden zu blockieren.
diese situation fällt auch mit dem besuch peres in der brd und westeuropa zusammen - als ausdruck der politischen offensive des imperialismus und des zionismus mit dem ziel den rechten flügel der plo und hussein immer weiter in die defensive zurückzudrängen. dies soll mit der drohung erreicht werden, dass - wenn sich der rechte flügel der plo nicht bald mit hussein einig wird - die zionisten ohne die plo mit hussein verhandeln werden. unter dem druck jordaniens und auch ägyptens soll der rechte flügel der plo jetzt zu verhandlungen gezwungen werden mit dem argument, jetzt sofort mit den zionisten unter peres eine "politische lösung" zu erreichen, weil dies nach ende der amtszeit von peres unter schamir nicht mehr möglich sei.

aber für den rechten flügel der plo ist wegen den äußeren bedingungen und der inneren situation im augenblick kein weiterer rückschritt möglich.
nach dem aman-abkommen gäbe es die "politische lösung" in 2 phasen:

---zunächst soll die plo in den friedensverhandlungen durch hussein und durch abgeordnete aus der westbank vertreten werden.
---später würden dann vertreter der plo hinzugezogen werden.

es ist jedem klar, dass das bloße taktik ist. auch abu yihad sagt, dass es unsicher ist, ob sie jemals an verhandlungen teilnehmen könnten.
würde der rechte flügel der plo jetzt diesem plan zustimmen, dann würde sie damit endgültig die politische bühne verlassen und wäre endgültig erledigt. auch wenn sich arafat in dieser situation an die soviet-union wendet, kann man das nur als taktisches manöver bezeichnen.

Die 6. US-Flotte bleibt in Reichweite der libanesischen Küste

für die revolutionären pälästinensischen kämpfer ist jetzt aus dem kampf der steine(kleinere militante aktionen) ein kampf der messer geworden und die autonomen aktionen müssen als der wirkliche ausdruck des volkes gesehen werden. es geht jetzt darum
---die mobilisierung gegen die linie der rechten bürgerlichen führung der plo weiterzutreiben (diese führung steht kurz vor der kapitulation..)
---den massenkampf in den besetzten gebieten zu stärken und zu fördern, um so das gewehr der palästinensischen revolution zu bewahren.
---verstärkt die ziele der palästinensischen revolution in den massenorganisationen weiter zu verankern und die revolutionären kräfte zu sammeln.
---in der jetzt einberufenen volkskonferenz schlüsse aus den gemachten erfahrungen für die weitere politische bestimmung der kämpfe ziehen.

die ganzen aktionen, die laufen, zeigen, wie weit die ziele der palästinensischen revolution in den massen bereits verankert sind und dass die politische arbeit in den flüchtlingslagern immer größere bedeutung erlangt.
in diesem zusammenhang möchten wir hier nochmal ausdrücklich die rolle der frau in der palästinensischen revolution hervorheben.
die frauen sind zentraler bestandteil in der revolutionären organisierung der massen.
gegen dieses anwachsen der kämpfe und angriffe des revolutionären prozesses reagiert der zionistische staat und der imperialismus in zunehmendem maß mit repression, verhaftungen, razzien, häusersprengungen und auslieferungen. die repression richtet sich dabei nicht nur gegen die organisierten kräfte, sondern gegen das ganze volk. auch alle personen, die sich offen gegen die politik des zionismus und imperialismus aussprechen, sind von repression bedroht.
diese strategie hat zum ziel, die revolutionären kräfte zu eliminieren und so den widerstand gegen die "politische lösung" des imperialismus zu schwächen. gerade das mittel der auslieferung und zwangsausweisung hat in letzter zeit immer grössere ausmaße angenommen.
gerade am 29.1.86 wurden 4 kämpfer, die im zuge des gefangenen-austausches im mai 85 freigelassen wurden, jetzt wieder verhaftet.
einer von ihnen war schon 17 jahre im knast, und es war auch das erste mal, dass die freigelassenen in den besetzten gebieten bleiben konnten. jetzt, nach der verhaftung aber droht diesen 4 kämpfern wieder die auslieferung an die zionisten. dies verstößt sogar gegen das zionistische gesetz, weil in diesem fall
keine revisionsmöglichkeit für die ausgelieferten besteht.
ich werde jetzt anhand von 2 briefen über die verhaftungen und die repression der zionisten berichten, damit auch hier in der brd die zionistische politik verstärkt öffentlich wird und die internationale solidarität an diesem punkt für die situation der revolutionären gefangenen in den zionistischen knästen wichtig ist.

(isr elisches konzentrationslager ansar im b tzten südlibanon, in dem über 4.000 palästinenser und andere araber gefangenen gehalten wurden)

1. brief : bei verhaftungen ist folgende situation:

einzelverhöre 15 - 20 stunden, kein essen für mehrere tage.bei nicht-kollaborierenden gefangenen folter und demütigungen, keine möglichkeit sich zu waschen, dürfen für mehrere tage keine toiletten benutzt werden. mütter und frauen werden bei besuchen bedroht. zellen, die 1 qm groß sind und man nur stehen kann. bei verhören wird eine ausgeklügelte sitzfolter angewandt, die die wirbelsäule und den magen stark belasten.

das palästinensische komitee für die revolutionären gefangenen erklärt, daß das ziel dieser maßnahmen ist, die revolutionäre organisation und die politische identität der kämpfer zu zerstören. auch wenn die zionisten vor der weltöffentlichkeit (uno) gezwungen waren zu versprechen, dass sie diese maßnahmen aufheben, ist weiterer druck durch die internationale weltöffentlichkeit notwendig, damit dies auch wirklich geschieht.

2. brief: dieser kommt aus einem knast im norden israels, wo revolutionäre gefangene mit verschiedenen aktionen gegenwärtig versuchen ihre bedingungen zu verändern.
in dem brief wird folgende situation in den knästen geschildert:
es gibt kein wasser, bzw. nur total verdrecktes wasser wodurch schwere krankheiten im knast auftreten. durch die verweigerte medizinischebehandlung wird so von den zionisten eine schleichende liquidierung der gefangenen praktiziert. es gibt ein kommunikationsverbot und ein kontaktverbot. oft werden 3o gefangene in eine zelle gesperrt, so dass sie tagelang nur stehend in der zelle eingesperrt sind. gleichzeitig sind die fenster so konstruiert, dass sie keine frischluft kriegen bzw. wird es verboten das fenster zu öffnen. dazu kommt, dass sich diese knäste teilweise in einem total verrotteten zustand befinden, es gibt kaum waschgelegenheiten und es mangelt an toiletten. hofgang ist wegen dem geringen platz kaum möglich. die ernährung ist totale mangelernährung, die die gesundheit der gefangenen zusätzlich schwer beeinträchtigt. den gefangenen wird zivile kleidung verweigert und bei einem geringsten verstoss gegen die befehle werden kollektivstrafen verhängt, die gefangenen gefoltert oder verschleppt. die besuche laufen nur unter schikanen ab und nur mit trennscheibe. es werden häufig besuchsverbote ausgesprochen.

im moment wird gerade auch ein neuer knast gebaut, wo die gebäudeaus asbest gebaut sind. dieser stoff ist hochgiftig und greift die atmungsorgane und das nervensystem an. dieser knast passt auch in die zionistische strategie die gefangenen über längere zeiträume schleichend zu liquidieren. die gefangenen fordern daher die sofortige schließung dieses knastes. ausserdem wird in neugebauten abteilungen in den knästen die folter durch sensorische deprivation angewandt.

die gefangenen stellen folgende forderungen auf: ,
--sofortige bereitstellung von sauberem wasser, hygiene-einrichtungen und den einbau von waschgelegenheiten in die zellen.
--medizinische versorgung und ausreichende ernährung- gemüse und obst.
-- die möglichkeit von umschluß, mehr hofgang.
--abschaffung der kollektivstrafen, der folter und die schließung der sonderabteilungen in denen isolationsfolter stattfindet.
--dass die spezialkonstruktionen an den fenstern beseitigt werden und dass man die fenster öffnen kann.
-- besuche ohne trennscheibe, zivile kleidung, zeitungen und arbeitsmöglichkeiten wie tische und stühle.

die gefangenen haben jetzt ihren kampf
gegen diese maßnahmen aufgenommen, wobei für sie klar ist, dass sie eine veränderung nur im kampf mit gewalt erreichen. seit dem beginn des kampfes der gefangenen haben sich in vielen orten, vor allem in den flüchtlingslagern, solidaritätskommitees gebildet, die den kampf der gefangenen draussen unterstützen; ausserdem wurde beim roten kreuz in genf interveniert. gleichzeitig bereiten die gefangenen weitere kampfschritte vor und organisieren die abwehr von angriffen der zionisten.
so werden sie bei einer negativen antwort auf die forderungen weitere kampfmaßnahmen ergreifen.

(israelisches gefangenenlager [illegible] saida)

BRIEF DER PALÄSTINENSISCHEN MILITANTEN IM ASQALAN GEFÄNGNIS AN DIE ORGANISATIONEN UND VOLKSKOMITTEES IM BESETZEN LAND

an unsere brüder und genossen,mitglieder der nationalen organisationen und an die massen-,studenten- und volkskomittees:

wir,die kriegsgefangenen und gefangenen im asqalan gefängnis,sprechen zu euch,von denen wir wissen,daß ihr schon immer unseren kampf in der konfrontation mit der unterdrückerischen politik der knastadministration unterstützt habt.wir hoffen,daß ihr nicht einfach zuseht wie wir leiden.

seit anfang september haben wir den schrecklichen geruch des hasses der arrestbeamten gespürt.ihre augen und ihr verhalten sagten uns,daß eine neue-alte politik gegen uns gefangene eingeleitet wird.diese politik zielt darauf ab uns zu vernichten und unsere organisierte,nationale existenz in den zionistischen gefängnissen auszulöschen.diese unterdrückerische politik hört nicht beim anwesenheitsappell auf.sie zielt darauf ab,die zugeständnisse,die wir durch unseren kampf erreicht haben,zurückzunehmen.die schrecklichen ereignisse in diesem gefängnis seit dem 11. september sind nur der anfang eines planes,der erniedrigung als überschrift trägt.

es gab schreckliche unterdrückung,grosse mengen tränengas und die armee und polizei-hunde sind ständig anwesend im knast,den sie in eine militärbaracke verwandelt haben.und doch haben wir keine angst vor diesen maßnahmen und sie haben unseren kampfgeist nicht getötet.

wir haben lange gewartet in dieser erstickenden realität.während unseres letzten streiks kam die administration immer wieder mit versprechungen,daß sie alles wiederherstellen würden wie es vorher gewesen ist.aber wir haben geahnt - ohne jeden zweifel - daß die knast-administration,unterstützt von der gefängnisbehörde,alles tun wird um ihre politik der verzögerung,erniedrigung und anwendung 'des gesetzes' fortsetzen wird.das wurde uns durch den brief,den der gefängnisverwalter,rafi sweisa,an die gefangenen in nafha schickte,klar.

im angesicht der realität der versuchten liquidation und nachdem wir vorher alle methoden benutzt haben,haben wir folgendes entschieden,um diesen maßnahmen entgegenzutreten und um unsere palästinensische identität zu beweisen: die verweigerung des morgentlichen anwesenheitsappells und den beginn eines unbegrenzten partiellen hungerstreiks - wir essen nur brot.wir rufen euch daher auf uns zu helfen unserer stimme in der ganzen welt gehör zu verschaffen und alle anstrengungen für unseren gegenwärtigen kampf zu unternehmen.eure proteste,sit-ins und petitionen sind methoden,die grosse wirkung in der vervollständigung unseres kampfes haben werden.laßt: 'nein zur politik der erniedrigung - schluß mit den unterdrückungsmaßnahmen in asqalan' eure parole sein.

GEFANGENE DER PALÄSTINENSISCHEN
REVOLUTION
IM ASQALAN GEFÄNGNIS
NOVEMBER 1985

BEITRÄGE ZUM KAMPF DER GEFANGENEN

BEITRAG DER ANGEHÖRIGEN DER POLITSCHEN GEFANGENEN IN DER BRD

Aus dem Wissen über die tödliche Wirkung der Isolationsfolter und aus der nahen Beziehung zu unseren Angehörigen in den Knästen kommt unser Wille und der Motor für die Zusammenlegung zu kämpfen.

In unserer Beziehung zu den Gefangenen können wir nicht mehr zwischen persönlich und politisch trennen. Damit meine ich die Realität der Vernichtungshaft, mit der wir ständig konfrontiert sind und weil wir wollen, dass die Gefangenen als ganze Menschen, so wie wir sie kennen und sie uns wichtig sind, im Knast leben können, das macht die Zusammenlegung zwingend notwendig.

Die meisten von uns haben keine politische Praxis gehabt, bevor sie in die Angehörigengruppe gekommen sind. Die persönliche Beziehung zu den Gefangenen und die Haftbedingungen zu erleben und sie verändern zu wollen, haben uns in die Angehörigengruppe geführt. Wir haben dabei erfahren, dass unsere Nähe zu den Gefangenen das bei uns allen unmittelbar entstandene Bedürfnis, ihre Lage zu verbessern, mit der Gewalt des Staates zusammenprallt. Aber unsere Nähe zu den Gefangenen ist ein starker Motor und bewirkt, dass wir in der Konfrontation mit dem Staat nicht zurückweichen, sondern lernen. Wir lernen das Wesen dieses Staates kennen, an der Realität der Haftbedingungen verliert er seine ganze Tünche und wir lernen uns gegen seine ganze menschenverachtende Gewalt zu wehren. In der Angehörigengruppe machen wir neue Erfahrungen von Beziehungen. Weil die Sorge um die Gefangenen und unser Kampf für die Zusammenlegung ein wichtiger Teil in unserem Leben geworden ist, bestimmt er die Beziehung von uns Angehörigen untereinander und zu unseren Verwandten, Freunden, Bekannten, Nachbarn. In der Gruppe machen wir die Erfahrung von der Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamen Handelns, von der gegenseitigen Unterstützung, dem Zusammentragen und Austausch von Erfahrungen und wir erleben es ständig, dass jeder Einzelne von uns sich in der Angehörigengruppe weiterentwickeln kann, vor allem durch unsere Praxis, indem jeder von uns immer wieder Entscheidungen trifft, wo er mitmacht bei Veranstaltungen, den Infos, bei Aktionen und so Selbstbewußtsein und Stärke gewinnt. In diesen Entscheidungsprozessen sind die Diskussionen über die Erfahrungen von allen eine grosse Hilfe.

Aus diesen Erfahrungen, gemeinsam für ein Ziel zu handeln, uns dabei gegenseitig zu unterstützen, die Stärke zu erfahren, wenn wir etwas in Bewegung setzen, uns gemeinsam zu wehren, wenn sich der Staatsschutz einzelne von uns herausgreift und mit Ermittlungsverfahren, Prozessen, Hausdurchsuchungen und Besuchsverboten einzuschüchtern versucht, haben wir die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung immer mehr begriffen. Die Zusammenlegung der politischen Gefangenen, das wollen wir nicht mehr nur als Schutz vor dem Mord auf Raten, als Schutz vor der Vernichtung von Körper, Geist und Gefühl, als Schutz vor den Mordversuchen, sondern auch als kollektive Strukturen, in denen menschliche Beziehungen, politische Entwicklung und der Widerstand gegen die Gewalt des Staates möglich ist.

Ich will jetzt das, was ich bisher allgemein zu unserem Verhältnis zur Zusammenlegung gesagt habe, wie es sich verändert und entwickelt über unsere eigenen Erfahrungen, unseren eigenen Kampf in und mit der

Angehörigengruppe konkretisieren. Einmal deshalb, weil die Entwicklung unserer Gruppe, die Entwicklung von jedem einzelnen von uns durch die politische Praxis läuft, die wir uns erarbeiten. Das andere ist, dass wir unser Ziel, die Zusammenlegung durchzusetzen noch nicht erreicht haben, aber im Kampf für die Zusammenlegung vor allem im Hungerstreik 1984/85 wichtige Erfahrungen gemacht haben, auf denen wir aufbauen können.

Eine harte Erfahrung für uns war, dass trotz des kollektiven, konsequenten Kampfes der politischen Gefangenen und des starken Kampfes draussen die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Wir haben einige Zeit gebraucht, um den Hungerstreik nicht als Niederlage, sondern als eine Etappe im Kampf für die Zusammenlegung zu begreifen, und von da aus konnten wir dann auch überlegen, wie wir diesen Kampf weiterführen.

Dabei ist eine wichtige Erfahrung für uns aus dem Hungerstreik, dass auf den zahlreichen Veranstaltungen, zu denen so viele aus den verschiedensten Widerstangsbewegungen kamen, ein klares Bewusstsein über die Isolationsfolter vorhanden war und die Forderung der Gefangenen begriffen wurde, sodass im Gegensatz zu früher nicht mehr die Frage, ob die Zusammenlegung die richtige Forderung ist, bestimmend war, sondern die Frage, wie die Zusammenlegung durchgesetzt werden kann. Kurz gesagt haben wir gesehen, dass es mehr geworden sind, mit denen wir die Zusammenlegung durchsetzen werden.
Wir waren uns auch von vornherein darüber im Klaren, dass angesichts der massiven Angriffe des Staates auf die Gefangenen in den letzten 2 Jahren vor dem Hungerstreik die Konfrontation hart werden wird, und dass wir selbst nur einen Teil dazu beitragen können, die Kraft zu entwickeln, die zur Durchsetzung der Forderung notwendig ist. Als wir dann erlebt haben, wie in so vielen Städten Veranstaltungen organisiert wurden, dass Demonstrationen stattfanden, dass es so viele militante Angriffe gab, die sich auf den Kampf der Gefangenen bezogen, dann die internationale Solidarität, da haben wir gedacht, dass wir es schaffen werden, die Zusammenlegung durchzusetzen.

Wir haben die Stärke der Mobilisierung auch am Verhalten der bürgerlichen Medien erfahren. Die Tatsache, dass Anwälte der Gefangenen und wir von dem Zeitpunkt an, wo sich die Mobilisierung entfaltet hatte, in den Medien zu Wort kamen und dort die Isolationsfolter anprangern, über den Hungerstreik der Gefangenen und ihre Forderung berichten konnten, ist das Ergebnis des Kampfs der Gefangenen und der starken Mobilisierung draussen auf allen Ebenen. Zusammen haben wir das erreicht, dass dieser Medienapparat, der sonst nur gegen uns arbeitet, nicht mehr an uns vorbeisehen konnte und wir so auch die Bevölkerung erreichen konnten, die der Staat gerade über die Medien von den Gefangenen, vom revolutionären Widerstand fernhalten will.

Mit der Demonstration in Karlsruhe haben wir eine Möglichkeit verbunden zusammen mit den verschiedenen Bewegungen aus dem Widerstand einen Teil des Drucks zu erzeugen, der zur Durchsetzung der Zusammenlegung notwendig ist, dies war auch die Grundlage für unsere Entscheidung, an der Demo teilzunehmen. Kurz zusammengefasst: aus dem, was ich bisher zu unseren Erfahrungen im Hungerstreik gesagt habe, hat sich für uns die Möglichkeit und Notwendigkeit gezeigt, die Diskussionen mit den Bewegungen des Widerstands fortzuführen und an konkreten Punkten zusammenzukommen, deshalb haben wir am Gegengipfel in Bonn teilgenommen und

sind jetzt hier auf dem Kongress. Wir denken, dass das noch mehr Kontinuität haben muss.

Sicher geht es dabei für uns auch darum, mit vielen über die Bedingungen und die Forderungen der Gefangenen zu reden, zu hören, was sie mit den Gefangenen, ihrem Kampf, zu tun haben und eben auch zu überlegen, wann und wo wir gemeinsam handeln können.

Unsere Verbindung zu den Widerstandsbewegungen stellt sich aber nicht nur da her, wo wir direkt zusammenkommen, wie auf Veranstaltungen oder Demos. Vor allem im Streik haben wir erlebt, wie die Kämpfe, in vielen Bereichen und in vielfältiger Form sich gegenseitig bestärkt haben und immer wieder mobilisierend auf uns gewirkt haben. Ein Zeichen bei uns dafür war, dass wir im Verlauf des Hungerstreiks gemerkt haben, wie wir zu Beginn des Streiks überwiegend über die Haftbedingungen und die Forderungen der Gefangenen gesprochen haben, dass es uns dann, als die Mobilsisierung immer stärker wurde, jedoch wichtiger war, unsere Aktionen, ihr Ziel und ihre Wirkung zu vermitteln. Auch aus dieser Erfahrung der gegenseitigen Mobilisierung wollen wir aufbauen. Sie bedeutet für uns zu überlegen, wie wir auch unabhängig vom kollektiven Hungerstreik der Gefangenen als politische Kraft im Kampf für die Zusammenlegung gegenwärtig sein können.

Unsere politische Praxis, die eng auf die Gefangenen bezogen ist und das konkrete Ziel hat, die Zusammenlegung durchzusetzen, ist nur ein Teil des Kampfes, der notwendig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Unsere Praxis setzt aber an einer wunden Stelle dieses Staates an, weil die Isolationsfolter sein unmenschliches Wesen besonders offen macht und weil die Gefangenen mit ihrem Kampf für das Leben seinen Vernichtungswillen brechen. Für viele, die hier Widerstand leisten, waren die Haftbedingungen der politischen Gefangenen der Punkt, an dem sie die Gewalt des Staates begriffen haben und gleichzeitig die Grenze diesser Gewalt durch den Kampf der Gefangenen. Dieser Staat, der hier alles und alle für seine Zwecke vereinnahmen will durch Medienpropaganda, Überwachung und Kontrolle, Repression usw., damit die Menschen hier nur Ohnmacht empfinden, kommt damit in den Isolationsknästen, wo er seine ganze Gewalt einsetzt, nicht durch, weil die Gefangenen auch im Knast weiter für das Leben kämpfen, für kollektive Strukturen, in denen gemeinsames Leben und Arbeiten möglich ist,
d.h. Diskussionen über die politische Situation, die Kämpfe draussen, der Austausch über die Erfahrungen im Knast, die Möglichkeit eigene Fehler und Schwächen mit den Genossen anzugehen, die gegenseitige Unterstützung, wenn es einem schlecht geht, die gemeinsame Diskussion über Prozesserklärungen, Briefe und Besuche, also da, wo die Gefangenen mit uns draussen diskutieren, und sich gemeinsam gegen die repressive Gefängnismaschine zu wehren. Also sich den Raum zu schaffen, wo die Gefangenen ihre politische Identität bewahren und weiterentwickeln können Ich habe das schon am Anfang unseres Beitrags gesagt, wie wichtig es für uns selber war, Ansätze von kollektiven Strukturen zu entwickeln, weil wir nur so zu einer wirkungsvollen Praxis kommen und auch die Kraft zum Handeln haben. Und diese Erfahrungen teilen wir mit denen, die hier Widerstand leisten, was auch heisst, dass wir voneinander lernen können. Weil das hier für jeden so wichtig ist, sich Bedingungen zu schaffen, in denen er nicht mehr Opfer der Verhältnisse ist, sondern anfängt, sich gemeinsam mit anderen zu wehren, reagiert der Staat mit Gewalt, wie wir sie auch erfahren haben. Diese Konfrontation ist in den

Isolierungsknästen am schärfsten, deshalb ist die Durchsetzung der Zusammenlegung ein harter und langer Kampf. Das bedeutet auch für uns, dass wir in dieser Konfrontation zwischen Staat und Gefangenen, zwischen Unterdrückung und selbstbestimmtem Leben, stehen und uns immer wieder entscheiden müssen, unseren Kampf für die Zusammenlegung weiterzuführen.

BEITRAG ZUR POLITISCHEN BESTIMMUNG DES KAMPFS FÜR DIE FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG

(die diskussionen an der freilassungsforderung gingen nach dem kongress weiter. wir haben den redebeitrag auf der basis dieser diskussionen überarbeitet und verändert.)

seit ca. einem jahr ist die forderung für die freilassung von günter wieder ein ziel der politischen kämpfe. auslöser dafür war der zusammenbruch von ihm im januar 1985 während des kollektiven hungerstreiks der gefangenen aus der RAF und dem widerstand und ein epileptischer anfall im mai 1985. günter befand sich zweimal kurz hintereinander in lebensgefahr und das hat uns ins bewusstsein zurückgeholt, dass er verletzt ist. in der offensive im winter 1984/85 kämpften wir mit den gefangenen für ihre zusammenlegung, auch für die zusammenlegung von günter mit anderen gefangenen. wir hatten uns damals nicht gefragt, ob die zusammenlegung für einen verletzten gefangenen bedingungen schafft, in denen er leben und kämpfen kann.

heute sagen wir, dass es ein politischer fehler war, die beiden forderungen - freilassung und zusammenlegung - im kampf voneinander zu trennen.
der kampf für die zusammenlegung ist ein kampf für bedingungen, in denen im knast kollektivität und selbstbestimmung möglich sind; für bedingungen, die auf neuer stufe handlungsfähigkeit freisetzen. deshalb wollen wir die zusammenlegung der gefangenen aus der RAF und dem widerstand.
gefangene, die verletzt sind, sind schon allein durch ihre verletzung in ihrer politischen handlungsfähigkeit eingeschränkt. die verletzung setzt dem gefangenen in seinem kampf objektive grenzen und gibt dem staatsschutz die möglichkeit, die verletzung zum bestandteil der folter zu machen. wirkliche handlungsfähigkeit wird es für einen verletzten gefangenen nur geben, wenn er der direkten zugriffsmöglichkeit des staatsschutzes nicht mehr ausgesetzt ist. das ist mit der durchsetzung der zusammenlegung nicht gewährleistet, sondern nur mit der freilassung.

wir werden das am beispiel von günter konkretisieren:
die schussverletzung, die er bei seiner festnahme im mai 1977 durch eine bullenkugel abgekriegt hat, zerstörte gehirnfunktionen. die folge davon war, dass er dinge wie lesen und schreiben wieder lernen musste und starke gedächtnis-, wortfindungs- und konzentrationsstörungen hatte.
das waren seine ausgangsbedingungen, als der staatsschutz seine verlegung vom krankenhaus in den isolationstrakt nach stuttgart-stammheim befahl. er war noch bewusstlos, als sie ihn verlegten. die isolationshaft war das genaue gegenteil von dem, was er an kommunikationsmöglichkeiten gebraucht hat. um alles wieder erlernen zu können, was die schussverletzung zerstört hat, war und ist es notwendig, dass er mit genossen/genossinnen zusammen sein kann, wann und wie er das will und braucht.
aus medizinischer sicht ist es möglich, dass andere teile des gehirns aktiviert werden und die zerstörten funktionen übernehmen. die isolationshaft sollte das verhindern, indem sie günter jede kommunikationsmöglichkeit nahm.
zusätzlich zum täglichen entzug sozialer und politischer kommunikation durch seine isolation verweigerten sie ihm die medizinische behandlung durch ärzte seines vertrauens. medizinische untersuchungen waren wegen der verletzungsfolgen in regelmäßigen abständen notwendig.
der staatsschutz machte die medizinische versorgung davon abhängig, daß die untersuchungen von ärzten gemacht werden, die mit ihnen kooperieren. diesen staatsschutzbedingungen nicht zuzustimmen bedeutete, daß die medizinische versorgung verweigert wurde.
ein aktuelles beispiel: während des zusammenbruchs im januar 1985 haben sie im knastkrankenhaus hohenasperg verschiedene untersuchungen gemacht. die herausgabe der krankenakte, aus der hervorgeht, welche untersuchungen mit welchem ergebnis gemacht wurden, wird bis heute verweigert. sie wissen, warum es zu günters zusammenbruch kam, er weiß es nicht.
es ist teil der folter, über den medizinischen stand der verletzung alles zu wissen und dieses wissen dann gegen den gefangenen einzusetzen, in dem die haftbedingungen entsprechend bestimmt werden.
und zuletzt: seit der verletzung besteht die gefahr, daß günter epileptische anfälle kriegt. zur minderung der anfallsgefahr nimmt er seit jahren ein anti-epileptikum. nach dem zusammenbruch im januar 1985 und auf der basis der medizinischen untersuchungen empfahl ihm der knastarzt schulte von hohenasperg, das medikament abzusetzen. die folge war der epileptische anfall im mai 1985. ein epileptischer anfall kann tödlich ausgehen - das weiß jeder arzt, das weiß auch der staatsschutz.
in den 9 jahren, die günter inzwischen im knast ist, gibt es unzählige beispiele dafür, wie der staatsschutz die verletzung zum mittel der folter gegen günter gemacht hat, mit dem ziel seine politische identität zu zerstören.
günter hat in den jahren seiner gefangenschaft ständig gegen die verletzungsfolgen angekämpft und sich dadurch wieder das angeeignet, was er sich unter den bedingungen der gefangenschaft aneignen konnte. den kampf weiterführen, war und ist für ihn, sich gegen die verletzungsfolgen und die isolationsfolter durchzusetzen. seine subjetive entschlossenheit und sein wille weiterzukämpfen, stoßen an die objektiven grenzen, die ihm durch die verletzung und die bedingungen gesetzt sind. das wurde über den zusammenbruch während des hungerstreiks offensichtlich.
es ist notwendig, günters freilassung jetzt im kampf durchzusetzen.

die basis, auf der wir uns als widerstand für den kampf für seine freilassung entscheiden, ist der durchbruch zur front in westeuropa in und durch die offensive im winter 1984/85. in der etappe, die wir mit dieser offensive zusammen mit der guerilla und den gefangenen aus RAF und widerstand eröffnet haben, geht es darum, den aufbau der front zu vertiefen und zu verbreitern. jede politische initiative, jeder fight soll für dieses ziel wirken. in diesem fight, in der konfrontation imperialistischer staat - befreiungskmpf, wird es immer gefangene geben und es kann auch immer verletzte gefangene geben, weil das verhältnis krieg ist.
aus der tatsache, daß sie günter trotz seiner verletzung nicht freigelassen haben, wissen wir, daß sie das mit jedem machen werden, den sie verletzt gefangennehmen, wenn er den kampf nicht aufgibt.
im kampf für günters freilassung ist es für uns wichtig, hier politisch durchzusetzen, daß jeder verletzte genosse freigelassen werden muß. das ist eine der bedingungen, die wir für die entfaltung revolutionärer gegenmacht brauchen.

WIR FORDERN ENTSPRECHEND DER MINDESTGARANTIEN DER GENFER KONVENTION:
- FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG
- ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

hungerstreik
demo 85 in
karlsruhe

AUSEINANDERSETZUNG

ZUM

SCHUTZ

ÜBER DIE SCHWIERIGKEIT, REVOLUTIONÄRE POLITIK ZU MACHEN UND NICHT IN KONKRETEN SITUATIONEN EIN TAKTISCHES VERHÄLTNIS ZU ENTWICKELN

am letzten tag des kongresses in frankfurt kamen etwa 50 startbahng ner/innen, um wie sie selbst von sich sagten, eine infoveranstaltung zur startbahn zu machen.
wir gingen aus unseren arbeitsgruppen ins treppenhaus, um der schon vorher angekündigten konfrontation mit den leuten von der startbahn zu begegnen, die nicht bereit waren, die sicherheitsvorkehrungen, konkret die durchsuchungen an den eingängen zu akzeptieren.
mein eigenes verhältnis zu den sicherheitdvorkehrungen hatte sich im verlauf des kongresses verändert. als wir zunächst hier in berlin von den sicherheitsvorkehrungen gehört haben, waren wir total baff, denn diese maßnahmen kannten wir bisher nur von den schweinen,knast und repression viel uns bei den durchsuchungen ein. wir haben dann in der auseinandersetzung mit dem kongreß, unserem eigenen bedürfnis, dahin zu fahren, die sache der kontrollen klarer gekriegt. an dem, was wir selbst in frankfurt wollten. auf der anderen seite haben wir uns die politische situation, in der der kongreß stattfindet und die damit verbundene konfrontation mit den schweinen rangeholt. auch mit beispielen aus anderen ländern, wie der IRA und den kurden, die ähnliche sicherheitsvorkehrungen treffen, bei ihren versammlungen, versuchten wir uns die sache schmackhaft zu machen.
trotzdem blieben die sicherheitsmaßnahmen an sich für uns noch wenig gefüllt, weil schwierigkeiten kriegen wir ja nicht nur durch die abstrakte erkenntnis in notwendigkeiten weg, die konfrontation, die der kongreß in dieser politischen situation darstellt, war ebenfalls noch abstrakt. außerdem fehlte uns jegliche erfahrung, denn ein kongreß wie der in frankfurt, hatte bisher in der brd noch nicht stattgefunden.
auf diesem level sind wir dann nach frankfurt gefahren und waren an den eingängen auch etwas verwirrt, als wir dann doch allle kontroliert wurden, obwohl uns eigentlich vermittelt worden war, daß geschlossene gruppen aus städten den eingang šop" passieren" könnten. nun ja gleich am freitag, bevor der kongreß praktisch überhaupt angefangen hatte, kam es zu ersten auseinandersetzungen mit leuten aus frankfurt, aber auch aus wiesbaden und berlin, die keinen bock auf die kontrollen hatten.
aber auch an diesem abend wurde schon deutlich, daß die auseinandersetzungen um die " sperren " eigentlich nur den streit um inhaltlich differenzen mit dem kongreß übertünchten. es kam schon hier zu wortgefechtn wie " das ist eure front, abgrenzung ist das " usw. das plenum des kongresses hat dann beschlossen, das für alle leute die " sperren " gelten, das wurde dann den leuten vermittelt, die wiesbadener und berliner und einzelne andere haben sich dann entschlossen, durch die sicherheitskontrollen zu gehen.
nach dem freitag abend, der konfrontation mit den bullen und später beim lesen der pressemeldungen zu dem kongress, war mir dann der sinn und unsinn der kontrollen klar, konkret nach dem freitag konnte ich selbst ohne schwierigkeiten an den kontrollen teilnehmen
mir ist klarer geworden, daß die sperren nicht so sehr materiellen wert hatten, als vielmehr eine psychologische sperre war.

sicherlich konnten mit den kontrollen nicht alle mikrophone oder sonstige teile gefunden werden, ein argument, das vor beginn des kongresses für uns hier in berlin immer als argument gegen die kontrollen verwandt worden ist. die kontrollen drückten erstmal die formal unsere geschlossenheit aus, die schweine hatten so richtig das gefühl, sie müssen ihre leute so richtig zu uns reinschicken, die "sperren" drückten nach aussen eine gute organisationsstruktur aus, (kontrollen wurden in fast allen zeitungen benannt), was in bestimmten situationen für uns sicher ein politischer schutz war. das ist die eine seite. die andere ist, dass ich mich nach dem freitag einfach auch in dem gebäude besser "aufgehoben" gefühlt hatte.
als dann am dienstag die leute von der startbahn aufgetaucht sind, ich auf der treppe stand, hatte ich direkt das gefühl von feindschaft, wo es nicht mehr darum ging, die veranstaltung zu machen, gemeinsam bedingungen zu finden, um zusammen zu reden, es sollte gestört werden. ich kenn das selber aus anderen situationen, wo ich zu veranstaltungen gehe, um diese zu stören, da trete ich auch so auf, wie die leute da im treppenhaus, aus dem bewusstsein vom kampf heraus und feindschaft. das ultimatum das von den startbahnleuten an uns gestellt wurde, war nur ausdruck davon, was sache ist. ich würde immer nur schweinen ein ultimatum stellen.
es war schlichtweg keine verständigung mehr möglich, ich bin auch mit fragen nach frankfurt gefahren, wenn ich die aber hätte nicht mit anderen reden wollen, wäre ich zu hause geblieben oder hätte eine solidarische kritik formuliert. hinterher ist mir eingefallen, dass ich auch in berlin viele leute kenne, die erst mal politisch andere sachen vertreten als ich. würden die eine veranstaltung machen, würde ich entweder versuchen, meine inhalte da mit reinzutragen oder würde zu der veranstaltung gar nicht hingehen.
das problem in der situation war dann auch noch der zusammenhang startbahngegner/innen und die atif leute zusammen auf der treppe. es muss aber gesagt werden, dass die atif leute erst später gekommen sind und die auseinandersetzung zwischen startbahn und uns auf der treppe sich da schon total verhärtet hatte und wir gar keine lösung mehr finden konnten.
in der situation selbst habe ich gedacht, wir lassen die leute von der startbahn hochkommen auch ohne kontrollen und damit ist der kongress halt von uns zu ende.
diese überlegung war in dem moment für mich zwar auch wie eine niederlage, aber in dem moment war mir das dann auch noch lieber, als das gefühl, mich womöglich noch mit leuten von der startbahn prügeln zu müssen, also mit genoss/inn/en, wodurch gräben aufgerissen würden, die so schnell nicht mehr zuzuschütten wären.
als dann im plenum einer vom schutz gesagt hat, er sei schwer sauer gewesen darüber, dass er 5 tage lang selbst seine besten freunde an den eingängen "durchsucht" hat, um den kongress praktisch und politisch durchzusetzen und dann fällt der plenumsbeschluss so aus, dass er leute durchgehen lassen soll, die er gar nicht kennt.
ich glaube mittlerweile aus der distanz, in der konkreten situation war mir das auch nicht so klar, war der plenumsbeschluss politisch total falsch.

es war von anfang an total klar, dass die leute von der startbahn, die unten standen, nicht daran interessiert waren, mit uns eine auseinandersetzung zu führen. das, was sich zunächst als protest gegen die veranstalter/innen richten sollte, hat sich hinterher gegen all die gerichtet, die aus den unterschiedlichen städten auch mit ner kritik an den vorbereitungen, aber- mit einem bedürfnis nach auseinandersetzung nach frankfurt gefahren sind.

da poten ell die bullen auch noch angerückt wären, wenn es zu auseinanderstzungen gekommen wäre, hätte das den ganzen kongress politisch und auch praktisch zerschlagen, welbst wenn es schon der letzte tag des kongresses war, wäre das, was wir die ganzen tage gegen die bullen und auch gegen unsere eigenen schwierigkeiten erkämpft hatten (über alle politischen unterschiede und unterschiedliche vorbereitungen hinweg überhaupt anzufangen zu diskutieren) damit kaputt gewesen.
es ist mir auch total unverständlich, wie leute, die am dienstag unsere "sperren" durchbrechen wollten und am freitag draussen auf der strasse gestanden haben, als die bullen da waren, wie die das klar kriegen, denn spätestens hätte ab freitag für alle, die auf dem kongress waren und auch die , die aussen von der sache mitgekriegt haben, klar sein müssen, dass alle "maßnahmen", die es in frankfurt gab, für uns erst mal ein schutz und eine möglichkeit war, den kongress durchzusetzen. in dem moment, wo ich auch im plenum dafür gestimmt habe, dass die startbahnleute ohne kontrollen reinkommen können, ist mir die eigene orientierung, den kongress zu wollen und nicht durch irgendwen kaputtmachen zu lassen, verloren gegangen.
plötzlich die eigenen bedingungen total ausser acht zu lassen und dem druck nachzugeben, war an der stelle wirklich ein scheiss liberalismus.
es geht dabei, wie gesagt, nicht um die startbahnbewegung, sondern um die 5o leute, die unten standen und keine verbale auseinandersetzung, keine politische auseinandersetzung mit uns wollten.
das heisst auch nicht, das alle sachen, die mit dem kongress einhergingen total o.k. waren und es nichts zu kritisieren gäbe. diese kritik an unseren eigenen strukturen auf dem konress, was scheiße gelaufen ist, sollte sich aber nicht vermischen mit der kritik z.b. an dem auftreten der startbahnleute am dienstag.

Der Kampf geht weiter!

Hüttendorf im Taxöldener Forst.

wir wollen was dazu sagen, wie wir den schutz für den kongress politisch und praktisch bestimmt haben und was für erfahrungen wir in den verschiedenen phasen vor, während und nach dem kongress gemacht haben. in der bestimmung und durchführung gibts viele momente, die wir uns gemeinsam und bewußt aneignen wollen.

aus dem, daß wir den kongress als ne möglichkeit für unsere eigene und die gesamte entwicklung gesehen haben, sind wir zusammengekommen um den schutz aufzubauen, die bedingungen zu schaffen und selbst zu bestimmen, die wir für die durchsetzung und durchführung der internationalen diskussion notwendig fanden.

in den ersten diskussionen unter uns war es wichtig, aus der unterschiedlichkeit die unter uns da war, eine gemeinsame politische einschätzung der situation und der bedingungen rauszukriegen. in der entwicklung, die für uns zusammen anfing, hat sich viel verändert, von den anfänglichen groben vorstellungen, was es heißt hier im zentrum ne diskussion um die möglichkeit und perspektive von revolutionärem kampf in westeuropa zu organisieren. wir haben für uns immer mehr den kongress als politischen angriff, gegen den nato-staat brd in seiner zentralen funktion für die formierung westeuropas - für den gesamten rekonstruktionsversuch der imperialistischen staaten - begriffen, wenn wir sie hier mit unseren zielen, den zielen der revolutionären umwälzung konfrontieren:
so wie wir die einheit der kämpfenden hier und in westeuropa wollen und vorantreiben, für den aufbau der revolutionären front die diskussion unter uns und mit den genoss-inn-en aus den anderen ländern (frontabschnitten) organisieren, ihre bedingungen und ihre kämpfe als authentischen prozeß mitzubekommen

unsere erfahrungen waren die sich häufenden counteranschläge, (hertie in dortmund, flughafen frankfurt, in brüssel mit der "erklärung" von den "peace counquerers", die den anschlag auf den flughafen in ffm unterstützten, das durch eine bombe abgestürzte flugzeug vor irland und die explossion auf dem tokioer flughafen),
die ganzen bombendrohungen während und nach der offensive 84/85 (wo sie bahnhöre aufgrund von bombendrohungen abgesperrt oder ganze kaufhäuser geräumt haben),
die massiven infiltrationsversuche,
die morddrohungen gegen genoss-inn-en und der versuchte brandanschlag am 18.10.85 gegen die hafenstr.
die bullenmorde in frankfurt, athen, brixton und amsterdam.
das waren für uns punkte, woran wir ne einschätzung entwickelt haben, womit wir hier, wenn wir den kongress wollen, konfrontiert sind. ihr "schmutziger krieg", der in die metropole zurückgekehrt ist, worin sich ihr ganzer haß und vernichtungswille gegen uns zeigt, wo sie nach möglichkeiten/strategien suchen, um den revolutionären kampf auszulöschen und seine wirkung zu brechen.
in den diskussionen haben wir versucht rauszukriegen, was es heißt, daß sich die geheimdienstlinie immer weiter nach vorne schiebt und wie sich darüber unsere kampfbedingungen verändern. daß wir nicht allein von unseren bedingungen hier in der brd ausgehen können, sondern die ent-

wicklung in westeuropa sehen müssen, weil die kämpfe aufeinander wirken und so sie auch ihre reaktion bestimmen - als kern die us-militärstrategie - als der versuch, eine vereinheitlichte anti-"terroristen"-politik nach innen und außen zu formieren und praktisch durchzusetzen. so haben wir nach den angriffen der palästinensischen kommandos in rom und wien überlegt, was sie für auswirkungen auf uns - auf die durchführung vom kongress - haben, weil sie daran ihre hetze und formierung gegen den internationalen kampf um befreiung hochgezogen und gezeigt haben, wie sie sich das vorstellen, gezielte "chirurgische schläge" und facts zu setzen, wo kein nato-staat an der us-linie "prävention und vergeltung" vorbei kann.
aber auch zu sehen, daß sie in ihrer handlungsfähigkeit verdammt eingeschränkt sind, ihre politische agonie durch unsere iniative immer wieder gegen sie wirkt. in jedem schritt, den sie machen ihr kern - faschistische herrschaft - immer greifbarer wird. sie die menschen mit angst und schrecken hinter ihre projekte zu zerren versuchen, daß das ihren brüchigen boden ausmacht, auf dem sie sich bewegen.
sie sind gezwungen, in jede form von bewusstseinsbildung und eigenständiger politischer struktur reinzuschlagen - im keim zu ersticken - bevor der prozess zur wirkung kommt und sie die konterrevolution immer weiter in die gesellschaft reinverlagern - nach vorne schieben. das ist auch unsere erfahrung, daß sie auf schritte von uns immer öfter nur noch mit gewalt reagieren können und daß sich die reformistische staatsschutzlinke immer fester an den staat anschmiert, sie auf jeden ansatz von front reagieren, jetzt schon von der möglichkeit ausgehen, daß wir hier die front, ihre kraft bewusst zur entfaltung bringen. aus diesen punkten, aus den erfahrungen der letzten kämpfe für die front, und die entscheidung im streik, die gefangenen umzubringen und ihre entscheidung, den streik abzubrechen, war für unsere diskussion wichtig.

aus der internationalen bestimmung des kongresses, durch die teilnahme von genoss-inn-en aus anderen ländern, entwickelte sich für uns die einschätzung, daß die entscheidung, was sie gegen den kongress unternehmen, nicht nur die frage der brd oder eines anderen einzelnen nato-landes ist, sondern sie ne entscheidung auf nato-ebene treffen werden, d.h. sie auf unseren politischen angriff mit ner vereinheitlichten vorstellung als gesamtsystem reagieren müssen.
diese überlegungen haben wir teilweise nur angerissen, nicht weiterentwickelt, um daraus politische und praktische schritte zu bestimmen, was sich auch gezeigt hat. aber so weit wie wir waren, waren die diskussionen die grundlage für unser verhalten, für die funktionen, die wir daraus bestimmt haben.
wir mussten einfach die erfahrungen im kampf machen.

wir haben auch so ne art schwarz-weiß-vorstellung entwickelt:
- entweder sie verhindern den kongress von anfang an militärisch
- oder wir schaffen es, ihn durchzusetzen und er findet unter massiver observation und provokation statt.

zum ersten hatten wir soweit überlegt, daß wir uns nicht freiwillig abräumen lassen wollten, sondern in dem fall die FH dicht machen, um raum zu schaffen für verhandlungen, den politischen preis so hoch wie möglich zu schrauben, und wenn's kräfteverhältnis so weit für uns wirkt, nen "freien abzug" durchzusetzen, daß diese überlegungen auch nur angerissen waren, hat sich auch am freitag praktisch gezeigt.
zum zweiten gab's ja dann auch ne menge praktische vorstellungen, die es ermöglicht haben, uns die tage über zu organisieren, bedingungen

wir wollen noch zu der plenumsentscheidung vom dienstag was sagen, weil die ganze schärfe der auseinandersetzung für uns alle, so wie sie lief, völlig neu war. wir haben am montag nacht noch lange geredet und überlegt, wie wir die situation im griff behalten können, warum wir uns da hinstellen und uns nicht überrennen lassen.
aber so direkt konnte sich das wohl kaum eine-r vorstellen, was da in einem selber zusammenprallt:
die vorstellung, die einheit der kämpfenden hier zu wollen, aber zu sehen, dayß das mit ihnen so nicht möglich ist.

für uns, die auf der treppe standen oder im plenum waren, war's dann auch die schwierigkeit, mit dem angedrohten bruch, was das in der konsequenz bedeutet, klarzukommen und rauszukriegen, was denn unser verhältnis zu den leuten ist. wir uns nicht durch ihr massives auftreten die ganzen erfahrungen der tage vorher und was da an diskussionen und entscheidung von jedem/r dranhing, wegnehmen zu lassen. das war in dem moment der kern der entscheidung, stehen zu bleiben, sich nicht erpressen zu lassen, daß es stimmt, so wie wir's wollen.

die tatsache, sich . mit einem ultimatum unter druck setzen zu lassen ist ausdruck einer politischen schwäche. das plenum hat das ziel, politischen raum für unsere diskussionen zu schaffen in diesem moment völlig aus den augen verloren. wir hätten erst einmal darüber reden müssen, warum sie sich so aufführen und was der inhalt ihrer flugblätter ist, in denen sie uns politisch nur denunzierten. es war klar, diejenigen haben sich bewußt als provokateure verhalten, andere haben sich darin verhalten. praktisch haben sie zusammen mit den provokateuren von ATIF/Partisan die auswertung der AG's am nachmittag und unsere veranstaltung mit den kurdischen genossen verhindert.

wir denken, daß diese abstimmung ausdruch davon ist, selbst den bruch zu diesen leuten nicht gewollt zu haben, die für viele gerade aus anderen städten repräsentativ für die startbahnbewegung standen. es wurde aus opportunismus entschieden. das plenum hat mit der "politischen entscheidung" für "gesichtskontrollen durch vertrauenspersonen" überhaupt nicht mehr den gemeinsamen entscheidungsprozeß, die praktischen erfahrungen der tage vorher, im auge gehabt. die vielen genoss-inn-en, die unten in dieser konfrontation versuchten, die situation im griff zu behalten und den raum für die politischen diskussionen zu schaffen, waren von dieser entscheidung ausgeschlossen.

wir denken jetzt dazu, daß die auseinandersetzung nicht abgeschlossen ist, sondern schärfer wird.
da wo wir initiative, konfrontation, bruch wollen und im kampf organisieren, drückts genau solche leute, die ihre eigene veränderung nicht wollen, ihnen ihr status-quo wichtiger ist, an die wand. sie werden immer mehr zwischen den fronten aufgerieben.
die konsequenz ist, daß sie sich gegen uns stellen müssen, oder ihr rückzug offen und nackt daliegt, sie in der auseinandersetzung mit uns ihre eigene legitimität suchen, sich ihr verhältnis zu denen, die kämpfen zu nem reaktionären entwickelt. das drückt sich an ihrer haltung aus, "ultimatum - bei nichterfüllung: bruch"; dies ist nichts anderes als die völlige reproduktion des alltäglichen terrors hier gegen die menschen.

daß wir den kongress durchgesetzt haben, hat für uns neue möglichkeiten geschaffen, die diskussion um die einheit des widerstandes in westeuropa weiter zu bestimmen.

der kongress hat auch gezeigt, daß die kämpfe um vereinheitlichung erst begonnen haben. wir wollen im praktischen prozess zueinander die entwicklung vom gemeinsamen begriff von metropolenstrategie und unseren subjektiven zielen.

die gegenwart gehört dem kampf, die zukunft gehört uns

genossinnen und genossen aus dem schutz

KOMMUNIQUE

für uns ist der anfang der internationalen diskussion hier auf dem kongreß ein sieg!
weil wir uns gegen die vielfältigen massiven angriffe, diese diskussion zu verhindern, politisch durchgesetzt haben und damit die möglichkeit hatten, erste gemeinsamkeiten festzustellen. jeder schritt, den wir aufeinanderzugehen, ist ein schritt nach vorn.

WIR HABEN GEMEINSAM FESTGESTELLT, DASS
- die sog.westlichen demokraten in unseren ländern ihr wahres gesicht als klassendiktatur zeigen;
- die westeuropäischen staaten bei der durchsetzung ihrer konterrevolutionären politik zusammenarbeiten.

unser widerstand richtet sich gegen repression in jeder ausdrucksform:
sozial, ökonomisch, politisch, militärisch.
das heißt konkret

für die genossen in italien:
- gegen das finanzgesetz (gesetz über sparmaßnahmen und umverteilung) und gegen die kriegstreibende politik der regierung craxis;
- gegen die kriminalisierung der revolutionären avantgarden;
- für die einheit der klasse;
- gegen das projekt des verrats, des abschwörens und der differenzierung;
- gegen klassenkollaboration und für die proletarische solidarität;
- für den aufbau des proletarischen internationalismus.

für die genossen in frankreich:
- gegen die angriffe gegen emigranten;
- gegen die differenzierung unter den gefangenen und gegen spezialgefängnisse;
- gegen auslieferung und deportation von revolutionären militanten;
- gegen die flexibilisierung der arbeit;
- gegen den staatsterrorismus gegen die revolutionären militanten, z.B. die GAL etc.

für die genossen in spanien:
- gegen die industrielle umstrukturierung, die authentischer terrorismus der unternehmer ist;
- gegen den versuch der vernichtung der revolutionären gefangenen, von denen sich die weiblichen politischen gefangenen gegenwärtig im hungerstreik befinden;
- für amnestie und freiheit;
- vorwärts die volksbewegung des widerstands.

für die genossen in portugal:
- gegen das projekt des abschwörens;
- gegen sozialdemokratisierung der arbeiterklasse;
- gegen den internationalen währungsfond und die eg;
- gegen sondergerichte;
- gegen totalisolation und für das zusammenkommen der gefangenen;
- gegen kürzung der besuche;
- für das recht auf liebe im gefängnis;
- revolutionärer internationalismus für die befreiung der revolutionären politischen gefangenen auf der ganzen welt;
- gegen arbeitslosigkeit und nichtauszahlung der löhne.

für die genossen in der brd:
- für die zusammenlegung der gefangenen aus der raf und dem widerstand und für die freilassung von günter sonnenberg;
- für die rekonstruktion der klasse auf dem boden des proletarischen internationalismus;
- kampf für die zerschlagung der nato und ihrer aktuellen kriegspläne;
- für die einheit der revolutionären bewegung westeuropas im angriff gegen die militärischen, ökonomischen und politischen projekte des imperialismus;
- für den aufbau der antiimperialistischen front als revolutionärer gegenmacht, in der sich proletarisches bewußtsein und kollektivität entfaltet.

gemeinsam haben wir festgestellt: daß sich unser widerstand gegen die nato richtet, nicht nur als militärpakt, sondern auch in der funktion für die aufstandsbekämpfung.
eine ganz besondere bedeutung hat für uns die unterstützung und solidarität des kampfs der revolutionären politischen gefangenen weltweit!

diese punkte sind das resultat des erfahrungsaustauschs und der diskussion zwischen uns auf dem kongreß in frankfurt.
wir rufen auf zum antikapitalistischen und antiimperialistischen widerstand
VENCEREMOS!

antikapitalistische und antiimperialistische genossen/innen aus westeuropa und
vereinigungen zur unterstützung der politischen gefangenen.

auf dem kongress "antiimperialistischer und antikapitalistsischer widerstand in westeuropa" in frankfurt, am 3.2.1986

ANHANG

informationen zum kongress 25.1.86

der kongress findet vom 31.1. - 4.2. in ffm stattl 29/30.1.86

informationen zum kongress - wir lassen und nicht spalten

presseerklärung

asta pressemitteilung

pressespiegel

programm

INFORMATION ZUM KONGRESS IN FRANKFURT/MAIN

wie jetzt alle bereits wissen werden, findet vom 31.1.-4.2.86 der "ANTIKAPITALISTISCHE UND ANTIIMPERIALISTISCHE WIDERSTANDSKONGRESS" in frankfurt statt.
die auseinandersetzung über die ziele und inhalte des kongresses gibt es bereits länger - spätestens seit dem widerstands-treffen, neujahr, in der hafenstrasse.

was uns in diesen auseinandersetzungen immer noch gefehlt hat, war, daß wir parallel zu der inhaltlichen diskussion und bestimmung (zb arbeitsgruppen) auch eine genaue auseinandersetzung über die b e d i n g u n g e n und die s i t u a t i o n entwickeln, in der der kongress stattfinden wird, und wie wir ihn politisch und materiell d u r c h s e t z e n können. also was das für hier - BRD - auf dem hintergrund der letzten 12 monate heisst, den kongress und damit die organisierung der internationalen diskussion, nicht nur zu wollen, sondern in der lage zu sein, ihn auch durchzuführen. dh die politischen und praktischen voraussetzungen zu schaffen, unter denen er laufen kann - ZU UNSEREN BEDINGUNGEN.
in mehreren städten gab es bereits diskussionen darüber, die wichtig sind, aber noch nicht überall und nicht vertieft.
deswegen dieses papier (wie immer auf die schnelle, weil es soviel zu tun gibt) um ein paar gedanken und überlegungen, die wir uns darüber gemacht haben, zu vermitteln.

wir können die konkrete situation nur in der bestimmung und praktischen durchsetzung unserer ziele bestimmen. deswegen nochmal kurz zum kongress und worum es uns dabei geht:
allgemein geht es um die revolutionäre entwicklung hier und in westeuropa, als einen politisch, praktischen prozess - gegen die für jeden erfahrbare tödliche realität im imperialismus.
darum, für uns neue möglichkeiten zu schaffen, die diskussion, kommunikation, information zu entwickeln, als teil/voraussetzung für die entwicklung unserer kämpfe.
konkret wollen wir die diskussion über unsere ziele, inhalte, erfahrungen und kämpfe entwickeln, und von da aus - als einen dialektischen prozess - die auseinandersetzung mit genossen aus anderen westeuropäischen ländern in angriff nehmen.

die politische situation ist einerseits,
daß wir uns im letzten jahr immer mehr die initiative erkämpft haben - die kämpfe im winter 84/85, august usw. - dadurch der politische preis für hartes vorgehen der schweine immer größer geworden ist - die offensive reaktionen auf den mord an günther sare quer durch die ganze brd, die solidarisierung nach den angriffen auf die hafenstrasse in hamburg.
die schweine sind mit ihrem programm, die revolutionäre zu isolieren und die bewegung zu spalten, nicht durchgekommen.
es haben sich strukturen entwickelt, deren kampf und prozess mit oder ohne kongress weitergehen wird. wir brauchen den kongress, um die politische diskussion unter uns zu vertiefen und uns die türen zu den erfahrungen der revolutionäre in anderen europäischen ländern zu öffnen - das z w e i t e b e i n der FRONT sozusagen.
andererseits sind wir konfrontiert mit der immer brutaleren reaktion in ganz westeuropa, der mehr oder weniger als nato-politik durchgesetzten linie von us-shultz: "prävention und vergeltung", umgesetzt von den verschmelzenden apparaten von militär, polizei, geheimdiensten, faschisten, justiz und medien.

die gal im baskenland, die im zuge des seit 83 bestehenden nato-plan "zen" viele genossen, die sie der ETA oder ihr nahestehenden gruppen für zugehörig hielt, ermordet hat;
ähnliches schon lange in irland durch die britischen besatzungstruppen und sondereinheiten;
in frankreich terror und morddrohungen gegen genossen aus dem widerstand, die verhaftung der genossen von "l'international", die die internationale revolutionäre diskussion organisiert haben;
das gleiche in italien gegen die genossen von "el boletino",
die morde an genossen aus dem widerstand in holland, griechenland und großbritanien - und in den letzten monaten in der BRD:
der mord an günther sare, der brandanschlag am 18.10 auf die hafenstrasse, der versuch, unsere genossinnen angela und heidi in frankfurt s o zu verhaften daß es geheim bleibt - der raum in dem dann für sie allesmöglich werden soll.
und gleich anschliessend großfahndung und darin integriert der qualitative neue schritt der "vi deo fahndung". und nicht zuletzt der massive einsatz von spitzeln in allen bereichen des widerstandes, als reaktion auf die EINHEIT.
das sind nur einige - unterschiedliche momente der konfrontation.

wir sind von anfang an davon ausgegangen, daß der kongress für den natostaat BRD und seine apparate ein p o l i t i s c h e r angriff sein wird und von den herrschenden hier auch als solcher begriffen werden wird,
weil wir sie dort mit u n s e r e n - revolutionären - z i e l e n politisch konfrontieren werden,
weil wir ihn als teil des ganzen revolutionären prozesses in der brd und in WESTEUROPA bestimmt haben - der kongress teil der g a n z e n konfrontation ist.
und die imperialisten mussten in den letzten 12 monaten immer wieder erfahren, welche kraft wir in diesem prozess entwickeln können.

das heisst, darüberhinaus, dass es ihnen eh darum geht, diesen prozess an allen ecken und enden, wo sich widerstand entwickelt und der revolutionäre prozess praktisch wird, zu zerschlagen, werden sie auch alles daran setzen, einen/unseren erfahrungs- und informationsaustausch der revolutionäre gruppen und bewegungen in westeuropa zu verhindern.
dass sie den kongress kriminalisieren ("europakongress der terrorscene" - bonner rund schau, 21.januar) und seine durchführung versuchen unmöglich zu machen, indem sie uns zb versuchen die räume wegzunehmen, oder ihn versuchen zu zerschlagen.
das heisst, dass wir uns politisch genau damit auseinandersetzen, was jeder selbst dort will und in seinem jeweiligen zusammenhang, und darüberhinaus politisches bewußtsein über ziele und inhalt des kongresses zu schaffen.
dass wir uns damit die politischen und praktischen voraussetzungen schaffen, die initiative zu haben und zu behalten, damit der kongress zu unseren bedingungen stattfinden kann.
dass wir zusammenkommen, in dem bewußtsein, daß w i r bestimmen w e l c h e konfrontaion wir w o wollen - uns, von wem auch immer, nicht provozieren lassen und provokationen unsererseits vermeiden.
und konkrete vorkehrungen treffen, angriffe auf uns soweit es geht unmöglich zu machen.

inzwischen, konkret am montag den 20.januar hat der apparat versucht, gegen den kongress den ersten schlag zu landen: über den rektor der fachhochschule wurden uns die räume gekündigt. da sie das problem hatten eine politische entscheidung in eine juristische form zu pressen, ist diese krücke auch dement-

sprechend hohl. zwei zusammengestückelte halbsätze aus dem alten aufruf sollen belegen, dass wir den "rechtlich zulässigen rahmen" überschreiten könnten. natürlich gehen wir dagegen auch juristisch vor und die aussichten für uns sind nicht mal schlecht. was aber nicht heisst, dass wir nicht a l l e anderen möglichkeiten und ebenen des kampfes in unsere überlegungen und in den kampf um die durchsetzung miteinbeiehen und verbinden.
ES IST DIE KONFRONTATION IN DER WIR UM DIE POLITISCH/PRAKTISCHE DURCHSETZUNG DES KONGRESSES KÄMPFEN.

verstärkt die mobilisierung an unseren politischen zielen!

und klar:wir treffen uns aufjedenfall - egal wie sich die situation noch verändert - am 31.januar in frankfurt.
wichtig: trefft euch, um desinformationen zu verhindern (wie sie z.b. die taz gegen die bonn-demo 83 verbreitet hat), macht am donnserstag nachmittag oder abend treffen in den städten, um die nächsten/neusten infos zu bekommen.

BIS DANN, 25. januar 86

DER KONGRESS FINDET VOM 31.1. - 4.2. IN FRANKFURT STATT

die erste instanz haben wir gestern in frankfurt gewonnen - ein glattes urteil für uns, für den kongress und für die räume.
damit ist diese justizkacke aber immer noch nicht zu ende, weil jetzt gegenüber der ersten instanz ne beschwerde von der fh eingereicht worden ist. heute soll darüber entschieden werden und morgen dann in kassel vor der zweiten instanz.
ein urteil gegen den kongress, wäre ein grundsatzurteil gegen j e d e form von politischer öffentlichkeit der revolutionären linken in der brd. wie überhaupt eine verhinderung oder zer schlagung des kongresses grundsätzlich neue bedingungen für den gesamten widerstand einleiten würde.
das betrifft dann alles: die diskussionen, kommunikation unter uns, veranstaltungen, politische treffen, infos zu gefangenen, widerstand usw.usw.

DER VERSUCH DEN KONGRESS ZU VERHINDERN, ZIELT DARAUF
JEDEN VERSUCH DES WIDERSTANDES SICH POLITISCHE INFORMATION, DISKUSSION, KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEIT ZU ORGANISIEREN ZU KRIMINALISIEREN, UM DIE ENTWICKLUNG DES REVOLUTIONÄREN PROZESSES ZU ZERSCHLAGEN.

wir haben es jetzt so entschieden, daß wir versuchen wollen den kongress in frankfurt durchzusetzen:
- weil wir in keiner anderen stadt eine vergleichbare alternative gefunden haben, wo wir den kongress zu unseren bedingungen machen können. bis gestern haben wir das noch versucht.
- weil es an jedem anderen ort/stadt die gleiche konfrontation, der gleiche fight werden wird, den kongress durchzusetzen.
- weil es der brd-staat ist, der den angriff gegen uns führt und den kongress verhindern bzw zerschlagen will - wie wir wissen, unter dem kommando von bka und baw.
- weil wir, aus der aktuellen entwicklung, von der einschätzung ausgehen, daß sich die harte haltung im apperat noch nicht endgültig durchgesetzt hat, daß es an uns liegt wie weit sie kommen und daß mit dem urteil von gestern die argumentationskette der psychologischen kriegsführung p o l i t i s - c h erstmal einen knacks bekommen hat.
- weil der kampf darum ausdruck von unseren prozessen ums z u s a m m e n k o m m e n - hier, westeuropäisch und international - ist.

wir denken, die voraussetzungen die auseinandersetzung zu gewinnen, politisch und materiell, sind für uns nicht schlecht,
ALSO DEN KONGRESS WIE GEPLANT DURCHZUFÜHREN: DIE DISKUSSION UND KOMMUNIKATION UNTER UNS UND MIT DEN AUSLÄNDISCHEN GENOSSEN, UM DIE ERFAHRUNGEN UND ENTWICKLUNG REVOLUTIONÄRER POLITIK HIER-DIE ORGANISIERUNG DER INTERNATIONALEN REVOLUTIONÄREN DISKUSSION ZU ENTWICKELN.

KOMMT ALLE NACH FRANKFURT !!!
MOBILISIEREN WIR FÜR DIE DURCHSETZUNG DES KONGRESSES !!!

frankfurt 29/30. januar 86

INFORMATION ZUM KONGRESS IN FRANKFURT "ANTIKAPITALISTISCHER UND ANTIIMPERIALISTISCHER WIDERSTAND"

wie jetzt viele bereits wissen werden, findet dieser kongress vom 31.1. bis 4.2.86 statt.

wir wollen auf dieser veranstaltung die gemeinsame diskussion über unsere erfahrungen im politischen widerstand hier in der brd und wir wollen den ausstausch von gedanken und informationen mit genossen und freunden aus anderen europäischen ländern, aus mittelamerika (el salvador) und naher osten (palästina).

wir haben dafür die räume der fachhochschule(fh) am nibelungenplatz gemietet.

jetzt hat eine massive staatsschutzkampagne dagegen begonnen. bka, stadtverwaltung, der rektor der fh und teile der presse versuchen, mit verschiedenen mittel die diskussionstage zu verhindern:

- hetz und lügenartikel quer durch die brd, in denen sie es so verdrehen: "... es ist mit gewaltaktionen zu rechnen, die den kongress in stimmung setzen sollen..."(neue westfälische)
- und sie versuchen uns gegeneinander auszuspielen: die fh-leitung hat im prozess vor dem verwaltungsgericht suggeriert, daß "die studenten und hochschulgruppen der fh alle ihnen zur verfügung stehenden mittel ergreifen würden", um unsere diskussionstage zu verhindern!!!
das würde ihnen so passen. das ist die vorstellung der herrschenden, daß wir uns gegenseitig bekämpfen. aber auch wenn es unterschiede unter uns gibt, lassen wir uns nicht spalten!
- gleichzeitig werden die angemieteten räume der fh gekündigt. der rektor bekam die bka- propaganda eingehämmert und behauptet plötzlich: "die sicherheit und die einrichtungen sind in gefahr."

diese gefahr gibt es nicht. sie wird nicht von uns ausgehen. ganz einfach weil wir uns treffen werden, um gemeinsam in die diskussion zu kommen, um zu hören wie menschen in anderen ländern leben und sich gegen unterdrückung zur wehr setzen.

sie versuchen diese veranstaltung zu verhindern. dieser versuch zielt darauf, jeden ansatz des widerstands und der bewegungen, sich, politische information, diskussion, kommunikation und öffentlichkeit zu organisieren, in der brd zu kriminalisieren und für illegal zu erklären.
ein staat, der die politische diskussion seiner gegner derart fürchten muß, hat keine politische anziehungskraft und perspektive für die menschen mehr. er steckt in der tiefen politischen krise, er ist politisch bereits tot.
ein urteil gegen den kongress, wäre ein grundsatzurteil gegen jede form von politischer öffentlichkeit der revolutionären linken und des widerstandes. wie überhaupt die verhinderung oder zerschlagung des kongresses grundsätzlich neue bedingungen für den gesamten widerstand einleiten würde.
das betrifft dann alles: diskussion, kommunikation unter uns, veranstaltungen, treffen, infos austauschen....

wir werden für die politische und praktische durchsetzung der diskussionstage kämpfen!

★ WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN !
★ UNTERSTÜTZT DIE DISKUSSIONSTAGE !

PRESSEERKLÄRUNG

in der frankfurter "abendpost" vom 1.2.86 wurde in einem artikel der kongress zum "antiimperialistischen und antikapitalistischen widerstand in westeuropa" angegriffen.
wir sind seit eineinhalb wochen mit dem versuch konfrontiert, die internationale diskussion hier zu verhindern.das war der versuch der kündigung der räume für den kongress,der vom BKA mit der behauptung initiiert wurde,vom kongress ausgehend seien gewalttaten zu erwarten.
wir haben durch verschiedene juristische instanzen hindurch die kündigung der räume verhindern können,weils keine beweise für die BKA-behauptung gibt und weil in dieser situation ein verbot von d i s k u s s i o n e n politisch nach aussen von ihnen nicht vertreten werden konnte.
d.h.,dass das BKA sein ziel,die diskussion zu verhindern bis jetzt nicht erreicht hat.
der kongress findet seit freitag statt.
jetzt sind wir mit einer neuen propagandistischen linie von angriffen auf den kongress konfrontiert:
es heisst jetzt nicht mehr,vom kongress aus würden gewalttaten ausgehen,sondern dass hier "hochkarätige vertreter der mit der RAF zusammenwirkenden terrororganisationen europas" zusammensässen,mit dem ziel,eine "gemeinsame dachorganisation von RAF,AD,Roten Brigaden,ETA und griechischen widerstandsgruppen",eine "kommandozentrale des terrors" aufzubauen.
diese propagandistischen angriffe sollen konkrete zugriffe auf einzelne genossen aus dem westeuropäischen ausland und aus der BRD vorbereiten.
der kongress ermöglicht uns einen erfahrungsaustausch,die möglichkeit,voneinander zu lernen,aus unseren fehlern und unseren erfolgen.
die linie,den widerstand aus den verschiedenen ländern als "internationalen terrorismus" zu bekämpfen,ist nicht neu.
sie richtet sich gegen die zunehmende entwicklung von sozialen und revolutionären kämpfen in den verschiedenen ländern westeuropas,hervorgerufen durch die weltweite krise des kapitals und den sich daraus verschärfenden klassenwidersprüchen.

der sogenannte "kampf gegen den internationalen terrorismus" richtet sich also keineswegs nur gegen die bewaffnet kämpfenden avantgarden, sondern gegen soziale und revolutionäre kämpfe weltweit.
im widerstand, der sich überall entwickelt oder entwickelt hat, gibt es die tendenz, zusammen zu kommen. ein ausdruck dieser tendenz sind die hier stattfindenden diskussionstage. die basis, auf der die diskussion jetzt möglich geworden ist, sind die erfahrungen in den verschiedenen ländern westeuropas, aus denen der begriff vom gemeinsamen feind: dem kapital entstanden ist. deshalb wollen wir jetzt die diskussion im antikapitalistischen und antiimperialistischen widerstand und darum geht es hier bei dem kongress.

die gruppe antikapitalistischer und antiimperialistischer genossen aus westeuropa
und vereinigungen zur unterstützung der politischen gefangenen.

ASTA

Studentenschaft der Fachhochschule Frankfurt am Main

Körperschaft des öffentlichen Rechts

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

AStA Fachhochschule, Kleiststr. 1, 6000 Ffm

Kleiststr. 1
6000 Frankfurt / Main 1
Telefon: 069 / 557589
069 / 1533-239

REFERAT
Öffentlichkeit

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Zeichen | Datum
31. Januar 1986

PRESSEMITTEILUNG

Heute nachmittag sol in der Fachhochschule ein Kongreß

" ANTIKAPITALISTISCHER UND ANTIIMPERIALISTISCHER WIDERSTAND"

stattfinden, der bis Dienstag dauert.
Der Kanzler der Fachhochschule (FH), Peter Gussmann, kündigte die von einer Studentin gemieteten Räume auf Druck seiner vorgesetzten Behörde, des Wissenschaftsministeriums in Wiesbaden und auf Druck des Landeskriminalamtes. (Auskunft von P. Gussmann)
Nachdem diese Kündigung in 2 Verfahren vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde, steht heute mittag die endgültige Entscheidung vor dem Verwaltungsgerichthof in Kassel an.

Der AStA der Fachhochschule Frankfurt erklärt dazu:

Wir wenden uns gegen die Behauptung des Kanzlers der FH, Gussmann, die im Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt, V. Kammer, vom 28.1.86 zitiert wird. Dort heißt es auf Seite 11 oben:
" Ersteres (Erwartung eines unfriedlichen Verlaufs)begründet der Antragsgegner ledeiglich damit, daß bei Bekanntwerden des Flugblattes in der Fachhochschule alle hochschulpolitischen Gruppen mit Sicherheit die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen würden, um eine solche Veranstaltung, deren Zielsetzung sie mißbilligten, nicht stattfinden zu lassen."

- 2-

Blatt 2 zur Presseerklärung des AStA der FH - Frankfurt zum Kongreß

Wir erklären im Gegensatz dazu:

Der ASTA der FH und alle hierin vertretenen politischen Gruppen sowie alle anderen kurzfristig erreichbaren Hochschulgruppen des kritischen und linken Spektrums wenden sich gegen das Raumverbot für den Kongreß. Wir sind enttäuscht darüber, daß sich die "linksliberale" Hochschulleitung dem Druck von Ministerium und Landeskriminalamt aus Wiesbaden beugt.
Raumverbote sind für uns ein erster Schritt zur Ausgrenzung.
Auf Ausgrenzung folgt gemeinhin oft das Mittel derKriminalisierung.
Wir fragen: Wann ist es soweit, daß z.B. eine antifaschistische Veranstaltung zum Tod von Günter Sare hier verboten wird.
Oder daß ein Kongreß zu den Berufsverboten an der FH nicht mehr stattfinden kann?
Der AStA setzt aus diesem Grund ab sofort seine laufende Sitzung in der Aula Bau, im Hauptgebäude der FH fort, um den Kongreß zu ermöglichen und um Raumverboten für die Zukunft entgegenzutreten.
Der AStA läd deshalb im Anschluß an die ordentliche Sitzung zu einer Diskussion mit dem Thema

"RAUMVERBOTE AN DER FH FRANKFURT"

ein, zu der auch die Presse eingeladen ist.

Rüdiger Deißler — (Rüdiger Deißler, AStA-Sprecher)

Marcus Bocklet — (Marcus Bocklet, AStA-Sprecher)

Thomas Jordan — (Thomas Jordan, AStA-Sprecher)

Frankfurt, den 31. Januar 1986

Bonner Rundschau
R Dienstag, 21. Januar 1986

Den RAF-Terroristen scheint vor allem das Geld zu fehlen

In Frankfurt treffen sich die Sympathisanten des „Widerstands"

VON HORST ZIMMERMANN (Frankfurt)

Rund 2000 Unterstützer terroristischer Gruppen aus Spanien, Italien, Griechenland, Portugal und der Bundesrepublik wollen sich mit Angehörigen und Anwälten inhaftierter und im Untergrund lebender Terroristen vom 31. Januar bis zum 4. Februar in Frankfurt zu einem Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" treffen. Den Sicherheitsbehörden, die von einem „Europa-Kongreß der Terrorszene" sprechen, liegen entsprechende Hinweise vor.

Das Treffen soll nach Einschätzung der Polizei der Zusammenarbeit der Gewalt bejahenden Gruppen in Westeuropa dienen und die RAF wieder auf Kurs bringen, die zur Zeit offenbar schwere organisatorische Probleme hat.

Die Ermittlungsbehörden beobachten bereits seit Monaten einen „Prozeß der Entprofessionalisierung": „Die Logistik der Bande funktioniert offenbar nicht mehr richtig, und bei Aktionen sind Planungen und Ausführungen längst nicht mehr so fachmännisch wie früher", erläutert ein Ermittler in Wiesbaden.

„Schlechter" Ausweis

Als Paradebeispiel gilt der Fall der am 13. Januar in Hannover festgenommenen Annelie Becker (31), die zu den 20 meistgesuchten RAF-Angehörigen zählte. Während früher die RAF-Leute sofort nach Erscheinen neuer Fahndungsplakate ihr Aussehen radikal veränderten, sah Annelie Becker noch genauso aus wie auf den Plakaten.

Sie hatte einen Personalausweis bei sich, den eine andere Frau längst als verloren gemeldet hatte. Lediglich das Foto war ausgetauscht worden. Früher hatten Bandenmitglieder entweder ausländische Pässe oder deutsche Ausweise, deren richtige Inhaber den „Verlust" nicht meldeten. Was überhaupt nicht in das bisherige Bild der schwerbewaffneten RAF-Terroristen paßt: Annelie Becker hatte keine Waffe bei sich. Schon im vorigen September hatten sich die Experten gefragt, warum RAF-Mann Karl-Friedrich Grosser und sein Komplize bei einem Überfall auf zwei Geldbotinnen eines Supermarktes in Ludwigsburg mit einem Meißel auf die Köpfe der Geldbotinnen einschlugen. Der von Passanten überwältigte Grosser hatte keine Schußwaffe bei sich.

Zuletzt hatte die Polizei im Juli in einer konspirativen Wohnung in der Offenbacher Bleichstraße ein RAF-Waffenarsenal sichergestellt. Funktioniert danach der Waffennachschub nicht mehr? Hängt das etwa damit zusammen, daß der Bande das Geld ausgeht? Grossers Überfall auf die Geldbotinnen könnte darauf hindeuten. Mit Aktionen, bei denen nur „Kleingeld" zu erwarten ist, hatte sich die RAF früher nicht abgegeben.

Das Bundeskriminalamt war bisher davon ausgegangen, daß von der Viermillionenbeute aus der Wiener Palmers-Entführung noch ein dicker Batzen vorhanden sei. Jetzt meinen die Fachleute, daß man sich möglicherweise verrechnet habe, weil das Untergrundleben teurer als angenommen sei. Es könne aber auch sein, daß Bandenchefin Inge Viett (41) die RAF-Kasse in ein ausländisches Versteck gebracht habe, wo das Geld jetzt nur noch schwer erreichbar sei.

„Insgesamt scheint die Sorgfalt nachgelassen zu haben", meint ein Ermittler. Weil Annelie Becker bei der Tarnung ihrer Kontakte zu Unterstützern unvorsichtig war, konnte die Polizei zwei Frauen in Frankfurt ermitteln.

Der VW Passat, mit dem ein RAF-Kommando am 8. August vorigen Jahres eine Bombe auf das Gelände der US-Airbase in Frankfurt (2 Tote, 20 Verletzte) brachte, trug ein in Eigenbau zusammengeklebtes US-Militärkennzeichen. Mehrere Anschläge schlugen fehl, weil die Bombenbastler Fehler gemacht hatten.

Warum die Organisation nicht mehr richtig funktioniert, ist vorerst rätselhaft. Einige Ermittler meinen: Es fehlt die straffe Führung. Die mutmaßliche Bandenchefin Inge Viett hat sich angeblich schon vor längerer Zeit ins Ausland in Sicherheit gebracht. Die meisten Kommandomitglieder scheinen sich dagegen immer noch im Raum Baden-Württemberg und Frankfurt aufzuhalten.

Immer brutaler

Die internen Probleme machen die RAF nach Einschätzung der Experten noch unberechenbarer und gefährlicher. Die lange und gründliche Vorbereitung von Anschlägen nach altem RAF-Muster erhöhten das Risiko, daß Aktionen vorzeitig durch Zufall oder polizeiliche Zugriffe gestört werden konnten.

Um auch ohne lange Vorplanung zum Ziel zu kommen, gehen die Bandenmitglieder heute deutlich brutaler vor. Sie töten nicht nur „Symbolfiguren", sondern auch Normalbürger, die ihnen im Wege stehen. Nur zufällig kamen die beiden Geldbotinnen von Ludwigsburg nach den Meißelschlägen mit dem Leben davon.

Weniger Glück hatte der US-Soldat Edward Pimental (20): Weil die Bande keine Zeit hatte, sich mit langer Vorplanung einen Dienstausweis aus der Airbase zu beschaffen, wurde Pimental in eine Falle gelockt und durch Genickschuß ermordet. Die RAF brauchte seinen Ausweis, um ein Bombenauto in die Airbase zu fahren.

Am 2. Dezember stellte sich der Saarbrücker Martin Thiel (25) der Polizei. In Briefen hatte er zuvor seinen Absprung mit der Angst vor der Polizei und vor dem brutalen Vorgehen der RAF gegen Mitglieder und Opfer der Bande begründet.

Machen RAF-Anhänger Krawalle in Frankfurt?

Polizeipräsident Gemmer: Wir sind entsprechend vorbereitet

Abendpost/Nachtausgabe

Dienstag, 28. Januar 1986

Von Horst Zimmermann

Frankfurt/Wiesbaden. — Das Bundeskriminalamt BKA hat bei den hessischen Sicherheitsbehörden Alarm geschlagen: Während eines Kongresses „Jugend für Europa" am kommenden Wochenende in Frankfurt sei mit Gewaltaktionen zu rechnen. Denn zu dieser Veranstaltung vom 31. Januar bis zum 4. Februar werden bis zu 2000 Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Gruppen erwartet. Die Tagung solle — so vermutet das BKA — mit Gewaltaktionen in Stimmung versetzt werden.

„Die Annahme, daß während der Veranstaltung Aktionen unternommen werden, ist sicher nicht abwegig", räumte auch Frankfurts Polizeipräsident Dr. Karlheinz Gemmer ein. „Unsere Polizei ist entsprechend vorbereitet."

Der Kongreß soll nach einem Flugblatt den „antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstand in Westeuropa" organisieren. Anwälte und Angehörige der „politischen Gefangenen der RAF" und anderer Gruppen aus Spanien, Portugal, Griechenland und Italien wollen den „gemeinsamen Kampf von Guerilla, Widerstand und Gefangenen" mobilisieren.

Ursprünglich war die Veranstaltung in der Frankfurter Fachhochschule am Nibelungenplatz geplant. Am 19. Dezember hatte eine junge Frau, die sich als Studentin der Hochschule ausgab, die Aula und fünf Räume für eine „Initiative soziale Emanzipation" angemietet.

Am 20. Januar trat Peter Gussmann, Kanzler der Fachhochschule, „wegen der Gefahr für die Sicherheit und die Einrichtung der Fachhochschule" von dem Mietvertrag zurück: „Wir waren erschrocken, als wir aus dem Flugblatt erfuhren, was da wirklich vonstatten gehen soll." Inzwischen ergaben Ermittlungen der Polizei, daß die „Studentin" nicht an der Fachhochschule studiert, sondern dem „Umfeld der RAF" zugerechnet wird.

Nach dem Rücktritt der Hochschule von dem Mietvertrag soll die Veranstaltung jetzt in einem Großzelt im Frankfurter Stadtteil Sossenheim stattfinden. Wieder segeln die Veranstalter dabei unter falscher Flagge: sie haben einen Kongreß „Jugend für Europa" angemeldet.

Die zuständigen Frankfurter Behörden prüfen zur Zeit, ob die Veranstaltung wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen verboten werden kann. Sicherheitsexperten meinen allerdings, daß die Teilnehmer aus dem In- und Ausland dennoch nach Frankfurt kommen werden.

Frankfurter Rundschau 30.1.86

Fachhochschul-Kongreß beschäftigte Gericht

Leitung hatte Mietvertrag gekündigt / Beschwerde

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Jürgen Biedermann

Einen Tag vor der geplanten Eröffnung am morgigen Freitagabend ist noch unklar, ob der sogenannte Frankfurter Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" in den Räumen der Fachhochschule (FHS) am Nibelungenplatz stattfinden kann. Zwar verpflichtete das Verwaltungsgericht die Fachhochschule in einem Beschluß, den am Montag vergangener Woche gekündigten Mietvertrag zu erfüllen, doch hat der Kanzler dagegen unterdessen Beschwerde eingelegt. Die Entscheidung darüber wird am heutigen Donnerstag bekanntgegeben.

Der Nutzungsvertrag war bereits am 19. Dezember mit einer Studentin geschlossen worden, die in einem schriftlichen Antrag den Charakter des bis zum kommenden Dienstag angesetzten Kongresses beschrieben hatte. Danach soll in Arbeitsgruppen und bei Diskussionen über die politische Situation in mehreren europäischen Ländern informiert werden. Auf der Tagesordnung stünden auch Berichte von Angehörigen und Anwälten politischer Gefangener.

Doch am 20. Januar kündigte die Fachhochschule den Vertrag und begründete die Kehrtwendung vor dem Verwaltungsgericht mit Passagen aus einem Flugblatt „Aufruf zum Frankfurter Kongreß," die ihr erst jetzt bekannt geworden seien.

Die Fachhochschule bezog sich auf Textstellen wie „Austausch von Erfahrungen des Widerstandes", und „Kampf von Guerillas, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist . . ." Fazit der FHS: „Eine solche Zielsetzung der Veranstaltungswoche läßt befürchten, daß die Grenzen des rechtlich Zulässigen hierbei überschritten werden." Es sei zu befürchten, daß der Kongreß zur „Mobilisierung" des bewaffneten Widerstandes dienen solle.

Doch das Gericht konnte keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem schriftlichen Antrag der Studentin und dem „Aufruf" erkennen. Aus dem Flugblattext lasse sich keine Aufforderung zur Gewalt ableiten, wenngleich durch den Aufruf, so daß Gericht, „das Verhältnis der Veranstalter zur Frage der Gewaltanwendung bei der Durchsetzung von politischen Zielen verdunkelt wird." Die Veranstalter legten in dem Aufruf jedoch ausdrücklich Wert auf die Diskussion.

Der Kanzler der Fachhochschule, Peter Gussmann, erklärte im Verlauf des Mittwochs auf Anfage der FR, die Beschwerde gegen diesen Beschluß stütze sich auf zusätzliche Informationen, die ihm erst am Dienstagabend von der Polizei übermittelt worden seien. „Die neuen Tatsachen" ließen befürchten, daß von dem Kongreß Aktionen ausgehen könnten, die „strafbare Handlungen beinhalten".

Polizeipräsident Karlheinz Gemmer erklärte hingegen der FR, die Polizei befinde sich nicht in einer Position, um auf ein Verbot des Kongresses dringen zu können. Man bereite sich jedoch „personell und taktisch" auf Aktionen am Rande der Veranstaltung vor. Gemmer nannte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit von „Spontandemonstrationen oder einen Besuch an der Startbahn".

Nach Informationen der FR ist in einigen bundesdeutschen Städten unter den Bezeichnungen RAF, Action directe und ETA zu der Frankfurter Veranstaltung aufgerufen worden. Die Flugblätter hat die Terrorismusabteilung des BKA an das Landeskriminalamt weitergeleitet, von wo diese an örtliche Stellen geschickt wurden.

Sprecher der Kongreß-Organisatoren sprachen in diesem Zusammenhang von einer „massiven Kampagne" und von einer „Diskriminierung und Kriminalisierung" der Kongreßteilnehmer. In Frankfurt versammelten sich keine RAF-Freunde oder Personen aus deren Umfeld, erklärte der Stuttgarter Rechtsanwalt Arndt Müller.

Frankfurter Allgemeine 30.1.86

„Antiimperialistischer" Kongreß zeitigt Rechtsstreit

lr. Um einen am Wochenende an der Fachhochschule geplanten internationalen Kongreß zum Thema „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" ist es zum Rechtsstreit gekommen. Nachdem die Fachhochschule kurzfristig den Mietvertrag mit den Veranstaltern zurückzog, verpflichtete die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts die Hochschule, den im Dezember geschlossenen Mietvertrag einzuhalten. Dagegen legte die Fachhochschule Berufung ein. Sie befürchtet, daß es bei dem Kongreß vor allem um die Mobilisierung von Kräften aus dem Kreis „der Guerrilla-, Widerstands- und RAF-Gefangenen" gehe. Nach Angaben der Veranstalter zog mittlerweile auch die Stadt die Zusage für die Aufstellung eines Zeltes zurück, in dem parallel zum Kongreß Veranstaltungen vorgesehen waren. Zu dem Treffen werden etwa tausend Teilnehmer erwartet. Auf dem Programm stehen unter anderem Veranstaltungen mit Angehörigen und Rechtsanwälten „politischer Gefangener" aus der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern sowie Beiträge über Widerstandsaktionen gegen die Startbahn West und Atomkraftwerke.

Frankfurter Rundschau 31.1.86

"Widerstand"-Kongreß: Streit geht zum VGH

Die Frage, ob die Fachhochschule (FHS) den Mietvertrag mit den Veranstaltern des Kongresses zum Thema „antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" erfüllen muß, wird am heutigen Freitag vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel entschieden. Die Fachhochschule reichte am Donnerstag die Beschwerde an den VGH weiter, nachdem das Frankfurter Verwaltungsgericht die FHS auch in der zweiten Runde verpflichtet hatte, die Räume zur Verfügung zu stellen.

Das Gericht tagte am Donnerstag erneut, nachdem der Kanzler der Fachhochschule BKA-Materialien nachgereicht hatte, die seine Rechtsauffassung stützen sollten, nach der der Mietvertrag null und nichtig sei.

Die Unterlagen, darunter verschiedene Flugblätter mit RAF, action directe und ETA-Symbolen sind nach Meinung des Gerichtes nicht der Kongreß-Anmelderin zuzuordnen. Die Kammer verneinte die Ansicht des Beschwerdeführers, wonach der mit dem Kongreß eine terroristische Vereinigung im Sinne des Paragraphen 129a Strafgesetzbuch unterstützt werden solle.

Zuvor hatte sich das Gericht mit dem Verfasser des BKA-Berichtes und dem Frankfurter Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt. Karlheinz Gemmer, so heißt es in der Begründung des Gerichtsbeschlusses, habe die Ansicht vertreten, bei dem Kongreß seien keine Aktionen zu erwarten, „die ein Einschreiten nach den Vorschriften des Versammlungsgesetzes erlauben würden". ... habe

Frankfurter Abendpost
Nachtausgabe 31.1.86

Gericht zwingt zu Kongreßvermietung

Der Frankfurter Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" kann am Wochenende in Frankfurt stattfinden. Das Verwaltungsgericht verpflichtete in einer einstweiligen Anordnung die Fachhochschule Frankfurt, den Veranstaltern des Kongresses die Räume zur Verfügung zu stellen.

Die Hochschule war von einem bereits Mitte Dezember abgeschlossenen Mietvertrag zurückgetreten, nachdem ein Flugblatt mit Bezug auf die linksterroristische „Rote Armee Fraktion" aufgetaucht war. Nach Zeitungsberichten soll das Bundeskriminalamt die Stadt Frankfurt vor Gewaltaktionen während der Veranstaltung gewarnt und darauf hingewiesen haben, daß 2000 Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Gruppen erwartet würden. Ein Sprecher des BKA in Wiesbaden sagte, von dieser Warnung sei im Haus nichts bekannt.

Nach Angaben der Veranstalter zog mittlwerweile auch die Stadt die Zusage für die Aufstellung eines Zeltes zurück, in dem parallell zum Kongreß Veranstaltungen vorgesehen waren. Auf dem Programm stehen unter anderem Veranstaltungen mit Angehörigen und Rechtsanwälten „politischer Gefangener" aus der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern und Beiträge über Widerstandsaktionen gegen die Startbahn West und Atomkraftwerke. rd

31.1.86 taz

Gericht genehmigt Antiimpi-Treffen

Frankfurt (taz) — Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat gestern nachmittag seine Entscheidung vom Montag bestätigt, daß der Kongreß „Antiimperialistischer und Antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" in den Räumen der Fachhochschule Frankfurt stattfinden darf. Der Streitfall liegt morgen beim Verwaltungsgerichtshof Kassel an, wo die letzte Entscheidung fällt.

Die Veranstalter hatten den Mietvertrag bereits im Dezember abgeschlossen. Der Rektor der Fachhochschule (FH) wollte von der schriftlichen Vereinbarung zurücktreten, nachdem er den Aufruf zum Kongreß gelesen hatte und sich „arglistig getäuscht" fühlte. Er könne Störungen der Ordnung innerhalb der FH nicht ausschließen. FH-Kanzler Peter Gussmann räumte gegenüber der taz ein, daß die ausschlaggebende Weisung aus dem hessischen Wissenschaftsministerium kam. Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch berichtete Rechtsanwalt Arndt Müller, der Vertreter der Veranstalter, die Abteilung Terrorismus des BKA habe ein 36seitiges Dossier an das Rechtsamt der Stadt Frankfurt geschickt, in dem behauptet werde, daß der antiimperialistische Kongreß von der „illegalen Kommandoebene der RAF" geleitet würde. Aufgrund dieser Intervention habe die Stadt die Genehmigung zum Aufbau eines Zeltes zurückgezogen. Die Befürchtungen der FH-Leitung seien, so Müller, völlig unbegründet, es gehe bei dem Kongreß „nicht um Krawall", sondern um „Erfahrungsaustausch von Leuten, die sich mit der imperialistischen Strategie auseinandersetzen." Zu dem Kongreß, der heute beginnen soll, werden Antiimperialistische Gruppen aus westeuropäischen Staaten sowie Verwandte der RAF-Gefangenen und Strafverteidiger erwartet.

1.2.86

In Frankfurt: Terroristen bauen Kommandozentrale

ter Frankfurt. — Sicherheitsexperten sind sich einig: Was in Frankfurt seit Freitag bis einschließlich Dienstag zur Tagung „Antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa" zusammenkommt, ist kein Kaffeekränzchen. Ein Sicherheitsexperte am Samstag zur AN: „Hier treffen hochkarätige Vertreter der mit der RAF zusammenwirkenden Terrororganisationen Europas zusammen."

Der Grund für dieses Treffen mit rund 500 Teilnehmern ist der Versuch, „aus der direkten Aktion zum gemeinsamen politischen Handeln zu kommen", so ein Flugblatt der AD (Action directe, Frankreich). Beteiligt sind, so der Experte, außer RAF und AD, IRA, die Roten Brigaden aus Italien, ETA aus Spanien und griechische Widerstandsgruppen. Sie wollen eine gemeinsame Dachorganisation, eine Kommandozentrale des Terrors, konstituieren.

Am Freitag hatte gegen 21 Uhr Oberbürgermeister Walter Wallmann die in der Fachhochschule am Nibelungenplatz tagende Veranstaltung mit sofortigem Vollzug verboten. Außerdem untersagte er jede Ersatzveranstaltung.

Polizei rückte am Nibelungenplatz an. Die Teilnehmer verbarrikadierten sich in den Räumen der Fachhochschule. Gegen drei Uhr am Samstagmorgen einigte man sich auf einen Kompromiß: die Kongreß-Teilnehmer verlassen friedlich das Gebäude; die Polizei zieht ab.

Ab Samstag elf Uhr verhandelte das Verwaltungsgericht in Frankfurt über das Veranstaltungsverbot. Gegen 17 Uhr wurde das Versammlungsverbot aufgehoben. Begründung der Richter: Es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß eine terroristische Vereinigung unterstützt würde.

2.2.86

Frankfurter Abendpost Nachtausgabe

RAF-Freunde dürfen tagen

Gerichte heben alle Verbote auf

xk Frankfurt. — Der Kongreß „Anti-imperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Europa", der derzeit in Räumen der Frankfurter Fachhochschule tagt, kann bis Dienstag weitergehen. Nachdem Frankfurts Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann und die Verwaltung der Fachhochschule alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft hatten, um den Kongreß der RAF-Freunde verbieten zu lassen, entschied der elfte Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel dann am Sonntagmorgen endgültig, der Kongreß dürfe weiter stattfinden.

Anlaß für die zahlreichen Versuche, die Zusammenkunft von rund 500 Teilnehmern aus der Bundesrepublik und benachbarten Staaten zu verhindern, war der Verdacht der Sicherheitsbehörden, auf dem Kongreß finde nicht nur der angekündigte Meinungsaustausch über den Widerstand gegen Atomkraft und Aufrüstung und über die Situation politischer Gefangener statt, sondern dort solle auch das künftige Vorgehen der Rote Armee Fraktion (RAF), ihrer militanten Anhänger und terroristischer ausländischer Gruppierungen aufeinander abgestimmt werden. Begründung: RAF-Zeichen auf den Einladungs-Flugblättern und verschiedene, damit zusammenhängende Veröffentlichungen.

Doch das Versammlungsverbot, das Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann auf Grund dieser Erkenntnisse erließ, wurde mehrfach vom Gericht aufgehoben.

Die Teilnehmer des Kongresses warfen der Polizei vor, sie wolle den Kongreß „kriminalisieren". Aus diesem Grund wurden Journalisten, die den Veranstaltungssaal betreten wollten, mit einem Metalldetektor nach Waffen und Sprengstoff durchsucht, den sie nach Ansicht der Veranstalter einschleusen könnten, um dies anschließend den Kongreßteilnehmern anzulasten.

3.2.86 Frankfurter Rundschau

„Widerstands-Kongreß" vom VGH Kassel erlaubt

Tagung bis Dienstag / Bundesanwalt ermittelt

Von unserer Mitarbeiterin Claudia Dillmann

Der mehrfach juristisch angefochtene Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" findet derzeit doch wie geplant in der Fachhochschule am Nibelungenplatz statt. Eine Verbotsverfügung von Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) hatte am Freitagabend dazu geführt, daß starke Polizeikräfte die Schule umstellten, die nach stundenlangen Verhandlungen auf eine Räumung verzichteten. Das von der Kongreßveranstalterin angerufene Verwaltungsgericht hob am Samstag das städtische Verbot auf, der Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) bestätigte diesen Entscheid am Sonntag.

Die politischen und juristischen Auseinandersetzungen um den Kongreß dauern, wie berichtet, seit Tagen an. Die Ermittlungsbehörden werfen der Anmelderin, einer Studentin der Fachhochschule, sowie den Teilnehmern vor, für eine terroristische Vereinigung zu werben oder sie zu unterstützen. „Gegen die ungenannten Veranstalter des Kongresses" hat der Generalbundesanwalt inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Wegen Unterstützung einer solchen ermittelt er auch gegen jene Frau, die unter Vortäuschung falscher Tatsachen die Genehmigung zum Aufbau eines Zeltes in Sossenheim beantragt hatte, damit dort ein Teil des Kongresses hätte stattfinden können.

Mit diesen beiden neuen Informationen aus dem Haus der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte die städtische Versammlungsbehörde in ihrer Verbotsverfügung am Freitag aufgewartet, ansonsten unterschied sich das Material aber kaum von jenem, das die Gerichte bereits geprüft hatten. Wie berichtet, hatten sie es für unzureichend befunden, der Fachhochschule den Ausstieg aus dem Mietvertrag zu erlauben.

Während die Bundesanwaltschaft am Freitag zum Verbot der Versammlung riet und dieses auch die politische Unterstützung aus dem hessischen Innenministerium erfuhr, plädierten Ermittlungsbehörden auf Landes- und Bundesebene für ein Gewährenlassen, um die „Szene" in Ruhe beobachten zu können.

Mehrere hundert sogenannter Militanter, die sich im „Kampf gegen diesen Staat" begreifen und die Parole nicht als Leerformel betrachten, kamen am Freitag in der Fachhochschule zusammen. Dort trafen auch Gemäßigtere ein, um sich über die Tagung und ihre Teilnehmer zu informieren. Ausnahmslos alle wurden auf Geheiß der Veranstalter penibel durchsucht, um „Waffen, Provokateure, Bullen und Faschos" zu erkennen. Gerüchte, die Veranstaltung sei trotz der positiven Bescheide der Verwaltungsgerichte doch noch verboten worden, machten schnell die Runde.

Als die Polizei am Freitagabend gegen 22 Uhr den Nibelungenplatz sperrte, verließen einige Teilnehmer das Gebäude, in dem mehrere hundert zurückblieben und die Türen verbarrikadierten. Etliche Hundertschaften rückten vor und umstellten den Eingang in drei Ringen. Der Aufforderung, die Versammlung aufzulösen, kamen die Kongreßteilnehmer nicht nach. „Das ist Faschismus, den ihr hier seht", riefen sie per Megaphon über den Platz, die Zuschauer sollten sich am „Kampf gegen diesen Staat" beteiligen. Auf dem Dach der Fachhochschule entrollten Vermummte ein Transparent, das die „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" forderte. Die Räumung des Gebäudes und harte Auseinandersetzungen mit der Polizei schienen unausweichlich.

In dieser Situation forderten die Anwälte der Veranstalter die Einsatzleitung auf, mit der Räumung zu warten bis das Verwaltungsgericht neuerlich entschieden hätte. Diesem Ansinnen schloß sich die Leitung der Fachhochschule an, die sich zudem als Vermittler anbot. In rund dreistündigen Verhandlungen gelang der Kompromiß, der die Räumung vermied. Die Polizei erklärte sich bereit, sofort abzuziehen, wenn die Teilnehmer ihrerseits das Gebäude verließen und auch eine mögliche negative Entscheidung des Verwaltungsgerichts am nächsten Tag akzeptierten. Den Rückzug der Polizei begleitete Triumphgeheul, dann gingen nach langen Strategie-Diskussionen auch die Kongreßteilnehmer. Als Fachhochschul-Kanzler Peter Gussmann am Morgen einen Rundgang durchs Haus machte, habe er nur noch „acht, neun Leute" angetroffen.

Rund 400 waren aber schon wieder im Laufe des Samstags versammelt, um weiterzutagen. In den Augen Wallmanns und der Ermittler erfüllten sie dabei den Straftatbestand der Werbung für eine terroristische Vereinigung. Die fünfte Kammer des Verwaltungsgerichtes Frankfurt unter Vorsitz von Richter Graulich sah dies aufgrund der eingereichten Flugblätter für nicht erwiesen an, da eine direkte Verbindung zwischen den Schriften und der Anmelderin nicht herzustellen sei und die Polizei auch keine neuerlichen Beweise aus der Tagung selbst beibringe.

Dort versuchten am Sonntag einige Redner, die etwa 300 Versammelten auf eine „gemeinsame Front aus Guerilla, politischen Gefangenen und Widerstand" einzuschwören und jungen Militanten einen Theorie-Überbau anzubieten, der ihre einzelnen „Aktionen" in einen größeren Zusammenhang stellt.

Eine Diskussion zur Lage „der politischen Gefangenen in der BRD" und eine „Veranstaltung zum Kampf um die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" stehen noch bis Dienstag auf dem Programm.

Kommentar

Auf die Spitze getrieben

Walter Wallmann hat kein Verdienst daran, daß aus der stundenlangen Belagerung vor der Fachhochschule kein Sturm auf die Barrikaden wurde. Hätte der Polizeipräsident Wallmanns Verbotsverfügung vollstreckt, wären die Folgen unabsehbar und ein unruhiges Wochenende unvermeidbar gewesen.

Die Polizei hat gut daran getan, die Vermittlerrolle der Fachhochschulleitung zu akzeptieren. Das war verhältnismäßig und entsprach dem Fürsorgegebot gegenüber den Beamten.

Der Oberbürgermeister muß sich fragen lassen, was ihn bewogen hat, den Kongreß zu einem Zeitpunkt zu verbieten, als er bereits begonnen hatte. Eine veränderte Rechtslage kann es nicht gewesen sein, denn die beiden Urteile des Verwaltungsgerichts vom Wochenende belegen, daß die Stadt keine neuen Unterlagen nachreichen konnte, um den Verdacht zu beweisen, am Nibelungenplatz solle „psychologische Aufrüstung" für die RAF betrieben werden.

Wallmann war an einer politischen Entscheidung gelegen. Er wollte keinen Zweifel daran lassen, daß sich nach seiner Einschätzung die Feinde der Republik versammelt haben, um Strategien für den bewaffneten Kampf zu entwerfen — egal, was die Richter dazu sagen. Die Landesregierung hat ihn darin bestärkt und die Bundesanwaltschaft noch in letzter Minute „Argumente" geliefert.

Dennoch bleibt festzustellen, daß der Zeitpunkt des Verbotes ein hohes Risiko beinhaltete. Die Verantwortlichen haben dadurch eine Eskalation billigend in Kauf genommen. Andere haben sie verhindert.

HANS-JÜRGEN BIEDERMANN

taz MONTAG, 3.2.86

Antiimperialisten-Treffen abgesegnet

Wallmann versucht erfolglos, Verbot durchzusetzen / Polizei umstellte Tagungsgelände

Aus Frankfurt M. Miersch

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel entschied gestern mittag in letzter Instanz, daß der Kongreß der Antiimperialistischen Gruppen in Frankfurt tagen darf. Damit sind alle Versuche gescheitert, die „Internationalen Diskussionstage für Antiimperialistischen und Antikapitalistischen Widerstand in Westeuropa", die bis morgen in der Frankfurter Fachhochschule (FH) stattfinden, zu verbieten. OB Wallmann hatte das noch bis Freitagnachmittag versucht.

Am späten Freitagabend hatten dann mehrere Hundertschaften Polizei das FH-Gebäude am Nibelungenplatz umstellt. Vier Wasserwerfer gingen in Position, Polizisten legten schußsichere Westen an. Während die rund 500 Kongreßteilnehmer alle Eingänge mit Tischen und Stühlen verbarrikadierten, verhandelten die Anwälte der Veranstalter mit der Polizeiführung. Später intervenierten Kanzler und Rektor der FH, nach anfänglichem Widerstand, für den Kongreß. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde ein Kompromiß erzielt: Die Polizei rückte ab und die Veranstalter versprachen, das Haus bis zwei Uhr nachts zu verlassen. Rechtsgrundlage dieser Regelung: Das Verfahren war wieder in der Schwebe, denn die Anwälte hatten einen „Eilstoppantrag" beim Frankfurter Verwaltungsgericht eingelegt, der am Samstagmorgen auch in ihrem Sinne entschieden wurde. Wallmanns letzte Möglichkeit war der VGH in Kassel.

Bereits am Freitag war es zu Spannungen gekommen, als die FH-Leitung die Türen zum Gebäude abschließen ließ und damit den Asta und die ersten Kongreßteilnehmer einsperren ließ. Aus Kreisen der Hochschulleitung verlautete, daß der Versuch des Rektors, die Räume zurückzuziehen, vom Wissenschaftsministerium und Bundeskriminalamt (BKA) „gefördert" wurde.

Der Antiimperialistische Kongreß findet unter den schärfsten Sicherheitsvorkehrungen statt. Jeder, der das Gebäude der FH betreten will, muß sich von den Veranstaltern genau durchsuchen lassen. Da der juristische Streit um die Genehmigung zu Verzögerungen geführt hat, ist nicht mehr klar, zu welchen Zeiten die Veranstaltung öffentlich ist. Die Entscheidung, ob Pressevertreter Zugang haben, wird inzwischen willkürlich getroffen. So mußte der Vertreter der taz das Haus verlassen, während andere Journalisten geduldet wurden.

Bisheriger Höhepunkt des fünftägigen Treffens war eine Veranstaltung am Samstagabend. Verwandte von Gefangenen aus verschiedenen westeuropäischen Stadtguerillaorganisationen berichteten über die Haftbedingungen ihrer Familienangehörigen und über Schikanen, denen sie bei Besuchen ausgesetzt sind.

Für heute und morgen sind mehrere Vorträge zur politischen Situation in den Ländern Westeuropas sowie eine Veranstaltung zum „Kampf um die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" geplant.

Welt 3.2.86

Sympathiekundgebung für die RAF

DW. Frankfurt

Am Eingang der Fachhochschule Frankfurt werden alle Besucher mit Metallsuchgeräten kontrolliert, alle Taschen müssen geleert werden. Die Veranstalter des Kongresses von Sympathisanten der westeuropäischen Terrorszene, zu deren Köpfen der Stuttgarter Anwalt Arndt Müller gehört, begründen dies damit, daß man „Bullen, Provokateure und Faschisten" aussortiere. Sie sind nicht gefragt, wo man den „antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstand in Westeuropa" zusammenfassen will. Etwa 700 Besucher waren am Wochenende in der Schule, viele schlafen dort. Man hört französische, spanische, irische Unterhaltungen – auf dem Podium des Tagungssaales treten neben Angehörigen inhaftierter deutscher Terroristen solche von der französischen Action Directe (AD) und der baskischen ETA auf. Mehrere großflächige Wandgemälde auf Stoff fassen die Symbole der RAF, der AD, der ETA, der südamerikanischen Tupamaros, der spanischen Grapo, der Revolutionären Zellen, der italienischen Brigate Rosse und der irischen IRA zusammen. Als Feindbilder dienen Symbole der NATO, von IBM, Mercedes, ITT, Hoechst und das $-Zeichen.

Die ausliegenden Schriften, die Vorträge und Diskussionsbeiträge bestätigen die Aussage des Generalbundesanwalts Rebmann vom Dezember, daß die RAF mehr Zulauf aus der „vierten Generation" erhalte und die internationale Zusammenarbeit der Terrorgruppen „mindestens in ständigen Kontakten Gestalt" annehme. Das Hamburger Blatt „Sabot" nennt als Ziel des Kongresses, „überall da, wo es Widerstand gibt, zum Angriff zu kommen". Die holländische Zeitschrift „De Knispelkrant" hat zusammen mit der französischen „Ligne Rouge" ein Sonderheft herausgegeben, das allerdings von den Veranstaltern am Sonnabend von den Büchertischen verbannt wurde, weil, wie Müller sagte, es zur Begründung der Verbotverfügung benutzt werde. In diesem Heft wird „der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfs für die Revolution" bezeichnet. Auf einer Vollversammlung gestern kritisierten viele das Verbot, weil eine Verbannung dieser „Diskussionbeiträge" dem Treffen „den ganzen Sinn" nehme. „Dann kann ich ja gleich zur DKP gehen", feixte einer und erntete zustimmendes Gelächter.

In Arbeitsgruppen besprechen die Kongreßteilnehmer – kaum einer ist älter als 30 – die Situation in verschiedenen westeuropäischen Ländern und Themen wie „die Formierung des imperialistischen Gesamtsystems" und „die Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg". Am meisten Beifall erhalten Sprecher, die sich für „die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand für eine neue revolutionäre Front" einsetzen. Skandiert wird mit ausgestreckter geballter Faust „Hoch die internationale Solidarität".

Die Teilnehmer sind gut organisiert, fast alle sind in festen Gruppen angereist. Einige der Gruppen sind Abgesandte der „autonomen" Häuser in der Hamburger Hafenstraße, der Startbahn-West-Gruppen, die auch eine Sonderausstellung ihres „Kampfes" zeigen, der „Anti-WAA-AKW"-Gruppen (gegen Atomkraftwerke), der Nürnberger Stadtindianer, außerdem aus dem britischen Brixton.

Die internationale Zusammenarbeit der Szene klappt offenbar gut, was die Ebene der Angehörigen von Inhaftierten betrifft: auf deutscher Seite traten die Mütter Klar und Barabass und die Schwester von Christa Eckes auf, die ihre mangelnde Vorbereitung damit entschuldigte, daß sie aus Hamburg komme, „wo ja auch was zu tun war". Ihre Anspielung auf die Krawalle, die die Premiere des „Stammheim"-Films verhinderten, wurden stürmisch begrüßt.

Frankfurter Allgemeine 3.2.86

-145 a

Kongreß darf trotz Bedenken des Generalbundesanwaltes tagen

Stadt und Fachhochschule unterliegen vor Verwaltungsgerichten / Wallmann über Entscheidung „verwundert"

fh. Der Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa", der seit Donnerstag die hessische Verwaltungsjustiz, das städtische Ordnungsamt, das Innenministerium in Wiesbaden, die Polizei, den Verfassungsschutz und die Verwaltung der Fachhochschule über die Maßen beschäftigte, darf nun doch bis morgen abend, 24 Uhr, in Frankfurt weiter veranstaltet werden. Nachdem das Frankfurter Verwaltungsgericht am Samstag eine Verbotsverfügung von Oberbürgermeister Wallmann, mit der in der Nacht zuvor das Treffen in den Räumen der Fachhochschule am Nibelungenplatz unterbrochen worden war, auf Antrag der Veranstalter aufgehoben hatte, entschied gestern mittag auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel gegen die Stadt.

Der 11. Senat kam nach Auskunft des Referenten des Oberbürgermeisters, Alexander Gauland, im Kern seiner Entscheidung zu dem Schluß, dem städtischen Ordnungsamt durch den Generalbundesanwalt zugeleitetes schwerwiegendes Material könne der Anmelderin der Veranstaltung nicht zugerechnet werden. Ziel des Kongresses war es danach, das Revolutionskonzept der Rote Armee Fraktion (RAF) auf ein „politisches Niveau" zu heben. Auf der Veranstaltung habe nicht nur ein Meinungsaustausch stattfinden, sondern die künftige koordinierte Vorgehensweise der RAF und ihrer militanten Anhänger sowie der ihnen ideologisch nahestehenden ausländischen terroristischen Gruppierungen abgestimmt werden sollen. Es sei ein „internationaler Schulterschluß" geplant gewesen.

Flugblätter, mit denen zu dem „Frankfurter Kongreß" im gesamten Bundesgebiet aufgerufen worden war, trugen Embleme der terroristischen Organisationen „Action Directe", „Brigade Rosse", „IRA", der „Revolutionären Zellen", der baskischen Organisation „ETA" und anderer revolutionärer Gruppierungen. Die Bundesanwaltschaft sah sich zu der „Empfehlung" veranlaßt, gegen die Anmelderin des Treffens und „gegen die unbekannten Veranstalter" sei wohl ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung einzuleiten. Unter den beteiligten Behörden war die Einschätzung des Kongresses allerdings höchst unterschiedlich. Die eine wollte lieber weitere Informationen über die Teilnehmer sammeln, andere sprachen sich für ein Verbot aus, wieder andere schätzten die Gefährdung durch ein Verbot der Veranstaltung noch größer ein. In ihrer Wut könnten sich die aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland angereisten etwa sechshundert Teilnehmer zu Gewalttaten hinreißen lassen.

Der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Andreas von Schoeler, bestätigte gestern abend auf Anfrage, daß es schwerwiegende Bedenken des Generalbundesanwaltes gegeben und bei der Polizei eine zwiespältige Einschätzung vorgeherrscht habe. Es sei „unbefriedigend" gewesen, daß die Verbotsverfügung am Freitagabend so spät den Veranstaltern in der Fachhochschule verkündet worden sei. Die Polizei, die das Gebäude weiträumig umstellt hatte, habe das Beste aus der Situation gemacht. Sie habe nur den Ermessensspielraum gehabt, wie zu räumen sei. Verhandlungen führten, wie an anderer Stelle berichtet, zu einem friedlichen Ende der brisanten Konfrontation. Die Grünen im Römer verurteilten gestern „die anhaltende Praxis der Verbote von Versammlungen und Demonstrationen, die verstärkt in den letzten Monaten durch den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann federführend angewendet wird".

Das juristische Tauziehen um den Kongreß hatte am Donnerstag begonnen. Das Frankfurter Verwaltungsgericht und der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hatten den Rektor der Fachhochschule dazu verpflichtet, den Veranstaltern des Kongresses die angemieteten Räume zu überlassen. Es lägen keine Anhaltspunkte für eine Werbung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch die Verantwortlichen vor. Tags darauf beschied das Verwaltungsgericht in einer weiteren Entscheidung, der Stadt könne nicht zugemutet werden, den Veranstaltern das von ihnen offenbar als Ausweichquartier gemietete Festgelände in Sossenheim zu überlassen, da die Anmeldung zu einer Veranstaltung „Jugend in Europa" eine Täuschung sei.

Oberbürgermeister Wallmann zeigte sich nach alldem und dem den Kasseler Richtern vorgelegten Material des Generalbundesanwaltes über die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes „verwundert".

Hü und Hott

E.H. Die aus verschiedenen Ländern Europas zum „Kongreß des antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstands" angereisten Teilnehmer werden ihre Gründe gehabt haben, warum sie sich ausgerechnet die Fachhochschule am Nibelungenplatz als Tagungsort ausgesucht haben. An Sympathie wird es an einem Ort nicht fehlen, wo ein Rest des Hüttendorfs von der angeblichen Nato-Startbahn West eine Heimstätte gefunden hatte.

Die „Antiimpis" gelten in Fachkreisen als Gruppierungen, die dem Terrorismus näher stehen als andere. Die meisten der Tagungsteilnehmer machten sich bei Betreten oder Verlassen des Gebäudes denn auch durch Tücher unkenntlich. Um diesen Kongreß hat sich ein Gerangel zwischen Behörde, Polizei und Justiz abgespielt. Einmal ist da der Rechtszug um die Vermietung der Räume, wobei die Leitung der Fachhochschule unterliegt, weil der Anmelderin, einer Studentin, nicht zugerechnet werden kann, es werde zu Störungen kommen. Ein paar eingeworfene Fensterscheiben machen den Staatsorganen wohl auch weniger Sorge als die Tatsache, daß auf diesem streng abgeschlossenen Kongreß Organisation und Aktivitäten des internationalen Terrorismus, natürlich in verschleierter Form, beraten werden.

Die Bundesanwaltschaft sieht Anlaß, sich an die nach dem Versammlungsgesetz zuständige örtliche Behörde, vertreten durch den Oberbürgermeister, zu wenden und ihm das Verbot der Veranstaltung zu empfehlen. Hier geht es um eine offenkundig weit über Frankfurt hinausreichende Angelegenheit, und das wäre eine bedenkliche Stadtspitze, wenn sie sich in solcher Lage entzöge. Der Rechtszug vor den Verwaltungsgerichten endet mit Aufhebung des Verbots, obwohl dem Kasseler Gerichtshof einschlägiges Material der Bundesanwaltschaft zugänglich gemacht wurde.

Aber da gibt es die nicht neue, deswegen nicht weniger bedenkliche gegensätzliche Beurteilung solcher Vorgänge. Anders als die Bundesanwaltschaft meinen Behörden des rot-grünen Hessenlandes, der Kongreß sollte nicht verboten werden. Wie bei der Haschwiese ist von „unter Kontrolle halten durch Beobachten" die Rede. Am Ende stehen Stadt und Oberbürgermeister ohne Verschulden dumm da. Solange in diesem Staat „Hü" und „Hott" angeordnet wird, können sich die vermummten Typen ins Fäustchen lachen. Zumal gegen die „Antiimpis" kein Ton des Protestes aus dem sonst so eifrigen Lager der gewaltlosen demokratischen Koalition zu vernehmen war.

Bereitschaftspolizisten fühlen sich verladen

Frankfurter Rundschau
4.2.86

Harte Kritik am Einsatz vor der Fachhochschule

Von Hans-Jürgen Biedermann und Stephan Hebel

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Polizeiführung wegen des Einsatzes am Freitag vor der Fachhochschule scharf kritisiert und ihr „krasses Versagen" vorgeworfen. Die massiven Vorwürfe begründet die GdP mit der langen Einsatzdauer, der mangelhaften Verpflegung und dem unzureichenden Informationsstand der Beamten. Polizeipräsident Gemmer ließ am Montag einen Brief an die Beamten verteilen, in dem er um Verständnis für die Polizeiführung warb.

GdP-Landesvorsitzender Hansgeorg Koppmann berichtete der FR, ein großer Teil der Frankfurter Beamten, die am Abend die Fachhochschule abgeriegelt hätten, sei seit 7.30 Uhr morgens im Dienst gewesen. Sie hätten nicht einmal warme Getränke erhalten und während des stundenlangen Wartens auf dem Nibelungenplatz keine Ahnung davon gehabt, welche Taktik verfolgt werde.

Daraus folgert Koppmann: „Wäre es Freitagnacht zu einer Konfrontation gekommen, hätte sich die aufgestaute Wut unserer Kollegen über die unmenschlichen Einsatzbedingungen kaum noch steuern lassen."

Der Brief des Polizeipräsidenten wurde bereits am Samstag — also nicht als Reaktion auf die GdP-Attacke — formuliert. Karlheinz Gemmer erklärte im Gespräch mit der FR, damit wolle man der Tatsache gerecht werden, daß bei den Beamten vor Ort Irritationen über das Verhalten der Polizeiführung entstanden seien.

Gemmer warb um Verständnis für die Taktik, „unser Ziel ohne Auseinandersetzungen mit den Versammlungsteilnehmern zu erreichen". Das Ergebnis, der Auszug des Kongresses in der Nacht zum Samstag, „schien mir den Zeitaufwand zu rechtfertigen". Gemmer wollte den Klagen über Verpflegungsprobleme nicht widersprechen und gestand in dem Brief zu, daß es Probleme gab, den Beamten „die Lageentwicklung und die jeweils aktuellen Entscheidungsgründe" zu vermitteln.

Zur Entscheidung des Oberbürgermeisters, den Kongreß noch in letzter Minute zu verbieten, erklärte das Innenministerium am Montag, es könne keine Rede davon sein, daß diese Maßnahme von Wiesbaden aus Unterstützung gefunden habe. „Wir haben in keiner Weise auf diese Entscheidung eingewirkt", sagte Jan von Trott, Leiter des Ministerbüros. Dafür sei Wallmann als Chef der Versammlungsbehörde verantwortlich gewesen. Trott lehnte es ab, die Entscheidung zu werten. Die Polizei habe ihre Sache gut gemacht, weil sie eine Konfrontation vermieden habe.

Die zurückhaltende Linie der Fachhochschulleitung im Umgang mit dem „Antiimperialismus"-Kongreß ist inzwischen aus den Reihen der CDU unter Beschuß geraten. Kurzfristig hatten sich am Montagvormittag die christdemokratischen Landtagsabgeordneten Bernd Hamer und Helmut Lenz zu einem Besuch der Veranstaltung angesagt — um sich, wie sie sagten, über das Geschehen zu informieren.

Kanzler Peter Gussmann und Prorektor Johannes Schneider gaben dem Begehren der Abgeordneten, ihnen gegen den Willen der Veranstalter (diese lehnten den Besuch als „Provokation" ab) Zutritt zu den Kongreßräumen zu verschaffen, nicht nach. Man habe, so Gussmann anschließend, um die „persönliche Sicherheit" der Christdemokraten gefürchtet. Prorektor Schneider verwies zudem darauf, daß Hamer und Lenz keine Anhaltspunkte für rechtswidriges Verhalten angeführt hätten, die es notwendig gemacht hätten, die Inspektion der Räume trotz des Risikos einer Eskalation durchzusetzen.

Hamer meinte dagegen, die Fachhochschule — an der er selbst früher gelehrt hat — hätte mehr tun müssen, um den Christdemokraten die Besichtigung des „antiimperialistischen und antikapitalistischen— Treffens zu ermöglichen. Er schloß allerdings auch schon aus einem Rundgang durch Treppenhäuser und nicht vermietete Räume, daß der — nach wie vor gültige — Mietvertrag verletzt worden sei: durch ein „Massenlager", das auf Übernachtungen schließen lasse, und durch die Tatsache, daß ein nicht angemieteter Raum zur Gepäckablage benutzt wurde.

Helmut Lenz deutete an, die CDU wolle im Landtag das Wissenschaftsministerium fragen, ob man nicht frühzeitig hätte erkennen können, „was auf die Fachhochschule zukommt", und ob nicht die „Verpflichtung" bestanden habe, den Abgeordneten Zugang zu allen Räumen zu verschaffen.

Die noch etwa 300 Kongreßteilnehmer, die ihr eigenes politisches Spektrum mit dem Titel „Widerstand" zu umschreiben pflegen, setzten unterdessen ihre Diskussionen fort. Ohne konkret auf „Strategien" des „antiimperialistischen Kampfes" einzugehen, befaßten sie sich vor allem mit dem Vorgehen des, wie es auf Transparenten hieß, „Feindes". Die Situation der inhaftierten „Genossen" aus RAF und ähnlichen europäischen Organisationen spielte dabei ebenso eine Schlüsselrolle wie das Verhalten der Polizei gegenüber dem Kongreß selbst.

DIE WELT 4. Februar 1986

Terroranschläge deutlich angestiegen

Staatssekretär Spranger: „Die RAF konnte ihr Anhängerpotential mobilisieren"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Feststellung „Zur Terrorismusbekämpfung werden alle Ressourcen beim Bund umfassender und planvoller eingesetzt" hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), eine Bilanz der Brand- und Sprengstoffanschläge 1985 vorgelegt. Danach ist ihre Zahl im Vergleich zu 1984 um 32 Prozent auf 331 angestiegen. In der Bilanz des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im vergangenen Jahr außer 256 Brandanschlägen 75 Sprengstoffattentate registriert, deren Zahl damit um 47 Prozent zunahm.

Bei der regionalen Aufteilung ergeben sich Schwerpunkte in sechs Bundesländern. Spranger zählte dabei Hamburg mit 59 Anschlägen, Niedersachsen mit 56, Nordrhein-Wstfalen mit 56, Hessen mit 47, Baden-Württemberg mit 41 und Berlin (West) mit 37 auf. In Bayern ist die Zahl im Vergleich zu 1984 von 17 auf zehn zurückgegangen.

Ziele der Anschläge sind nach der vorläufigen Bilanz für 1985 Baufirmen, vor allem im Bereich Kerntechnik und Stadtsanierung, „Sicherheitsbehörden als Symbole des sogenannten Repressionsapparates", Kaufhäuser, Geldinstitute als Symbole des „kapitalistischen Apparates", Bundeswehreinrichtungen und im Zuge des sogenannten „Kampfes gegen den Imperialismus" Einrichtungen der Stationierungsstreitkräfte.

Soweit die Anschläge bestimmten Gruppen überhaupt zugeordnet werden konnten, steht die RAF an der Spitze mit 18 Sprengstoff- und 13 Brandanschlägen, gefolgt von den Gruppen „Revolutionäre Zellen/Rote Zora" mit wahrscheinlich 21 Anschlägen. Der rechtsextremistische Bereich schlägt mit vier solcher Vorfälle zu Buche, ausländische Gruppierungen mit zwei Anschlägen.

Als Grund für den Anstieg der terroristischen Aktivitäten sieht Spranger die Tatsache, daß es dem Kernbereich der „RAF" gelungen sei, das Anhängerpotential zu mobilisieren. Außerdem habe das „prinzipiell gewaltbereite weitere Umfeld" seine in der Vergangenheit beobachtete Zurückhaltung aufgegeben. Wie schon 1985 könnten, meint der Parlamentarische Staatssekretär, kurzfristig akut werdende Bezugsthemen eine Zunahme der Anschläge zur Folge haben. 1985 hatten Terroristen aus Anlaß des Hungerstreiks inhaftierter Gesinnungsgenossen und im September/Oktober aus Anlaß des Jahrestages des Todes von Günter Saré, der in Frankfurt von einem Polizeifahrzeug überrollt worden war, 47 beziehungsweise 101 Anschläge verübt. Beim BKA wurde eine Kommission gebildet, die den Einsatz der vorhandenen Mittel verbessern soll.

Warum Gerichte RAF-Kongreß genehmigten

DW. Frankfurt

Um den RAF-Sympathisanten-Kongreß in der Frankfurter Fachhochschule (WELT vom 2. Februar) gab es mehrere Gerichtsverfahren, bis der Verwaltungsgerichtshof Kassel am Sonntag letztinstanzlich das Treffen genehmigte. Zunächst war die Veranstaltung „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" unter dem den Inhalt verschleiernden Titel „Jugend für Europa" angemeldet worden, woraufhin die Fachhochschule die Räume vergab.

Als die Schule die Irreführung bemerkte, kündigte sie die Verträge. Daraufhin wollte Gudrun Wörsdörfer, die als Veranstalterin auftrat, einen Zeltplatz in Sossenheim anmieten. Die Stadt lehnte dies ab und bekam – wegen der Verwendung des falschen Titels „Jugend für Europa" – vor dem Verwaltungsgericht recht.

Eine andere Kammer des Verwaltungsgerichts entschied jedoch, daß die Irreführung des Hausherrn kein Grund für die Kündigung der Raumvergabe ist; die Fachhochschule wurde verpflichtet, den Kongreß zu beherbergen. Deswegen erließ am Freitagabend die Stadt ein Versammlungsverbot für den Kongreß in der Fachhochschule und anderswo in Frankfurt. Nach stundenlangen Diskussionen räumten die etwa 700 Teilnehmer die Schule in der Nacht zum Samstag.

Das Verwaltungsgericht hob die Verbotverfügung auf Antrag der Veranstalter aber am Samstag wieder auf. Seine Gründe: Ein Versammlungsverbot muß vor Beginn ausgesprochen werden. Außerdem könnten die Einladungs- und anderen vorbereitenden Schriften für den Kongreß nicht der Antragstellerin zugerechnet werden. Die Stadt hatte diese Papiere zur Begründung des Verbots verwendet, weil sie aus ihnen die Vermutung ableitete, daß mit der Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung während des Kongresses zu rechnen sei.

So hieß es auf Einladungs-Plakaten: „Der Austausch von den Erfahrungen des Widerstandes gegen die imperialistische Politik soll gemeinsame Prozesse möglich machen ... Wichtig waren die Erfahrungen der letzten Jahre, besonders die während des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im letzten Winter: Der gemeinsame Kampf von Guerilla, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist."

Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ging die Stadt vor den Verwaltungsgerichtshof. Der jedoch lehnte die Beschwerde mit Hinweis auf die Gründe der Vorinstanz ab – der Kongreß kann also bis zum heutigen Vormittag stattfinden. Allerdings ermittelt der Generalbundesanwalt wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Auf der Suche nach neuen „Rekruten"

Wie auf einem Frankfurter Kongreß mit RAF-Parolen eine gemeinsame Front aufgebaut werden sollte

Frankfurter Rundschau
[illegible]6. Februar 1986

Die Atmosphäre in der Aula der Frankfurter Fachhochschule war gespannt. Am zweiten Tag des Kongresses „Antiimperialistischer und Antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" hatten die Veranstalter Schwierigkeiten mit dem Fußvolk. „Wir sollten endlich zur Sache kommen", tönte es aus der Reihe der Organisatoren an der Stirnseite des Saales, in dem das Bild von der schwarzen Kluft der durch ihr militantes Auftreten bei Demonstrationen bekannten „Autonomen" beherrscht wurde.

Die „Sache", das war für den inneren Zirkel der Kongreß-Lenker nichts anderes als ein ideologischer Schulterschluß zwischen der „Rote Armee Fraktion" und anderen europäischen Terrororganisationen einerseits und dem nicht bewaffneten „Widerstand" andererseits. Das ging durchaus an die Adresse der „Autonomen", die aus zahlreichen bundesdeutschen Städten und dem europäischen Ausland angereist waren. Doch die interessierten sich einstweilen mehr für das Geschehen vor der Haustür.

Der Streit entzündete sich an den Ereignissen des ersten Kongreß-Tages. Da hatte der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann die Veranstaltung verboten, obwohl viele Teilnehmer schon eingetroffen waren. Wallmann berief sich unter anderem auf ein Verfahren wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, das der Generalbundesanwalt zuvor sehr kurzfristig gegen die „ungenannten Veranstalter" eingeleitet hatte.

Mehrere Hundertschaften Polizei waren vor der Fachhochschule aufmarschiert. Dann aber hatte die Polizeiführung nach langen Verhandlungen mit der Fachhochschul-Leitung und den Anwälten der Veranstalter beschlossen, die Eskalation zu vermeiden und abzuziehen. Sie erhielt dafür die Zusicherung, daß die Kongreß-Teilnehmer über Nacht nicht in dem Gebäude bleiben würden. Ein neuer Polizeieinsatz am folgenden Tag erübrigte sich dadurch, daß der Verwaltungsgerichtshof in Kassel Wallmanns Verbot aufhob. Der Kongreß ging unbehelligt weiter.

„Ihr habt ohne Mandat des Plenums mit den Bullen verhandelt", warf einer aus dem Saal den Organisatoren vor. „Wir hätten unseren Kongreß durchsetzen sollen, nicht nur auf der juristischen Schiene." Wir bleiben die ganze Nacht, bedingungslos — das war am Vorabend die harte Linie gewesen.

Dieser Konflikt warf ein Licht auf die zwei Lager, die sich in der Fachhochschule gegenüberstanden. Auf der einen Seite jene „Autonomen", die ihren Protest durch Steinwürfe und Auseinandersetzungen mit der Polizei, aber ohne politisches Konzept, auszudrücken pflegen. Auf der anderen Seite eine zahlenmäßig kleine Gruppe, die wohl erstmals mit derart großem organisatorischem Aufwand und in solcher Offenheit die personelle Basis einer Politik zu verbreitern suchte, zu deren Säulen erklärtermaßen der Terrorismus gehört.

Diese Minderheit brauchte, um ihr Ziel zu erreichen, Ruhe. Deshalb betonte sie immer wieder öffentlich, man wolle bei diesem Kongreß lediglich diskutieren. Deshalb vermied sie es, Anlässe für ein Eingreifen der Polizei zu liefern, ließ sie alle Teilnehmer und Besucher am Eingang durchsuchen, „um uns vor Bullen, Faschos und Provokateuren zu schützen". Deshalb paßte ihr die Tendenz der „Autonomen", die direkte Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu suchen, hier nicht in den Kram.

Das Konzept der Veranstalter wurde bereits am Eröffnungsabend klar. Es gehe, las eine Frau im Einleitungsreferat vom Blatt, um die Schaffung der „gemeinsamen Front". Dazu gehöre außer der „Guerilla" (also der RAF) und den „Gefangenen aus RAF und Widerstand" auch der nicht bewaffnete „Widerstand", dem flugs neben den „Autonomen" auch Teile der Anti-Atomkraft- und der Friedensbewegung („Anti-NATO-Kampf") einverleibt wurden. Sie alle führten, je auf ihre Weise, den „Kampf gegen den US-Imperialismus", hieß es.

So verwischte diese „Theorie" angesichts des einen, großen „Feindes" nicht nur die Unterschiede zwischen Mordanschlägen und Mahnwachen, zwischen Steinwürfen und gegen Menschen gerichteten Bomben, zwischen der Guerilla in El Salvador und den Terrorakten nach Art der RAF. Sie bot der von Aktion zu Aktion schlingernden Szene der „Autonomen" auch die Möglichkeit der Identifikation mit einem „höheren" Ziel — teilzunehmen am großen Krieg gegen die Macht des Bösen, den US-Imperialismus.

In drei Arbeitsgruppen („Gesamtsystem", „Frontabschnitte", „Westeuropa") wurde — für die Presse nicht zugänglich — diskutiert, in Veranstaltungen mit Angehörigen von Inhaftierten aus mehreren Ländern wurden — öffentlich — die bewaffneten und die gefangenen „Kämpfer" gefeiert. Doch die lauten Bekundungen der Solidarität mit der RAF und ähnlichen Gruppen kamen nur von der kleinen Schar der Wortführer. Die Mehrheit schwieg, mit der einen Ausnahme des bezeichnenden Streits über die Verhandlungen mit der Polizei, und sie blieb der Veranstaltung im Lauf der fünf Kongreßtage in zunehmendem Maße fern.

Was von den Mitgliedern dieser schweigenden Mehrheit am Rande des Geschehens zu hören war, klang ganz anders als das Kriegsgeschrei der aktiven Minderheit. Es waren meist sehr junge Leute, die in der schwarzen Kluft steckten. Immer wieder sprachen sie vom Gefühl der Perspektivlosigkeit: „Ich habe keinen Bock", meinte eine 19-, 20jährige, „mich abzurackern für einen Job, der mir nichts bringt außer im besten Fall ein bißchen Kohle." Bei allen tauchte zudem glaubwürdige Empörung über das politische Geschehen auf: über Umweltzerstörung, über Aufrüstung, über die Politik der USA in Mittelamerika, auch über die Haftbedingungen von RAF-Mitgliedern. Und immer wieder, fast wortgleich, der eher hilflose Satz: „Man muß was machen."

Der Apparat, wie sie alle offiziellen Institutionen, alle etablierten Parteien und Organisationen nennen, hat für diese Jugendlichen als Identifikationsangebot offenbar versagt. Auch die Grünen werden dem „Apparat" zugerechnet.

Gerade diese Unzufriedenheit, die kein anderes Ventil findet als handfeste Aggressionen gegen Fensterscheiben und Polizisten, war offensichtlich die Angriffsfläche, auf die die Kongreßmacher setzten. Schon im Einleitungsreferat hatten sie besonders die Grünen und die Alternativbewegung, die den protestierenden Jugendlichen noch am ehesten ein Feld gewaltfreien „Widerstands" bieten könnten, programmatisch auf die „andere Seite" verbannt: „Es gibt keinen dritten Weg."

Der Reiz des Gut- und Bösedenkens kann Wirkung zeigen, auch dafür lieferte der Kongreß lebende Beweise. „Ich habe mich schon lange aufgeregt über das, was in diesem Staat abgeht", sagte einer der Erfahreneren beim Gespräch auf dem Gang. „An der RAF habe ich gesehen, daß man was machen kann. Die kämpfen wenigstens." Frage an einen anderen aus dem Kreis der „Älteren", 25- bis 30jährigen: Treibt man nicht die Jüngeren, ihre Suche nach Orientierung ausnutzend, auf einen Weg, der ins Gefängnis, in die Existenzvernichtung führen kann? Antwort des jungen Mannes, der schon eine Haftstrafe hinter sich hat: „Das muß man erlebt haben, daß es etwas Schönes ist zu kämpfen, ohne Angst vor dem Knast zu haben."

Das scheint ein Ziel dieses Kongresses gewesen zu sein: Die jungen „Autonomen" für eine „Politik" zu rekrutieren, die ihnen dieses gefährliche Gefühl allzu schnell vermitteln könnte.

8.2.85 taz

„Angehörige" sprechen von offenem Faschismus in der BRD

Verwandte von Gefangenen aus der RAF beim Frankfurter Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand" / Mütter von spanischen Gefangenen berichten über Folter / Keine Gegenstimme zum Faschismusvorwurf

Frankfurt (taz) — „Wenn man all das erlebt hat, dann muß man jetzt damit an die Öffentlichkeit. Dann kann man nicht mehr sagen, wir haben nichts von alledem gewußt." Wie schon viel zu häufig geschehen, zieht eine Frau die faschistischen Verhältnisse des Dritten Reiches herbei, um auf die Gegenwart aufmerksam zu machen.

Gegenwart: „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa", ein Kongreß von vielleicht 700 überwiegend jungen Leuten, weit mehr als die Hälfte von ihnen werden um einiges unter dreißig Jahren gewesen sein. Einig waren sie im radikal linkspolitischen Selbstverständnis. Der Frankfurter Kongreß vom vergangenen Wochenende verschaffte nicht nur eingangs zitierter Frau, der Mutter des Gefangenen aus der RAF, Christian Klar, (einst gehetzter und geliebter Feind der ganzen Republik) das Auditorium.

Am späten Samstagnachmittag, dem zweiten von insgesamt fünf Tagen Kongreßdauer, betrat eine ganze Gruppe von Frauen — die meisten kennen den Hitlerfaschismus aus eigenem Erleben — das Podium. Von der Erscheinung unterschied diese Gruppe sich kaum von den Müttern, die wir aus Argentinien oder dem Libanon von heute kennen. Mütter von „Verschwundenen", Opfern blanker Gewalt. Die Kinder dieser Mütter verschwanden freilich nur hinter den Schallmauern bundesdeutscher Hochsicherheitstrakte.

Immer dann, wenn die Gefangenen aus der RAF eine neue Offensive in ihrem Kampf starten, fällt bescheidenes Licht auf die „Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD". Schon allein in ihrer Existenz ein Paradoxon zum Grundgesetz des herrschenden Rechtsstaates, versuchen die „Angehörigen" genau das zu erfüllen, was ein durchschnittlich moralischer Mensch von „Familie" erwartet: in harten Zeiten die Verwandtschaft zu unterstützen. Die in der Gruppe organisierten Anghörigen taten dies z.B. bei der Besetzung der Hamburger 'Spiegel'-Redaktion, ihrer Ankettungsaktion im Münchner Justizministerium oder ihrer Protestaktion beim Stammheimer Richter Knospe. Immer waren die Gefangenen im Hungerstreik, immer jagten die Staatsschutzbehörden ihre Retourkutschen ins Land, die Ermittlungsinstanzen mußten sich mit einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren nach § 129a, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung beschäftigen.

„Wir werden nicht schweigen, wir lassen uns nicht mundtot machen." Wieder so ein Satz, der wie ein Echo aus längst vergangenen Zeiten klingt. „Nach dem, was wir gestern abend hier erlebt haben, müssen wir vom offenen Faschismus sprechen."

Endlich ist es heraus. Frenetischer Beifall für die Schwester der Gefangenen Christa Eckes. Nicht eine einzige Gegenstimme wird erhoben. Fast alle Anwesenden haben schon am Vorabend hinter den verbarrikadierten Türen dieses Raumes auf den Angriff eines martialischen Polizeiaufgebotes gewartet, das Frankfurts OB Wallmann hatte aufmarschieren lassen. 129a war auch seine Zauberformel gewesen, den Kongreß aus der Hochschule zurück auf die Straße zu befördern.

Fast allen Anwesenden haben die „Angehörigen" nichts Neues zu erzählen. Besuchsverbote, Einschränkung des Briefkontak-

tes mit den Gefangenen, staatlich organisierte Schikanen aller Variation. Fast alle der Anwesenden sind über die Zustände in bundesdeutschen Knästen informiert. Fast alle der hier nicht anwesenden Bundesbürger kümmern sich einen Dreck um das, was hier als „Weiße Folter" bezeichnet wird. Und tatsächlich, Dieseunsererepublik tut sich schwer, wenn es gilt, internationale Anti-Folterkonventionen zu unterzeichnen.

Die Gefangenen könnten ja anders, magmandenkenundein weiteres Mal den müßigen Streit vom Zaune brechen, ob nun die Gefangenen aus der RAF Kriegsgefangene im Sinne der Genfer Konventionen, des Haager Kriegsrechts oder im subjektiven Sinne der antiimperialistischen Metropolenguerilla sind. Die Trakte, „Sicherheitsimport" aus den USA, bestehen, die Toten der ersten RAF-Generation wurden mit Austs Buch und Hauffs Stammheim-Movie wieder Thema. Und das „Modell Deutschland", Erfindung vormaliger sozialdemokratischer Regierungen, hat längst seinen Weg durch Westeuropa genommen.

Bei einem Gespräch mit Journalisten berichteten neben den Müttern und Schwestern aus der BRD auch Frauen aus Spanien über den derzeitigen Hungerstreik von knapp fünfzig gefangenen Frauen, von „Incommunicado-Haft", über alle Variationen von Folter, Scheinerschießungen, Erstickungsversuchen, bei denen den Gefangenen Plastiktüten über den Kopf gestülpt werden, von der „Papageienschaukel", von der Bastonade, kurz allen gängigen Foltermethoden, die Geständnisse erpressen sollen; über den Mangel an medizinischer Betreuung von Gefangenen der portugiesischen FUP. „Das ist der Sozialfaschismus, schlimmer als Franco", bezeichnet Carmen, deren zwei Söhne Opfer dieser Praktiken wurden, die spanischen Verhältnisse. Aus Frankreich, Irland und Italien sind Kämpfe gegen Deprivation und TE-Gesetzgebungen hinlänglich bekannt. Kämpfe, die wenigstens teilweise mehr Erfolg zeigten, als die in den bundesdeutschen „Vollzugsanstalten". Und so versichern die Angehörigen auch immer wieder, daß sie den Kampf nicht aufgeben werden. Grund genug, sie wenigstens mit Beifall zu unterstützen. Und Grund für neue, fast vergessene Schlachtrufe: „Hoch die internationale Solidarität" skandieren die Anwesenden.

Applaus erntet auch eine andere Mutter, die berichtet, wie sie ihren Kopf wieder aufrecht tragen kann, seit sie sich in der Gruppe der Angehörigen engagiert hat, nachdem ihr Kind gefangen wurde. Diese Angehörigen und ihre Zuhörer sind dem Staat zweifellos ein Dorn im blinden Auge, wie sonst ließen sich solch absurde Reaktionen erklären, wie die Begründung eines just wieder aufgehobenen Besuchsverbotes gegen Mutter und Tochter Barabaß. So weit her könne es mit den verwandtschaftlichen Beziehungen wohl nicht sein, hieß es dort, denn vom Abtauchen in den Untergrund hätten sie die Tochter ja nicht abgehalten.

Berufsverbote gegen Mütter also? Im Grunde gehen die Staatsschutzbehörden schon wesentlich weiter. Bei seiner letzten Halbjahreskonferenz ordnete Generalbundesanwalt Rebmann die hauptsächliche Aktivität der „Angehörigen", nämlich die Haftbetreuung, als eine der vier Ebenen ein, auf der die RAF operiere.

Petra Groll

NATO-Artikel kursiert im Untergrund

DIE WELT

15. Februar 1986

lim. Bonn

Auf dem jüngsten Kongreß über „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" vom 31. Januar bis 4. Februar in Frankfurt, an dem auch Gruppen teilnahmen, die zum terroristischen Umfeld gerechnet werden, ist ein Aufsatz aus der Zeitschrift „Wehrtechnik" erörtert worden. Dabei handelt es sich um die Beschreibung des NATO-Pipeline-Systems. Der Aufsatz wurde in Fotokopien herumgereicht. In der Untergrund-Zeitung „Radikal" Nr. 131 heißt es dazu: „Im ersten Teil dreht es sich um zwei Erklärungen zu Anschlägen auf die NATO-Pipeline bei der Airbase Frankfurt... In diesem Zusammenhang steht der faksimilierte Artikel aus der ‚Wehrtechnik', wo wir dachten, daß die unverhohlene Sachkenntnis eines grad. Ing. die Erläuterungen der RZ ganz gut vervollständigt. Insgesamt werden hier die Funktionen und unbegrenzten Sabotagemöglichkeiten des NATO-Pipeline-Systems verdeutlicht. Wir halten es für notwendig, hier dranzubleiben, denn gerade für Kleingruppen-Aktionen ergeben sich hier reale Möglichkeiten..."

„Radikal" ist nur im Untergrund über eine Deckadresse in Wien erhältlich. Die Aufmerksamkeit, die sie dem Artikel aus der „Wehrtechnik" widmet, hat Beobachter der Szene aufhorchen lassen. So schreiben zum Beispiel die „Sicherheitspolitischen Nachrichten": „Man fragt sich, wer diesen Artikel (in der „Wehrtechnik" d. R.) wohl freigegeben hat. Normalerweise ist dafür das Bundesministerium der Verteidigung zuständig."

TAZ 24.2.86

Festnahme wegen Paragraph 129a

Tübingen (taz) — Am Donnerstag wurde eine Frau aus Tübingen auf offener Straße festgenommen. In einem Copy-Shop hatten Zivilpolizisten sie im Einvernehmen mit dem Ladenbesitzer observiert. Der Frau wurde verwehrt, einen Anwalt zu benachrichtigen. Nach dreistündiger Beratung und ED-Behandlung kam es dann auf Anweisung der Bundesanwaltschaft zur Hausdurchsuchung, die mit dem Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung begründet wurde. Die Polizisten interessierten sich vornehmlich für Arbeitspapiere des Frankfurter antiimperialistischen und antikapitalistischen Kongresses und für ein Diskussionspapier zum Anschlag auf die Rhein-Main-Air-Base der USA. Die Frau wurde nach sechs Stunden wieder freigelassen.

Frankfurter Allgemeine 24.2.86

Brück: SPD verharmlost die Gefahr des Terrorismus

Scharfe Angriffe des CDU-Kreisvorsitzenden beim Frankfurter Parteitag / Vorstand wiedergewählt

mü. Mit großer Mehrheit hat am Samstag der Kreisparteitag der Frankfurter CDU den Vorsitzenden Wolfram Brück und, mit geringfügigen Änderungen, den Vorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. In seinem Rechenschaftsbericht ging Brück auf die Bombenanschläge der vergangenen Monate und den Kongreß der Sympathisanten der Rote-Armee-Fraktion (RAF) in der Fachhochschule ein und warf der SPD vor, die Gefahr des Terrorismus zu verharmlosen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Stadtparlaments, Gerhard Wenderoth, hielt den Sozialdemokraten vor, eine Klassenkampfstrategie zu verfolgen, bei der das Wohl der Bürger auf der Strecke bleibe. Oberbürgermeister Wallmann konnte wegen Krankheit an dem Parteitag nicht teilnehmen.

Der Kreisvorsitzende zeigte sich betroffen darüber, daß der Kongreß in der Fachhochschule habe stattfinden können und nicht aufgelöst worden sei. Ihm fehle jedes Verständnis für Kritik an der Entscheidung von Oberbürgermeister Wallmann, „eine Versammlung von Personen zu verbieten, die sich der Unterstützung des blutigen Terrors und der Zerschlagung unseres Staates verschrieben haben". Die größte Gefahr für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat gehe von denjenigen aus, die sich opportunistisch gegenüber den Feinden der Freiheit verhielten, sagte Brück.

Ins Gericht ging der Kreisvorsitzende mit dem Papier der Frankfurter SPD zu Polizeifragen in Hessen. Es handele sich um die Aufforderung an die Polizei, Regelverletzungen hinzunehmen, wenn es dort sinngemäß heiße, daß gewaltfreie Demonstrationen zu schützen seien und „selbst Inanspruchnahme weitergehender Widerstandsformen" einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Beteiligten nicht erlaubten. Dieses Papier bereite den Boden für Gewalt und Gesetzesverletzungen, da es den Eindruck erwecke, die Demonstranten müßten vor den Polizisten geschützt werden. Den hessischen Innenminister kritisierte Brück, weil dieser zwar ein Verbot gewalttätiger Aktionen an der Startbahn-West angekündigt, aber bis heute dem Treiben „einiger hundert Politkrimineller" kein Ende gesetzt habe. Der Staat verliere dadurch an Glaubwürdigkeit, was schlimmer sei als die Verwüstungen.

Zu der Anzeige des Grünen-Bundestagsabgeordneten Schily gegen Bundeskanzler Kohl meinte Brück, dieser wolle damit nicht den Regeln des Rechtsstaats Geltung verschaffen, sondern nur den Kanzler verleumden und diffamieren. Wie wenig die Grünen vom Rechtsstaat hielten, sei an einem Artikel des ehrenamtlichen Magistratsmitgliedes Rupert von Plotnitz im „Pflasterstrand" zu sehen. Dort habe das Magistratsmitglied der Grünen, von Plotnitz, die Auffassung vertreten, die in Stammheim verurteilten Terroristen seien Helden, die vom Staat kriminalisiert worden seien.

Der Kreisvorsitzende warnte davor, daß die politische Diskussion nur noch von den Rändern der Gesellschaft bestimmt werde. Den radikalen Minderheiten komme viel mehr Aufmerksamkeit zu als den Normalbürgern. Er rief seine Parteifreunde unter starkem Beifall dazu auf, sich als Anwalt der Mehrheit zu verstehen.

Zufrieden äußerte sich Brück über die vergangenen zwei Jahre. Die Arbeit der Union charakterisierte er als einen „großartigen Erfolg einer Politik, die sich uneingeschränkt zur Großstadt als Lebensform bekennt". Die Herausforderungen der Vitalität der Stadt wird seiner Meinung nach nur eine Partei bestehen, die der „Vielfalt der politischen, kulturellen und geistigen Strömungen mit Liberalität und Toleranz begegnet, aber gleichwohl notwendige Entscheidungen kraftvoll durchsetzt".

Wenderoth beklagte in seinem Bericht über die Arbeit der Fraktion im Stadtparlament, die Auseinandersetzungen seien polemischer geworden. Nachdem die „Juso-Generation" nun auch die SPD-Fraktion im Römer erobert habe und eine stattliche Anzahl bewährter Kommunalpolitiker durch den linken Flügel ausgeschaltet worden sei, werde die Diskussion überwiegend von den Ideologen geführt. Diese schreckten auch vor persönlicher Herabsetzung und Diffamierung des politischen Gegners nicht zurück. Demgegenüber werde seine Fraktion eine Politik der Mitte verfolgen und aufzeigen, daß eine „Politik der Konfrontation, des Neides und der Mißgunst, des Spektakels und der billigen Effekthascherei" dazu keine Alternative biete, kündigte der Fraktionsvorsitzende an.

Eine schwere Belastung der Stadt, für die allerdings die SPD die Verantwortung trage, befürchtet Wenderoth von der Äußerung des designierten SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Dürr, der frühere israelische Ministerpräsident Begin sei ein Faschist. Wie berichtet (siehe F.A.Z. vom Freitag), hat sich Dürr nach der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in dem diese Formulierung fiel, dafür entschuldigt. Diese Entgleisung zeige, daß es auch auf der Linken Antisemitismus gebe, befand Wenderoth. Eine Diskussion über die beiden Berichte gab es nicht, was der Versammlungsleiter Stadtkämmerer Ernst Gerhardt als eine Stärke der Partei wertete.

Frankfurter Allgemeine
24.2.86.

Der Kommentar

Von wirklichen Gefahren

Ein politischer Parteitag ist gemeinhin nicht der Ort, an dem nüchterne Analyse gesellschaftlicher Zustände, jenseits des Horizonts der fraglichen Gruppierung erwartet werden kann. Solche Veranstaltungen dienen dazu, die eigenen Auffassungen in glänzendem Licht erscheinen zu lassen, die Anhänger zu motivieren, dem politischen Gegner allerhand ins Stammbuch zu schreiben und die Partei nach außen als die allein seligmachende, von lautersten Absichten getragene Vereinigung erscheinen zu lassen. Das ist gut und richtig so, und auch der Frankfurter CDU-Parteitag im Bürgerhaus Bornheim ist von solchen Zügen nicht frei gewesen. Um so bemerkenswerter war die Rede des CDU-Kreisvorsitzenden Wolfram Brück, städtischer Dezernent für Personal- und Rechtswesen und einer der engsten Mitarbeiter von Oberbürgermeister Wallmann.

Er hat, jenseits parteipolitischer Polemik, an Hand von Beispielen aus jüngster Zeit „die größten Gefahren für den Rechtsstaat" aufgezeigt: wenn sich „die Anpasser, die Verharmloser und die politischen Opportunisten gegenüber den Feinden der Freiheit ans Werk machen" und wenn „um Verständnis für Regelverletzungen geworben wird, wenn es um vermeintlich anerkennenswerte politische Anliegen geht". Er führte die Kommentierung einer Zeitung an zum „Kongreß des antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstands", der vom Oberbürgermeister verboten worden war „angesichts des von der Bundesanwaltschaft übermittelten Materials und ihres ausdrücklich bekundeten Interesses am Versammlungsverbot". Mit der bürgerlichen Scheu vor aggressiver Aussage nannte Brück den Zeitungsnamen nicht, aber jedermann im Saale wußte, daß die „Frankfurter Rundschau" gemeint war. Nicht die Meinung soll ihr genommen werden, aber Kommentierung hat von Tatsachen auszugehen, und die Worte, Wallmann sei an einer politischen Entscheidung gelegen und er habe die Eskalation, die andere verhindert hätten, billigend in Kauf genommen, war nichts anderes als der perfide Versuch, dem Oberbürgermeister anzuhängen, wozu er aus übergeordneten Erkenntnissen verpflichtet war.

Allerdings drängt sich, an die Adresse der Stadt und ihrer politischen Mehrheit gerichtet, die Frage auf, ob die Informierung der Öffentlichkeit in diesem Fall ausreichend gewesen war. Jedenfalls hätte die Bundesanwaltschaft aufgefordert werden können, auf diesen Kongreß und einige der dazu vorliegenden Erkenntnisse deutlich hinzuweisen, und nicht unter dem Siegel der Amtsverschwiegenheit Alarm zu schlagen.

Die Worte Brücks: „Eine im Rahmen von Recht und Gesetz getroffene Mehrheitsentscheidung ist immer eine demokratische Entscheidung. Wer das bezweifelt, legt Hand an eines der grundlegenden Prinzipien unserer demokratischen Verfassung" haben den Hintergrund ausgeleuchtet für jene lautstarke Unruhe, die glaubt, Wahlergebnisse durch Aggressivität auf der Straße ersetzen zu können. Jede friedfertige Form der Meinungsäußerung soll willkommen sein, aber der Versuch, unwillkommene Stimmabgabe mit gewalttätiger Demonstration, wenn sie nur oft und lange genug geschieht, vergessen machen zu können, muß scheitern. Vor der Beschreibung noch weitergehender Entwicklung hat der CDU-Vorsitzende halt gemacht: Wähler und Bürger könnten sich vom öffentlichen Leben in dieser Demokratie abwenden, sich auf ihre private Welt zurückziehen und am Stammtisch den schrecklichen Ruf nach dem starken Mann, der Ordnung schafft, ausstoßen. Das wären dann die wirklichen Gefahren.

ERICH HELMENSDORFER

- WELT am SONNTAG 16. 3. 86

Die Auswirkungen eines Treffens, das ein Frankfurter Gericht genehmigte

Auftrieb für den Terrorismus

Von HEINZ VIELAIN
Bonn

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) befürchtet, daß der internationale Terrorismus Auftrieb erhält, weil in Frankfurt trotz Warnungen aller Sicherheitsbehörden ein sogenannter antiimperialistischer Kongreß stattfinden konnte. Das ergibt sich aus einem vertraulichen Bericht, den der Innenminister jetzt dem Bundeskabinett übermittelte.

Unter Hinweis auf die Entscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichts, die das umstrittene Terroristentreffen Anfang Februar ermöglichte, heißt es in dem Bericht des Bundesinnenministers: „Falls dem Verwaltungsgericht, das sowohl die Kündigung der Räume als auch das Veranstaltungsverbot der Stadt Frankfurt abschlägig beschied, bei seinen Entscheidungen unzureichende Erkenntnisse über den wahren Charakter der Veranstaltungen vorlagen, beruht dies nicht auf einem Informationsdefizit durch die Bundesbehörden."

Zimmermann berichtet, dem Rechtsamt der Stadt Frankfurt seien für die Auseinandersetzung mit dem Frankfurter Verwaltungsgericht alle Beweise dafür geliefert worden, daß die Veranstalter „zweifelsfrei der RAF beziehungsweise dem engsten RAF-Umfeld zuzuordnen" seien.

Von den 900 bis 1000 Teilnehmern der Veranstaltung seien rund ein Drittel Anhänger der „Rote-Armee-Fraktion" gewesen. Die übrigen zwei Drittel müßten dem sogenannten autonomen Teil des „Militanten Widerstandes" zugerechnet werden.

Es hätten militante Gruppen zumindest aus folgenden Staaten an dem Frankfurter Kongreß teilgenommen: aus Nordirland, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Schweiz, Italien, Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal und aus den Vereinigten Staaten.

Zimmermann schickte dem Bundeskabinett als Anlage noch eine „Bewertung" des Kongresses durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Darin heißt es unter anderem wörtlich:

- „Eine Veranstaltung dieser Größenordnung mit internationaler Beteiligung wirkt sich auf die eigene Anhängerschaft stimulierend und stabilisierend aus. Auf europäischer Ebene stärkte die RAF und mit ihr das engere RAF-Umfeld ihr Gewicht."
- „Nach wie vor sind neben der NATO der Staatsapparat und die Wirtschaft, besonders der militärisch-industrielle Komplex (MIK) potentielle Angriffsfelder."
- „Da von Autonomen die Morde an General Audran und MTU-Chef Zimmermann akzeptiert wurden, ist bei künftigen Anschlägen eine starke Gefährdung von Repräsentanten dieser Bereiche gegeben."

Bonner Nachrichten 19.3.86

Starke Zunahme der terroristischen Bedrohung

„Fast jeden Tag ein Anschlag in der Bundesrepublik"

Die Brutalität kaum noch steigerungsfähig / Innere Sicherheit verschlechterte sich in den letzten Jahren

Von unserem Mitarbeiter Karl Stankiewitz

München. „Entwarnung kann keineswegs gegeben werden." Diesen Schluß zog Professor Manfred Schreiber vom Bundesinnenministerium jetzt auf dem 2. Symposium zur Sicherheitslage der Wirtschaft in München aus jüngsten Daten und Vorgängen. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge gegenüber dem Vorjahr um 32 Prozent zugenommen. Und im Februar fand in Frankfurt ein „vom engeren RAF-Umfeld" getragener Kongreß mit libyscher Beteiligung statt, wobei der „Sprung zur europäischen Dimension revolutionärer Praxis in der letzten Phase" verkündet wurde.

Nach den jüngsten Erhebungen, die Schreiber als „oberster deutscher Polizist" den Vertretern des Werkschutzes und anderer Sicherheitsorgane vortrug, waren im vorigen Jahr 331 Anschläge verübt worden, darunter 75 mit Sprengstoff. In 31 Fällen kommen RAF-Täter in Frage, zu 21 Anschlägen bekannten sich „autonome revolutionäre Zellen", vier wurden von Rechtsextremisten verübt und zwei von Ausländern.

Schwerpunkte des Terrors waren Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Berlin. Dagegen ist die Zahl der Attentate in Bayern – trotz weiterer Hochtechnisierung und Ballung der Rüstungsindustrie im Raum München – von 17 auf zehn zurückgegangen. 45 Anschläge richteten sich gegen Geldinstitute und Kaufhäuser, 40 gegen Einrichtungen der Bundeswehr und anderer Streitkräfte, 37 gegen Baufirmen, die an umstrittenen Vorhaben beteiligt sind. Offenbar sei es der RAF gelungen, ihr Potential wieder zu mobilisieren, meinte Schreiber.

Erstmals teilte der frühere Münchner Polizeipräsident auch Erkenntnisse über den „internationalen Kongreß" mit, zu dem im Februar in der Frankfurter Nibelungenallee fast 1 000 Teilnehmer registriert wurden und noch viel mehr gekommen waren, darunter etwa ein Drittel von der RAF. Dabei seien Wachtposten auf dem Dach einer Fachoberschule mit Funkgeräten und Wurfgeschossen postiert gewesen. Die Veranstaltung, so Schreiber, habe sich „stabilisierend oder auch stimulierend" auf die Anhänger ausgewirkt. Künftig könnten „kurzfristige Themen" neue Anschlagserien auslösen. Auch mit Überfällen auf Geldinstitute und mit gewaltsamer Waffenbeschaffung müsse weiter gerechnet werden.

„Also fast jeden Tag ein Anschlag", zog Vizepräsident Gerhard Boeden vom Bundeskriminalamt eine Jahresbilanz. Die starke Zunahme der terroristischen Bedrohung hat die zuständigen Behörden vor allem deshalb alarmiert, weil in den drei Jahren zuvor ein Rückgang festzustellen war. Die jüngsten Anschläge der RAF offenbarten eine „kaum noch steigerungsfähige, blindwütige Brutalität", eine in dieser Massierung gegenüber den letzten sechs Jahren neue Entwicklung. Sie werde allerdings von den Medien und der Öffentlichkeit kaum noch registriert.

Aber auch die gewöhnliche Schwerkriminalität macht immer mehr Sorgen. Der für die Sicherheit in München verantwortliche Stadtreferent Peter Gauweiler berichtete, daß 1985 in den Großstädten der Bundesrepublik dreimal mehr Bürger Opfer von Straftaten geworden sind, als in allen sonstigen Gemeinden zusammen, daß sich die Zahl der Einbruchsdiebstähle im letzten Jahr um 20 Prozent erhöht hat, daß innerhalb von sechs Wochen in München rund 100 Raubüberfälle gemeldet wurden. Die Zahl der nicht aufgeklärten Verbrechen in der Bundesrepublik sei heute so groß wie vor zehn Jahren noch die Zahl der insgesamt begangenen Straftaten.

„Es wird Zeit, daß wir von den aufgeblasenen Erfolgsstatistiken und Selbsttäuschungen abrücken", betonte Gauweiler. Die innere Sicherheit habe sich in den vergangenen 20 Jahren deutlich verschlechtert, Leidtragende seien die Bürger der Großstädte.

DIE WELT - 27. März 1986

Terroristen wollen Wackersdorf zum Symbol des „Widerstands" stilisieren

Einfluß auf demokratische Anti-WAA-Bewegung befürchtet / „Integrierbarer Bürgerprotest"

PETER SCHMALZ, München

Das Protestpotential gegen die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wakkersdorf geht nach Erkenntnissen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz über den Kreis besorgter Bürger, Umweltschützer und demokratischer Gruppen und Parteien weit hinaus bis hin zu sogenannten Autonomen und zum terroristischen Umfeld. Auch die RAF und die Revolutionären Zellen diskutieren neuerdings Aktionen gegen die WAA.

Die Terrorgruppen versuchen, die WAA zu einem Symbol des Widerstands gegen das gesamte System hochzustilisieren, erklärte Regierungsdirektor Norbert Wingerter vom bayerischen Verfassungsschutz in einem Gespräch mit der WELT. Er meint: „Das ist zur Zeit bundesweit das einzige Thema, mit dem sie ihre Leute auf die Beine bringen können."

„Militärisches Objekt"

Dabei betrachten sie die Anlage nicht als energiewirtschaftliches, sondern als militärisches Objekt. Für die RAF, so Wingerter, ist die WAA Bestandteil einer imperialistischen Kriegsführung, WAA heißt für sie Krieg.

Augenblicklich läuft in der Terrorszene eine Mobilisierungskampagne, wobei nach dem Motto „Wenn wir die WAA angreifen, greifen wir das ganze System an" Versuche unternommen werden, das Thema vor allem im Rhein-Main-Gebiet vermittelbar zu machen. Sicherheitsexperten sehen deshalb den terroristischen Anti-WAA-Kampf noch in einer Vorstufe, größere und gefährliche Aktionen aus diesem Protestbereich heraus seien erst dann zu erwarten, wenn das Thema WAA in der antiimperialistischen Ideologie verankert ist.

Daß dabei von der Terrorspitze, der RAF und den Revolutionären Zellen, über die Antiimperialisten bis hin zu dem weiten Bereich der Autonomen trotz fortbestehender ideologischer Differenzen Einigkeit besteht in der Ablehnung der WAA, wird als eine äußerst ernst zu nehmende Situation angesehen, die für die Sicherheit bedrohlich werden kann. Dies vor allem, so Wingerter, wenn es ihnen gelingt, den Widerstand in allen Ebenen zu verankern und die WAA einzubauen in ihr Hauptangriffsziel, das von ihnen als „militärisch-industrieller Komplex" bezeichnet wird.

Als erste bedeutende Aktion in diese Richtung wird der kürzlich abgehaltene „Frankfurter Kongreß" angesehen, auf dem ein 66seitiges Strategiepapier diskutiert wurde, das die ideologische Handschrift der RAF trägt. Daraus wird die künftige Angriffskonzeption deutlich: Es sollen Firmen und Personen getroffen werden, die direkt oder indirekt mit kerntechnischer oder im weitesten Sinne militärischer Produktion zu tun haben.

Bedenkliche Transparente

„Das Interesse besteht darin, aufzuzeigen, wo die Schweine sitzen, sie zu benennen und angreifbar zu machen." In dem Papier werden Firmen wie RWE, Siemens, Dywidag und Allianz mit Beteiligungen und Eigentümerverhältnissen genau aufgeschlüsselt und Adressen genannt.

Mittlerweile versuchen Terrorgruppen auch Einfluß auf die demokratische Anti-WAA-Bewegung zu nehmen. Sie sprechen vom „integrierbaren Bürgerprotest". Norbert Wingerter betont zwar, daß an den WAA-Demonstrationen in überwiegendem Maße demokratisch gesinnte Leute teilnehmen, sieht es aber als bedenklich an, daß bei Demo-Zügen in Schwandorf offen Transparente mit den Konterfeis der Terroristen Baader und Enslin getragen werden.

Welt 8.4.86

Schätzt die RAF ihre Erfolgschancen für Erpressungsversuche wieder höher ein?

Alarmierende Analyse im Justizministerium / 200 Personen untergetaucht / Anschläge befürchtet

WERNER KAHL, **Bonn**

Die Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) schätzen nach der gescheiterten Freipressung inhaftierter Komplizen im Jahre 1977 jetzt offenbar die Erfolgschancen für neue Erpressungsversuche wieder höher ein. Die akute Gefahr geht aus einer im Bundesjustizministerium vorliegenden neuen Analyse der Sicherheitslage einschließlich der Gefährdung von Personen und Einrichtungen durch die RAF hervor.

Zu dem alarmierenden Lagebericht trug die Erkenntnis bei, daß etwa 200 Personen aus dem Umfeld des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland untergetaucht sind. Von ihnen nehmen die Behörden an, daß ein Teil in Koordination mit der RAF Anschläge vorbereitet und ausführt, andere die Logistik betreiben. Steckbrieflich werden derzeit 29 Männer und Frauen gesucht, die zum „harten Kern" der Terror-Organisation gerechnet werden. Bei mindestens 20 der Gesuchten geht man davon aus, daß sie in der RAF aktiv sind, während der Rest sich ins Ausland abgesetzt haben könnte.

Die Komplizen warten

In den Haftanstalten befinden sich gegenwärtig 40 Mitglieder terroristischer Gruppierungen – die meisten aus der RAF –, von denen eine Anzahl lebenslängliche Freiheitsstrafen verbüßt und von den im Untergrund operierenden Komplizen eine Befreiungsaktion erwartet.

Im Gegensatz zu Äußerungen aus Justizkreisen im vergangenen Jahr, wonach Geiselnahmen zwecks Freipressung von Häftlingen nicht akut seien, weist die neue Analyse jetzt auf diese Bedrohung hin. Außer Bombenanschlägen und Attentaten mit dem Ziel, Repräsentanten zu ermorden, die die auswärtige und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten gewährleisten, sind Entführungen anscheinend wieder in die terroristische Anschlagsplanung der RAF aufgenommen worden.

Im „harten Kern" der Terrororganisation sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden offenbar in den vergangenen Monaten mehrere Freipressungsfälle diskutiert worden, bei denen es ausländischen Gruppen gelungen war, gefangene Anhänger zu befreien. Dabei handelte es sich um die Entführung einer Passagiermaschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA im vergangenen Jahr durch schiitische Terroristen. „Daß die Gefangenen freigelassen werden mußten, die Imperialisten keine militärische Lösung wagen konnten, ist ein Sieg für den antiimperialistischen Kampf", erklärte die RAF nach dem Austausch der Passagiere gegen die Häftlinge. Ähnliche Reaktionen erfolgten nach der Freilassung der Tochter des Präsidenten von Salvador, José Napoleon Duarte. Die Präsidententochter Ines Duarte war ebenfalls im vergangenen Jahr entführt und von der Bewegung FMLP im Austausch gegen Gefangene freigelassen worden. Als Vermittler war damals der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski in Mittelamerika aufgetreten. Zwischen dem Umfeld der RAF und der FMLP bestehen nach Berichten aus der linken Szene Kontakte.

Konkrete Anschlagsziele lassen sich jedoch nach den Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden nicht voraussagen. Dagegen gibt es Anhaltspunkte für eine Eingrenzung möglicher Ziele der RAF in der nächsten Zeit in einer kürzlichen Erklärung der Kommandoebene. Die Angriffsstrategie der RAF wird darin so dargestellt: „Das System ist nur zu brechen, indem die Front die konkreten aktuellen Projekte der imperialistischen Strategie bricht." Unter „konkreten aktuellen Projekten" ist nach Auffassung der Sicherheitsanalytiker zu verstehen, daß im Visier der RAF Personen und Institutionen stehen, die militärisch und im Bereich der „inneren Aufstandsbekämpfung" zusammenarbeiten. Dazu rechnen die Terroristen auf militärischem Gebiet unter anderem

„Feind demoralisieren"

- „die Fusion der westdeutschen und französischen Streitkräfte ‚Europäische NATO-Säule'" sowie das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, „Eucom".
- Im Bereich der sogenannten „Inneren Aufstandsbekämpfung", einem Terminus technicus der Terroristen, konzentriert sich die RAF vor allem auf das Bundeskriminalamt. In einer besonders anhaltenden Gefahrenlage befindet sich nach wie vor die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Auf neue RAF-Aktivitäten, die nach der Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental im Sommer 1985 in Wiesbaden abgeflaute Offensive 1986 verstärkt fortzuführen, hatte kürzlich bereits der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, hingewiesen (WELT v. 5.4.1986). Als Leitlinie künftiger Aktionen hat die RAF nach Erkenntnissen der Justiz- und Polizeibehörden für die neue Strategie die Parole ausgegeben: „Den Feind demoralisieren, den Apparat erschüttern, die Kriegsmaschinerie stören, sabotieren – aus der Funktion bringen."

Neue Westfälische 9.4.86

Experten schließen auch Rechtsextremisten als Täter nicht aus

Waren Terrorsöldner in Berlin?

Von Horst Zimmermann

Berlin/Bonn (Eig. Ber.). Die Gefahr terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik hat sich nach Einschätzung führender Terrorismusexperten bei den deutschen Sicherheitsbehörden deutlich verstärkt. Das Blutbad in der Berliner Diskothek sei „nicht aus heiterem Himmel" gekommen, heißt es. Insbesondere habe die Gefahr durch ausländische Terrorgruppen zugenommen. Die Fachleute schließen nicht aus, daß deutsche Kriminelle von Auftraggebern im Ausland als „Terrorsöldner" angeheuert wurden.

Der Berliner Anschlag trägt nach Ansicht der Fachleute „eindeutig nicht" die Handschrift der deutschen „Rote-Armee-Fraktion". Bei der RAF sei zwar ein Trend zu mehr Brutalität erkennbar, und auch die Schädigung unbeteiligter Personen werde in Kauf genommen. Ungezielte Anschläge, bei denen die Opfer wahllos getroffen werden wie jetzt in Berlin, passen jedoch nicht in das gegen Angehörige der deutschen Sicherheitsbehörden und der US-Streitkräfte gerichtete „Programm" der RAF.

Die Ermittlungen konzentrieren sich zur Zeit vor allem auf zwei Bereiche, zwischen denen möglicherweise sogar Verbindungslinien bestehen: Auftraggeber des Anschlags könnte Libyen sein. In diesem Zusammenhang wurde jetzt bekannt, daß ein offizieller Vertreter des libyschen Volksbüros Anfang Februar auf dem sogenannten „Frankfurter Kongreß" vor Sympathisanten der europäischen Terrorszene aufgetreten ist. Unter dem Beifall der Teilnehmer kündigte der Diplomat an, Libyen werde auf Sanktionen mit dem weltweiten Einsatz von Kommandos gegen den „Imperialismus" reagieren.

Weil Libyer andererseits im Ausland scharf überwacht werden, schließen Fachleute nicht aus, daß sich Libyen für die Durchführung von Anschlägen „Terrorsöldner" aus dem Ausland, darunter auch aus der Bundesrepublik, angeheuert hat. Dafür könnten sowohl deutsche Anhänger des internationalen Terroristen „Carlos" als auch deutsche Rechtsextremisten in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang erinnern Experten an Kontakte, die vor Jahren von Angehörigen der verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann" zu Terrorgruppen im Nahen Osten geknüpft wurden. Der deutsche Rechtsextremist Udo Albrecht hält sich als Kontaktmann im Nahen Osten auf. Auch deutsche Rechtsextremisten verfolgen einen gewalttätigen Anti-Amerikanismus. So legte die mittlerweile zerschlagene Gruppe um die Rechtsextremisten Odfried Hepp und Walther Kexel 1982 in Frankfurt Autobomben, durch die zwei US-Soldaten schwer verletzt wurden.

Terrorismusexperten wollen auch eine Aktion nach dem Muster der „Gruppe Ludwig" nicht ausschließen. Die rechtsextremistische Gruppe, der Diskotheken und Nachtlokale als Symbole für Sittenverfall ein Dorn im Auge sind, hatte 1983 bei einem Anschlag auf ein Nachtlokal in Amsterdam 17 Menschen getötet und im Januar 1984 bei einem Anschlag auf die Münchner Nachtbar „Liverpool" sieben Menschen schwer verletzt.

Frankfurter Allgemeine 24.5.86

„Front mit der Guerrilla und den Gefangenen"

Brück über den „Antiimperialistischen Kongreß" / Stadtrat spricht von terroristischem Umfeld

ew. Der Kongreß „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa", der Anfang Februar in der Fachhochschule am Nibelungenplatz stattfand und damals tagelang die hessische Verwaltungsjustiz, das städtische Ordnungsamt, das Wiesbadener Innenministerium, die Polizei, den Verfassungsschutz und die Verwaltung der Fachhochschule auf Trab hielt, hat nach Ansicht von Rechtsdezernent Wolfram Brück dazu gedient, das „terroristische Umfeld" zusammenzuführen.

Der Magistrat habe zwar keine eigenen Erkenntnisse, die eine Bewertung dieses Kongresses zuließen, führte der Stadtrat in der Nacht zum Freitag vor dem Stadtparlament auf eine Anfrage der CDU-Fraktion hin aus. Gleichwohl ließen die Berichterstattung während des Kongresses und danach diesen Schluß zu, sagte Brück, der die Entscheidung des Oberbürgermeisters verteidigte, das Treffen aus versammlungsrechtlichen Gründen zu verbieten. Dieses Verbot war allerdings vom Frankfurter Verwaltungsgericht und vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel aufgehoben worden.

Wie berichtet, war zu dem „Frankfurter Kongreß" im gesamten Bundesgebiet mit Flugblättern aufgerufen worden, die die Embleme von terroristischen Organisationen wie „Action directe", „Brigade Rosse", „IRA", der „Revolutionären Zellen" und anderer Gruppierungen trugen. Auf diese Flugblätter ging auch der Stadtrat in seiner Rede vor den Stadtverordneten ein. Darüber hinaus zitierte er aus einem Thesenpapier, das nach Brücks Worten für die Arbeitsgruppen des Kongresses bestimmt war und ebenfalls über das Ziel Aufschluß gab, Aktionen verschiedener Gruppierungen aus dem Umfeld der „RAF" und anderer in- und ausländischer Terrororganisationen zu koordinieren.

Brück zufolge sollten die drei Arbeitsgruppen folgende Themen haben: „Formierung des imperialistischen Gesamtsystems", „Frontabschnitte im internationalen Klassen-Krieg" und „Abschnitt Westeuropa". In dieser letzten Arbeitsgruppe habe es vor allem um den „Prozeß der Entwicklung authentischer Metropolen-Strategien" gehen sollen, berichtete der Rechtsdezernent.

Zu dem Stichwort „Front" zitierte er aus dem Thesenpapier: „Es ist die Frage, wie hier die verschiedenen Ansätze und Ebenen von Widerstand eine geschlossene Kraft werden können. Für uns heißt das, daß wir unseren Widerstand gegen alle Projekte und Realitäten des Imperialismus (wie gegen die Startbahn-West, die Atompolitik in Wendland und Wackersdorf, gegen die Vernichtung von Lebensbedingungen in der Hafenstraße) weiterentwickeln und darin zum Angriff kommen — aber eben nicht mehr als Nebeneinander von Kämpfen, ohne Bezug zueinander. Sie sollen zusammen wirksam werden, für konkrete gemeinsam bestimmte Ziele; in einer gemeinsamen Orientierung auf Front mit der Guerilla und den Gefangenen. Die Front entsteht und lebt ja auch nur in praktischen Kämpfen für konkrete Ziele. Das eben war die Erfahrung in der Mobilisierung zur Zusammenlegung, in den Kämpfen nach dem Mord an Günter, in den politisch gemeinsam bestimmten Angriffen von militantem Widerstand und Guerilla auf die Nato-Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet im August."

„Um auch dem letzten die Augen zu öffnen", erinnerte Brück an die fünfzehn Kilogrammm mit Schraubenmuttern versetzten Sprengstoff, der am 8. August letzten Jahres auf dem Gelände der Rhein-Main-Airbase zwei Menschen tötete und zwanzig zum Teil schwer verletzte, an die Bombenexplosion in der Abflughalle des Flughafens, bei der zwei Kinder und ein Mann ums Leben kamen, und an den Anschlag auf das amerikanische PX-Einkaufszentrum an der Adickesallee. Allein die Weise, in welcher die Ziele der Arbeitsgruppe beschrieben worden seien, habe ausgereicht, um darzustellen, daß es hier „um die Werbung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ging", rechtfertige Brück das von Wallmann ausgesprochene Verbot. Nach Meinung des Stadtrats war daher die Entscheidung des Oberbürgermeisters im gesamtstaatlichen Interesse zur Wahrung der Rechtsordnung für die Bundesrepublik geboten.

Eine Veranstaltung, die im Grunde genommen Mord zu ihrer These gemacht habe, müsse ein Oberbürgermeister verbieten, pflichtete der CDU-Stadtverordnete Joachim Gres bei. Daß die Fachhochschule sich für den Kongreß „hergegeben" und dafür Räume vermietet habe, „ist eine Schande an sich", erwiderte Gres auf Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Dürr. Dieser hatte darauf hingewiesen, die Fachhochschule habe damals alles getan, um aus den Mietverträgen wieder herauszukommen. Sie sei kein „Komplize von diesen Leuten".

PROGRAMM zum KONGRESS

in Frankfurt

31.1.86 - 4.2.86

ANTIIMPERIALISTISCHER UND ANTIKAPITALISTISCHER WIDERSTAND IN WESTEUROPA

Internationale Diskussions- und Informationstage

Fachhochschule Nibelungenplatz (Bornheim)

mit Genossen/innen aus der BRD, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Irland...
eingeladen sind Anwälte und Angehörige von politischen Gefangenen

ABLAUF:

beginn ist freitag, 31.1.

19.oo eröffnung von uns, anschließend stellen sich die ausländischen genossen vor und es werden grußadressen vorgelesen
2o.3o veranstaltung zum nahen osten
22.oo veranstaltung zu mittelamerika — mit genossen von dort

samstag

11.oo - 16.oo arbeitsgruppen
16.oo - 19.oo veranstaltung von angehörigen der politischen gefangenen in der brd und anderen westeuropäischen ländern
2o.oo veranstaltung zu portugal und anschließend evtl. italien

sonntag

11.oo - 14.oo veranstaltung zu griechenland
15.oo veranstaltung zu irland
19.oo veranstaltung zu spanien

montag

11.oo - 16.oo arbeitsgruppen und eine arbeitsgruppe der angehörigen von politischen gefangenen
17.oo veranstaltungsbeitrag von rechtsanwälten unter anderem aus den usa
2o.oo veranstaltung zum kampf um die zusammenlegung der fangenen aus raf und widerstand

dienstag

11.oo - 17.oo nationale und internationale widerstandsbewegungen und gruppen, also hafenstraße, startbahn, anti-waa-akw, wendland, brixton, dänemark, holland, österreich...
16.oo - 19.oo arbeitsgruppen zu den ländern
in dieser zeit findet auch eine arbeitsgruppe zum kampf des kurdischen volkes statt
2o.oo abschlußplenum mit berichten aus den arbeitsgruppen

anschließend musik, kultur, fest, disko, punk.....
und, eine ton-dia-zusammenstellung vom widerstand gegen die startbahn.... eine plakatausstellung...

mal sehen was dabei rauskommt

weitere informationen gibt es über das
kongreßbüro,
mainzer landstraße 147
6 ooo frankfurt 1
tel.: o69 / 73 42 83 vom 15.1. - 3o.1.
öffnungszeiten: montag - freitag von 16.oo - 19.oo

karten und verteilen von schlafplätzen am 31.1. am tagungsort

spendenkonto: a.müller, stadtsparkasse ffm, kto-nr. 133-019216 (blz 5oo 5o 1o2)

ARBEITSGRUPPEN

1. in der arbeitsgruppe "formierung des imperialistischen gesamtsystems" wollen wir uns einen begriff über das imperialistische rekonstruktionsprojekt (der wiederherstellung globaler imperialistischer macht) verschaffen, um unsere eigenen schritte aus der tatsächlichen situation - die wir in unserem täglichen leben immer nur ausschnittweise wahrnehmen - bestimmen zu können.

dazu gehört die analyse ihrer versuche, sich über ökonomische umstrukturierung auf "high tech" etc., über die alles dominierende militärstrategie und über die reorganisation ihrer herrschaftsstruktur als gesamtsystem wieder zur alles beherrschenden macht aufzurichten.
es geht uns dabei darum, die ansatzmöglichkeiten herauszufinden, an denen wir eingreifen können und den versuch des internationalen kapitals, sich auf einer neuen stufe zu rekonstruieren, im kampf zu brechen und für die entwicklung des revolutionären prozesses bestimmen zu können.

so komplex wie das ganze ist, haben wir diese arbeitsgruppe in verschiedene schwerpunkte aufgeteilt:

als hintergrund, was die bestimmenden faktoren der imperialistischen gesamtkrise sind, weshalb sie in dem versuch ihre herrschaft wieder herzustellen, auf die zentren selbst zurückgeworfen sind.
dann die umstrukturierung auf high tech als ökonomisch/militärisch/politische krisenlösungsstrategie, wie die imperialistischen staaten damit das internationale kräfteverhältnis verändern wollen.
an sdi und eureka wollen wir rausarbeiten, was in dem projekt der umstrukturierung jetzt die bestimmenden tendenzen sind - die tendenz zur monopolisierung und die tendenz zum krieg.
die bedeutung,die darin der MIK (militärisch-industrieller komplex) als aggressivste kapitalfraktion hat - als bestimmender machtfaktor
die dominanz der usa in dem ganzen rekonstruktionsversuch und die funktion der brd: wie die brd sich über ein technologiemonopol an die spitze von westeuropa stellen will und den schulterschluß westeuropas an die us-strategie durchsetzt.
die voraussetzung des technologischen sprungs - austeritypolitik, d.h. die wirtschaftspolitik, die auf gewinnmaximierung in der krise ausgerichtet ist, und mit der das internationale kapital in ganz westeuropa und weltweit sich neue ausbeutungsbedingungen schafft.
dann das verhältnis staat - kapital - gesellschaft. da wollen wir rausarbeiten, daß der staat der größte unterdrücker u n d ausbeuter ist, weil das für unsere praxis und organisierung ganz wesentlich ist.
die auswirkungen der ökonomischen umstrukturierung (high tech und austerity) auf unsere lebens- und kampfbedingungen - international und hier in der metropole.
also die deklassierung, und was das für konsequenzen haben kann, wenn sie sich in der metropole selbst einen pfeiler ihrer herrschaft - den relativen wohlstand - wegziehen; die dimension international, wo es sich für ganze regionen auf die frage zuspitzt, revolution oder verhungern.
die neuen gesellschaftsstrukturen, die sie damit erreichen wollen, die über vereinzelung, individualisierung ne neue dimension von strukturellem faschismus bedeuten würde.

die erfahrungen aus den kämpfen, die sich dagegen entwickelt haben (bergarbeiterstreik in gb, die kämpfe in italien) und unsere erfahrungen, wie wir zu ner revolutionären kraft werden, die in der lage ist, die imperialistischen strategien zu brechen.

2. in der arbeitsgruppe "frontabschnitte im internationalen klassenkrieg" wollen wir uns eine vorstellung verschaffen, wie es gehen kann, die kräfte des imperialismus zu zersplittern.
wir wollen genauer rausarbeiten, wie die kämpfe an den einzelnen abschnitten schon jetzt zusammen wirken und welche bedeutung darin unser kampf in westeuropa hat, haben kann, haben muß.
also wir wollen konkret daran diskutieren, wie sich die imperialistische vernichtungsstrategie in mittelamerika, im nahen osten konkretisiert und wie und mit welchen perspektiven die revolutionären organisationen und bewegungen sich dagegen entwickeln und um die durchsetzung des gemeinsamen zieles: befreiung/revolution kämpfen.
wir wollen rauskriegen, welche bedeutung die zunehmende gleichzeitigkeit der kämpfe weltweit für uns kriegt und wie wir sie durch die weiterentwicklung der front in westeuropa vorantreiben können.
auch rauskriegen, welche möglichkeiten wir gerade hier - aus der bedeutung westeuropas für das gesamtimperialistische rekonstruktionsprojekt und der sich entwickelnden nähe der kämpfe - haben.

wir denken, daß für die ganze entwicklung vor allem der kämpfe hier im zentrum eine einschätzung der internationalen situation und des kräfteverhältnisses notwendig ist, weil von dieser spannung unsere bedingungen (kampfbedingungen) unmittelbar bestimmt sind; und umgekehrt, auch nur wir hier die möglichkeit haben, wie an keinem anderen frontabschnitt, in der durchsetzung unserer revolutionären ziele, gleichzeitig in die entwicklung des internationalen klassenkrieges einzugreifen und deren verlauf für den weltrevolutionären prozeß zu bestimmen.

(konkret wird das z.b. am nahen osten sichtbar, wo die ganze situation dort, veränderungen im kräfteverhältnis in diesem abschnitt, direkt auf unsere bedingungen hier und unseren prozeß durchschlagen - denn die linie, die sie als imperialistisches gesamtsystem gegen die politische nähe und die gleichzeitigkeit der kämpfe durchsetzen wollen - die doktrin der "prävention und vergeltung gegen den internationalen terrorismus" ist schon "internationalisiert", d.h. sie behalten sich vor, wo sie präventiv und als vergeltung nach revolutionären aktionen zuschlagen und aus der bedeutung west europas ist diese linie vor allem auch gegen die kämpfe hier gerichtet.)

3. in der arbeitsgruppe "abschnitt westeuropa" geht es uns vor allem um den prozeß der entwicklung authentischer metropolenstrategie.
wir wollen - aus unseren erfahrungen im kampf um die einheit - die phase jetzt bestimmen. wir begreifen sie als möglichkeit, über die vertiefung und weiterentwicklung der kämpfenden front in der brd und in westeuropa, die imperialistischen strategien - in einem prozeß von aufbau revolutionärer gegenmacht und der zerstörung ihrer rekonstruktionsbasen - zu blockieren und uns gegen das imperialistische rekonstruktionsprojekt durchzusetzen und so, gemeinsam mit allen kämpfenden abschnitten einen neuen durchbruch im kampf um befreiung zu erreichen.

wie viele sicher bereits wissen, wollen wir das treffen um einen tag auf fünf tage volles programm verlängern, weil mehr gruppen bzw. genossen aus dem westeuropäischen ausland daran teilnehmen wollen, als wir ursprünglich gedacht hatten und weil wir zusätzlich zu den länderveranstaltungen noch genügend seit wollen, für die arbeitsgruppen, für zusätzliche initiativen, info- und diskussionstreffen, oder arbeitsgruppen, die andernorts vorbereitet werden.
dafür wollen wir genug raum haben.

den praktischen ablauf können wir hier nur vorläufig zusammenstellen - eben soweit, wie wir bislang einen überblick darüber haben, wer kommen will, was in vorbereitung ist, was die räume anbelangt, d.h. es kann bis zum beginn noch durchaus veränderungen geben.
wir versuchen bis zum krongreß noch laufend infos rauszugeben, die die praktischen sachen betreffen, wie pennplätze usw. (bringt auf jedenfall alle schlafsäcke mit - und kaffee).
außerdem wollen wir, soweit es uns möglich ist, noch genauere inhaltliche vorstellungen zu den arbeitsgruppen, sowie material dazu, rumgeben, damit die diskussionen besser vorbereitet werden können.

wir denken, daß so ne vorbereitung wichtig ist, auch für die veranstaltungen zu den ländern (texte aus den ländern sind z.t. bekannt, wenn es neuere gibt, weitergeben!), damit die diskussionen beim kongreß gut vorankommen und für uns alle was bei rauskommt.

mit den arbeitsgruppen haben wir es so überlegt, daß dort im wesentlichen die diskussionen zwischen den einzelnen städten bzw. gruppen aus der brd laufen sollen. inwieweit bei dieser diskussion ausländische genossen teilnehmen wollen, wissen wir noch nicht. jedenfalls wollen wir versuchen, arbeitsgruppen zu den ländern zu organisieren - zusammen mit den genossen von dort - in denen es dann möglich sein wird, genauer an ihren eigenen erfahrungen und vorstellungen zu reden.
wir denken, daß die ganze politische auseinandersetzung auf diesen beiden ebenen notwendig ist und wir lernen müssen, sie auf beiden ebenen zu entwickeln und darin weiterzukommen - zum einen unter uns, als austausch und verallgemeinerung unserer erfahrungen - aus dem ziel, zusammenzukommen, zusammen zu kämpfen, bewegung zu sein und hier die einheit des revolutionären widerstands zu entwickeln;
und gleichzeitig die diskussion mit den westeuropäischen gruppen bzw. bewegungen entwickeln, mit demselben ziel wie bei uns - voneinander zu lernen, d.h. sich mitzukriegen, zu verstehen, weil wir auch mit ihnen zusammenkommen wollen.

einige punkte und linien, an denen das zusammenkommen möglich ist, haben wir in den letzten jahren alle erfahren: in der mobilisierung gegen den imperialistischen krieg und die nato (z.b. nato-gipfel 82 oder stationierung), in unserer solidarität mit den kämpfen der politischen gefangenen (wie mit den irischen gefangenen 81), europaweit die kämpfe gegen die ökonomische umstrukturierung/kriegsökonomie/neue technologien usw.
wie dicht die kämpfe aneinander liegen, zusammen zur wirkung kommen können, haben wir in letzter zeit bei der reihe von militanten demos - quer durch westeuropa - mitbekommen (frankfurt, brixton, hafenstrasse, amsterdam, athen).
zentral war für uns vor allem der letzte winter, der durchbruch zur europäischen dimension revolutionärer praxis, der sich in der starken internationalen solidarität mit dem kampf der politischen gefangenen in der brd ausgedrückt hat und durch die mobilisierung und die aktionen gegen die militärischen, ökonomischen und politischen projekte des

heute können wir aus diesen erfahrungen sagen, daß dies auch die basis sein wird, auf der wir uns als g a n z e s gegen die imperialistische macht und den staat durchsetzen können: in der einheit von guerilla, widerstand und gefangenen, und im zusammenwirken der kämpfe in westeuropa, als bewußter prozeß der revolutionären umwälzung, der sich im aufbau der westeurpäischen front konkretisiert.

das war damals auch für uns der anstoß, den kongreß jetzt zu organisieren: wir wollten genauer wissen, wie sich in anderen ländern die kämpfe entwickeln, welche perspektive, vorstellungen und schwierigkeiten die revolutionäre dort haben, wo es berührungspunkte gibt zu uns - und weil wir wußten, daß wir auch ne menge neuer gedanken und impulse für die entwicklung der konkreten kämpfe hier,bekommen können.

wichtig für die organisierung dieser diskussion waren für uns auch nochmal die erfahrungen der letzten zeit. nach der offensive von raf und ad und von militanten gegen die rhein-main-infrastruktur der nato und us-armee im sommer und nach der ermordung von günther sare in frankfurt, den militanten demos danach, war es für uns als bedürfnis und notwendigkeit konkreter geworden - wie wir einen bewußten erfahrungsaustausch und ne politische diskussion entwickeln können, unter uns, zwischen den verschiedenen gruppen des widerstands über bestimmung und vorstellungen revolutionärer politik hier.
auf ne andere art war das auch eine erfahrung der leute aus der hafenstraße, die dort gegen den angriff von staatsschutz und taz mit anderen leuten aus dem widerstand enger zusammengekommen sind, und aus diesen erfahrungen u.a. ein nationales widerstandstreffen über neujahr in hamburg organisiert haben.
wir denken, daß der kongreß in frankfurt jetzt auch ne möglichkeit ist, diskussionen die dort bereits begonnen haben fortzusetzen und sie zu vertiefen. ein schwerpunkt der auseinandersetzung dort war ne aufarbeitung der erfahrungen 85 (winter, weltwirtschaftsgipfel, die offensive gegen die nato im august, die demos nach der ermordung von günther, hafenstraße, waa...)

hier jetzt kurz was zu den arbeitsgruppen, die aus unserem diskussionsprozeß seit dem winter entstanden sind und die wir in diesen tagen - parallel zueinander - machen wollen. es bleibt noch allgemein (stichpunkte), aber wir hoffen, daß ihr nichts desto trotz was mitanfangen könnt.

die begriffe für die arbeitsgruppen haben wir aus unseren eigenen erfahrungen und den verallgemeinerten erfahrungen des revolutionären widerstands in westeuropa entwickelt. in diesen arbeitsgruppen wollen wir uns diese begriffe vor allem genauer erarbeiten und diskutieren. wichtig ist uns dabei, von uns selbst auszugehen, also keine "trockenen" analysen, sondern kampfbegriffe, mit denen wir zum einen denken, die realität hier packen zu können, und zum anderen damit auf bestimmung von praxis und veränderung zielen wollen.
wir denken, daß es in diesen diskussionen möglich ist, näher an unsere eigenen fragen und an die widersprüche innerhalb des widerstands ranzukommen, um sie zu lösen.

wir wollen das vor beginn des kongresses alles noch genauer machen, denken aber nicht, daß wir hier fertiges material produzieren werden. es wird im wesentlichen an der initiative in den einzelnen städten bzw. gruppen liegen, die diskussionen und auch arbeitsgruppen selbst vorzubereiten und dort dann ihre diskussionen zu einer gemeinsamen diskussion zu machen.

das heißt, daß wir zusammen rauskriegen wollen, welche erfahrungen wir in den gemeinsamen kämpfen gewonnen haben, welche erfahrungen

internationalen solidarität mit dem kampf der politischen gefangenen
in der brd ausgedrückt hat und durch die mobilisierung und die aktionen gegen die militärischen, ökonomischen und politischen projekte des

das heißt, daß wir zusammen rauskriegen wollen, welche erfahrungen wir in den gemeinsamen kämpfen gewonnen haben, welche erfahrungen wir verallgemeinern können, seit '80, als die diskussion und praxis um "zusammen kämpfen", "eine front" angefangen haben, woraus die einschnitte bestimmt waren, in denen sich im widerstand eine neue qualität von organisierung, handlungsfähigkeit und politischer bestimmung erobert worden ist und wie sich dieser prozeß in den verschiedenen zusammenhängen entwickelt hat.

wir sehen diese diskussion als basis für ne weiterentwicklung der einheit im kampf, und wir wollen sie natürlich auch aus der aktuellen situation führen, also was die angriffe im august für uns an neuen möglichkeiten aufgerissen haben.

dann geht es uns darum, uns einen realen begriff über die spezifischen bedingungen in der metropole zu erarbeiten; bedingungen, aus denen sich die kämpfe hier entwickeln und gegen die wir uns gleichzeitig durchsetzen müssen:
die 24 std. ausbeutung; die destruktivität, die alle lebensäußerungen besetzt; der staat, der sich in seinem totalen machtanspruch über alles, was sich selbstbestimmt organisieren will,drüberstülpt; die alle gesellschaftlichen strukturen durchdringenden kontrollmechanismen...
hier ist die wurzel der kämpfe nicht die materielle bedürfnissicherung, sondern das bedürfnis zu leben - die subjektiven ziele nach selbstbestimmung und kollektivität. das ist hier die triebfeder zu kämpfen, und wo 'leben' erst da wieder anfängt, wo man's selbst zum bruch bringt mit der ganzen "normalität" der metropolenwirklichkeit - antagonist dazu ist, weil man kämpft, und von da aus die rückeroberung von identität und klassenbewußtsein läuft.

deswegen wollen wir in dieser ag an unsere kampfbedingungen näher ran, wo man unsere lage allgemein so fassen kann:
im versuch der rekonstruktion imperialistischer weltherrschaft, den sie von den kernländern, der metropole aus hochziehen, ist die absicherung der metropole gegen revolutionäre umwälzung von innen für sie existenziell.
konkreter, wir müssen uns hier im revolutionären prozeß gegen beides durchsetzen: gegen einen hochgezüchteten, militärisch bestimmten machtapparat und gegen den einkreisungsversuch der sozialdemokratie, in der die grünen im moment noch eine spezifische variante sind, in ihrer funktion schon lange identich.

genauer wollen wir - weil sie für unsere kampfbedingungen bestimmend sind - an folgenden projekten arbeiten:

- die ökonomische umstrukturierung, als projekt der neuzusammensetzung der gesellschaft, die über vereinzelung, entfremdung, aussonderung des menschen und gleichzeitiger kontroll- und manipulationsmöglichkeiten eine neue dimension von herrschaft garantieren soll,
  wie das unlängst von einem us-militär gesagt wurde, der mensch generell als risikofaktor und daß sie deswegen panzer brauchen, die nicht mehr von menschen gesteuert sind und fabriken mit robotern.
- die medien, in ihrer strategischen funktion und bedeutung
- die neuen geheimdinstgesetze und die volkszählung als voraussetzung der totalen sozialen kontrolle: z.b. sozial- und arbeitsämter werden zu polizeimeldestellen usw...

insgesamt geht es ihnen mit diesen projekten darum, neue formen von kontrolle, neue formen von manipulation und neue formen von abhängigkeit und vereinzelung durchzusetzen.

kämpferische grüße!

wichtig! schlafsäcke, matten, luftmatratzen mitbringen!

INTERNATIONALER VIETNAM-KONGRESS
des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
1 9 6 8 in westberlin